

**Ruhr-Universität Bochum
Fakultät für Sozialwissenschaft
Diplomarbeit**



**Der Architekt Ferdinand Keilmann
im Systemwandel des 20. Jahrhunderts**

vorgelegt von Arne Keilmann
betreut durch Prof. Dr. Wilhelm Bleck
Bochum, Mai 2001

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung.....	5
II. Architekten zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland.....	11
II.1 Ausgangssituation in Weimar	11
II.2 Der Fall Thüringen	18
II.3 Die Architekturvorstellungen der Nationalsozialisten	23
II.4 Der Zweite Weltkrieg	28
II.5 Nachkriegszeit	31
II.6 Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland.....	35
III. Die Akteure	39
III.1 Albert Speer	39
III.2 Die Paladine	43
IV. Ferdinand Keilmann – Ein Architektenleben	47
IV.1 Herkunft	47
IV.2 Schule und Ausbildung	50
IV.3 Technische Lehreinrichtungen Offenbach.....	53
IV.4 Studium an der Staatlichen Bauhochschule	56
IV.5 Rückkehr nach Aschaffenburg	66
IV.6 Luftwaffenbauwut	71
IV.6.1 Sylter Tage.....	71
IV.6.2 Flakkaserne in Berlin.....	76
IV.7 Werkwohnungsbau.....	79
IV.8 Pläne für die Ewigkeit.....	84
IV.9 Typung, Normung, Behelfsheimplanung	92
IV.10 Kurzes Intermezzo – Drei Monate Wehrmacht	99
IV.11 Unterirdische Produktion ohne Endsieg.....	101
IV.12 Amerikanische Besetzung und Nachkriegszeit in Roigheim	104
IV.13 Entnazifizierung	107
IV.14 Exkurs Nr. 1: Das bewegte Leben in den Lebensläufen – Dichtung und Wahrheit.....	110
IV.15 Anstellung in Bochum	114
IV.16 Exkurs Nr. 2: Die verlorene Wohnung	121
IV.17 Verbeamtung, beruflicher Abstieg und Pensionierung	124
V. Eine typische Karriere?	133
Literaturverzeichnis	143
Anhang	149
Abbildungsverzeichnis	149
Tabellenverzeichnis	150
Abbildungen	151
Tabellen.....	154
Abkürzungen	157

I. Einleitung

Ferdinand Keilmann, der im Mittelpunkt dieser Diplomarbeit steht, ist mein Großvater, und über einen Familienangehörigen eine wissenschaftliche Arbeit zu schreiben hat Vor- und Nachteile. Ein klarer Vorteil ist der leichte Zugang zu Unterlagen, die das Handeln der zu untersuchenden Person erklären. Auch gibt es meist eine Reihe von Familienmitgliedern, die über Entscheidungen, Situationen, Geschehnisse berichten können. Darüber hinaus ist das Vorhaben, Archivbestände einzusehen, unter Umständen leichter zu realisieren (dies gilt vor allem, wenn die betreffende Person noch lebt oder erst vor kurzem verstorben ist).

Je nach persönlichen Umständen können die Nachteile überwiegen. Als Familienmitglied besteht zum Untersuchungsgegenstand eine geringere Distanz als zu einer fremden Person. Ebenso besteht die Gefahr, daß aus Rücksicht auf das Ansehen der Familie (und somit das eigene Ansehen) die Forschung leidet (je nach Thema können ja unerfreuliche Dinge zum Vorschein kommen). Bei einem schlechten Verhältnis zwischen Wissenschaftler und untersuchter Person kann im anderen Extrem eine „Anklageschrift“ aus der Arbeit werden.

Diese möglichen Nachteile treffen meiner Meinung nach auf diese Arbeit nicht zu. Aufgrund räumlicher Trennung und dem aus meiner Sicht frühen Tod von Ferdinand Keilmann gab es zwischen ihm und mir nur geringe persönliche Berührungspunkte; meine Erinnerung beschränkt sich darauf, wie er am Flügel oder am Zeichentisch sitzt. Die deutlichsten Berührungspunkte stammen eher aus den Erzählungen meiner Großmutter Eva Keilmann, welche aber durch den persönlichen Bezug teilweise als idealisierend anzusehen sind. Als ich nun bei ihr Einblick in die private Korrespondenz und einen komplette Aktenordner mit Unterlagen zur beruflichen Entwicklung bekommen konnte, stellte sich heraus, daß es sich bei Ferdinand Keilmann um einen Mann handelte, der im Laufe seines Lebens oft an *den* Orten war, an denen Politik und Architektur aufeinandergeprallt sind. Dies war *ein* Anstoß zu dieser Arbeit.

Ein anderer wichtiger Ansatzpunkt war die Erkenntnis, daß es zwar über Albert Speer und die ihm unterstellte Ebene von Architekten namens Rimpl, Tamms, Wolters, Gutschow, u.a. eine mehr oder weniger umfassende Literatur gibt oder in Form von verschiedenen laufenden Dissertationen bald geben wird, jedoch findet sich über die Architekten, welche bei den Perso-

nen in dieser „Zweiten Ebene“ angestellt waren, in den wissenschaftlichen Bibliotheken wenig bis kein Material. Somit ist es interessant, zumindest einen dieser „Namenlosen“ aus der Versenkung zu holen und so unter Umständen auch auf die Vorgesetzten ein neues Licht zu werfen.

Der für mich entscheidende Aspekt bei der Betrachtung des Lebens von Ferdinand Keilmann ist die persönliche Entwicklung, die er zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland durchlaufen hat. Bei der Beschäftigung mit dem Phänomen Nationalsozialismus ist es aus heutiger Sicht schwer nachvollziehbar, wie die deutsche Bevölkerung dieser Diktatur, die mit Völkermord und Zweitem Weltkrieg die größte Katastrophe der Menschheit verursacht hat, an die Macht verhelfen konnte. Nun ist über die Selbstauflösung der Weimarer Republik auf parlamentarischer Ebene schon viel geschrieben und gesagt worden, aber bei der Betrachtung des einzelnen „normalen“ Menschen treten andere Aspekte in den Vordergrund. Die Biographie Ferdinand Keilmanns ermöglicht es, aus einem individuellen Blickwinkel die Gründe für die Unterstützung der Nationalsozialisten herauszuarbeiten, genauso wie im Lauf seines Lebens die Abkehr von dieser Ideologie deutlich wird. Dies liest sich in so kurzer Form sehr idealtypisch; Keilmanns Biographie ist nicht so glatt und nachvollziehbar, wie sie sich in diesen wenigen Zeilen darstellt. Keilmann war in erster Linie Künstler, was ihm in seinem Leben oft von Vorteil war. An einigen Punkten aber bereitete ihm diese Eigenschaft auch massive Schwierigkeiten, und zwar immer dann, wenn das spontane, kreative (und vielleicht auch übersensible) Reagieren auf Geschehnisse später als „Bumerang“ zurückkam, weil er die Folgen seiner Spontaneität nicht oder nicht ausreichend bedacht hatte oder auch nicht bedenken konnte. Diese künstlerische Veranlagung befreit ihn jedoch nicht von der Verantwortung, die der Einzelne für die Entwicklungen zum und im Nationalsozialismus hatte.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich einige Fragen, die in dieser Arbeit behandelt werden sollen: Ist Ferdinand Keilmanns Karriere typisch für einen Architekten seiner Generation? War seine berufliche Entwicklung durch die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen vorgegeben oder hatte er Entscheidungsmöglichkeiten? Und falls er diese Möglichkeiten hatte, warum hat er so und nicht anders auf Entwicklungen reagiert und welche Alternativen gab es für die jeweiligen Entscheidungen?

Die Gliederung der gesamten Arbeit ergibt sich aus den gestellten Fragen und der beruflichen Entwicklung des Ferdinand Keilmann von seiner Lehrzeit bis zur Pensionierung. Die Hintergrundbetrachtung der Entwicklung

der politischen und wirtschaftlichen Lage, bezogen auf den Architektenberuf, ist als eigenes Kapitel in mehrere Zeitabschnitte unterteilt. Eine allgemeine Darstellung von Politik und Wirtschaft für den gesamten Zeitraum von 1920 bis 1960 kann hier nicht erfolgen, hier sei auf die Vielzahl von Veröffentlichungen verwiesen, die zu diesen Themenkomplexen existieren.¹

Zum Ende des Ersten Weltkriegs war Ferdinand Keilmann 11 Jahre alt, die Inflation im November 1923 erlebte er mit 16 Jahren. Innerhalb dieser Zeitspanne, unabhängig von der politischen Prägung, die Keilmann durch sein Elternhaus eventuell erfahren hat, kam er zum ersten Mal in die Situation, sich mehr oder weniger bewußt mit der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung auseinander setzen zu müssen, da er mit der Wahl eines Ausbildungsplatzes vor der Frage nach seiner beruflichen Zukunft stand. Die Unterteilung des Kapitels II folgt somit den historischen Eckdaten ab dieser Zeit: Gründung der Weimarer Republik, nationalsozialistische Machtübernahme, Zweiter Weltkrieg, Nachkriegszeit, Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Als zusätzliches Kapitel ist in diesem Teil die spezielle Entwicklung des Landes Thüringen eingefügt, da Keilmann sich in der politisch bedeutsamen Zeit zwischen 1929 und 1933 an der Weimarer Staatlichen Bauhochschule aufgehalten hat, die als Landeseinrichtung in den politischen Kämpfen zwischen „Links“ und „Rechts“ zu einem zentralen Spielball der landespolitischen Auseinandersetzungen wurde.

Die häufigen Arbeitsplatzwechsel von Keilmann erfordert es im folgenden an einigen Stellen, auf spezielle politische und wirtschaftliche Entwicklungslinien näher einzugehen. Sofern diese nicht Teil der allgemeinen Betrachtung in Kapitel II sind (da sie z.B. thematisch zu speziell sind oder nur kurze Zeiträume umfassen), werden sie innerhalb der Biographie in Kapitel IV anhand der jeweiligen Tätigkeit Keilmanns erklärt.

Die Darstellung einer Architektenbiographie mit einem Geburtsjahrgang zwischen 1900 und 1910 ist nicht möglich, ohne auf die in diesem Zeitraum prägenden Akteure der Architekturgestaltung einzugehen, was in Kapitel III

¹ Siehe unter anderem für die Weimarer Republik: Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München 1990; Bracher, Karl Dietrich / Funke, Manfred / Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933, Bonn 1987; für die nationalsozialistische Herrschaft: Bracher, Karl Dietrich: Die Deutsche Diktatur. Entstehung – Struktur – Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1993; Haffner, Sebastian: Anmerkungen zu Hitler, München 1978; für die Zeit bis Ende des Zweiten Weltkriegs: Craig, Gordon A.: Deutsche Geschichte 1866-1945, München 1989, für die Zeit nach 1945: Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991. Eine anschauliche Darstellung des gesamten Zeitraumes findet sich in: Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 20. unv. Aufl., Frankfurt a.M. 1989.

geschehen soll. Hier geht es zunächst um Albert Speer, der als „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt“ und später als „Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion“ zwischen 1937 und 1945 einen entscheidenden Einfluß auf das Bauwesen und somit die Biographie vieler Architekten dieser Zeit hatte.² Dieser Einfluß gilt für Keilmann insbesondere, da er sich während der genannten acht Jahre fast ständig in Arbeitsgebieten bewegte, welche durch Ministerien beeinflußt waren, die Albert Speer direkt unterstellt waren. Da Speer für die Generalplanungen nicht allein verantwortlich war, ist auf die Ebene der Architekten einzugehen, die zu seinem Arbeitsstab gehörten. Diese „Paladine“, die nach dem Zweiten Weltkrieg oft vergleichbare Positionen inne hatten wie vor und während des Krieges³, waren die Arbeitgeber der „dritten Ebene“, die ihr Leben lang außerhalb des „Scheinwerferlichts“ als Angestellte gearbeitet haben. Über diese „dritte Ebene“, zu der Keilmann gehörte, ist noch keine eingehenden Literatur verfügbar, so daß sich diese Gruppe nicht eingehend beleuchten läßt; sie kann hier nur kurz und fragmentarisch angesprochen werden.

Das Kapitel IV, welches den Hauptteil dieser Arbeit darstellt, gliedert sich aus der Biographie von Ferdinand Keilmann mit den herausragenden Eckpunkten. Hier erfolgt der Versuch, Handlungsweisen und Aussagen aufzuzeigen, die eine, bezogen auf die Fragestellung umfassende Darstellung seines Lebens und seines Denkens ermöglichen sollen. Das Hauptaugenmerk liegt hier in der Zeit von 1929 bis 1955, da sich in diesem Zeitraum die wichtigsten Entwicklungen vollziehen. Vor 1929 spielen seine körperliche Behinderung und die familiäre Prägung eine entscheidende Rolle, nach 1955 ist allerdings nur noch die auf den ersten Blick nicht nachvollziehbare innere Emigration von Bedeutung. Außerdem ist zwischen diesen Jahren eine gewisse Rastlosigkeit in der beruflichen Entwicklung zu erkennen, für die geklärt werden soll, ob sie in der Persönlichkeit Keilmanns oder im Berufsstand des Architekten begründet ist. Für die gesamte berufliche Entwicklung ist schließlich von Bedeutung, daß Keilmann den Beruf des Musikers, den sein Vater für ihn vorgesehen hatte, wegen einer körperlichen Behinderung nicht antreten konnte. Die daraus resultierende Enttäuschung von

² Siehe unter anderem: Reif, Adalbert: Albert Speer. Kontroversen um ein deutsches Phänomen, München 1978; Schmidt, Mathias: Albert Speer. Das Ende eines Mythos. Speers wahre Rolle im dritten Reich, München 1982; Speer, Albert: Erinnerungen, Berlin 1969; Fest, Joachim C.: Speer. Eine Biographie, Berlin 1999.

³ Siehe unter anderem: Durth, Werner: Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, Frankfurt am Main 1987; Nerdinger, Winfried: Bauhaus –Moderne im Nationalsozialismus. Zwischen Anbiederung und Verfolgung, München 1993; Lane, Barbara Miller: Architektur und Politik in Deutschland 1918-1945, Braunschweig 1986; Beyme, Klaus von: Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München 1987.

Seiten des Vaters bekam Keilmann lange Zeit zu spüren und reagierte darauf mit einer starken Empfindlichkeit bezüglich der Anerkennung seiner beruflichen und künstlerischen Leistungen durch andere Personen (was in seinem Beruf oft dasselbe war).

Zur Gegenüberstellung der Biographie zur jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung dient das Kapitel V, wo alternative Möglichkeiten für Handlungen und Entscheidungen an einzelnen zentralen Punkten ausgearbeitet und anschließend bewertet werden. Dahinter steht die Frage, ob Keilmann in den jeweiligen Situationen überhaupt nach Alternativen gesucht hat, oder ob er mit dem Verlauf seiner beruflichen Entwicklung unter Berücksichtigung der politischen Verflechtung seiner Arbeitsverhältnisse einverstanden war. Schließlich soll dort der Versuch unternommen werden, zu klären, inwieweit Keilmanns Karriere typisch für einen Architekten dieser Generation war, wobei diese Frage wohl nicht abschließend beantwortet werden kann. Es war im Laufe der Recherche allerdings auffällig, wie viele vielleicht erstaunliche Parallelitäten die Biographie von Ferdinand Keilmann zu den Lebensläufen von Arbeits- und Studienkollegen aufweist.

Ein Gedanke, der diese Arbeit immer begleitet hat, hat Werner Durth in seinem Buch „Deutsche Architekten“ in der Einleitung treffend beschrieben:

„Immer wieder mußte Abstand genommen werden von jener Alltäglichkeit der dargestellten Lebensläufe, deren Anschaulichkeit leicht dazu verführen konnte, ungewollte Entlastungsstrategien aufzunehmen, sogar zu verlängern, und in die hermeneutische Falle distanzloser Verständnisbereitschaft zu geraten. Und immer wieder die Frage: Wie hätte man selbst gehandelt in vergleichbaren Situationen?“⁴

Dieses Buch ist es auch, welches bewußt oder unbewußt die Art des Heran-gehens an die Biographie von Ferdinand Keilmann in dieser Arbeit geprägt hat. Ich folge damit dem Wunsch Durths, den er zum Ende seiner Einleitung formuliert: „Viele Gespräche wurden nicht geführt, viele Dokumente nicht ausgewertet. Diese Arbeit konnte nur der Anfang sein, muß Fragment bleiben. Ich hoffe, sie stößt andere an.“⁵

Hier hat sie es getan.

⁴ Durth 1987, S. 17.

⁵ Ebd., S. 25.

II. Architekten zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland

II.1 Ausgangssituation in Weimar

Wer sich 1920 dazu entschied, Architekt zu werden, war entweder weltfremd oder Idealist. Die politische Lage Deutschlands hatte sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges noch nicht gefestigt, und diese Stabilisierung war auch nicht absehbar. Die Bauwirtschaft in ihrer Abhängigkeit von stabilen politischen Verhältnissen lag immer noch am Boden, und dies sollte die nächsten drei Jahre noch so bleiben.

Die Branche litt zu Beginn der Weimarer Republik zunächst unter den noch bestehenden politischen Leitbildern aus der Zeit vor und während des Weltkrieges, bei dem der Wohnungsbaus als eine private Aufgabe nach der Maxime des „Eigenheims auf eigener Scholle“ angesehen wurde.⁶ Diese Grundannahme verhinderte eine ausreichende Unterstützung des Massenwohnungsbaus, welcher für die Linderung der schon über Jahre bestehende Wohnungsnot notwendig gewesen wäre.

In dieser Situation fand sich eine Gruppe radikaler Architekten zusammen, die der Meinung waren, eine neue, sozial verantwortliche Architektur müsse in der politischen Revolution eine Rolle spielen.⁷ Der Ursprung für die Entwicklung dieser neuen Architektur lag in den Jahren rund um die Jahrhundertwende. In dem Zeitalter der „Neo-...-ismen“ der Architektur hatte sich eine Reformbewegung gegründet, der daran gelegen war, das bestehende Formenchaos zu überwinden und eine schlichtere Ausdrucksweise zu entwickeln.⁸ Diese Reformbewegung, der so unterschiedliche Personen wie Walter Gropius⁹ oder Paul Schultze-Naumburg¹⁰ angehörten, spaltete sich nach dem Ersten Weltkrieg in zwei unterschiedliche Gruppierungen auf, deren widersprüchliche Ansichten in Formensprache und gesellschaftlichen Grundannahmen für die Diskussion über Architektur in Deutschland bis in

⁶ Petsch, Joachim: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich, München 1976, S. 52.

⁷ Lane 1986, S. 16.

⁸ Ebd., S. 25.

⁹ Walter Gropius wird als Gründer des „Staatlichen Bauhaus Weimar“ in Kapitel II.2 (Der Fall Thüringen) genauer behandelt.

¹⁰ Auf Paul Schultze-Naumburg wird in IV. 4 (Studium an der Staatlichen Bauhochschule) eingegangen, da er zum einen das nationalsozialistische Architekturbild bis zu deren Machtübernahme entscheidend geprägt hat und zum anderen als Direktor der Weimarer Hochschule einen direkten Einfluß auf die berufliche Entwicklung von Ferdinand Keilmann hatte.

die 30er Jahre prägend bleiben sollten. Während Architekten wie Paul Bonatz, Heinrich Tessenow oder Schultze-Naumburg, die in ihren Reformbemühungen trotzdem eher als Traditionalisten zu bezeichnen waren, die schlichtere Bauform mit der handwerklichen Tradition des Mittelalters verbinden wollten, sammelte sich um Gropius oder Max Taut radikale Gruppen, die nicht nur die Formensprache der Vorkriegszeit überwinden wollten, sondern durch die Architekturgestaltung die erwarteten und erwünschten revolutionären politischen Veränderungen in Gebäuden manifestieren und somit auf die dort wohnenden Menschen übertragen wollten. Wenn im folgenden von *Reformern* die Rede ist, sind die Anhänger dieser Gruppe gemeint.

Die Anhänger dieser Richtung forderten nun nach dem Ende der Inflation im November 1923 und der anschließenden finanzpolitischen Festigung von staatlicher Seite die Durchsetzung einer Architekturform, die die revolutionären Ansätze der gesellschaftlichen Neugestaltung des Landes zur Republik unterstützen sollte, und genau diese Unterstützung wurde ihr vor allem von sozialdemokratisch geprägten Reichs- und Landesregierungen sowie Stadtverwaltungen zugebilligt. Diese zumindest in baulicher Hinsicht schaffensarme, aber in bezug auf die Formulierung von Manifesten äußerst produktiven Zeit zwischen 1918 und 1923 bildete den Hintergrund für die Entwicklung der Idee einer Architektur in der Rolle einer erzieherischen Kraft, die eine neue Gemeinschaft auf geistiger und sozialer Ebene erzeugen sollte. Damit ergänzte sie das umfassende soziale und kulturelle Programm der linksorientierten Regierung der frühen Weimarer Republik.¹¹ Das deutsche „Neue Bauen“, in der internationalen Entwicklung als Funktionalismus bezeichnet, nahm durch diese Unterstützung im Vergleich zu anderen Ländern eine Sonderstellung ein, da eine vergleichbare Verbindung von Architektur und gesellschaftspolitischem Ansatz einzigartig war. Hieraus sollten sich die folgenden Konflikte ergeben.

Die Bauwirtschaft erhielt mit der wirtschaftlichen Stabilisierung ab dem Jahr 1924 einen entscheidenden Auftrieb. Die Finanzierung des lange brachliegenden Wohnungsbaus erfuhr durch die Einführung einer Hauszinssteuer¹² die notwendige Belebung. Mit diesem Instrument wurde den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in den Städten und Gemeinden das Geld zur Verfügung gestellt, den Stockwerkswohnungsbau zunächst in

¹¹ Lane 1986, S. 51.

¹² Die Hauszinssteuer bezeichnete eine prozentuale Besteuerung der Mieteinnahmen. Die staatlichen Einnahmen aus dieser Steuer kamen in vollem Umfang dem Wohnungsbau zugute.

Blockbebauung und anschließend mit stärkerer Berücksichtigung der Stadtplanung mit Zeilenbauweise an Wohnstraßen in solchen Größenordnungen durchzuführen, daß die seit dem Ersten Weltkrieg bestehende Wohnungsnot zwischen den Jahren 1925 und 1929 erheblich gemindert werden konnte.¹³ Wurden 1925 150.000 Wohneinheiten erstellt, steigerte sich diese Zahl bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise auf 339.000 Wohneinheiten im Jahre 1929.¹⁴ Diese fünf Jahre der wirtschaftlichen Stabilität sorgten für die Architekten des „Neuen Bauens“ für zahlreiche Aufträge, und viele von ihnen waren in den Wohnungsbaugesellschaften fest angestellt. Das „Neue Bauen“ beherrschte zwar nicht das Bauen in Deutschland, wurde aber in Fachzeitschriften viel diskutiert und erfuhr die schon erwähnte umfangreiche staatliche Unterstützung.¹⁵

Die Anhänger traditionellerer Bauweisen fanden, da die von ihnen ungeliebt, moderne Bauform eher im linksgerichteten Klima seine Domäne fand, in den Ländern und Kommunen des Reiches eine Anstellung, die den Ideen der gesellschaftlichen Neugestaltung ablehnend gegenüber standen. Solange die wirtschaftliche Lage ausreichend Aufträge für die Anhänger beider Gruppen bereit stellte, waren die Differenzen zwischen Traditionalisten und Reformern auf die Diskussionen theoretischer Grundlagen beschränkt.¹⁶

Mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 sollte sich die Situation grundlegend ändern. Der massive Abzug des ausländischen Kapitals verursachte in Deutschland einen sofortigen Zusammenbruch der Bauwirtschaft. Bei den Projekten, die schon im Bau waren, wurde die Fertigstellung zum Teil langfristig verschoben, neue Aufträge zur Planung weiterer Bauten gab es so gut wie gar nicht.

In dieser kritischen Situation eskalierte der Konflikt zwischen Reformern und Traditionalisten, wobei sich die Reformer sofort in der Defensive befanden, da sie sich mit der konservativen Handwerkerschaft eine mächtige Interessengruppe zum Feind gemacht hatten. Ursache für diese Entwicklung war der fortschrittliche Ansatz des „Neuen Bauens“, der sich vom Bild des Bauschaffens mit den Techniken des Mittelalters lösen wollte. Ziel sollte es sein, eine industrielle Fertigung auch im Bauwesen einzuführen, um mit den

¹³ Petsch 1976, S. 52.

¹⁴ Pehnt, Wolfgang: Architektur, in Propyläen Kunstgeschichte: Die Kunst des 20. Jahrhunderts 1880 –1940, Frankfurt a.M. 1990, S. 340.

¹⁵ Lane 1986, S. 38.

¹⁶ Petsch 1976, S. 53. Als Länder, die dem „Neuen Bauen“ einigen Raum gaben sind z.B. Baden, Hessen oder Preußen zu nennen, die traditionellen Bauformen dominierten vor allem in den südlichen Ländern des Deutschen Reiches.

vorhandenen Mitteln eine größere Anzahl Wohnungen erstellen zu können. Daß diese neuen Gebäude fast ausschließlich mit Flachdächern versehen waren, stieß auf den Widerstand der Dachdeckerinnung, die für die Zukunft die Arbeitsmöglichkeit ihrer Mitglieder schwinden sah. Außerdem waren die Handwerker gezwungen, neue Techniken zu erlernen. Gleiches galt für die Maurerinnung, die die Wandausführung mit Beton oder sogar Fertigbetonteilen kritisierte.¹⁷ In diesem Stil hatten noch einige weitere Innungen ihre Position auf Seiten der Traditionalisten festgelegt.

Die Rationalisierungsbemühungen sollten jedoch keine tiefgreifenden Veränderungen der Branche bewirken, die Strukturierung blieb trotz starker öffentlicher Förderung von Experimenten zur Suche nach billigen Baumaterialien oder vorgefertigter Teile im Wohnungsbau¹⁸ mittelständisch und handwerklich organisiert. Dies hatte seine Ursache in den staatlichen Garantien der Bauprogramme, die zwischen 1925 und 1929 die Konjunktur garantierten. Ebenfalls waren ausreichend billige Arbeitskräfte vorhanden, wodurch keine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Rationalisierung bestand.¹⁹

Mit verschiedenen Entscheidungen von Reichsregierung, Reichsbank und preußischer Landesregierung in den Jahren 1929–31 wurde die volle Wucht der wirtschaftlichen Krise in den Bausektor übertragen. Die Bauwarte äußerte sich in ihrer Jahresrückschau auf 1929 ausführlich:

„Das im Januar noch gut gehende Pfandbriefgeschäft schrumpfte in den nächsten Monaten zusehends zusammen, so daß sich zahlreiche Hypothekenbanken gezwungen sahen, die Vornahme weiterer Beleihungen zu sperren. Nur weniger ergiebig gestaltete sich auch die Finanzierungshilfe der privaten Versicherungswirtschaften. Darüber hinaus erfuhren auch die dem Wohnungsbau in den letzten Jahren von Seiten der öffentlichen Versicherungsträger zufließenden Hypothekennittel in dem Berichtsjahr eine starke Kürzung, da das Reich bei der herrschenden Geldknappheit in den öffentlichen Kassen diese Mittel zum großen Teile mit Beschlag belegte. Einen schweren Schlag erlitt die Wohnungsbaufinanzierung vor allem aber auch durch die im Frühjahr erfolgte Auflegung der steuerbegünstigten Reichsanleihe von 300 Mill. RM., da auf diese Weise ein erheblicher Teil der sonst für Wohnungsbauzwecke verfügbare Anlagegelder für den öffentlichen Finanzbedarf abgezogen wurde. Gleichzeitig erhielt auch das Pfandbriefgeschäft durch diese Anlei-

¹⁷ Lane 1986, S. 132.

¹⁸ Ebd., S. 53.

¹⁹ Petsch 1976, S. 53.

hepolitik schweren Stoß, da festgestelltmaßen größere, eigentlich der Pfandbriefinvestition zuge dachte Anlagegelder nach dem Anleihemarkt abwanderten.”²⁰

Entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau hatte der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, nach dessen Meinung in den Jahren zuvor zuviel Geld für den Wohnungsbau ausgegeben worden war und dies auch noch für in der Regel zu kleine Wohnungen, die seiner Ansicht nach in der Miete auch noch zu teuer wären.²¹ Als weitere einschneidende Maßnahme wurde 1931 in Preußen eine zweieinhalbjährige Hochbausperre verhängt. Diese Maßnahmen verursachten einen überproportionalen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Bausektor. Während diese im Jahr 1932 im Reichsdurchschnitt bei 44,4% lag, erreichte sie bei den Bauarbeitern eine Quote von annähernd 65%, bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sogar 90,8%.²²

In dieser Situation fand auf Seiten der Berufsvereinigungen der Bauwirtschaft eine Radikalisierung statt. Einige inzwischen stark nationalsozialistisch unterwanderten Verbände schlossen sich zu einer „Baufront“ zusammen, mit deren Hilfe zunächst der preußische Hochbaustop bekämpft werden sollte.²³ Nachdem Adolf Hitler in den 20er Jahren bereits die Architektur als hochbedeutsames Medium für das nationale Leben bezeichnet hatte, formierten sich um 1928 der nationalsozialistische Widerstand gegen das „Neue Bauen“ durch eine Zunahme an Veröffentlichungen im „Völkischen Beobachter“. Unterstützt wurde diese Positionierung durch die Gründung des „Kampfbund für deutsche Kultur“ (KfdK) im Februar des Jahres 1929, ein Zusammenschluß von Intellektuellen, mit dem der Initiator Alfred Rosenberg²⁴ den kulturellen Einfluß der Partei erweitern wollte.²⁵ Durch die

²⁰ Bauwarte, Heft 2, 1930, S. 16.

²¹ Petsch 1976, S. 54.

²² Ebd., S. 63.

²³ Ebd., S. 63.

²⁴ Alfred Rosenberg wurde am 12. Januar 1893 in Reval geboren. Er studierte Architektur und arbeitete als Politiker und Publizist. 1919 stieß er zur NSDAP, wurde 1923 Hauptschriftleiter des Parteiorgans „Völkischer Beobachter“ und beteiligte sich am Hitlerputsch (1923). Durch die Entwicklung einer eigenen Ideologie innerhalb des Nationalsozialismus blieb er ein Außenseiter innerhalb der Partei, konnte jedoch immer wichtige Positionen einnehmen. Ab 1930 war er Herausgeber der „Nationalsozialistischen Monatsheft“, ab 1933 Reichsleiter des Außenpolitischen Amtes, ab 1934 zugleich „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“. Ab 1939 ließ er für sein „Institut zur Erforschung der Judenfrage vor allem jüdische Bibliotheken und Archive plündern und leitete ab Oktober 1940 den Raub von Kunstschatzen aus den besetzten Ländern. Rosenberg wurde am 16. Oktober 1946 nach Verurteilung durch das Nürnberger Militärtribunal hingerichtet.

²⁵ Lane 1986, S. 143.

Einbindung namhafter Architekturlehrer und Kunsthistoriker in den KfdK, von denen viele (noch) keine direkten Anhänger der NSDAP waren, erschien diese Gründung überparteilich, was das zugrundegelegte Agitationschema für die Öffentlichkeit zunächst erfolgreich verdecken konnte.²⁶

Rosenberg hatte den Begriff des „Kulturbolschewismus“ geprägt, unter dem die Kritik am „Neuem Bauen“, an Kubismus, Futurismus, Jazz sowie anderen Kunstformen zusammengefaßt wurde, je nachdem, welche Kunstrichtung gerade als schädlich für das deutsche Volkstum darzustellen war. Der Begriff „Kulturbolschewismus“ konnte im Kampf gegen mißliebige Künstler auch deswegen so effektiv eingesetzt werden, da es nie eine präzise Definition für ihn gab. Rosenberg hatte lediglich festgelegt, daß „Kulturbolschewismus [...] alles (ist), was der Nationalsozialismus ablehnt“.²⁷ Dieser ausschließlich negativ formulierte Ansatz wurde von den Propagandisten der NSDAP nach 1930 gerade im Bereich der Architektur äußerst erfolgreich angewandt. Sie gewannen damit die Möglichkeit, durch die Bekämpfung des „Neuen Bauens“ ihre Kritik an den wirtschaftlichen und politischen Mißerfolgen der Weimarer Republik auszudrücken, ohne eigene konkrete Programme zur Verbesserung dieser Situationen aufstellen zu müssen.²⁸ Lane schreibt hierzu,

„daß jeder einzelne Angriff der Nazis auf die neue Architektur auch eine positive Aussage enthielt; jede Kritik an den Wertvorstellungen, die das Neue Bauen angeblich verkörperte, verpflichtete die Partei zumindest theoretisch, gegenteilige Tendenzen zu unterstützen.“²⁹

Die Festlegung der Nationalsozialisten, ihre Kritik über das Medium der Architektur zu formulieren, erforderte von ihnen jedoch nach der Machtergreifung eine Umsetzung von Bauprogrammen, mit der die eigene Ideologie dargestellt werden sollte.³⁰

Mit Beginn des Jahres 1933 begann sich eine Verbesserung der Auftragslage auf dem Bausektor abzuzeichnen, in den Jahresvorschauen der Fachzeitschriften klang ein vorsichtiger Optimismus an. Ursache waren verschiedene Maßnahmen der Reichsregierung, mit der die Krise der Gesamtwirtschaft, aber auch speziell der Bauwirtschaft bewältigt werden sollten.

²⁶ Teut, Anna: Architektur im Dritten Reich 1933 –1945, Frankfurt a.M. 1967, S. 21.

²⁷ Ebd.

²⁸ Lane 1986, S. 20.

²⁹ Ebd., S. 160.

³⁰ Ebd., S. 21; siehe Kapitel II.3 (Die Architekturvorstellungen der Nationalsozialisten).

Durch eine Notverordnung vom 1. Dezember 1930 sollten alle bis zum 31. März 1934 bezugsfertigen Wohngebäude von der Grundsteuer befreit werden, es bestand eine Kreditermächtigung bis zu 100 Millionen RM für die Instandsetzung von Wohnungsbauten und für Wohnungsteilungen und schließlich gewährte die Reichsregierung Steuergutscheine im Wert von 400 Millionen RM, die über Haus- und Grundbesitzerbanken den Immobilienbesitzern zugute kommen sollten.³¹ Da sich das bestehende Bausparkassensystem schon in der Krise als einer der wenigen verlässlichen Finanzierungsgeber des Bauwesens herausgestellt hatte, sollte die Zulassung neuer Kassen weitere positive Impulse bringen.³² Bei der Größe der wirtschaftlichen Not waren diese Maßnahmen zwar nur ein Anfang und mit einem positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt wurde erst ab der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1933 gerechnet, jedoch bestand die Möglichkeit, daß sich die Lage allmählich entspannen könnte. Die Baugilde schrieb dazu:

„Der vorstehende Ausblick auf die Aufgaben des Jahres 1933 zeigt, daß ein gesunder Optimismus für die Bauwirtschaft durchaus berechtigt ist. Auch die freischaffenden Architektenschaft kann aus dieser Entwicklung nicht ausgeschaltet werden und es ist erfreulich festzustellen, daß die Reichsbehörden für diesen Gedanken volles Verständnis zeigen und dies auch mehrfach bekundet haben.“³³

Die Grundlagen der positiven Entwicklung des Bauwesens sollten sich jedoch bereits einen Monat später grundlegend ändern. Mit der Wahl Hitlers zum Reichskanzler am 1. Februar 1933 vollzog sich in Deutschland eine politische Veränderung, die, so wenig dies damals vielleicht direkt wahrgenommen wurde, in letzter Konsequenz sowohl politisch als auch gesellschaftlich und materiell kaum „einen Stein auf dem anderen“ lassen sollte.³⁴

³¹ Baugilde, Heft 1, 1933, S. 6. Der genaue Ablauf der Auszahlung von Zuschüssen für die Bauwirtschaft durch Steuergutscheine erschließt sich nicht aus dem genannten Artikel. Ich gehe jedoch davon aus, daß der Autor zum Ende des Jahres 1932 wußte, welche positiven Effekte diese finanzpolitische Maßnahme haben konnte.

³² Ebd., S. 8.

³³ Ebd.

³⁴ Bezüglich der Entwicklung von persönlichen Karrieren und der Sicherung von wirtschaftlicher Einflußnahme in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten mag dies überspitzt formuliert sein; vgl. Kapitel III (Die Akteure), allerdings gilt die oben genannte Aussage in Bezug auf den Großteil der deutschen Bevölkerung in bedrückender Weise.

II.2 Der Fall Thüringen

Die Sonderstellung des Landes Thüringens in bezug auf die Arbeitsverhältnisse von Architekten lag nicht im wirtschaftlichen Bereich; hier waren die gleichen Faktoren entscheidend, die auch in der gesamten deutschen Republik die Arbeit von Architekten erleichterten bzw. erschwerten. Die thüringische Landesregierung befand sich jedoch durch die Trägerschaft des „Staatlichen Bauhaus Weimar“ ab 1919 und ab 1926 der Nachfolgeeinrichtung „Staatliche Hochschule für Handwerk und Baukunst“ in einer der zentralen kulturpolitischen Positionen innerhalb des Reiches. Die Kulturpolitik stellte in den Landtagswahlkämpfen ein erhebliches Mobilisierungs- und Polarisierungspotential dar, und schließlich wurde die Entwicklung zur nationalsozialistischen Machtübernahme durch den thüringischen Landtag durch der Regierungsbeteiligung der NSDAP bereits 1930 vorweggenommen. Hierbei spielte Weimar, die Stadt der deutschen Klassik, von der die vielfach verhaßte Republik ihren Namen erhalten hatte und somit eine zusätzliche Symbolkraft erhielt, eine entscheidende Rolle.

Am 1. April 1919 wurde Walter Gropius³⁵ zum Direktor der ehemaligen Großherzoglichen Hochschule für bildende Kunst ernannt, nachdem seine Bewerbung vom Hofmarschallamt wohlwollend behandelt worden war. Dieses Wohlwollen ging auf die Unterstützung von Gropius Bewerbung durch die provisorische republikanische Regierung zurück und hier besonders auf die der Sozialdemokraten.³⁶ Durch die Zusammenfassung der Kunsthochschule mit der 1915 aufgelösten, neu zu belebenden Großherzoglichen Kunstgewerbeschule schuf Gropius anschließend das „Staatliche Bauhaus“ nach einem neuartigen, bis zu diesem Zeitpunkt unbekanntem Konzept. Gropius hatte zusammen mit Otto Bartning die Grundzüge des sogenannten „Bauhausmanifest“ formuliert, mit dem die theoretische Grundlage für eine revolutionäre Form der künstlerischen Ausbildung von Handwerkern gelegt wurde, bei der die Abkehr von überkommenen Traditionen im Mittelpunkt der ersten Semester stand. Gleichzeitig sollten an der Schule alle bild- und

³⁵ Walter Gropius wurde am 18. Mai 1883 in Berlin geboren. Nach dem Studium arbeitete er von 1908 bis 1910 in München und Berlin bei Peter Behrens, eröffnete anschließend unter Mitarbeit von Adolf Meyer sein eigenes Büro. Den Direktorenposten des Bauhaus behielt er bis 1928, danach Tätigkeit im Wohnungsbau (z.B. Berlin-Siemensstadt). 1933 emigrierte er nach London, 1937 Wechsel zur Harvard-University in Cambridge (Mass.) mit Gründung der eigenen Architekturschule. Gropius war einer der faszinierendsten Vertreter der neuen, auf Zweckmäßigkeit hin entworfenen Architektur mit einer betont blockartigen, streng geometrischen Bauweise. Bis zu seinem Tod am 5. Juli 1969 lebte er in Lincoln (Mass.).

³⁶ Winkler, Klaus-Jürgen: Bauhaus und Thüringer Landtag. Die Kunstschuldebatten in der Zeit der Weimarer Republik, in: Stenzel, Burkhard / Winkler, Klaus-Jürgen: Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920 - 1933, Weimar 1999, S. 45.

werkkünstlerischen Disziplinen in einer Einrichtung zusammengeführt werden.³⁷ Dieses Konzept war eine radikale Folge der zerstörerischen Wirkung des Ersten Weltkriegs, mit dem eine Rückorientierung auf eine Werkgemeinschaft, vergleichbar den Bauhütten aus der Zeit des gotischen Kathedralenbaus im Mittelalter erfolgen sollte³⁸. Die Schüler wurden dazu ermuntert, alles, was sie bisher über Kunst gelernt hatten, zu vergessen und „sich ganz auf spontane Eingebungen zu verlassen, die sich im Zuge der Weiterentwicklung ihres Gespürs für Material, Farbe und Raum einstellten.“³⁹ Gleichzeitig löste Gropius die Bindung mit bestehenden Bildungssystemen, indem er bei neuen Schülern, die als „Lehrlinge“ bezeichnet wurden, auf die Vorlage von Zeugnissen einer Baugewerkschule oder ein Vordiplomzeugnis einer Technischen Hochschule verzichtete.⁴⁰

In Weimar geriet diese neue Konzeption schnell in das Fadenkreuz der Kritik. Bollenbeck spricht hier von einem

„Netzwerk konservativer, völkischer und nationalsozialistischer Gruppierungen, das Verlage, Redaktionen oder auch Institutionen (Goethe- und Schiller-Archiv, Goethe-Nationalmuseum, Nietzsche-Archiv, Deutsches Nationaltheater) umfaßt.“⁴¹

Zunächst entzündete sich der Streit mit dem Bauhaus um die Übernahme der alten Kunstgewerbeschule, wobei deren konservativer Lehrkörper, einige ehemalige Schüler, sowie Weimarer Maler und Publizisten die neuen künstlerischen Bestrebungen massiv ablehnten.⁴² Bereits im Januar 1920 fand eine Kampagne ihren Höhepunkt, die die Wiederherstellung der Kunstgewerbeschule in alter Form forderte und von deren Mitglieder zahlreiche Eingaben an die thüringische Regierung abgegeben wurden. Das Bauhaus überstand diese erste Krise nur, weil eine breite Solidaritätswelle aus ganz Deutschland auf die Landesregierung zurollte.⁴³

In den folgenden Monaten bildeten sich in Weimar die Argumentationslinien heraus, die letztendlich für den Weggang des Bauhauses nach Dessau verantwortlich werden sollten. Die Anfeindungen, die im Landtag immer

³⁷ Ebd.

³⁸ Ebd., S. 49.

³⁹ Craig, 1989, S. 414.

⁴⁰ Bredow, Jürgen / Lerch, Helmut: Otto Bartnig. Zum Werk des Architekten, Darmstadt 1983, S. 27.

⁴¹ Bollenbeck, Georg: Weimar, in: François, Etienne / Schulz, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, München 2001, S. 217.

⁴² Winkler, 1999, S. 49f.

⁴³ Ebd.

wieder aufgegriffen wurden, betrafen aus deutsch-nationaler Sicht die Verteidigung deutscher Kunst und Kultur, die Bewahrung des Geistes von Weimar, und daß sich „ein Zusammenhang zwischen expressionistischer und kommunistischer Ideen“ herstellen lasse.⁴⁴ Von Seiten der konservativen Künstler, die außerparlamentarisch gegen die moderne Kunstrichtung opponierten, wurde eher der Vorwurf erhoben, die moderne Kunst würde eine geistige Gefährdung bedeuten, bei der die kulturellen Ideen, die Weimar in der Vergangenheit zu seiner Bedeutung verholfen hatten, bedroht seien.⁴⁵

Da die neue Schule finanziell vom Land Thüringen abhängig war, fanden in der Folgezeit bei den alljährlichen Haushaltsberatungen erbitterte Auseinandersetzungen um die Ausstattung mit Geldmitteln statt. Die Koalitionsbildung von Bauhausgegnern und –befürwortern ging einher mit der Orientierung an der politisch Rechten und Linken, obwohl Gropius sich immer bemühte, einer parteipolitischen Vereinnahmung zu entgehen.⁴⁶ Da sich bis zur Landtagswahl vom 10. Februar 1924 die politische Linke mit einer Koalition aus KPD, USPD und SPD an der Regierung halten konnte, war für die ersten fünf Jahre des Bestehens die Finanzierung des Bauhaus gesichert.⁴⁷ In den letzten Monaten vor der Wahl hatte wegen der politischen Unruhen, die durch die Inflation ausgelöst wurden, die Reichswehr mit Hilfe des Kriegsrechts das Land regiert und die Kommunisten aus dem Kabinett verbannt.⁴⁸ Der damit vollzogene Rechtsruck setzte sich in der Wahl vom Februar fort, womit das Bauhaus die politische Unterstützung verlor.⁴⁹

Gropius gab noch nicht sofort auf. Mit verschiedenen Vorschläge, wie sich die Schule durch die Vermarktung eigener Produkte finanzieren könne, sowie einem konkreten Privatisierungsplan, versuchte er, im Landtag eine ausreichende politische Unterstützung zu finden, um die Bildungseinrichtung zu erhalten.⁵⁰ Allerdings waren seine Gesprächspartner innerhalb der Landesregierung zu diesem Zeitpunkt schon lange nicht mehr an einem Weiterbestehen des Bauhaus in der vorhandenen Form interessiert. In der folgenden Entscheidung zum thüringischen Haushalt des Jahres 1925 wurde der Staatszuschuß für das Bauhaus wegen angeblicher Finanzknappheit auf 50.000 Goldmark festgelegt; Gropius hielt mindestens 100.000 Goldmark

⁴⁴ Lane 1986, S. 81.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Winkler 1999, S. 50.

⁴⁷ Ebd., S. 52ff. Die KPD war erst am 11. September 1921 in den Landtag eingezogen, zuvor gab es eine Koalition der beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen mit der Wirtschaftspartei DDP; siehe Schaubild 1.

⁴⁸ Lane 1986, S. 86.

⁴⁹ Siehe Schaubild 2.

⁵⁰ Winkler 1999, S. 85.

für notwendig, um die Einrichtung fortzuführen.⁵¹ Die gesamte Diskussion wurde in Deutschland eingehend verfolgt, und als klar wurde, daß unter diesem finanziellen Zwang in Weimar keine konstruktive Arbeit mehr möglich sein würde, nahm das Bauhaus das Angebot von der Stadt Dessau an, den Unterricht dorthin zu verlagern. Anfang April 1925 wurde dort der Unterricht wieder aufgenommen.

Daß die Vertreibung in erster Linie parteipolitische Hintergründe hatte, zeigte sich, als von der konservativen Landesregierung mit Otto Bartning der Leiter der Nachfolgeeinrichtung des Bauhaus präsentiert wurde. In Bartnings Konzept war die Kunsthochschule, um die es zuvor so große Auseinandersetzungen gegeben hatte, als eigenständiger Zweig neben den „Werkstätten“ und der „Bauakademie“ vorgesehen. Letztere beiden sollten unter dem Namen „Staatliche Hochschule für Handwerk und Baukunst“ (St.B.H.) zusammengefaßt werden, die zum Sommersemester 1926 ihren Unterricht aufnahm. Für beide Hochschulen stellte der Landtag im ersten Jahr 150.000 RM, für das zweite Jahr sogar 180.000 RM zur Verfügung, womit auch die vorherige Verringerung der Mittel für das Bauhaus als politischer Akt entlarvt war.

Die neue Hochschule geriet ebenfalls schnell in die Diskussionen des Landesparlaments, jedoch unter umgekehrten Vorzeichen. Zwar unterschied sich die Orientierung der Ausbildung zwischen Bauhaus und St.B.H. nur in geringem Maße, jedoch war Bartning vom rechtsgerichteten Regierungsbündnis eingesetzt worden. Nach der Landtagswahl vom 30. Januar 1927 stellte die DVP mit Dr. Richard Leutheuser erneut den Vorsitzenden des Kabinetts, allerdings mußte die Koalition aus DVP, DDP, WP und Landbund mit einem Minderheitenkabinett regieren, welches von der NSDAP unterstützt wurde.⁵² Nach einer Abstimmungsniederlage zum Etat der beiden Kunstschulen im November 1927 zeigte sich, daß nun wiederum die Sozialdemokraten nicht bereit waren, der bestehenden Hochschule die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Diesmal ging es jedoch nicht um die künstlerische Orientierung der Ausbildung – die Ausbildung war in gleichem Maße dem „Neuen Bauen“ verpflichtet – sondern um das wesentlich ungünstigere Verhältnis von Lehrern zu Schülern an der Bauhochschule bei erheblich höheren Kosten für das Land gegenüber der Situation in den Jahren zuvor, als das „Bauhaus“ noch in Weimar ansässig war.⁵³

⁵¹ Ebd., S. 88.

⁵² Winkler 1999, S. 99, siehe auch Schaubild 3.

⁵³ Ebd., S. 100.

Die Auseinandersetzungen vor allem um die Person Bartnings eskalierten bis zum Juli 1929, da er sich in seinem Vertrag das Recht hatte zusichern lassen, sich nicht ständig in Weimar aufhalten zu müssen. Die linken Parteien forderten, daß sein zum April 1930 auslaufender Vertrag nicht verlängert werden dürfe, allerdings konnten sie sich parlamentarisch nicht durchsetzen. Dies wäre jedoch auch gar nicht nötig gewesen, da Bartning bereits im April 1929 gegenüber dem zuständigen Minister erklärt hatte, daß er nach dem abgeschlossenen Aufbau der Hochschule die Leitung in die Hände einer Person legen wolle, die sich ständig in Weimar aufhalte.⁵⁴ Zu einer Fortführung der Lehrtätigkeit im Sinne Bartnings mit einem von ihm bestimmten Nachfolger sollte es jedoch nicht mehr kommen.

Am 8. Dezember 1929 wurde der 5. Thüringische Landtag gewählt und mit diesem Wahlergebnis sollten sich die bisherigen politischen Verhältnisse radikal verändern.⁵⁵ Die NSDAP-Fraktion erhielt bei der Abstimmung sechs Sitze, die über die Mehrheitsbildung entscheiden konnten. Das linke Lager hatte die absolute Mehrheit verfehlt und die bürgerlichen Parteien konnten ohne die Nationalsozialisten keine Regierung bilden und ging dieses Bündnis ein. Da die alte Regierung auf die Ernennung eines neuen Direktors der St.B.H. verzichtet hatte, fiel diese Kompetenz nun in die Zuständigkeit des neuen Innen- und Volksbildungsministers, des Nationalsozialisten Dr. Wilhelm Frick.⁵⁶ Als eine seiner ersten Amtshandlungen schloß er einen Vertrag mit dem „Blut und Boden“-Ideologen⁵⁷ Paul Schultze-Naumburg und betrieb anschließend mit diesem gemeinsam die Entlassung fast des gesamten Lehrkörpers, damit die Hochschule im Sinne einer nationalsozialistischen Kulturauffassung umgestaltet werden konnte.

Die folgenden Maßnahmen zur Durchsetzung der völkischen Ideologie fanden ihre gesetzliche Grundlage in Fricks Erlaß „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“ vom 5. April 1930⁵⁸, in dessen Folge Schultze-Naumburg die Wandmalereien von Oskar Schlemmer im Gebäude der St.B.H. übermalen und im Weimarer Schloßmuseum die Bilder von Künstlern wie

⁵⁴ Winkler 1999, S. 104.

⁵⁵ Siehe Schaubild 4.

⁵⁶ Winkler 1999, S. 104, S. 106; als weiterer Minister der NSDAP wurde Fritz Marschler als Staatsrat eingesetzt, der zuallererst für die Belange der Stadt Weimar zuständig war.

⁵⁷ Der Begriff „Blut und Boden“ ging auf Richard Walter Darré zurück, der als Landwirtschaftsexperte zu den Nationalsozialisten gestoßen war und bis 1942 zum engeren Führungszirkel der gehörte. Darré führte das zunächst bestimmende antistädtische Element in die Naziideologie ein.

⁵⁸ Schädlich, Christian: Die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. Ein geschichtlicher Abriß, Weimar 1985, S. 39.

Klee, Kandinsky, Barlach, Dix, Feininger und anderer entfernen ließ.⁵⁹ Nachdem die ersten Maßnahmen ergriffen waren, „die Verseuchung deutschen Volkstums durch fremdrassige Unkultur abzuwehren und im positiven Sinn deutsche Kunst zu entwickeln“⁶⁰, installierte Frick den „Lehrstuhl für menschliche Züchtungskunde“ an der Universität von Jena, der speziell für Hans F.K. Günther, auch „Rasse-Günther“ genannt, geschaffen wurde.⁶¹ Den nationalsozialistischen Bestrebungen, das Land zu einem „Zentrum der deutschen Kultur faschistischer Herkunft“⁶² zu machen, bei dem die Hochschule unter Schultze-Naumburg den Mittelpunkt darstellen sollte⁶³, wurden noch einmal für wenige Monate unterbrochen. Durch einen erfolgreichen Mißtrauensantrag der SPD-Fraktion im Mai 1931 mußten die beiden NSDAP-Minister ihre Posten abgeben.⁶⁴ Der Versuch der Revision einiger politischer Entscheidungen Fricks auf Antrag der linken Parteien sowie von Teilen der Bürgerlichen war zunächst erfolgreich, jedoch zeichnete sich mit der Wahl vom 31. Juli 1932 das Ende des parlamentarischen Systems in Thüringen ab.⁶⁵ Von den 61 Mitgliedern des Landtags waren nun 26 von der NSDAP, die unter der Leitung des Gauleiters Fritz Sauckel den Großteil der Regierungsmitglieder stellte. Die eingeschüchterte und geschwächte Opposition hatte dieser Macht in den letzten Monaten des Bestehens der Weimarer Republik nichts mehr entgegen zu setzen.⁶⁶

II.3 Die Architekturvorstellungen der Nationalsozialisten

Mit der Wahl Adolf Hitlers zum Reichskanzler erwarteten die Interessenvertretungen der Architekten eine Offenbarung von großen Visionen, wie im „neuen“ Deutschen Reich gebaut werden sollte, doch diese Offenbarung fand nicht statt. Hatten die Architekten unter den Anhängern der NSDAP bis zur Machtübernahme damit gerechnet, daß die sparsamen, wenig be-

⁵⁹ Pese, Claus: Der Name Schultze-Naumburg ist Programm genug, in: Both, Ralf / Pföhl, Thomas (Hrsg.): Aufstieg und Fall der Moderne, Katalog der Ausstellung, Weimar 1999, S. 391.

⁶⁰ Amtsblatt des Thüringischen Ministeriums für Volksbildung. Weimar 9 (1930) 6, S. 40f., in: Schädlich 1985, S. 39.

⁶¹ Borrmann, Norbert: Paul Schultze-Naumburg 1869 –1949. Maler, Publizist, Architekt. Vom Kulturreformer der Jahrhundertwende zum Kulturpolitiker im Dritten Reich. Ein Lebens- und Zeitdokument, Essen 1989, S. 192. Günther hatte das Buch „Rasse und Stil“ geschrieben, in dem er nachzuweisen versuchte, daß jeder Künstler sich selbst porträtierte und seine rassische Herkunft daher in seinen Bildern abzulesen sei. Günthers Lehrstuhl wurde später in „Lehrstuhl für Sozialanthropologie“ umbenannt.

⁶² Schädlich 1985, S. 39.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Winkler 1999, S. 110.

⁶⁵ Siehe Schaubild 5.

⁶⁶ Winkler 1999, 115.

stimmten Äußerungen der hohen Verantwortlichen in der Partei zur Verschleierung von ausgeklügelten Strategien zur Entwicklung der Architektur im „Führerstaat“ sein würden, so offenbarte sich schnell, daß sich hinter der nun erkennbaren Sprachlosigkeit des nationalsozialistischen Führungskaders das Fehlen jeglicher Perspektiventwicklung für eine Zeit nach Erlangung der Macht verbarg.

Die Folge war, daß die Anhänger der unterschiedlichen Baustile und Ideologien versuchten, in wechselnden Koalitionen ihre Ideen zur Staatsdoktrin erheben zu lassen. In der „Führungsstruktur“ der Nationalsozialisten folgte damit auch der Bereich Architektur dem sich herausbildenden Prinzip, daß die Kompetenzen auf konkurrierende Organisationen verteilt wurden, um nach „Gutsherrenart“ Lob und Tadel auf die um Anerkennung und Einfluß buhlenden Verantwortlichen verteilen zu können.⁶⁷ Ursache war die Aufhebung von vielen Regelungen und Verordnungen der Weimarer Republik, die durch subjektive Willkür und persönlichen Geschmack des einzelnen ersetzt wurden. Führ spricht in diesem Zusammenhang davon, daß nicht mehr die *eine* hohe Verhaltenssicherheit gewährende strukturelle Ordnung als Handlungsmaxime vorherrschte, sondern diese Ordnung durch ein diskontinuierliches Handeln nach einzelnen Maßnahmen ersetzt wurde.⁶⁸

Einen starken Einfluß auf die Formulierung der nationalsozialistischen Weltanschauung für die Berufsgruppe der Ingenieure und Techniker, zu denen die Architekten gezählt wurden, erreichte schon nach kurzer Zeit der „Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure“ (KDAI), eine Untergruppierung innerhalb des KfdK. Der KDAI wurde im Sommer 1931 unter anderem von Paul Schultze-Naumburg und Gottfried Feder gegründet und erreichte in kurzer Zeit eine erhebliche Popularität. Innerhalb eines Jahres konnten über 2000 Mitglieder gewonnen werden.⁶⁹ Direkt nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gingen die Berufsverbände der Architekten davon aus, daß der zahlenmäßig starke und personell einflußreiche KDAI die Führung in der bröckelnden „Baufront“ wieder an sich reißen würde. Nach der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Entspannung zum Herbst des

⁶⁷ Die „Organisation“ von interner Konkurrenz scheint eine „Spezialität“ der Nationalsozialisten zu sein, brachte dieses System doch entscheidende Vorteile: die ständige Konkurrenz unter den verschiedenen Interessengruppen erzeugte ein Klima des vorausseilenden Gehorsams, in dem viele Entwicklungen von der politischen Leitung nicht erst angestoßen werden mußten.

⁶⁸ Führ, Eduard: Über die Kultur der Architekten und Ingenieure im „Dritten“ Deutschen Reich, in: Kuder, Ulrich: Architektur und Ingenieurwesen zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 - 1945, Berlin 1997, S. 54f.

⁶⁹ Führ 1997, S. 55, zitiert nach: Ludwig, Karl-Heinz: Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974, o.S.

Jahres 1932 hatten sich die ersten Absetzungstendenzen einzelner berufsständischer Verbände aus dem Zusammenschluß gezeigt.⁷⁰ Der Kampfbund akzeptierte die von der NSDAP-Führung verordnete Stillhaltefrist bis zur Reichstagswahl vom 3. März 1933 mit der festen Erwartung, in Anschluß an die nationalsozialistische Machtübernahme die in den Jahren zuvor entwickelten Leitbilder für architektonische Gestaltung in der Form des Heimatschutz endlich durchsetzen zu können.⁷¹ Jedoch verweigerte Hitler ihnen schließlich diese Möglichkeit. Die Einsetzung von Joseph Goebbels als „Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung“, ein Posten, auf den auch Rosenberg spekuliert hatte, sowie die Ernennung Bernhard Rusts zum „Reichsminister für Wissenschaft und Erziehung“ wurde von vielen als Absage an die reaktionären Tendenzen der „Kampfzeit“ angesehen.⁷² Der Streit zwischen Goebbels und Rosenberg über die Zuständigkeit der Formulierung der Ziele nationalsozialistischer Kulturpolitik eskalierte im Sommer 1933 und wurde schließlich von Hitler beendet, der auf einem Künstlerempfang am Abend des Ermächtigungsgesetzes⁷³ äußerte, daß „der echte Künstler (...) von selbst zu uns [kommt], weil wir ihn aufbauen.“⁷⁴

Das zunächst entscheidende Element, unerwünschte Architekten aus den Bauverwaltungen zu vertreiben, war zunächst das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933. In Folge dieses Gesetzes wurden Architekten aus ihren Ämtern entlassen⁷⁵, wenn sie zum Beispiel zu den „rassisch Minderwertigen“ gehörten, politisch nicht konsensfähig waren oder sich die Entwürfe nicht mit den kulturpolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten deckten. Neben den Mitarbeitern des „Bauhaus“ gehörten beispielsweise Richard Döcker, Hans Poelzig, Hans Scharoun oder Bruno Taut zu den Betroffenen; gleiches traf auf Personen in öffentlichen Verwaltungen zu, die diese Architekten unterstützt und gefördert hatten, wie die Oberbürgermeister von Köln, Frankfurt am Main und Dessau, Konrad Adenauer, Ludwig Landmann und Fritz Hesse.

⁷⁰ Teut 1967, S. 66.

⁷¹ Ebd. Der Begriff des Heimatschutzes besagt, daß die architektonische Gestaltung eines Gebäudes auf die historischen regionalen Baustile und Materialien Rücksicht nehmen soll, so daß sich Neubauten harmonisch in ein bestehendes Landschafts- oder Stadtbild einfügen. Dabei ist höchstens eine stilistische Vereinfachung der Fassadengestaltung erlaubt, die eine preiswertere Bauausführung erlaubt und die Architektur besser zum Ausdruck kommen läßt.

⁷² Teut 1967, S. 66.

⁷³ Das Ermächtigungsgesetz wurde am 23. März 1933 erlassen. Die vorausgegangene Abstimmung fand schon nicht mehr unter demokratischen Verhältnissen statt, da zahlreiche Gegner der Nationalsozialisten bereits verhaftet waren. Die Stimmen der Sozialdemokraten reichten zur Ablehnung nicht mehr aus. Mit Hilfe dieses Gesetzes erhielten die Nazis die Möglichkeit, sämtliche staatliche Organe unter ihre Kontrolle zu bekommen.

⁷⁴ Adolf Hitler, zitiert nach: Teut 1967, S. 66.

⁷⁵ Im folgenden: Durth 1987: S. 117.

In den folgenden Monaten vollzog sich die Gleichschaltung der Berufsverbände im gesamten Reich. Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände wurden unter Robert Ley zur Deutschen Arbeitsfront (DAF) zusammengefaßt, für die Absolventen der Höheren Technischen Lehranstalten entstand eine Unterabteilung in der DAF als „Reichsverband Deutscher Baumeister“.⁷⁶ Die gleichzeitige Gründung der „Reichskammer der bildenden Künste“ (RKbK), die in Goebbels Zuständigkeitsbereich fiel und von dem Architekten Prof. Eugen Hönig geleitet wurde, verpflichtete alle Architekten zur Mitgliedschaft in einer dieser Organisationen, womit von staatlicher Seite umfassende Kontroll- und Sanktionsfunktionen installiert wurden. Gerade die Nichtaufnahme in die Reichskammer oder die Entlassung aus ihr kam einem Berufsverbot gleich, da auf Entwürfen die Mitgliedsnummer angegeben werden mußte.⁷⁷

Die in den nächsten Jahren folgenden politischen Einflußnahmen auf den Berufsstand des Architekten waren gezeichnet von den sich immer wieder verschiebenden Machtverhältnissen der unterschiedlichen Interessenvertreter innerhalb der NSDAP. Zunächst wurde im Oktober 1934 durch den Präsidenten der RKbK das Architektengesetz erlassen, mit dem den Architekten weitreichende Rechte und Pflichten zugebilligt wurden, die einem Planungsmonopol gleichkamen.⁷⁸ In den folgenden zwei Jahren wurde diese Entwicklung durch den Widerstand so einflußreicher Parteigänger wie Fritz Todt als Leiter der DAF oder Hjalmar Schacht in der Funktion des Reichswirtschaftsministers wieder rückgängig gemacht. Inzwischen war der KDAI schon wieder aufgelöst worden⁷⁹, der KfdK hatte seine Bedeutung schon direkt nach der Machtübernahme verloren. Mit der Neubesetzung des Amtes des Präsidenten der RKbK durch den Dekorationsmaler Adolf Ziegler erlebte die berufsständische Vertretung ihren Tiefpunkt.⁸⁰

Trotz dieses Durcheinanders an Kompetenzen und Richtlinien brauchten sich *die* Architekten, die ihren Beruf noch ausüben durften, zunächst keine wirtschaftlichen Sorgen machen.⁸¹ Der sich bereits 1932 abzeichnende Aufschwung der Weltwirtschaft setzte sich zumindest in Deutschland in den folgenden Jahren fort und die Nationalsozialisten benutzten gerade das

⁷⁶ Deutscher Baumeister, Heft 10, 1933, S. 2.

⁷⁷ Petsch 1976, S. 74.

⁷⁸ Teut 1967, S. 76.

⁷⁹ Die Auflösung erfolgte im Laufe des Jahres 1934.

⁸⁰ Teut 1967, S. 77.

⁸¹ Auf die Situation der Architekten, die aus den verschiedensten Gründen mit Berufsverboten belegt oder aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder Sichtweise verfolgt wurden, gehe ich in Kapitel V. (Eine typische Karriere?) genauer ein.

Bauwesen, um ihre Propaganda in anschauliche Ergebnisse umzusetzen. Deutlicher Indikator für die sich abzeichnende Einflußnahme des Staates auf den Bausektor ist der Anteil an öffentlich oder reichsseitig geförderten Bauten.⁸² Betrug dieser Anteil im Jahre 1933 noch 33%, so hatte er sich bis 1937 mehr als verdoppelt und erreichte bei weiteren jährlichen Steigerungen zu Beginn des Krieges die 100%-Marke.⁸³ Teut teilt den Wohnungsbau in den Jahren zwischen 1933 und 1939 in zwei Phasen ein:

„1. Fortsetzung des aus den Notverordnungen der Republik resultierenden Kleinsiedlungsbaues bei Verlagerung des Schwergewichts von den Großstädten auf kleine und mittlere Gemeinden sowie dünn besiedelte Land- und Grenzgebiete (1933 - 1935).

2. Errichtung von „Heimstätten“ für die „Gefolgschaften“ der Wehrmacht und für „Stammarbeiter“ der Vierjahresplanbetriebe in Form gartenstadtähnlicher Siedlungen und einzelner Neustädte (1936 bis 1939).“⁸⁴

War die erste Phase durch eine deutliche Ausweitung der Aufträge für Architekten geprägt, so verschlechterten sich die Beschäftigungsmöglichkeiten mit Beginn der Zweiten. Eine zunehmende Zentralisierung im Baugewerbe bei gleichzeitiger Orientierung an rationellen Bauweisen verlangte eine sinkende Zahl an Architekten, da in den nun unter staatlicher Kontrolle stehenden älteren Heimstättengesellschaften ebenso wie in deren neugegründeten Pendanten im Werks- und Arbeitersiedlungsbau auf zunehmend standardisierte Gebäudeformen zurückgegriffen wurde. Gleichzeitig nahm in der umfangreichen Bauabteilung des Reichsluftfahrtministeriums der Behelfsheimbau einen immer größeren Raum ein.⁸⁵ Hierin liegt wohl der Grund, daß bei insgesamt sinkenden Studentenzahlen die Zunahme des Anteils von Architekturstudenten an der Gesamtheit aller Studierenden nur gering ausfiel.⁸⁶

Die Gründe für diese Einschränkungen in den Baukapazitäten lagen in erster Linie in den Aufrüstungsbestrebungen des Reiches. Ab 1936 war die Verwendung von Nichteisenmetallen im Bauwesen genehmigungspflichtig,

⁸² Siehe Tabelle 1.

⁸³ Teut 1967, S. 77.

⁸⁴ Teut 1967, S. 252. Bei Teut erfolgt an dieser Stelle eine Einteilung in drei Phasen, jedoch mit einer von der hier vorliegenden Arbeit abweichenden zeitlichen Gliederung. Die dort als dritte Phase bezeichnete „Vorbereitung des sozialen Wohnungsbaus nach dem Krieg“ soll in Kapitel II. 4 (Der Zweite Weltkrieg) erläutert werden.

⁸⁵ Vgl. Kapitel IV. 6 (Luftwaffenbauwut).

⁸⁶ Siehe Tabelle 2.

im Jahr darauf wurden Vorschriften über Stahlverwendung erlassen⁸⁷ und schließlich erreichten die Beschränkungen durch die Baustoffkontingentierung und vorübergehende Bausperren einen vorläufigen Höhepunkt.⁸⁸ Daß sich Deutschland immer intensiver auf einen Krieg vorbereitete, mußte jedem Architekten, der sich mit der Fachpresse auseinandersetzte, schon seit längerem klar sein. War die Materialverknappung schon ein deutliches Anzeichen, so konnte der steigende Anteil an Berichterstattung über Maßnahmen zum Luftschutz nicht mehr übersehen werden.⁸⁹ Gleichzeitig wurden die Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Rüstungswirtschaft immer geringer, der Großteil der Architekten arbeitete für die Industrieplanung, im Bau von Arbeiterwohnstätten bei Industriebetrieben oder direkt in den Heeres- oder Luftwaffenbauleitungen. Spätestens am 9. September 1939 sollte jeder erfahren, wozu die Bautätigkeit der letzten Jahre gedacht war.

II.4 Der Zweite Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg läßt sich in seiner Entwicklung und den Folgen für den Berufsstand der Architekten in drei Phasen einteilen: Im ersten Zeitabschnitt vom Verbot aller nicht kriegswichtigen Bauten am 15. November 1939 bis zum Neubauverbot von 1940, anschließend die Planungen für den Wohnungsbau nach dem Krieg in den Jahren 1941 bis 1942 und schließlich der (Behelfs-)Wohnungsbau und die Wiederaufbauplanung ab 1943 im Zusammenhang mit der Umsetzung des „Totalen Krieges“. Mit dem Fortgang des Krieges verringerten sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für Architekten, bis nur noch enge Nischen verblieben, die von *den* Personen ausgefüllt wurden, die sich in den vorhergehenden Jahren als qualifiziert *und* angepaßt gezeigt hatten. Die umfangreichsten Beschäftigungsmöglichkeiten boten sich in den folgenden Jahren im Rüstungsbau, wobei es keine Rolle spielte, in welcher Organisation. Es agierten nebeneinander die Beauftragten des Generalbauinspektors, die Planungsabteilung der Deutschen Arbeitsfront, die Organisation Todt, die Bauabteilung der SS und noch einige andere Institutionen, wobei sich auch hier die Kompetenzen nicht klar abgrenzen ließen, was zu ständigen Spannungen und Machtkämpfen führte.

⁸⁷ Petsch 1976, S. 169.

⁸⁸ Teut 1967, S. 253.

⁸⁹ Bereits gegen Mitte des Jahres 1934 gab es die ersten Aufklärungskampagnen für den Luftschutz, ab 1936 wurden in den Städten „Dachbodenräumaktionen“ durchgeführt, die jeweils Straßenweise organisiert waren. Durch die einheitliche Terminierung innerhalb der Nachbarschaft war eine hohe soziale Kontrolle sichergestellt.

Kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde am 15. November 1939 die Errichtung aller nicht kriegswichtigen Bauten untersagt; die Zahl der fertiggestellten Wohnungen ging von über 200.000 Wohnungen im Jahr 1939 auf etwa 115.000 in 1940 zurück.⁹⁰ Diese Maßnahme schnitt von einem Tag auf den anderen für viele Architekten die Arbeitsmöglichkeiten ab; zumindest die freischaffenden Büros hatten, sofern sie sich auf Privatbauten spezialisiert hatten, kaum noch eine Beschäftigungsmöglichkeit. Lediglich Bauten unter einer Bausumme von 5.000 RM waren von dem Verbot ausgenommen.⁹¹ Anders war die Lage der Büros, die sich im Industrieanlagen- und zugehörigem Wohnungsbau engagierten. Gerade hier entstand nun ein Bauboom, da die geplanten Rüstungsbauten schleunigst fertig gestellt werden sollten. Generell waren Planungen, die im Zusammenhang mit Wehrmacht- Rüstungs- und Vierjahresplanbauten⁹² erstellt wurden, vom Neubauverbot ausgenommen.⁹³ Dies galt ebenso für den Bereich des Luftschutzes, der zwar zuvor schon in Zeitungen propagiert worden war, nun aber in der baulichen Umsetzung noch stärker berücksichtigt werden mußte.

Mit dem „Erlaß zur Vorbereitung des Deutschen Wohnungsbaus nach dem Kriege“⁹⁴ vom 15. November 1940 kündigte Hitler der Bauwirtschaft an, daß nach Beendigung der Kampfhandlungen, die mit einer Niederlage Englands in den nächsten Monaten erwartet wurde, der Wohnungsbau einen zentralen Schauplatz der staatlichen Anstrengungen darstellen sollte. Die Aufgaben, die nach dem Krieg im Deutschen Reich zu bewältigen seien, könnten nur durch eine Steigerung der Bevölkerungszahlen ermöglicht werden und dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn ausreichend Wohnraum zur Verfügung stünde.⁹⁵ In den „Monatsheften für NS-Sozialpolitik“ wurde ausgeführt, daß

„jährlich [...] in Deutschland etwa 300.000 bis 500.000 Kinder ungeboren (bleiben), weil die Eltern in zu kleinen Wohnungen leben. 700.000 junge Ehen haben eine so kleine Wohnung, daß eine aus-

⁹⁰ Siehe Tabelle 1; im Jahr 1942 halbierte sich die Zahl noch einmal. Es ist zu berücksichtigen, daß die Kriegsvorbereitungen schon 1938 eine Verringerung der Fertigstellungszahlen um ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr verursacht haben.

⁹¹ Harlander, Tilmann: Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus, Basel 1995, S. 118.

⁹² Die Vierjahrespläne waren ein Mittel zur Aufrüstung und Erlangung der wirtschaftlichen Autarkie, zuerst am 9. September 1936 auf dem Nürnberger Reichsparteitag von Hitler verkündet. Beauftragter des Vierjahresplanes wurde Hermann Göring, der 1942 diesen Posten an Albert Speer verlor. Der Vierjahresplan hatte zu dieser Zeit unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft seine Bedeutung verloren; siehe Müller 1996, S. 276.

⁹³ Harlander 1995, S. 118.

⁹⁴ Abgedruckt unter anderem in: Technische und wirtschaftliche Rundschau. Beilage zum Baumeister, Heft 1 1941, S. 1.

⁹⁵ Ebd.

reichende Kinderzahl nicht gesund aufgezogen werden kann und weitere Geburten praktisch unterbleiben. 4,6 Millionen Ehen haben Wohnungen, wo sozialer Wohlstand sich nicht entfalten kann, so daß weitere Kinder nicht zu erwarten sind. Jedes Bevölkerungsprogramm muß daher bei der Wohnung ansetzen, wenn es erfolgreich sein will.“⁹⁶

Dieser Erlaß war die komplette Abkehr von den ideologischen Wurzeln aus der Zeit der nationalsozialistischen Machtübernahme, die geplanten Fertigstellungszahlen von Wohnungen ließen sich in der Zukunft nur mit der Einführung industrieller Gebäudefertigung erreichen. Der Heimatschutzgedanke von Feder, Schmidthener und Schultze-Naumburg blieb nur noch als Feigenblatt in Teilen der Fassadengestaltung erhalten. Außer den wenigen Arbeitsplätzen, die in den nun benötigten Forschungseinrichtungen geschaffen wurden, entwickelte sich aus dieser Maßnahme kein positiver Effekt.

Die Planung für den Wiederaufbau der zerstörten Städte wurde im November 1943 mit dem „Wiederaufbaustab Speer“ institutionalisiert.⁹⁷ Speer sammelte hier die gleichen Architekten um sich, die auch schon für die Umgestaltung der deutschen Städte eingesetzt wurden, womit diesen und der großen Zahl ihrer Angestellten, kriegswichtige Aufgabe übertragen wurde. Die Arbeit der Beteiligten änderte sich nun, weg von der Gestaltung einzelner Gebäude hin zur Städteplanung, da die Schäden durch Bombenangriffe so umfangreich wurden, so daß in größeren Dimensionen gedacht werden mußte.⁹⁸ Es ließ sich jedoch nicht mehr verheimlichen, daß der Krieg verloren war, und ein ordnungsgemäßes Arbeiten wurde immer schwieriger; kaum ein Architekturbüro, daß nicht durch Luftangriffe zumindest Teile der Registratur verloren hatte.⁹⁹ Viele Architekten waren inzwischen in die Wehrmacht eingezogen worden. Die Materialknappheit machte ein Bauen in den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch fast unmöglich. Lediglich die Baustellen für die unterirdischen Produktionsverlagerungen erhielten noch das notwendige Material, die ausgebombte Bevölkerung mußte sich mit winzigen Holzhütten begnügen, die, wenn sie überhaupt herangeschafft werden konnten, selbst aufgebaut werden mußten.¹⁰⁰ Für diesen Zweck waren wieder einmal zwei konkurrierende Institu-

⁹⁶ o.V.: Sozialistischer Wohnungsbau, in: Monatshefte für NS-Sozialpolitik, Heft 21-24 1940, S. 242.

⁹⁷ Siehe Kapitel III. (Die Akteure).

⁹⁸ Durth 1986, S. 273ff.

⁹⁹ Ebd. Allein hier ist eine solche Vielzahl von Verlusten an Planungsunterlagen einzelner Architekturbüros belegt, daß diese hier nicht einzeln dargestellt werden können.

¹⁰⁰ Harlander / Fehl 1986, S. 71ff.

tionen zuständig; zum einen der Beauftragte für Normungsfragen des GBI, Ernst Neufert, und zum anderen die „Deutsche Akademie für Städtebau e.V.“, die als „Forschungsstelle des Reichswohnungskommissar zur Erzielung von Höchstleistungen im Wohnungs- und Siedlungswesen“ Robert Ley unterstellt war und die die Forschungsarbeit, die ihr ursprünglich zugewiesen worden war, inzwischen zugunsten der Entwicklung von Behelfsheimen für Opfer des Bombenkrieges eingestellt hatte.¹⁰¹ Letztlich wurde überall nur noch der Notstand verwaltet. Es wurde Zeit, daß der Krieg zu Ende ging.

II.5 Nachkriegszeit

Die ersten Monate nach Ende des Zweiten Weltkriegs waren im Bauwesen anscheinend von einem Stillstand geprägt; dies betraf allerdings nur die Bauausführung und nicht generell die Tätigkeit von Architekten. Viele der zum Ende des Krieges bestehenden Büros mußten ihre Tätigkeit nur für einen äußerst kurzen Zeitraum aussetzen.¹⁰² Allerdings gab es zunächst nur wenige Möglichkeiten, die Pläne für den Wiederaufbau oder die Neuerichtung ganzer Städte auch umzusetzen; durch den Mangel an Baumaterialien, der bis in die 50er Jahre anhalten sollte, war vielen Vorhaben enge Grenzen gesetzt. Die Tätigkeit beschränkte sich demnach oft auf die Bestandsaufnahme von vorhandener Bausubstanz und dem Entwickeln von Visionen, wie die Städte in Zukunft aussehen könnten. Hierbei wurde oft auf die Grundlagen der Wiederaufbauplanungen zurückgegriffen, die ab 1943 im Auftrag des „Arbeitsstabes Wiederaufbauplanung“ beim GBI erstellt wurden.¹⁰³

Die materielle Situation in Deutschland war zunächst katastrophal, eine funktionierende Verwaltung existierte nicht mehr. Hinzu kam, daß unzählige Menschen durch das Land zogen, um Unterkunft und eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln zu finden. Die Forschungen, die während des Krieges zur Typung, Normung und Rationalisierung des Bauwesens gemacht wurden, fanden nun, bei den beschränkten Möglichkeiten, eine

¹⁰¹ Siehe Kapitel IV. (Typung, Normung, Behelfsheimplanung)

¹⁰² Siehe von Beyme 1987, S. 52f. Von Beyme führt das Beispiel des Planungsbüros Hentrich in Düsseldorf an, das gerade einmal für zwei Wochen die Arbeit einstellen mußte.

¹⁰³ Auf dieses Gremium und die beteiligten Personen wird in Kapitel III.2 (Die Paladine) eingegangen. Die Wiederaufbaupläne, die schließlich in einzelnen Städten realisiert wurden, hatten mit den Vorstellungen der Planer rund um Speer oft eine verblüffende Ähnlichkeit, meist wurden lediglich die politisch nun nicht mehr so gern gesehenen Achsenplanungen weggelassen.

breite Anhängerschaft. Hierbei wurden allenfalls die Begriffe, wie zum Beispiel der des Sozialen Wohnungsbaus „entnazifiziert“¹⁰⁴, und anschließend als Grundvoraussetzung für neue Siedlungsplanungen übernommen. In Fachzeitschriften wurde in breitem Rahmen die Meinung vertreten, daß für die nächsten 20-30 Jahre auf eine individuelle Gestaltung von Gebäuden verzichtet werden müsse, da bei einem solchen Zerstörungsgrad, wie er in den meisten deutschen Städten vorlag, die bestehende Wohnungsnot nur durch sparsames Bauen und der langfristigen Inkaufnahme von provisorischen Bauformen überwunden werden könne. Karl P. Doerrbecker polemisierte in der Zeitschrift „Baumeister“ zu Beginn des Jahres 1948:

„Wir haben etwa 12 Millionen Flüchtlinge und Ausgewiesene. Die Zahl der Ausgebombten dürfte nicht viel kleiner sein. Sagen wir 20 Millionen materiell Verproletarisierte. Da versagt jegliche Form auf konservative Art zu „Wohnen“. Da diese arbeitswilligen Hände unser letzter Reichtum sind, können wir es uns nicht leisten, diese Menschen 20 Jahre (oder bis zu ihrem Tode?) auf eine Wohnung warten zu lassen. Oder sollen wir unsere Gefängnisse vergrößern? Hier wird jede Debatte um Grundrisse im gewohnten Rahmen zum nutzlosen Streit um des Kaisers Bart.“¹⁰⁵

Doerrbecker führte weiter aus, daß für eine Wohnung für zwei Personen 28 Quadratmeter ausreichend seien, für drei bis vier Personen 38 und für fünf bis sechs Personen 46 Quadratmeter.¹⁰⁶

Eingeschränkt wurden die Arbeitsmöglichkeiten der Architekten ebenfalls durch die Entnazifizierungsverfahren, die allerdings in den verschiedenen Besatzungszonen unterschiedlich restriktiv gehandhabt wurden. Ziel sollte sein, den Einfluß des Nationalsozialismus auf das öffentliche Leben, die Wirtschaft und die Erziehung in Deutschland auszuschalten und frühere aktive Nationalsozialisten zu bestrafen. Während die westlichen Besatzungsmächte die Entnazifizierung als politisches Säuberungsinstrument auffaßten, praktizierte die UdSSR eine Verbindung von politischer Säuberung und gesellschaftlicher Umstrukturierung. Forciert wurden die Verfahren im Westen vor allem auf Druck der amerikanischen Besatzungsmacht, gerade Engländer und Franzosen gingen erheblich weniger rigide vor.

¹⁰⁴ Siehe Kapitel IV. 9 (Typung, Normung, Behelfsheimplanung).

¹⁰⁵ Doerrbecker, Karl P.: Leicht polemische Fragmente zum Wohnen von Morgen, in: Baumeister, Heft 2-3, 1948, S. 106.

¹⁰⁶ Ebd.

Einheitlich waren die Kategorien, in die die Betroffenen eingestuft wurden: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete.¹⁰⁷ Die Betroffenen wurden meist nach der Zustellung einer Klageschrift, zu der sie Stellung nehmen konnten, von deutschen Spruchkammern in 1. Instanz verurteilt. Gegen diese Entscheidung konnte Berufung bei der Berufungskammer eingelegt werden. Sühnemaßnahmen waren unter anderem: Internierung oder Gefängnis bis zu zehn Jahren, Vermögenseinziehung, Amtsverlust, Berufsverbot, Geldbußen oder Aberkennung des Wahlrechts. Da die Betroffenen nach der Anklage bis zu ihrer möglichen Entlastung mit einem Beschäftigungsverbot für höher qualifizierte Stellen belegt waren¹⁰⁸, kam es im Lauf der Zeit zu massiver Kritik am Vorgehen der chronisch unterbesetzten Spruchkammern. Gerade die amerikanische Besatzungsmacht, die ihre harte Linie auf Druck der amerikanischen Öffentlichkeit durchsetzte ließ diese Kritik nicht gelten; die wirtschaftlichen Probleme, die sich aus der Bestrafung von möglichen Unschuldigen entwickelten, wurden gegenüber dem Interesse an Strafverfolgung zurückgestellt. Gleichzeitig war es der deutschen Bevölkerung nur schwer zu vermitteln, warum der aus der deutschen Rechtstradition bestehende Grundsatz „In dubio pro reo“ an dieser Stelle nicht angewandt wurde und warum die Beschuldigten teilweise selbst die Beweise für ihre Unschuld erbringen mußten.¹⁰⁹ Der Versuch der Entnazifizierungsminister der Länder, zumindest in Teilbereichen des Verfahrens eine Milderung zu erreichen, scheiterten meistens am amerikanischen Widerstand.

Als zu Beginn des Jahres 1948 ein neuer US-Kongreß mit nun republikanischer Mehrheit gewählt wurde, veränderten sich auf einen Schlag die Voraussetzungen für Entnazifizierungsverfahren; mit Beginn des „Kalten Krieges“ sollten die Verfahren so schnell wie möglich abgeschlossen werden, da nun alle Deutschen – auch die möglicherweise Belasteten – als Partner im Kampf gegen den Kommunismus benötigt würden.¹¹⁰ Der Druck auf die Spruchkammern, bis zum 31. März 1948 alle Verfahren beendet zu haben, stieß in der deutschen Bevölkerung auf massive Kritik; waren doch bisher, mit Ausnahme der in den Nürnberger Prozessen Verurteilten, fast nur

¹⁰⁷ Siehe Tabelle 3.

¹⁰⁸ Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied 1969, S. 40. Vollnhals druckt in seinem Buch über Entnazifizierung ein Plakat ab, auf dem der Spruch verzeichnet ist: „Müsst ihr am Hydrant euch quälen, Denkt, das kommt vom HITLER-wählen“; siehe Wasmund, Klaus: Politische Plakate aus dem Nachkriegsdeutschland. Zwischen Kapitulation und Staatsgründung. Frankfurt a.M. 1986, S. 34, in: Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945 –1949, München 1991, S. 97.

¹⁰⁹ Ebd., S. 65.

¹¹⁰ Fürstenau 1969, S. 95.

„leichte“ Fälle verhandelt worden, da diese schneller bearbeitet werden konnten.¹¹¹ Man befürchtete, daß gerade die schweren Fälle durch diese neue Regelung annähernd straffrei ausgehen könnten nach dem Motto „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“. Die Entnazifizierungsmi-
nister sahen sich mit einem mal in der Situation, statt einem weniger restriktiven Vorgehen nun selbst eine weiterhin konsequente Strafverfolgung unter Einbeziehung der Forderungen zur Erleichterung bei Berufsverböten und bei Schuldvermutungen fordern zu müssen. Mit Ablauf des Jahres 1948 wurden durch das erleichterte Verfahren fast alle Verhandlungen abgeschlossen, so daß die Länder ab Mitte 1949 separat die Abschlußgesetze zur politischen Befreiung beschlossen.¹¹²

Um eine Grundlage für den Wiederaufbau der Städte zu schaffen, mußten zunächst die Trümmer beseitigt werden, was zu großen Teilen in Handarbeit geschah.¹¹³ Immerhin waren die Fundamente, Straßenzüge und Versorgungsleitungen bis auf geringe Ausnahmen weiter nutzbar, so daß sich wegen der darin enthaltenen Werte die komplette Umgestaltungen von Städten oder die Aufgabe von Trümmerlandschaften zugunsten komplett neu errichteter Stadtviertel verboten. Auf dieser Grundlage wurden dann ab 1947 vielerorts Städtebauwettbewerbe ausgeschrieben oder entsprechende Wiederaufbaupläne von Seiten der Stadthochbauämter vorgelegt.¹¹⁴ Gerade die Vorlage dieser Pläne markierte ein Signal für andere gesellschaftliche Bereiche, daß die Zeit des Stillstands nun dem Ende entgegen gehen könnte. Rabeler vermerkt hierzu, daß

„in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch nicht nur geräumt und repariert, sondern auch mit unterschiedlicher Intensität geplant wurde. Dies waren die Jahre, in denen, obgleich auf den Trümmerfeldern wenig geschah, die Weichen für den Wiederaufbau entscheidend gestellt wurden. Es wurden Entwicklungen eingeleitet, die zum Teil irreversibel waren. Was in den Notjahren gedacht, gezeichnet und entschieden oder auch nicht entschieden wurde, wirkte sich erheblich auf die nachfolgenden Aufbauphasen aus.“¹¹⁵

¹¹¹ Müller, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn 1996, S. 315.

¹¹² Fürstenau, S. 101.

¹¹³ Die Annahme, daß die Entrümmerung zu Beginn der 50er Jahre schon abgeschlossen war, entspricht nicht den Tatsachen. Noch bis zu den 60er Jahren waren in einigen Städten Grundstücke mit Trümmern bedeckt; siehe Rabeler, Gerhard: Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945 – 1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit, Bonn 1990, S. 16.

¹¹⁴ Ebd., S. 18.

¹¹⁵ Ebd.

II.6 Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland brachte zunächst einmal die Möglichkeit, ein für das gesamte Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen stabiles politisches und wirtschaftliches System zu installieren. Der Wegfall von Parallelität in verschiedenen Kompetenzen, die trotz der zwischen Briten und Amerikanern zunächst geschaffenen Bi-Zone (ab 1948 unter Beteiligung der Franzosen zur Tri-Zone erweitert) bestanden, sollte den kommenden wirtschaftlichen Aufschwung beschleunigen; gleichfalls war nun die wirtschaftliche Unterstützung der Amerikaner beim Wiederaufbau nicht mehr so sehr auf die amerikanisch besetzte Zone beschränkt. Da Franzosen und Engländer ihren Besatzungszonen nur geringe bis keine wirtschaftliche Hilfsleistungen zukommen lassen konnten oder wollten, hatte sich in diesem Bereich zunächst ein Ungleichgewicht herausgebildet, welches nun beseitigt werden konnte.¹¹⁶

Welch wichtige Bedeutung das Bauwesen, und hier speziell der Wohnungsbau für die Bundesrepublik hatte, zeigte sich schon an der Schaffung eines „Bundesministeriums für Wohnungsbau“, in dem Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot entwickelt und gebündelt werden sollten. Noch im Jahr 1950 ging der Tätigkeitsbericht der Bundesregierung zum Wiederaufbau von einem Fehlbestand von 4,5 Millionen Wohnungen aus, wobei sich die Zahl je zur einen Hälfte aus Wohnungen in kriegszerstörtem Zustand und zur anderen Hälfte aus Fehlbestand durch die große Zahl an Flüchtlingen, vor allem aus den Ostgebieten zusammensetzte.¹¹⁷ Hierzu kam auch noch die Erwartung, daß durch den zu erwartenden Bevölkerungsanstieg in den Nachkriegsjahren noch einmal zusätzliche 1,5 Millionen Wohnungen benötigt würden.¹¹⁸ Da das Bauwesen nicht nur aus Wohnungsbau bestand, sondern in gleichem Maße auch Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindergärten und andere öffentliche Bauwerke instandgesetzt oder neu errichtet werden mußten, eröffnete sich bereits in diesem Feld ein Arbeitsmarkt für Architekten von erheblichen Dimensionen. Allein im Wohnungsbau ging die Bundesregierung noch 1949 davon aus, daß eine Bauleistung von mindestens 250.000 Wohnungen im Jahr erreicht werden könnte, was selbst bei einer Steigerung der Fertigstellungszahlen hochgerechnet für die nächsten 20 Jahre eine umfangreiche Beschäftigung im Bausektor bedeuten würde –

¹¹⁶ Eine Kuriosität bildet hier die bis 1951 laufenden Demontagen im britischen Sektor, während ab Juni 1947 bereits der Marshall-Plan den Aufbau neuer Industrieanlagen förderte; siehe: Rabeler, S. 12.

¹¹⁷ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland im Wiederaufbau 1949/50. Ein Tätigkeitsbericht der Bundesregierung, Bonn, o.J., S. 95.

¹¹⁸ Ebd.

vorausgesetzt, die Finanzierung sei gesichert. Tatsächlich wurden dann im Jahr 1950 schon 300.000 Wohnungen errichtet¹¹⁹, ein Ergebnis, welches im folgenden Jahr noch einmal um 50.000 übertroffen wurde.¹²⁰

Die auf Basis dieses Programms errichteten Gebäude ließen sich später in zwei Grundtypen einteilen: zum einen die schematisch aneinandergereihten Eigenheime innerhalb der ländlichen oder kleinstädtischen Struktur, die in der Gestaltung oft an den Heimatschutzstil der 30er Jahre erinnerten und zum anderen im großstädtischen Umfeld die ebenso aneinandergereihten, riesigen Zeilenbauten, die in erster Linie für Arbeiter und kleine Angestellte errichtet wurden¹²¹, und die wiederum stark an den Konzepten des „Neuen Bauens“ angelehnt waren.

Die im Ministerium für Wohnungsbau auf Bundesebene gebündelten Kräfte förderten den sich abzeichnenden Mangel an qualifizierten Architekten; zu viele Personen dieses Berufsstandes waren ins Ausland geflohen oder im Lauf des Kriegs ums Leben gekommen. Entgegen der heute üblichen Praxis, daß die Planung öffentlicher Bauaufträge an freie Architekten vergeben wird, wurde in den größeren Gemeinden und vor allem in den Städten, die besonders unter der Kriegszerstörung gelitten hatten, Planungsämter geschaffen, in denen eine große Zahl Architekten eine Anstellung fand. Der sich bis in die Mitte der 50er Jahre noch weiter verschärfende Mangel an Personal¹²² zwang diese Städte und Gemeinden schließlich, ihre Angestellten in den Hochbauverwaltungen in den Beamtenstatus zu übernehmen, um ein Abwandern zu verhindern. Diese Maßnahmen, zusammen mit der erstarkenden Wirtschaftskraft Deutschlands¹²³, förderten ein Klima, in dem Architekten genau wie andere Berufsgruppen erstmals seit Beginn des Ersten Weltkriegs einer längerfristigen positiven Wirtschaftsentwicklung entgegen sehen konnten.¹²⁴

¹¹⁹ Ebd., S. 97f.

¹²⁰ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland im Wiederaufbau. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1951, Bonn, o.J., S. 199.

¹²¹ Hermand, Jost: Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1965, München 1986, S. 304.

¹²² Ab 1957 herrschte Vollbeschäftigung im Bauwesen, siehe Rabeler, S. 12.

¹²³ Im Jahre 1950 hatte Deutschland noch ein Außenhandelsdefizit von 3 Milliarden DM, 1957 einen Überschuß von 4,4 Milliarden DM, siehe Rabeler, S. 13f.

¹²⁴ Überspitzt formuliert könnte man sagen, daß in den ersten Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland jeder Architekt eine Anstellung finden konnte, wenn er nur in der Lage war, einen Stift zu halten.



III. Die Akteure

III.1 Albert Speer

Kein Mitglied der nationalsozialistischen Führungsriege hat so sehr das Bild des "leidenschaftslosen Technokraten" geprägt wie Albert Speer, der durch sein publizistische Arbeit einen beklemmenden Einblick in die Handlungsmuster im Nationalsozialismus geliefert hat. Dazu kommt, daß Speer sich in Persönlichkeit, Habitus und Herkunft von den "Parteisolddaten" in Hitlers Umgebung stark unterschied. Speer wurde am 19. März 1905 in Mannheim als Sohn des gleichnamigen Bauunternehmers und Architekten geboren. Er studierte Architektur zunächst in Karlsruhe, dann für kurze Zeit in München und schließlich ab Herbst 1925 an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg, wo er schnell Teilnehmer der Meisterklasse von Heinrich Tessenow wurde. Tessenow galt als Patriot und vertrat die Meinung, daß die Kunst aus dem Volk erwachse. Dieser Ansatz brachte ihn ideologisch in die Nähe der Nationalsozialisten, obwohl er in den folgenden Jahren eine politische Vereinnahmung durch Speer oder die Partei immer scharf abgelehnt hat.¹²⁵ Tessenow versuchte seinen Schülern zu vermitteln, daß der architektonische Ausdruck auf das sparsamste reduziert sein müsse.¹²⁶ Er folgte so der Tradition der Reformer der Jahrhundertwende, die gegen die überladenen, verschnörkelten Fassaden der Gründerzeit und des Jugendstil eine klar gegliederte, schlichte Fassadengestaltung setzen wollten.

Die zum Ende seiner Studienzeit beginnende Wirtschaftskrise hatte keine gravierenden materiellen Auswirkungen auf Albert Speer, da er in der Firma seines Vaters Beschäftigung finden konnte. Entscheidender war dagegen der Zwang zur Untätigkeit in der Architektur, der durch den Auftragsmangel ausgelöst wurde.¹²⁷ Bei einem Besuch einer Rede Adolf Hitlers an der TH Berlin-Charlottenburg war er von diesem Mann so tief beeindruckt, daß Speer am 1. März 1931 in die NSDAP eintrat.¹²⁸ Durch die Freundschaft zu einem Berliner Parteigenossen, der in der „Gauverwaltung“ aufgestiegen war, erhielt er die ersten Möglichkeiten, kleinere Aufträge für die NSDAP zu erledigen. Ab 1933 erfolgte für ihn der Durchbruch. Speer erhielt zahlreiche Aufträge von Hermann Göring, Joseph Goebbels, Adolf Hitler und anderen nationalsozialistischen Parteiführern, vor allem in Berlin, München

¹²⁵ Mathieu, Thomas: *Kunstauffassungen und Kulturpolitik im Nationalsozialismus*, Saarbrücken 1997, S. 278.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Fest, Joachim: *Speer. Eine Biographie*, Berlin 1999, S. 48.

¹²⁸ Ebd., S. 46.

und Nürnberg. Bekannt wurde er in der Öffentlichkeit zunächst durch Umbau und Erweiterung der Berliner Reichskanzlei und die Organisation von Massenveranstaltungen im Auftrag der Partei. Hier ist besonders die Gestaltung der sogenannten Lichtdome von Berlin-Tempelhof oder im Rahmen der Nürnberger Reichsparteitage zu nennen, einer Anordnung von starken Scheinwerfern, die in geraden Linien ausgerichtet, eine „Lichtskulptur“ in den Nachthimmel zeichneten. Hiermit erbrachte Speer eine beeindruckende propagandistische Leistung, die in ihrer psychologischen Wirkung mindestens mit den demagogischen Auftritten Goebbels vergleichbar war.¹²⁹

Am 30. Januar 1937 wurde Speer zum „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin“ (GBI) ernannt, im gleichen Jahr übernahm er die Leitung des Amtes „Schönheit der Arbeit“ innerhalb der Deutschen Arbeitsfront. Vor allem die Ernennung zum GBI verlieh Speer einen unvergleichlichen Einfluß auf das Bauwesen im Deutschen Reich¹³⁰, da die Kompetenzen weit über die Umgestaltung Berlins hinausgingen, wie dem Titel nach zu vermuten gewesen wäre.¹³¹ An der Neugestaltung Berlins wurde bis ins Jahr 1943 hinein intensiv gearbeitet, wobei die Vorbereitungen für die Erstellung einiger der geplanten Gebäude schon recht weit gediehen waren. So wurden in der Nähe des Reichstags eine Vielzahl Häuser abgerissen, um für den Bau der „Großen Kuppelhalle“ Platz zu machen, die das Kernstück einer sieben Kilometer langen „Nord-Süd-Achse“ darstellen sollte.¹³² In Kreuzberg findet sich heute noch der sogenannte „Belastungskörper T“, ein riesiger massiver Betonklotz, mit dem die statische Festigkeit der Mergelschicht getestet werden sollte.¹³³ Durch die umfangreichen Abrißarbeiten wurde eine Vielzahl von Mietern aus ihren Wohnungen vertrieben. Für diese Menschen und ebenso für die große Zahl an Bauarbeitern, die bei den Neugestaltungsarbeiten eingesetzt werden sollten, wurde Wohnraum benötigt; hierfür war beim GBI eine Abteilung „Judenwohnungen“ eingerichtet

¹²⁹ Durth 1987, S. 158.

¹³⁰ Einzig die Ostgebiete blieben auch im Bauwesen in der Verantwortung von Heinrich Himmler, der sich in den folgenden Jahren immer wieder gegen Versuche, seine Kompetenzen in diesem Bereich zu untergraben, erfolgreich zur Wehr setzen konnte.

¹³¹ Für eine umfangreiche Darstellung der nationalsozialistischen Umgestaltung der deutschen Städte siehe: Weihsmann, Helmut: Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs, Wien 1998.

¹³² Eine genaue Darstellung der Umgestaltungspläne findet sich in: Reichhardt, Hans J. / Schäche, Wolfgang: Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörung der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungsplanungen, Berlin 1984, ebenso in: Schäche, Wolfgang: Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945, Berlin 1991.

¹³³ Ebd., S. 60f. Das „T“ stand für einen geplanten Triumphbogen, der ca. dreimal so groß wie sein Vorbild in Paris werden sollte. Dieser Triumphbogen bildete den nördlichen Abschluß des Bahnhofsvorplatzes des Südbahnhofs, dem Abschluß des Kernstücks der Achse. Der Bahnhofsvorplatz sollte eine Länge von 800 Metern und eine Breite von 300 Metern aufweisen und mit erbeuteten Waffen dekoriert werden.

worden.¹³⁴ Erfolgte zunächst eine Unterbringung der Juden in Notunterkünften oder Zusammenlegung in Wohnungen anderer Juden, so wurde der „Arbeitsaufwand“ mit der beginnenden Deportation und Menschenvernichtung durch die Nationalsozialisten zusehends geringer.¹³⁵

Der Bedarf an neuem Wohnraum sollte für die gesamte Umgestaltung ca. 52.000 Wohnungen betragen, was eine Umsiedlung von über 150.000 Menschen notwendig gemacht hätte. Da die Niederlegung der geräumten Gebäude in Speers Augen zu langsam vor sich ging, wurde in seinem Ministerium über eine Sprengung von ganzen Wohnblocks diskutiert. Die fortschreitende Zerstörung der Stadt durch Bombenangriffe ab 1942 wurde von den Mitarbeitern des GBI in diesem Zusammenhang auf zynische Art teilweise als Arbeitserleichterung angesehen. In Zusammenhang mit der Neugestaltung Berlins und weiterer Städte des Reiches ist unbedingt der ungeheure Bedarf an Natursteinen zu berücksichtigen, für deren Beschaffung ein eigenes Transportwesen aufgebaut werden sollte und für deren Gewinnung viele Konzentrationslager errichtet wurden, in denen die Häftlinge als Zwangsarbeiter die Steine brechen mußten.¹³⁶

Nach dem mysteriösen Tod von Reichsminister Fritz Todt¹³⁷ wurde Speer Nachfolger in der Leitung der „Organisation Todt“ (OT)¹³⁸ und gleichzeitig auch Amtsnachfolger als Reichsminister für Bewaffnung und Munition, sowie Generalbauinspektor für Straßenwesen und Festungsbau und für Wasser und Energie. Im Zuge der Mobilisierung für den „totalen Krieg“ mit ständig erweiterten Vollmachten ausgestattet, bewirkte er durch fortschreitende Konzentration und Rationalisierung der Produktion und Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen eine erhebliche Steigerung der Rü-

¹³⁴ Ebd., S. 77.

¹³⁵ Reichardt / Schäche 1984, S. 77.

¹³⁶ Ebd., S. 69f.

¹³⁷ Todt kam bei einem Flugzeugexplosion ums Leben, direkt in Anschluß an eine persönliche Auseinandersetzung mit Hitler. Die Ursache für das Unglück konnte nie geklärt werden; siehe Fest 1999, S. 179.

¹³⁸ Die Organisation Todt war für den Bau und Unterhalt von Verkehrsnetzen und Verteidigungsanlagen im gesamten Deutschen Reich und den besetzten Gebieten zuständig. Eine Gesamtdarstellung der Bedeutung der OT für die deutsche Kriegsführung findet sich in: Seidler, Franz W.: Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht 1938 – 1945, Koblenz 1987. Seidler beschreibt in seinem Vorwort: „In Wirklichkeit hatte die OT für die Kriegsvorbereitungen und für die Kriegsführung eminente Bedeutung. Sie baute den Westwall zur Absicherung der Aggressionspolitik Hitlers gegen die Tschechoslowakei. Sie bereitete das Straßennetz in Rumänien und Bulgarien für den Angriff gegen Griechenland vor. Sie ermöglichte auf dem russischen Kriegsschauplatz den Nachschub für die deutschen Truppen durch die Erhaltung und Sicherung des Verkehrsnetzes.“ Dazu gehörten zu den weiteren Aufgaben der Bunkerbau, Instandsetzung zerstörter Industrieanlagen, der Bau von Flugplätzen, die Erschließung von Rohstoffvorkommen und der Bau von Raketenabschußrampen.

stung, die Mitte 1944, in der Zeit, als die alliierten Angriffe auf deutsche Produktionsziele schon massiv ausgeweitet waren, ihren Höhepunkt erreichte. In der Zwischenzeit war Speer am 2. September 1943 zum Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion ernannt worden, womit die umfangreichen Vollmachten zur Erreichung der Produktionssteigerung aus anderen Zuständigkeitsbereichen zugunsten Speers von Hitler persönlich zusammengefaßt wurden.

Speers Machtfülle rief im System des Führerstaates bald Gegenkräfte hervor; in verschiedenen Intrigen versuchten seine Widersacher, die von Speer besetzten Machtpositionen zu schwächen und ihn als Konkurrenten in der Gunst Hitlers zu stürzen. Hier sind vor allem Hitlers Adjutant Martin Bormann und der „Reichsführer SS“, Heinrich Himmler, zu nennen. Speer konnte sich bis auf eine kurze Periode, in der er durch eine Erkrankung geschwächt war, gegen diese Intrigen durchsetzen. Im März 1945 widersetzte er sich schließlich Hitlers „Nero-Befehl“ der verbrannten Erde und behauptete später, er habe kurz vor Kriegsende ein Attentat auf Hitler verüben wollen.

Vor dem Internationalen Militärgericht 1946 in Nürnberg bekannte Speer sich zu seiner Mitverantwortung und wurde wegen seiner Beteiligung am Zwangsarbeiterprogramm zu 20 Jahren Haft verurteilt, die er im Militärgefängnis Spandau verbüßte. Mit verschiedenen Publikationen, in denen er über seine Aktivitäten für das nationalsozialistische Regime reflektierte, prägte unter Vernachlässigung seiner aktiven Beteiligung am Terror- und Vernichtungssystem wesentlich das Bild des unpolitischen Technokraten und lieferte damit unzähligen anderen Deutschen, die sich aktiv an nationalsozialistischen Greuelthaten beteiligt haben oder zumindest davon gewußt und den Tätern zugearbeitet haben, die Argumentationskette zur Entlastung von eigener Schuld.¹³⁹ Bereits in seiner Verteidigung im Nürnberger Prozeß wandten er und sein Verteidiger Hans Flächsner erfolgreich diese Strategie an. Die Kernaussage lautete, daß Speer ein idealgesinnter Künstler gewesen sei, den zufällige Umstände in ein hohes Ministeramt verschlagen hätten. Er sei dabei jedoch immer „unpolitisch“ geblieben und habe seine Aufgaben nur unter sachlichen Überlegungen wahrgenommen.¹⁴⁰ Mit der gleichzeitigen Übernahme der Gesamtverantwortung für die Taten des Regimes, ohne

¹³⁹ Eine ähnliche Darstellung erschien bereits im Frühjahr 1944 im Londoner „Observer“, als Sebastian Haffner unter dem Titel „Albert Speer – Dictator of the Nazi Industry“ ein Kurzportrait des Rüstungsministers veröffentlichte; siehe Fest 1999, S. 478. Ob Speer den Artikel kannte und die Argumentation später aufnahm, ließ sich nicht bestätigen.

¹⁴⁰ Fest 1999, S. 390.

damit ideologisch verbunden zu sein, hatte er eine Strategie entwickelt, die ihn vor dem Todesurteil bewahrte.¹⁴¹

III.2 Die Paladine

Eine wesentlich andere Behandlung erfuhren auch nach dem Krieg die Architekten, die zu Speers Arbeitsstab gehörten, welcher seit dem 11.10.1943 als „Arbeitsstab Wiederaufbauplanung“ für die im Krieg zerstörten Städte geschaffen wurde.¹⁴² Als wichtigstes Mitglied dieser Institution, die auch noch als „Wiederaufbaustab Speer“ bezeichnet wird, ist Rudolf Wolters zu nennen, der unter anderem Büroleiter des GBI war. Dazu waren unter anderem Personen wie Konstanty Gutschow, Herbert Rimpl, Friedrich Tamms, Paul Bonatz, Hanns Dustmann, Helmut Hentrich, Rudolf Hillebrecht, Paul Schmidthener und Julius Schulte-Frohlinde an den regelmäßigen Treffen beteiligt. Viele dieser Personen hatte Speer arbeiteten schon seit der Schaffung der Dienststelle des GBI in seinem Auftrag, einige hatte er bereits während seines Studiums in Berlin kennengelernt und es entsprach seiner Art, für die vielfältigen Aufgaben, mit denen er nun betraut war, Personen auszuwählen, zu denen er schon länger Vertrauen hatte.¹⁴³ Durch die erwähnten weitreichenden Kompetenzen war Speer in der Lage, seinen Arbeitsstab mit ausreichenden Aufträgen zu versorgen und so für seine Paladine und deren Angestellten die Arbeitsplätze zu sichern. Das Zusammentreffen mit Speer war für diese Architekten ein Glücksfall in ihrer Karriere. Es ist naheliegend, daß sie alle, da sie auch als Planer und Organisatoren eine weitreichende Kompetenz besaßen, auch in anderen Zeiten in der Lage gewesen wären, beruflich erfolgreich zu sein. Allerdings waren sie nun in der Lage, ein Netzwerk aufzubauen, welches durch die persönlichen Beziehungen untereinander auch in politisch und wirtschaftlich schwierigen Situationen nicht zerriß und den Mitgliedern Möglichkeiten offen hielt, sich in relativ geschlossenen Zirkeln nach dem totalen Zusammenbruch in Deutschland Positionen in den zerstörten Städten zu sichern.¹⁴⁴

¹⁴¹ Fest 1999, S. 390.

¹⁴² Nipper, Josef: Städte auf/aus Trümmern: Der Wiederaufbau deutscher Städte nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Neuanfang?, in: Nipper, Josef (Hrsg.): Kriegszerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte. Geographische Studien zu Schadensausmaß und Bevölkerungsschutz im 2. Weltkrieg. Zu Wiederaufbauideen und Aufbaurealität, Köln 1993, S. 79.

¹⁴³ Durth 1986, S. 168.

¹⁴⁴ von Beyme 1986, S. 50

Da gegen Ende des Krieges nur wenige Architekten vor einer fast unlösbaren Aufgabe standen, fiel es den Beteiligten relativ leicht, sich gegenseitig durch positive Bewertungen in Wettbewerbsjürys zu unterstützen.¹⁴⁵ Die daraus folgenden Aufträge verschafften neues Ansehen. Die ehemaligen Neugestalter deutscher Städte im Sinne der nationalsozialistischen Formensprache zeigten nun, daß sie die Zeichen der Zeit erkannt hatten. In den neuen Entwürfen warteten sie nun nicht mehr mit Natursteinverkleidungen auf, sondern zeigten, daß sie das wiedererstarkte „Neue Bauen“ als typische 50er-Jahre-Architektur ebenso souverän umsetzen konnten. Dieser gesamte Prozeß lief meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab, lediglich in Düsseldorf kam es beim Wiederaufbau zu einem, hier jedoch erbittert geführten Streit um die Art der Planung und um die Besetzung von Posten in der Bauverwaltung, der hier kurz dargestellt werden soll, da er die gegenseitige Unterstützung der alten „Seilschaften“ zeigte.¹⁴⁶

Zunächst übernahm Friedrich Tamms im Jahr 1947 die Neuordnung der zu 85% zerstörten Stadt. Der unter Zeitdruck ausgearbeitete Wiederaufbauplan wurde zunächst von Konstanty Gutschow gutachterlich kommentiert, anschließend übergab Tamms Teile der Planungen an Hanns Dustmann, der schon 1944 am Wiederaufbau Düsseldorfs gearbeitet hatte. Die Planungen stießen auf massiven Widerstand des „Architektenring Düsseldorf“¹⁴⁷, da über die vorhandenen Zerstörungen hinaus umfangreiche Gebäudeabbrüche vorgesehen waren, um großzügige Straßenachsen in den Stadtplan einzufügen. Der Streit eskalierte, als Tamms im Januar 1952 den ehemaligen „Leiter des Baubüros der deutschen Arbeitsfront“, Julius Schulte-Frohlinde zum Direktor des Hochbauamtes berief. Direkter Anlaß war die Form der Gestaltung des Rathauses. Der „Düsseldorfer Architektenring stellte eine „beängstigende Liste“ auf, die das Beziehungsgeflecht ehemaliger Nationalsozialisten aufzeigen sollte:

„Friedrich Tamms, früher beim Arbeitsstab Speer, jetzt Stadtplaner Düsseldorf.

Dr. Hentrich und Hans Heuser, früher Rasthäuserbauten und Planungen Achse Berlin. Jetzt Dutzendmal Wettbewerbspreisrichter, sofern Tamms Preisrichter war.

¹⁴⁵ von Beyme 1986, S. 53.

¹⁴⁶ Im folgenden: Durth 1986, S. 348ff.

¹⁴⁷ In diesem Ring, der sich in der konträren Tradition zum „Block“ von Schultze-Naumburg und Schmidthener verstand, waren zehn Düsseldorfer Architekten zusammen geschlossen, die sich gegen das Wiedererstarken der Kräfte der Vergangenheit richteten; siehe Durth 1986, S. 360.

Baurat Piepenburg, früher Bauleiter der Reichskanzlei, jetzt Bauleiter der Heuser- und Hentrichbauten.

Wolters, früher Arbeitsstab Speer und Architektur-Schriftleiter von „Kunst im Dritten Reich“, heute Preisträger im Altstadtwettbewerb Düsseldorf (Preisrichter Tamms) und Unterstadtplaner für einzelne Stadtteile.

Prof. Dustmann, früher Chefarchitekt der HJ, jetzt erster Preisträger in den Wettbewerben Gemeinschaftsbank und Kreishochhaus (Preisrichter Tamms).

Baurat von Grote, früher Architekturmitarbeiter beim „Schwarzen Korps“, heute städtischer Sachverwalter der Altstadtpflege.“¹⁴⁸

Die Diskussion breitete sich daraufhin bundesweit aus, der Architektenring erhielt eine Vielzahl an Briefen von prominenten Vertretern des „Neuen Bauens“, die Unterstützung zusicherten. Allerdings fehlten auch viele Namen unter den Briefautoren, da häufig die Resignation in den langen Jahre der Schikane und Verfolgung gesiegt hatte. Letztlich war der Protest jedoch erfolglos, Schulte-Frohlinde blieb im Amt, genauso wie Tamms und alle anderen. Durth schreibt dazu:

„[...] vom Oberbürgermeister bis zum Bundespräsidenten und Bundeskanzler, die der *Ring* schon bei der Bestellung von Schulte-Frohlinde um Intervention gebeten hatte, ist ebensowenig zu hören wie vom britischen Kulturoffizier und vom Kardinal Frings, die ebenfalls angeschrieben worden waren.“¹⁴⁹

Mit der Darstellung der Düsseldorfer Situation durch den Architektenring wurde schlaglichtartig aufgezeigt, daß die alten Eliten zumindest in der Architektur auch die neuen Eliten waren, und daß sie ihre langjährigen Angestellten und Bekannten, sofern sich die Möglichkeit ergab auch sofort wieder als Angestellte übernahmen. Dies sicherte nicht nur in den höheren Positionen eine Kontinuität, sondern auch bei jenen Architekten, die in ihrem Berufsleben selten bis nie aus dem Schatten herausgetreten sind, der von den Tamms, Gutschows oder Schulte-Frohlinde geworfen wurde.

¹⁴⁸ Durth 1986, S. 369.

¹⁴⁹ Ebd., S. 375.

IV. Ferdinand Keilmann – Ein Architektenleben

IV.1 Herkunft

Ferdinand Johann Martin Keilmann wurde am 24. Juli 1907 in Würzburg geboren. Ein Jahr später kam sein jüngerer Bruder Wilhelm zur Welt, weitere 14 Monate später als letztes Kind der Familie die Tochter Agnes, genannt Bobby. Ferdinand Keilmann jun. gehörte somit zu der Generation, die in der patriotischen, siegestaumelnden Zeit des Ersten Weltkriegs aufgewachsen ist und die unerwartete Niederlage Deutschlands und die in ihren Augen schmachvollen Bedingungen des Versailler Vertrages teilweise als persönliche Niederlage empfunden hat.¹⁵⁰

Durch den Lehrerberuf des Vaters bedingt, zog die Familie mehrmals um, bis sie am 15. September 1915 durch eine letzte Versetzung nach Aschaffenburg gelangte.¹⁵¹ Nach der Rückkehr des Vaters aus dem Ersten Weltkrieg befand sich die Ehe der Eltern in einer tiefen Krise, die Kinder lebten eine Zeit lang gemeinsam mit der Mutter vom Vater getrennt. Da Ferdinand Keilmann sen. die künstlerische und besonders die musikalische Begabung seiner Mutter, einer irischen Pianistin geerbt hatte, ging er voll in seinem Beruf als Musiklehrer auf und beschränkte sich nicht nur auf den Unterricht an der Schule. Er unterrichtete gleichzeitig in der örtlichen Musikschule und in der Zeit zwischen 1920 und 1960 war er entscheidend an vielen musikalischen Präsentationen in Aschaffenburg beteiligt. Für die große Anzahl Kompositionen, die er seit seiner Jugendzeit in und für seine Geburtsstadt Lampertheim verfaßt hatte, wurde er dort zu seinem 80. Geburtstag zum Ehrenbürger erklärt.

Die Kinder wurden nach der Geisteshaltung des Vaters in einer auf Pflichtbewußtsein und Patriotismus¹⁵² beruhenden Grundhaltung erzogen. So

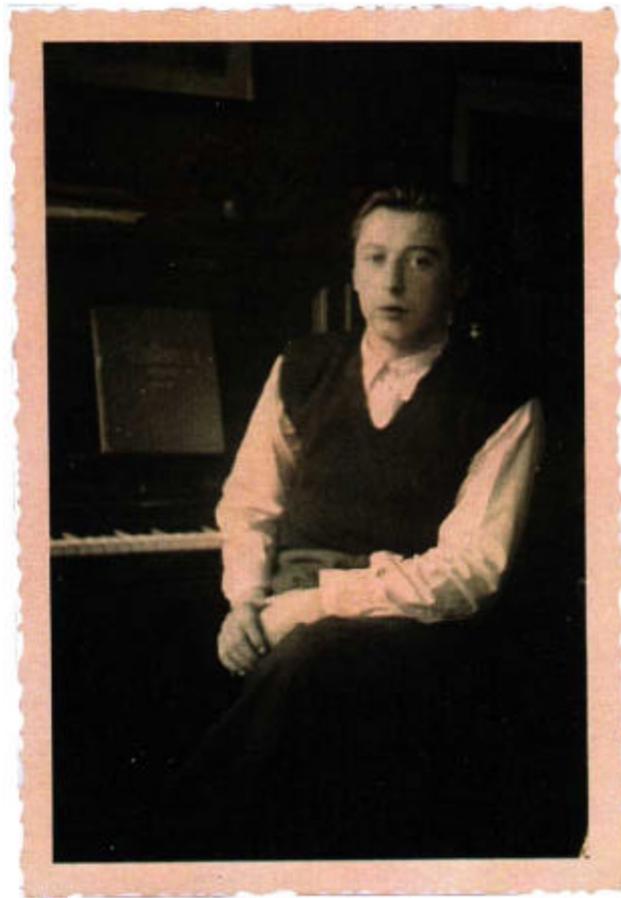
¹⁵⁰ Eine eindrucksvolle Beschreibung dieser Sichtweise findet sich in: Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen. Erinnerungen 1914 – 1933, Stuttgart 2000; zur Darstellung des Umgangs der deutschen Bevölkerung mit den Gefallenen des Ersten Weltkriegs, die viel über die Auswirkungen der deutschen Niederlage auf gesellschaftliche Sichtweisen verrät, siehe: Schneider, Gerhard: „... nicht umsonst gefallen“? Kriegerdenkmäler und Kriegstotenkult in Hannover, Hannover 1991.

¹⁵¹ F. Keilmann sen. blieb bis zu seinem Tode 1968 in Aschaffenburg; jedoch verbrachte die Familie nach der Zerstörung „seiner“ Schule sowie des Wohnhauses und der Pensionierung im Jahre 1945 fast vier Jahre in Werneck bei Schweinfurt, siehe SSA AB: Meldekarte Wilhelm Ferdinand Keilmann.

¹⁵² Das vorhandene Kriegstagebuch von F. Keilmann sen. begründet diesen Ausdruck, gleichfalls die große Anzahl an Briefen, fast ausschließlich in Gedichtform, und besonders die verschiedenen Veröffentlichungen in örtlichen Zeitungen zu seinen Geburtstagen und musikalischen Präsentationen. Bemerkenswerterweise ist über die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen von Rosa Keilmann in der Familie nichts bekannt.

schrieb Keilmann sen. an seinen ältesten Sohn in einem Brief vom 30. Mai 1937:

„Doch habe auch Du Verständnis und wachsendes Interesse an jenen wichtigsten Forderungen: Persönlichkeitsehre, Berufsehre – Familienehre. Um diese 3 Grundpfeiler gruppiert sich unser Lebensglück – unsere Existenz und nicht zuletzt das Glück unserer Mitwelt.“¹⁵³



Ferdinand Keilmann im Alter von 26 Jahren am 1. Januar 1934 in der Wohnung seiner Eltern, Löherstraße 2 in Aschaffenburg. Noch weitere zwei Jahre sollte er bei seinen Eltern wohnen, da er in seiner Tätigkeit bei der Stadt nur ein geringes Einkommen erzielte. Auf dem Notenbrett des Klaviers befinden sich –in dieser Darstellung schlecht erkennbar –Noten von Beethoven, Keilmanns Lieblingskomponist.

¹⁵³ AKe.

Ferdinand Keilmann sen. projizierte zunächst seinen musikalischen Ehrgeiz auf seine beiden Söhne, die unter allen Umständen zu Virtuosen auf ihren Instrumenten erzogen werden sollten. So engagiert und erfolgreich und beliebt er als Lehrer für Schüler außerhalb der Familie war, so tyrannisch verhielt er sich den eigenen Kindern gegenüber. Als Wilhelm Keilmanns erste Klavierlehrerin dem Vater gegenüber einmal erklärte, daß Wilhelm unmusikalisch sei, fühlte sich Keilmann sen. so sehr in seiner Ehre gekränkt, daß Wilhelm eine Tracht Prügel einsteckte. Dies sollte nicht die einzige Gelegenheit für Schläge als Maßnahme zur Erziehung von Seiten des Vaters bleiben.¹⁵⁴

Die Haushaltsführung oblag, wie wohl zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchaus üblich, fast ausschließlich der Mutter Rosa, die durch ihre starke Religiosität das egoistische Verhalten ihres Mannes kompensierte. Ihre Aufgabe war im Laufe der Jahre vor allem in finanzieller Hinsicht sicher schwierig, da Keilmann sen. als Komponist eine große Anzahl musikalischer Werke auf eigene Rechnung verlegen ließ, ohne die wirtschaftlichen Aspekte der Drucklegung zu berücksichtigen. Außerdem war es auch zur standesgemäßen Führung eines Professorenhaushalts¹⁵⁵ notwendig, daß die schwereren Tätigkeiten von einer Hausangestellten erledigt wurden.

Das persönliche Verhältnis von Ferdinand Keilmann sen. und jun. blieb fast ein Leben lange Zeit kritisch und entspannte sich erst kurz vor dem Tod des Vaters im Jahre 1968. Ferdinand jun. erkrankte schon im Alter von 5 Jahren an Rachitis¹⁵⁶. Diese Erkrankung war zu Beginn des Jahrhunderts noch relativ weit verbreitet und die Ursachen noch nicht eingehend erforscht. Bei ihm lag die Ursache in der Wohnsituation. Durch die schwierige finanzielle Lage, die in der egoistischen Haltung des Vaters begründet war, lebte die Familie in Nürnberg in einer unzureichenden Wohnung ohne direktes Sonnenlicht. Eva Keilmann zitiert ihren Mann, daß die Wohnung ein „dunkles Loch“ gewesen sei. Die Rachitis verursachte bei Keilmann unter anderem eine Schädigung des Innenohrs, die ihn im Laufe seines Lebens immer be-

¹⁵⁴ Keilmann, Robert: Wilhelm Keilmann. Ein Leben für die Harmonie, in: Keilmann, Johannes (Hrsg.): Wilhelm Keilmann. Würzburger Bilder, o.O. 1998, S. 43.

¹⁵⁵ Ferdinand sen. wurde 1925 zum Studienrat und 1931 zum Studienprofessor ernannt, letzteres entspricht heute in etwa dem Oberstudienrat.

¹⁵⁶ Die Rachitis ist eine Vitamin-D-Mangelerkrankung mit Störung des Calcium- und Phosphatstoffwechsels im Säuglings- und Kleinkindalter. Ursache liegt in der nicht ausreichenden Zugabe von Vitamin D (beispielsweise in Folge von kriegsbedingter Mangelernährung) oder einer unzureichenden Sonnenbestrahlung der Haut. Folgen sind Schwächungen am gesamten Knochenbau, dazu möglicher verspäteter Zahndurchbruch mit Schmelzschäden sowie mögliche Knorpelschäden u.a. in Gelenken. Diese Knorpelschäden können, sofern sie im Ohr auftreten, eine Schwerhörigkeit bis zur Taubheit verursachen.

lasten sollte. Diese frühzeitige Schwerhörigkeit bedingte auch die spätere Berufswahl als Architekt, da eine musikalische Karriere unter diesen Umständen dem Vater fast unmöglich erschien. Für Ferdinand sen. stellte die Erkrankung seines Sohnes eine persönliche Niederlage dar; er ließ seinen Sohn über Jahre (wenn nicht Jahrzehnte) spüren, daß dessen körperliche Verfassung eine Enttäuschung sei und versagte ihm in großem Maße die Anerkennung für die trotz allem akzeptablen musikalischen und schulischen Leistungen. Daß Ferdinand jun. trotz dieses Handicaps ein außergewöhnliches Talent zum Klavierspielen besaß und dieses auch in hervorragende technische Fähigkeiten umsetzen konnte, sollte ihm in seinem späteren Werdegang noch hilfreich sein. Sein ein Jahr jüngerer Bruder Wilhelm, der nicht nur das Klavier, sondern auch Geige und Bratsche als Instrument gewählt hatte, konnte das ähnliche Talent dazu nutzen, zunächst Kapellmeister und später Professor für Musik an dem „Richard-Strauss-Konversatorium“ in München zu werden. Zwischen Wilhelm und seinem Vater entstand im Lauf der Jahre eine starke Konkurrenzsituation auf künstlerischem Gebiet. Das Element zwischen den Familienmitgliedern, daß über den normalen Zusammenhalt hinaus ging, blieb immer die Musik. Ferdinand Keilmann sen. Kompositionen, die oft eine gewisse „Schwere“ beinhalteten, wurden in späteren Jahren von seinem Sohn Wilhelm oft überarbeitet, was ein häufiger Grund für Spannungen zwischen den beiden war.¹⁵⁷ Da nicht nur Ferdinand Keilmann sen., sondern auch dessen Schwester Helene Keilmann¹⁵⁸ das musikalische Talent geerbt hatte, bestand zumindest durch die häufigen gemeinsame Auftritte ein enges Verhältnis. Darin kann der Grund für die geringe Beachtung der Rosa Keilmann in der Familienhistorie liegen; sie war an den künstlerischen Darbietungen nicht beteiligt.

IV.2 Schule und Ausbildung

Die von Ferdinand Keilmann besuchten Schulen sind heute nicht mehr genau zu bestimmen¹⁵⁹, aus den Lebensläufen ergibt sich zumindest ein recht

¹⁵⁷ Bemerkung von Eva Keilmann, auf das persönliche Verhältnis zwischen Ferdinand sen. und Wilhelm befragt.

¹⁵⁸ Helene Keilmann blieb Zeit ihres Lebens ledig, von Beruf war sie technische Lehrerin an der Lampertheimer Volksschule. In ihrer Freizeit widmete sie sich wie ihr vier Jahre älterer Bruder Ferdinand der Musik. Als ausgebildete Konzertsängerin wirkte sie an vielen Konzerten mit, die von der Familie ausgerichtet wurden. Üblicherweise wurden die Einnahmen dieser Kulturveranstaltungen zugunsten tagesaktueller Hilfsaktionen gespendet (z.B. Wiederaufbau von Neckarsulm, Wiederaufbau von Heilbronn, Nationalsozialistisches Winterhilfswerk).

¹⁵⁹ Über den Zeitraum von 1920 bis Anfang 1924 läßt sich keine letzte Sicherheit über den schulischen und beruflichen Werdegang von Ferdinand Keilmann erzielen. Die im folgenden genannten Daten sind nur zum Teil belegt, ergeben sich jedoch aus den Bege-

genaues Bild, wann er wo zur Schule gegangen ist. Hier spielten die Versetzungen seines Vaters bis zum Jahre 1915 eine entscheidende Rolle. Keilmann wurde 1913 mit knapp sechs Jahren in Würzburg in die Volksschule eingeschult. Im gleichen Jahr erfolgte eine Versetzung seines Vaters nach Nürnberg, vermutlich zum 2. Halbjahr im Herbst.¹⁶⁰ Dort blieb die Familie für zwei Jahre, im Jahre 1915 wechselte Keilmann auf eine Volksschule in Aschaffenburg, die er im Frühjahr 1918 abschloß. Bis zu diesem Abschluß hatte er trotz seiner körperlichen Behinderung wenig Schwierigkeiten, den schulischen Anforderungen gerecht zu werden. Beim anschließenden Besuch des Humanistischen Gymnasiums in Aschaffenburg konnte Ferdinand jun. auf Unterstützung durch seinen Vater jedoch nur in den ersten Jahren zählen – dies allerdings nicht, damit der Sohn das Abitur schaffen könnte, sondern weil es einem Lehrerhaushalt schlecht zu Gesicht gestanden hätte, wenn der älteste Sohn zumindest den Abschluß der mittleren Reife nicht geschafft hätte. Nachdem danach die familiäre Unterstützung wegfiel, führte die bestehende Schwerhörigkeit zu so starken Schwierigkeiten, daß Keilmann das Gymnasium verlassen mußte und vermutlich im Herbst 1921 eine Lehre als Zimmermann aufnahm.¹⁶¹ Seine Rachitis hatte in den Jahren zuvor bereits mehrere Krankenhausaufenthalte notwendig gemacht.

Keilmanns Erkrankung bewirkte nicht nur die schon erwähnte Schwerhörigkeit, sondern zusätzlich eine Schwächung des Knochenbaus, die in der Lehrzeit noch stärker zum Ausdruck kommen sollte. Die schwere handwerkliche Tätigkeit des Zimmermanns führte nach kurzer Zeit zu erheblichen gesundheitlichen Problemen. Als gravierendste Folge zeichnete sich eine Rückgratverkrümmung ab, die eine Fortsetzung der Ausbildung in diesem Beruf unmöglich werden ließ und während eines folgenden fast einjährigen Aufenthalts in einem Sanatorium mußte er mit kurzen Unterbrechungen annähernd durchgehend im Gipsbett liegen.¹⁶² Wieder einmal konnte

benheiten, d.h. der zeitliche Aufwand für eine bestimmte Ausbildungsstufe (z.B. Lehrzeit, Besuch der Höheren Technischen Lehranstalt) ermöglicht das Errechnen weiterer Eckdaten; siehe auch Kapitel IV. 3 (Technische Lehranstalten Offenbach) und IV. 4 (Studium an der Staatlichen Bauhochschule).

¹⁶⁰ Das Schuljahr begann damals nach den Osterferien.

¹⁶¹ Ob die Entscheidung, Architekt zu werden, zu diesem Zeitpunkt fiel, oder zu einem anderen, ist nicht mehr feststellbar. Allerdings ist die Aufnahme einer handwerklichen Ausbildung *eine* Möglichkeit, die Aufnahmebedingungen für eine Höhere Technische Lehranstalt zu erfüllen, auf der die Grundlagen für Architektenausbildung gelehrt wurden; die andere Möglichkeit war die Absolvierung eines Praktikums in einem formal passenden handwerklichen Betrieb; siehe Kapitel IV. 3 (Technische Lehranstalten Offenbach).

¹⁶² Der Aufenthalt in diesem Sanatorium, in dem vor allem Tuberkolose-Patienten behandelt wurden, bezeichnete Keilmann später als die schlimmste Zeit in seinem Leben.

Keilmann seinem Vater gegenüber nicht zeigen, daß er in der Lage war, die an ihn gestellten Erwartungen zu erfüllen. Um seine handwerklichen Ausbildung doch noch in irgendeiner Form abzuschließen, wechselte Keilmann wahrscheinlich zu Beginn des Jahres 1922 in einen Tischlereibetrieb, bei dem die körperlichen Anforderungen nicht so hoch waren, da geringere Gewichte zu bewegen waren. Dort erwarb er vermutlich im Herbst 1924 den Gesellenbrief für das Tischlerhandwerk.¹⁶³



Mit der Herstellung dieses Schreibtisches erwarb Keilmann seinen Gesellenbrief als Tischler. Das Möbelstück ging bei einem Bombenangriff auf die Stadt Aschaffenburg im Dezember 1944 verloren.

Erwähnenswert ist hier, daß Keilmanns Bruder Wilhelm, der das Abitur ohne Schwierigkeiten (und ebenfalls ohne Unterstützung des Vaters) geschafft hatte, anschließend zunächst die Musikschule Aschaffenburg besuchte. In dieser Zeit verlangte der Vater auch von ihm, eine schwere handwerkliche Tätigkeit auszuüben.¹⁶⁴ Nach einem kurzen Intermezzo an der Musikhochschule München wechselte er an das Staatskonservatorium Würzburg, um sich aus der Umklammerung durch den Vater zu lösen.¹⁶⁵ Die schulische

¹⁶³ Sämtliche Zeugnisse aus der Schul- und Lehrzeit sowie des Studiums sind wahrscheinlich im Laufe der Jahre verloren gegangen. Das Gesellenstück Keilmanns, ein imposanter Schreibtisch, wurde bei einem Bombenangriff im Jahre 1944 zusammen mit der Wohnung der Eltern in Aschaffenburg, Löherstr. 2, zerstört.

¹⁶⁴ Der Druck des Vaters, der Ferdinand in die Tischlerlehre und Wilhelm in eine Tätigkeit als Elektriker zwang, mußte durch die starke Beanspruchung der Hände zunächst ebenfalls zu einer Einschränkung der musikalischen Ambitionen der Söhne führen.

¹⁶⁵ Keilmann 1999, S. 35.

Ausbildung der Schwester Agnes hingegen erhielt eine völlig andere Richtung; ihr wurde nach Abschluß der Volksschule der Besuch eines angesehenen Internats ermöglicht.¹⁶⁶

IV.3 Technische Lehranstalten Offenbach

Mit dem Abschluß der Lehre als Tischler erfüllte Ferdinand Keilmann die Bedingungen, die für eine Aufnahme an den Höheren Technischen Lehranstalten Offenbach am Main bestanden:

- „1. die Vollendung des 16. Lebensjahres;
2. die Beherrschung des Lehrstoffs einer mehrklassigen Volksschule, die in der Regel durch eine Aufnahmeprüfung nachzuweisen ist. [...];
3. eine vorherige handwerksmäßige Tätigkeit in ein und demselben Handwerk von mindestens zwölf Monaten.“¹⁶⁷

Die Ausbildung in Offenbach war nach den Richtlinien auf fünf Semester angelegt.¹⁶⁸ Aus der Tatsache, daß Keilmann am 1. März 1927 eine Tätigkeit bei Professor Eberhardt¹⁶⁹ in Offenbach aufnahm, läßt sich schließen, daß er die Schule (vorausgesetzt, er legte kein „Freisemester“ ein) vom September 1924 bis zum Februar 1927 besuchte. Hier entwickelte sich die langjährige Freundschaft zu Ludwig Dölger, einem ehemaligen Klassenkameraden seines Bruders Wilhelm, mit dem er die jeden Tag den Zug von Aschaffenburg nach Offenbach nahm. Die beiden verbrachten ihre freie Zeit in Offenbach meist mit Heinrich Jourdan, einem Schüler aus Gelnhausen.¹⁷⁰

¹⁶⁶ Die Bevorzugung der Tochter durch Ferdinand Keilmann macht sich nicht nur in diesem Aspekt deutlich, sondern spricht auch aus einer Vielzahl von Briefen, Allerdings muß für die späteren Jahre auch bemerkt werden, daß sich die Tochter in schwierigen Zeiten die wichtigste Hilfestellung der Eheleute Ferdinand und Rosa Keilmann zeigte. Jedoch ist dies auch darauf zurückzuführen, daß Agnes ihr Leben lang in der unmittelbaren Nähe der Eltern wohnte, während die Brüder nach Möglichkeit weit entfernte Arbeitsstellen und Wohnorte auswählten.

¹⁶⁷ O.V.: Die Hessischen Baugewerkschulen. Schulverfassung, Lehrpläne und Prüfungsordnungen, Darmstadt 1909, S. 4.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Der Rektor der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main (Hrsg.): Die Geschichte der Hochschule für Gestaltung, Offenbach am Main, Frankfurt a. M. 1984, S. 61ff.: Prof. Hugo Eberhardt (1874-1959) war der Leiter der Höheren Technischen Lehranstalten in Offenbach am Main. Unter seiner Leitung wurde die Schule zu eine der führenden Einrichtungen dieser Art. Gleichzeitig unterhielt er ein Privatatelier, in dem er die jeweils besten Schüler nach Abschluß der Ausbildung für den Zeitraum von einem halben bis einem Jahr beschäftigte. Auf Eberhardts Initiative geht auch die Gründung des Leder-Museums in Offenbach zurück.

¹⁷⁰ Dölger und Jourdan studierten anschließend gemeinsam in Weimar Architektur.

Keilmann bewies seine künstlerische Fähigkeiten nicht mehr nur auf musikalischem Gebiet, sondern auch im Zeichnen. So gewann er im Herbst 1927 einen zweiten Preis in einem Wettbewerb für einen Plakatentwurf für die Musikschule Aschaffenburg. Im Atelier Eberhardt hat Keilmann vermutlich für die von Eberhardt entworfenen Gebäude den Innenausbau gezeichnet; diese Tätigkeit übte er auch in dem anschließenden Beschäftigungsverhältnis aus.



Die „Offenbacher Zeitung“ schrieb am 14. Februar 1927 unter der Überschrift „Zinnober“ über das Kostümfest der Offenbacher Kunstgewerbeschule (zu der auch die Höheren technischen Lehranstalten gehörten): „Vor und nach diesem Tanz wälzte ein ungeheurer Lindwurm, ein Ungetüm von 15 Metern, der eine „freisliche Fresse“ aufriß und „zierliche Zähne im Leckermaul“ zeigte, sich durch die staunende Menge. Man sagte, dieser moderne „Fasner“ verkörpere die „lästernden Widersacher“ der Kunstgewerbeschule. Sollten diese wirklich so schrecklich sein? Das kann ich so gar nicht denken!“ Keilmann befindet sich auf dem Foto als 6. von rechts, mit schwarzem Anzug.

Zum 9. Januar 1928 wechselte Keilmann vom Atelier Eberhardt in das Atelier des Regierungsbaumeisters Otto Leitolf in Aschaffenburg. Seine Hauptaufgaben in diesem Büro waren die „zeichnerischen Arbeiten für eine Reihe kleinerer und grösserer Neubauten, insbesondere für die Innen-Einrichtung und [...] (den) Innenausbau des Säuglingsheimes Würzburg“. ¹⁷¹ Parallel zu dieser Tätigkeit besuchte er die Musikschule Aschaffenburg und zeichnete für den Band über Miltenberg einer Buchreihe des Aschaffener Verlags Dr. J. Kirsch die Illustrationen. ¹⁷²

¹⁷¹ AKe; Zeugnis von Otto Leitolf für F. Keilmann vom 1. Dezember 1928.

¹⁷² AKe; Schreiben des Verlags Dr. J. Kirsch vom 1. Februar 1928 an F. Keilmann.

Nach dem Ende der Beschäftigung bei Leitolf verbleibt wieder eine Lücke im Lebenslauf von Ferdinand Keilmann. Die in verschiedenen Lebensläufen genannte „Betätigung in eigener Praxis“¹⁷³ läßt sich heute nicht nachweisen, ebensowenig sind Hinweise auf „verschiedene beachtliche Hochbauten“ zu finden, die er nach eigenen Angaben in den folgenden neun Monaten ausgeführt hat. Fest steht, daß im Herbst des Jahres 1929 der Umzug nach Weimar erfolgte, wo Keilmann ein Studium der Architektur an der „Staatlichen Hochschule für Handwerk und Baukunst“ aufnehmen wollte.



Dieses Foto schenkte Keilmann seinem Freund Ludwig Dölger. Letzterer hatte selbst auch in Weimar Architektur studiert, allerdings machte er wenige Wochen vor Studienbeginn Keilmanns seinen Abschluß. Gleichzeitig war Dölger in Aschaffenburg ein Klassenkamerad von Wilhelm Keilmann. Als Widmung für seinen Freund schrieb Keilmann auf die Rückseite der Aufnahme:

„Sonntag, den 16.6.29.
Vaters 49. Geburtstag.
morgens um 5 Uhr Spaziergang
nach Schönbusch. –
Freundschaftstempel.
Zur Erinnerung
Dein Freund Ferdinand“

¹⁷³ DOC, PK, Keilmann, Ferdinand, 24.07.07, Lebenslauf vom 1. Dezember 1935, sowie z.B. AKe; Lebenslauf vom 24. August 1944.

IV.4 Studium an der Staatlichen Bauhochschule

Der Abschluß der Höheren Technischen Lehranstalten in Offenbach entsprach nicht der Allgemeinen Hochschulreife, allerdings strebte Ferdinand Keilmann kein Studium an einer Universität an; er entschied sich zum Wintersemester im September 1929, sein Studium an der Staatlichen Hochschule für Baukunst (kurz und im folgenden Staatliche Bauhochschule bzw. St.B.H.) in Weimar aufzunehmen.¹⁷⁴ Die Entscheidung ging wahrscheinlich auf die Freundschaft zu Ludwig Dölger zurück, der ein Freund Ferdinands war und gemeinsam mit Wilhelm Keilmann die Schule in Aschaffenburg besucht hatte.

Die Staatliche Bauhochschule war unter Prof. Dr. Otto Bartning¹⁷⁵ als Landeseinrichtung im Jahre 1926 als Nachfolgeinstitut des nach Dessau vertriebenen „Bauhaus“ gegründet worden. Die Ideen zur Schaffung des „Bauhaus“ hatte er gemeinsam mit Walter Gropius entwickelt, mußte aber aus gesundheitlichen Gründen bei der Gründung im Jahre 1919 auf die Mitarbeit verzichten.¹⁷⁶ Insofern ist es schon etwas pikant, daß er als Leiter der St.B.H. in Weimar Gropius „beerbte“. Bartning hatte mit dem Land Thüringen einen für ihn günstigen Vertrag ausgehandelt, der es ihm ermöglichte, auf die persönliche Anwesenheit während der Semester weitgehend zu verzichten. Er behielt sein Büro in Berlin bei und erschien in Weimar fast nur zu Sitzungen des Lehrerrats und zu den Prüfungsterminen.¹⁷⁷ Die Lehrtätigkeit war somit auf die übrigen Professoren der Hochschule verteilt, von denen Ernst Neufert, der neben seiner Professur die Leitung der Bauabteilung inne hatte, den größten Einfluß auf Ferdinand Keilmann hatte.¹⁷⁸ Neufert

¹⁷⁴ Der Abschluß einer Höheren Technischen Lehranstalt entspricht heute in etwa der Fachhochschulreife; die Staatliche Bauhochschule hatte einen zur heutigen Fachhochschule vergleichbaren Status. Zur Geschichte der St.B.H. siehe auch Kapitel II.2 (Der Fall Thüringen).

¹⁷⁵ Otto Bartning (1883-1959) studierte an den Technischen Hochschulen in Karlsruhe und Berlin. Bekannt wurde er vor und nach dem 2. Weltkrieg vor allem durch seine Kirchenbauten (u.a. ca. 50 Notkirchen).

¹⁷⁶ Bredow / Lerch 1983, S. 19.

¹⁷⁷ Preiß, Achim / Winkler, Klaus-Jürgen: Weimarer Konzepte, Weimar 1996, S. 39.

¹⁷⁸ Diese Aussage ist von allen Personen, die ich zu F. Keilmann befragte, bestätigt. Neufert stellte zu Beginn des „Bauhaus“ unter Walter Gropius (im Jahre 1920) –überspitzt formuliert –als einziger Student die Bauabteilung dar. Seine Berufung an die St.B.H. ist auch auf den Einfluß von Hans Poelzig zurückzuführen, der an der TH Berlin-Charlottenburg lehrte und als einer der bedeutendsten Architekten seiner Zeit galt (z.B. IG-Farben-Haus, Frankfurt am Main). Gropius war über den Weggang seines hervorragenden „Bauschülers“ und anschließenden Bauleiters nicht erfreut – das Verhältnis zwischen beiden war daraufhin auf Jahre gestört. Neufert wurde unter den Nationalsozialisten zum „Beauftragten für Typung und Normung“ ernannt, nach dem Krieg eröffnete er ein Büro in Darmstadt, von wo er eine große Anzahl von Verwaltungs- und Industriebauten plante. Sein 1936 erschienenes Buch „Bauentwurfslehre“ ist unter Architekten zwar umstritten, gilt aber dennoch als Standardwerk und hat heute eine Auflage von über einer Million erreicht.

(1900-1986) war zum Zeitpunkt seiner Berufung zum Professor gerade 26 Jahre alt und besaß keinen akademischen Grad, was zu dieser Zeit allerdings nicht ungewöhnlich war.

Der Unterricht an der St.B.H. umfaßte nicht nur die Architektur, Bartnings Bestreben war eine künstlerische Ausbildung in verschiedenen Bereichen. Sein Lehrplan, der vergleichbar mit der Ausrichtung der geplanten und dann über längeren Zeitraum nicht vollständig installierten Bauabteilung des „Bauhaus“ war, wich von der traditionellen Architekturausbildung dadurch ab, daß in den ersten zwei Semestern eine theoretische Vorschulung erfolgen sollte, die in den folgenden Semestern durch eine

„praktische Anwendung und BETÄTIGUNG AN WIRKLICHEN BAUAUFGABEN (*Hervorhebungen im Original; d. Verf.*) unter Führung der Lehrenden die erlangten Kenntnisse festigen und vertiefen, um so möglichst eine UNIVERSELLE DURCHBILDUNG zu erreichen. Dabei wird weniger Wert auf das flüchtige Streifen aller Baugebiete gelegt, als auf das gründliche Vertiefen in bestimmten aktuellen Aufgaben, aus deren Kenntnis dann alle anderen Gebiete leicht bewältigt werden“¹⁷⁹

Der Verzicht auf die Betrachtung der unterschiedlichen historischen Baustile wurde schon dadurch deutlich, daß kein verpflichtendes Lehrangebot in Kunstgeschichte vorgesehen war. Hier war der deutlichste Unterschied zur Architekturausbildung an anderen Hochschulen Deutschlands zu erkennen. Mit 48,5 Wochenstunden allein im ersten Semester war der Lehrplan dichtgedrängt, im zweiten Semester erhöhte sich die Zahl der Pflichtstunden sogar auf 53 Stunden. Da sich die Studentenschaft aus einem Personenkreis zusammensetzte, der entweder eine längeres handwerkliches Praktikum oder eine entsprechende Berufsausbildung hinter sich hatte, wurde im Studium zunächst Wert auf eine umfassende theoretische Grundlage der Architekturausbildung gelegt.¹⁸⁰ Der zeitliche und thematische Schwerpunkt lag in den ersten beiden Semestern auf den Fächern Schnellentwerfen, Entwerfen, Darstellung, Statik und Ingenieurbau sowie Innenausbau. Mit dem Eintritt in das dritte Semester wurden die Studenten in das „Aktive Bauatelier“ aufgenommen, in dem unter Anleitung der Professoren tatsächliche Bauaufgaben baureif durchgestaltet und durchgeführt wurden. Die

Eine umfassende Darstellung Neuferts und seines Werkes findet sich in: Prigge, Walter (Hrsg.): Ernst Neufert. Normierte Baukultur im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1999.

¹⁷⁹ Bartning, Otto / Neufert, Ernst: Staatliche Bauhochschule Weimar, Weimar 1927, S. 12.

¹⁸⁰ Nicolaisen, Dörte: Das andere Bauhaus. Otto Bartning und die Staatliche Bauhochschule Weimar 1926-1930, Weimar 1997, S. 11.

Hochschule hat auf diesem Weg einige öffentliche und private Gebäuden geplant und gebaut. Entstanden sind auf diesem Weg beispielsweise das Wohnhaus Neuferts in Gelmeroda bei Weimar, das Studentenhaus und das Abbeanum in Jena, sowie das Musiklandheim in Frankfurt/Oder.¹⁸¹

Keilmann studierte mit einer Unterbrechung vom Wintersemester 1929/30 bis zum Wintersemester 1932/33 in Weimar; für die ersten beiden Semester erhielt er von Ernst Neufert gesondertes Zeugnis.¹⁸² Von den verschiedenen Kursen, die im Lehrplan vorgesehen waren, hatte Keilmann zumindest den im Schnellentwerfen erfolgreich absolviert, der von Neufert selbst geleitet wurde.¹⁸³ Ziel war es innerhalb von wenigen Stunden ein Gebäude zu projektieren und diesen Entwurf in der folgenden Übung gegenüber den Kommilitonen und dem Lehrenden in freier Rede zu verteidigen.¹⁸⁴ Innerhalb eines Zeitraums von mehreren Wochen wurde dieser Entwurf anschließend baureif durchgeplant. Für die beiden im Bauatelier der St.B.H. im Jahre 1929 geplanten Aufträge, das Abbeanum der Universität Jena und das Wohnhaus Neuferts in Gelmeroda bei Weimar zeichnete Keilmann die Perspektiven und die Ausbauzeichnungen.¹⁸⁵ Dabei arbeitete er für Neufert nicht nur in der Hochschule, sondern wurde in dessen Privatatelier aufgenommen.

Neufert wurde als Lehrer zum 30. September 1930 gekündigt. Nachdem Bartnings Vertrag zum April 1930 von der Thüringischen Landesregierung nicht verlängert wurde, hatte der durch die Landtagswahl vom Vorjahr in die Regierung aufgenommene Nationalsozialist Wilhelm Frick¹⁸⁶ den Maler, Architekten und „Blut und Boden“-Ideologen Paul Schultze-Naumburg (1869-1949)¹⁸⁷ als Nachfolger installiert. Schultze-Naumburg hatte sich in

¹⁸¹ Nicolaisen 1997, S. 36; Das Abbeanum wurde als Institutsgebäude für das Optische Institut und das Institut für Angewandte Mathematik der Universität in Jena gebaut und aus Mitteln der Carl-Zeiss-Stiftung finanziert.

¹⁸² AKe; Zeugnis von Ernst Neufert vom 1. September 1930. Laut Neufert „beteiligte sich [Keilmann] intensiv am Unterricht, seine Leistungen im Schnellentwerfen waren zum Teil hervorragend, insbesondere entwickelte er grosse darstellerische Fähigkeiten.“ Bemerkenswert an dem Schreiben ist, daß über den Briefkopf „Staatliche Hochschule für Handwerk und Baukunst Weimar“ mit Schreibmaschine der Begriff „Ehemalige“ eingefügt ist.

¹⁸³ AKe; Zeugnis vom 30. September 1930. Aus einer Postkarte vom 16. Februar 1932 geht hervor, daß Keilmann die Prüfung in Kunstgeschichte am 26. Februar 1932 absolvierte; ob er diese Prüfung zweimal ablegen mußte, weil eine Prüfung aus der Zeit unter Bartning evtl. nicht anerkannt wurde, ist nicht bekannt.

¹⁸⁴ Gräff, Werner (Hrsg.): Staatliche Bauhochschule Weimar 1929, Weimar 1929, S. 8.

¹⁸⁵ AKe; Auftrag Neuferts an Keilmann vom 20. August 1930.

¹⁸⁶ Siehe Kapitel II. 2 (Der Fall Thüringen).

¹⁸⁷ Paul Schultze-Naumburg wurde am 10. Juni 1869 in Naumburg als Paul Schultze geboren, den Namenszusatz fügte er zur Vermeidung von Verwechslungen während seines Studiums der Malerei in Karlsruhe an. Zur Architektur kam er als Autodidakt. Galt er bis zum Ersten Weltkrieg noch als Reformler, so war ihm nach 1920 die anscheinende ideo-

den Jahren zuvor einen Namen mit der ständigen Wiederholung seiner Parolen gegen das „Neue Bauen“ gemacht, welches er als „baubolschewistisch“ ablehnte. Für den „Kampfbund für Deutsche Kultur“¹⁸⁸ war er in einer Vortragsreise quer durch Deutschland gereist und hatte mit Hilfe von teilweise qualitativ schlechten Lichtbildern zu beweisen versucht, daß die deutsch-nordische Kunst des Mittelalters durch die neuen architektonischen Ausdrucksformen „ostisch und mongoloid“ verdorben seien.¹⁸⁹ Schultze-Naumburg betrieb gemeinsam mit Frick bis zum Herbst des Jahres den fast kompletten Austausch des Lehrkörpers der Hochschule. Folge war unter anderem, daß der Großteil der Studierenden den Lehrenden an ihre neuen Wirkungsstätten folgte.¹⁹⁰

Ferdinand Keilmann blieb. Er war zu Beginn seines Studiums in engen Kontakt mit der zunächst 1926 von Otto Bartning verbotenen Verbindung „Corps Thüringen“ gekommen. Bartning begründete das Verbot damit,

„daß die Gründung einer Studentenverbindung dem Nachtreten ausgefahrener Gleise gleichkäme und in keiner Weise dem Wesen der Hochschule entspräche, die es für ihre Aufgabe halte, auf allen Gebieten des Lebens neue [*Unterstreichung im Original*] Formen zu schaffen. Die Gründung beweise, daß sich manche Studierende über die besondere Art der Hochschule noch im Unklaren befänden...“¹⁹¹

Das Verbot bewirkte zunächst ein Agieren der Verbindung im Verborgenen, mit dem sich abzeichnenden Ende der Ära Bartning an der Hochschule gingen die Mitglieder sofort wieder an die Öffentlichkeit. Kurz nach Aufnahme seines Studiums in Weimar, bereits am 1. Oktober 1930 trat Ferdinand

logische Nähe des Neuen Bauens zum Kommunismus ein Greuel, daß er auf das schärfste bekämpfte. Er wurde zum Chefideologen des frühen Nationalsozialismus, wurde jedoch nach Hitlers Machtübernahme nicht nach Berlin berufen und empfand dies als Schmach. Nach der Pensionierung im Alter von 70 Jahren, die gegen seinen Willen geschah, zog er sich völlig zurück. Er starb völlig mittellos und erblindet in Jena.

¹⁸⁸ Siehe Kapitel II.1 (Ausgangssituation in Weimar).

¹⁸⁹ Borrmann, 1989, S. 187; Schultze-Naumburg nahm mit dieser Art der Präsentation die spätere Entwicklung zur Darstellung von „Entarteter Kunst“ in der Zeit des Nationalsozialismus vorweg.

¹⁹⁰ Der Großteil der Studenten wechselte an die „Itten-Schule“ in Berlin, die dem Bauhaus nahe stand; hier unterrichtete zeitweise auch Ernst Neufert. Insgesamt blieben nur ca. 15 Studenten in Weimar, siehe Vossische Zeitung vom 14. August 1930. Der dortige Artikel behandelte in erster Linie die Umgestaltung der wissenschaftlichen Zielrichtung unter Schultze-Naumburg. Unter anderem wird erwähnt, daß „die Anordnung eingeführt [wurde], daß in der Abteilung für bildende Künste die Aktmodelle nicht mehr nackt sein dürfen, sondern mit Badehose bekleidet sein müssen.“ Die Zahl von 15 Studenten stimmt in etwa mit der Anzahl Personen überein, die auf Fotos der Verbindung „Corps Thüringen“ im Nachlaß Keilmann vorhanden sind.

¹⁹¹ Staatliche Hochschule für Handwerk und Baukunst; Protokoll der Sitzung des Lehrerrats vom 16. November 1926.

Keilmann zusammen mit den anderen Mitgliedern der Verbindung in den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) ein.¹⁹²



Die Mitglieder der studentischen Verbindung „Saxo Thüringen“ an der Staatlichen Hochschule für Handwerk und Baukunst in Weimar. Das Foto stammt vermutlich aus dem Jahre 1931, Keilmann ist in der mittleren Reihe der 4. von links. Neben ihm sitzt Renate Dankers, die er wegen Widerstände ihrer Eltern gegen seine katholische Herkunft nicht heiraten konnte.

Nachdem Schultze-Naumburg als neuer Leiter der Hochschule feststand, gehörte zu einer seiner ersten Amtshandlungen, die Verbindung endgültig öffentlich zuzulassen. Bereits zu seiner Antrittsrede am 10. November 1930 präsentierten sich die „Thüringer“¹⁹³ mit ihrer blau-weiß-schwarzen Fahne auf einer Seite des Rednerpults; auf der anderen Seite standen Mitglieder der NSDAP in brauner Uniform mit Hakenkreuzfahne.¹⁹⁴ Dies war das erste Mal, daß sich die Partei auf einer offiziellen Veranstaltung einer deutschen Hochschule darstellen konnte.¹⁹⁵

Die Studienzeit Keilmanns verzögerte sich durch diese Umbesetzung, da die bereits besuchten Kurse von der neuen Hochschulleitung nicht aner-

¹⁹² AKe; diese Angabe auf einem Fragebogen Keilmanns zum „arischen Nachweis“ vom 31. Januar 1936 widerspricht einer Angabe auf einem Parteizeugnis Keilmanns aus dem Jahre 1935. Keilmann selbst gab als Eintrittsdatum den 1. Oktober 1929 an. Da Keilmann bei der Wiedergabe von biographischen Daten nicht sehr zuverlässig war, ist das spätere Datum hier wahrscheinlicher.

¹⁹³ Thüringer Allgemeine Zeitung, 12. November 1930: Der Kurswechsel bei den Weimarer Kunsthochschulen. Schultze-Naumburg und Frick als Taufredner.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Borrmann 1989, S. 192.

kannt wurden. Für den weiteren Verlauf des Studiums im Jahr 1931 sind keine herausragenden Ereignisse überliefert – der Besuch der Kurse nahm sicherlich einen erheblichen Anteil an der Tagesgestaltung Keilmanns ein. In seiner studienfreien Zeit arbeitete er entweder in Neuferts Atelier, verbrachte die Zeit mit Renate Dankers, einer Studentin der in Jena ansässigen „Hochschule für Leibesübungen“¹⁹⁶ oder traf sich mit seinen Freunden aus der Verbindung. In einem Lebenslauf von 1936 sprach er davon, daß er in Weimar „die dortigen Kulturkämpfe“ mitgemacht habe und dieser Ausdruck ist durchaus wörtlich zu verstehen. Die „Saxo Thüringer“ verbrachten ihre Freizeit nicht nur mit exzessivem Alkoholkonsum, mit Frauen oder dem Schlagen der Mensur, sondern beteiligten sich aktiv an körperlichen Auseinandersetzungen mit Studentengruppen anderer politischer Einstellungen. Dies galt sowohl für die Weimarer Hochschule für die Zeit bis zur Entlassung des gesamten Lehrkörpers, bei dem die linksorientierte Studentenschaft geschlossen die Einrichtung verließ als auch für die Hochschulen im näheren Umkreis.¹⁹⁷ Zu solchen Zusammenstößen konnte es bei den häufigen Exkursionen der Verbindungsmitglieder kommen, die meist den Spuren nationaler Symbole wie der Wartburg oder dem Kyffhäuser folgten.

Das Ende dieser Zeit der „Ruhe und Normalität“ zeichnete sich mit Beginn des Jahres 1932 ab. Aufschlußreich ist ein Brief Keilmanns an seinen Vater vom 18. April 1932, in dem er unter anderem berichtet, daß er gemeinsam mit der gesamten studentischen Verbindung in die NSDAP eingetreten war, was er seinem Vater bei einem Osterbesuch kurz zuvor noch verschwiegen hatte. Im Lauf der Feiertage hatte dieser sich noch über die Nationalsozialisten aufgeregt. Wörtlich heißt es:

„[...] vergib mir nochmal, weil ich Dir damals die Wahrheit nicht sagte – das ich eingetragenes Mitglied der N.S.D.A.P. bin, weil ich aber damals zu Hause war – habe ich voll u. ganz Deine Anschauung verstanden [...]“¹⁹⁸

¹⁹⁶ Diese Hochschule wurde von Keilmann immer als „Hochschule für Liebesübungen“ bezeichnet. Eine geplante Hochzeit mit Renate Dankers scheiterte am Veto ihrer Eltern, da diese als Protestanten keinen Katholiken als Schwiegersohn akzeptieren wollten.

¹⁹⁷ Frau Uta Rothmund-Pauler, die Tochter von Peter Rothmund, welcher ebenfalls Mitglied in der Verbindung war, bestätigte mit in einem Telefonat mindestens eine Schlägerei mit Studenten der Erfurter Universität. Rothmund war ein sehr guter Freund Keilmanns in der Weimarer Zeit. nach dem Krieg wurde er Stadtbaurat in Bamberg und prägte maßgeblich den Wiederaufbau der Stadt.

¹⁹⁸ AKe; Brief von F. Keilmann jun. an F. Keilmann sen. vom 18. April 1932. Der weitere Inhalt dieses sechsseitigen Briefes ermöglicht umfangreiche Einsichten in die Motivation Keilmanns in die NSDAP einzutreten.

Gemeinsam 2. 18. IV. 32.

Mein lieber Papa!

Du bist sicher faul? - für die lieben
 großen und kleinen. Hoffentlich, wenn
 für die in der Lage - wenn es möglich
 werden - dein großer Wunsch "Requiem"
 in der nächsten Woche zu dir zu bringen.
 Da wirst du vielleicht die Gelegenheit - das
 große Werk? - das ist noch nicht fertig
 habe und es auch nicht kann - für die
 freien. Und lieber Papa - das muss unbedingt
 dein kleiner Conquest? Das ist man ja
 gar nicht mehr, - und muss ja zu gehen
 stehen - das ist die große Sache - für
 dieses Jahr - und das für ein Konzert-
 Programm - die die aufgebaut ist. - Wirklich
 macht mir Willy das sehr unangenehm?

Nun soll ich auch an meine
 Briefe die schreiben - . Bei Willy's Arbeit
 ist immer noch - aber nicht mehr wird
 ein oder einigen Wochen 5/2 ad. täglich
 sondern ganz morgen 7 Uhr an - und
 im 2. Hof Mittagessen ist auch. Dann,
 wenn es notwendig ist - das, ist nicht
 auch möglich lassen zu einem Besuch.
 Da ist immer ein wenig Arbeit - mit
 mein Misserfolg. Abgesehen ist es

Brief von Keilmann an seinen Vater vom 18. April 1932.

In diesem Brief berichtet er über seine Arbeit im Atelier von Ernst Neufert und seinen Eintritt in die NSDAP. Bemerkenswert ist der unterwürfige Ton, mit dem Keilmann seinen Vater anspricht.

Die Kritik seines Vaters bewirkte bei Keilmann allerdings weder eine Abkehr von der Partei, noch von der Studentengruppe, in der er Freundschaft und Anerkennung seiner Leistung gefunden hatte.

Die ursprüngliche Planung, das Studium bereits im Lauf des Jahres 1932 abzuschließen, wie es laut Lehrplan vorgesehen war, ließ sich nicht realisieren – Ferdinands jüngerer Bruder Wilhelm hatte in München ein Musikstudium aufgenommen und die Eltern erklärten sich außerstande, zwei Söhne gleichzeitig finanziell unterstützen. Ferdinand war gezwungen, sich

Gedanken zu machen, wie es beruflich weitergehen sollte. Als Alternativen stellten sich ihm die Möglichkeit, sich ab dem März 1932 für kurze Zeit in Aschaffenburg selbständig zu machen oder über die eigene Parteimitgliedschaft und gleichzeitige Beziehungen seines Vaters Kontakte zum Aschaffener NSDAP-Kreisführer Wohlgemuth aufzunehmen, um so im Umkreis seiner Heimatstadt eine Anstellung zu finden.¹⁹⁹ Welche Alternative er gewählt hat, ist heute nicht mehr zu ermitteln, jedoch kehrte er zum 1. Februar 1933 nach Weimar zurück. Der Angabe der Aschaffener Meldekarte Keilmanns²⁰⁰, daß er sich bereits ab dem 24. März wieder in der Stadt aufgehalten habe, widerspricht der schon erwähnte Brief, der am 28. April in Gelmeroda geschrieben wurde. Vermutlich ist Keilmann zwischen Frühjahr und Herbst 1932 ständig zwischen den beiden Städten gependelt.²⁰¹

Inzwischen hatte sich eine unerwartete politische Entwicklung im Thüringer Landtag direkt auf die Hochschule ausgewirkt.²⁰² Zum 1. April 1931 mußte Frick als Innen- und Volksbildungsminister zurücktreten, auf Druck der linken Parteien wurde anschließend Schultze-Naumburg zum 1. April 1932 gezwungen, von seinem Direktorenposten der Hochschule zurückzutreten.²⁰³ Die Bestrebungen, die Hochschule ganz zu schließen, scheiterten; auf Betreiben der rechten Parteien des Landtags wurde sie der Stadt Weimar unterstellt. Durch einen erneuten Rechtsruck, ausgelöst durch die Landtagswahl vom 31. Juli 1932, wurden diese Änderungen wieder rückgängig gemacht und Schultze-Naumburg, der in der parallel stattfindenden Reichstagswahl sogar ein Mandat für die NSDAP erlangt hatte, zum 1. Oktober 1932 wieder als Direktor eingesetzt. Im Anschluß an das folgende Wintersemester machte Keilmann schließlich seinen Abschluß als Diplom-Architekt²⁰⁴, ein Abschluß, den er in dieser Form vorher auch nicht hätte

¹⁹⁹ Ebd.

²⁰⁰ SSA AB; Die Meldekarte wurde am 30. März 1932 erstellt, die vorherigen Orte, an denen Keilmann gemeldet war, wurden nachgetragen. Da er die Karte selbst unterschrieben hat, war er vermutlich am Tag der Erstellung in Aschaffenburg anwesend. Bis auf die Unklarheit des Zeitraums von März 1932 bis Februar 1933 war diese Meldekarte ein wichtiger Beleg für die Nachprüfung von biographischen Daten zwischen 1915 und 1950.

²⁰¹ Grund für die Reisen könnte eine Beschäftigung im Atelier Neufert oder seine Beziehung zu Renate Dankers gewesen sein.

²⁰² Im folgenden: Schädlich 1985, S. 39f.

²⁰³ Pinkwart, Klaus-Peter: Der Kunstreformer, Architekt und Gestalter Paul Schultze-Naumburg und die Weimarer Hochschule unter seinem Rektorat in den dreißiger Jahren, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Heft 4/5 1995, S. 80.

²⁰⁴ AKe; Nach einer handschriftlichen Notiz auf einem Melde- und Personalbogen für die Stadt Bochum aus dem Jahr 1954 wurde das Diplomzeugnis von Keilmann am 16. Juni 1933 ausgestellt. Da sich in den privaten Unterlagen nur Arbeits- und keine Schul- oder Hochschulzeugnisse fanden, bietet diese Angabe den einzigen Hinweis auf das genaue Abschlußdatum. Die würde allerdings bedeuten, daß Keilmann seine anschließende Tätigkeit in Aschaffenburg zunächst ohne Abschluß angetreten hat und zum Erwerb des

erwerben können – die Hochschule hatte durch Ministererlaß des Thüringischen Staatsministeriums vom 28. Februar 1933 das Recht erhalten, den Titel „Diplom-Architekt“ zu verleihen.²⁰⁵

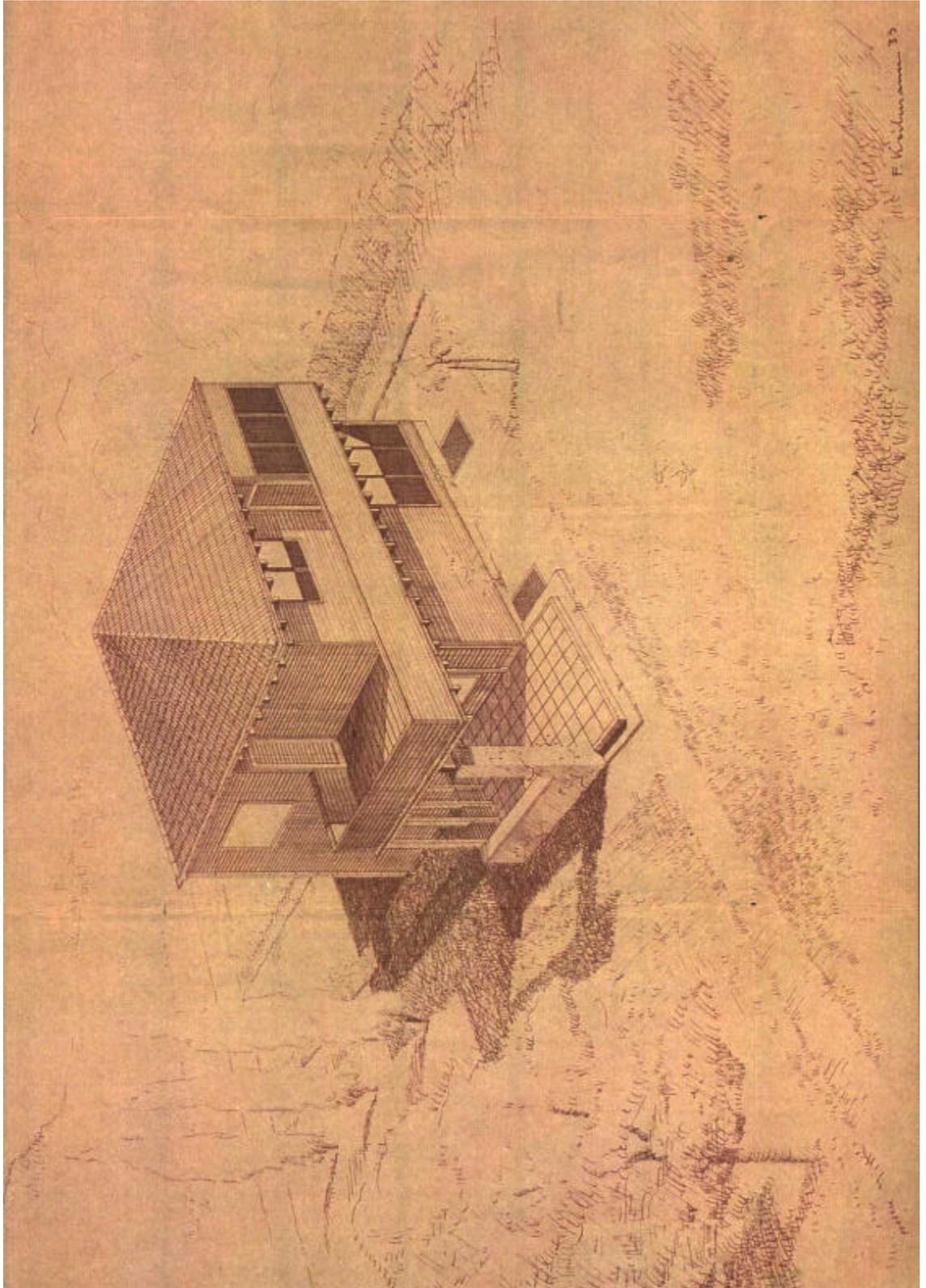
Keilmann ließ sich direkt nach Abschluß des Wintersemesters 1932/33 ein weiteres Zeugnis von Neufert ausstellen, in dessen Atelier er während der vier Jahre in Weimar regelmäßig gearbeitet hatte. Vermutlich hat Keilmann Neuferts Angebot vom April 1932, Keilmann könne solange bei ihm arbeiten, wie er wolle, zunächst angenommen.²⁰⁶ Für die weitere berufliche Entwicklung hatte Keilmann jedoch noch keine Perspektive. Die Idee der selbständigen Tätigkeit war in der wirtschaftlichen Situation kurz von der Nationalsozialistischen Machtübernahme noch so schlecht, daß sie keine Alternative bieten konnte. Als Möglichkeit verblieb ihm die schon ein Jahr zuvor ins Auge gefaßte Idee, über die Mitgliedschaft in der NSDAP eine Anstellung bei der Stadt Aschaffenburg zu finden.²⁰⁷

Diploms noch mindestens einmal nach Weimar reisen mußte. Überprüfen läßt sich dieser Sachverhalt heute nicht mehr.

²⁰⁵ Schädlich 1985, S. 42. Die Bemühungen, eine Gleichstellung des Abschlusses mit dem Ingenieur-Grad der Technischen Hochschulen zu erlangen, waren damit noch nicht erreicht; diese erfolgte erst im Jahr 1942 durch einen ministeriellen Erlass. Die Gleichstellung betraf jedoch nur die Absolventen, die zum Zeitpunkt des Erlasses ihren Abschluß noch nicht gemacht hatten. Allerdings war der Titel des Dipl.-Arch. einzigartig; Absolventen der Weimarer Hochschule waren daran sofort zu erkennen.

²⁰⁶ Neufert stellte auch in diesem Zusammenhang seine Geschäftstüchtigkeit unter Beweis. Da er sich der schwierigen Situation der Studenten bewußt war, überhaupt eine Tätigkeit zu finden, ließ er seine Mitarbeiter annähernd ohne Bezahlung arbeiten: AKe; Brief von Keilmann an F. Keilmann sen. vom 18. April 1932: „Bei Neufert arbeite ich immer noch [...] –daß ich mich ausnützen lasse zu seinem Vorteil. Da ich keinen Pfennig bekomme –nur mein Mittagessen.“

²⁰⁷ Ebd.



Ein Entwurf Keilmanns aus dem Jahr 1933, wahrscheinlich im Atelier Neufert erstellt. Das Haus zeigt in der Form und Gestaltung Ähnlichkeiten mit Neuferts Wohnhaus in Weimar-Gelmeroda. Ob dieser Entwurf ausgeführt wurde, ist heute nicht mehr feststellbar.

IV.5 Rückkehr nach Aschaffenburg

Nach der Rückkehr aus Weimar, wo Keilmann keine Perspektive zur beruflichen Entwicklung mehr sah, machte er sich die in einer kleinen Stadt wie Aschaffenburg bestehenden guten Kontakte seines Vaters zunutze. Auf ein Gesuch von F. Keilmann sen. an die Stadt vermerkt das Protokollbuch des Stadtrates für die 3. Sitzung vom 26. Mai 1933:

„Herr Ferdinand Keilmann, Sohn des Studienrats Keilmann, ist auf dessen Gesuch versuchsweise zunächst auf einige Monate ohne Vergütung am Stadtbauamt zu beschäftigen.“²⁰⁸

Unter Berücksichtigung der damaligen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sah Keilmann deutlich die Chancen, die sich ihm in einer öffentlichen Verwaltung boten. Durch das in der Kleinstadt Aschaffenburg bestehende Beziehungsgeflecht und seine frühzeitige Parteimitgliedschaft konnte er nach der Machtübernahme hoffen, hier eine dauerhafte Anstellung zu finden. Daß diese Anstellung in Form eines Volontariats und zunächst unentgeltlich erfolgen sollte, ist nicht gering zu schätzen; viele Architekten hatten Schwierigkeiten, überhaupt eine Beschäftigung zu finden. Durch die immer noch am Boden liegende Baukonjunktur gab es in den wenigen bestehenden Architekturbüros keine Tätigkeiten, die man hätte delegieren können. Jemanden mit Entwürfen zu beauftragen, für die kein wirklicher Bedarf bestand, verbot sich allein schon durch die dadurch verursachte Verschwendung von teurem Zeichenmaterial.

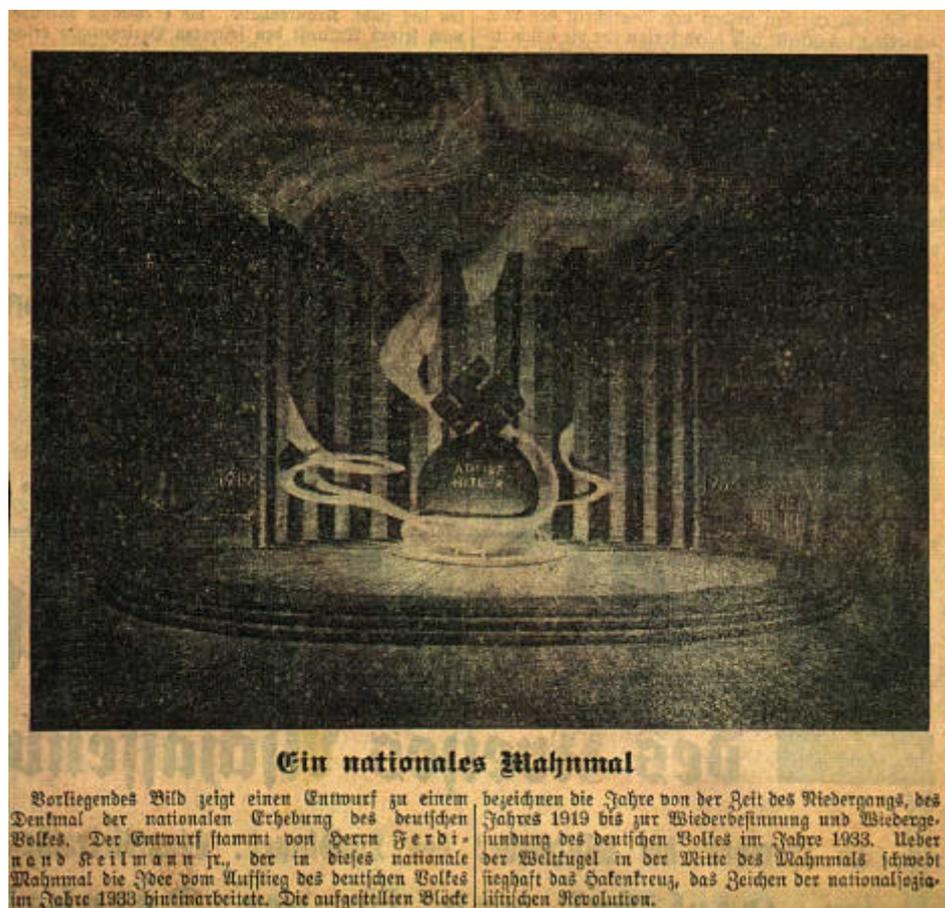
Nachdem sich Keilmann im Stadtplanungsamt eingearbeitet hatte, stellte er zum Oktober 1933 einen weiteren Antrag an die Stadt, in ein dauerndes Angestelltenverhältnis übernommen zu werden. Bis zu diesem Zeitpunkt umfaßte seine Tätigkeit im Amt in erster Linie die Prüfung von Anträgen für die Gewährung von Reichszuschüssen für Hausinstandsetzungen und war in keiner Weise künstlerisch orientiert. Die Übernahme in eine feste Anstellung wurde jedoch mit Beschluß des Stadtrats in der Sitzung vom 27. Oktober 1933 abgelehnt, weil

„die Zahl der planmäßigen Beamtenstellen von der Regierung begrenzt ist, andererseits weil auch bei Beschäftigung im Angestell-

²⁰⁸ SSA AB; Sitzungsprotokoll der 3. Sitzung des Stadtrats der Stadt Aschaffenburg vom 26. Mai 1933, Nr. des Vortrags: 37, Tagebuch-Nr. V.

tenverhältnis zunächst erwerblose ältere Techniker oder Architekten mit Kindern in erster Linie berücksichtigt werden müssen.“²⁰⁹

Zumindest entschloß sich der Stadtrat, die unbezahlte Tätigkeit in eine Hilfstätigkeit mit Bezahlung umzuwandeln, wobei die Arbeiten stundenweise auf Basis des Angestelltentarifs zu entlohnen waren. Das Ergebnis der Stadtratssitzung war sicherlich nicht so positiv, wie Keilmann es sich vorgestellt hatte, hatte er im Juli doch öffentlich seine eingehende Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Bewegung deutlich gemacht. Sein Entwurf für ein „Denkmal der nationalen Erhebung“²¹⁰ wurde mit einem Artikel in der Aschaffener Zeitung, die inzwischen zum Parteiorgan umgewandelt worden war, bedacht.



Ein Ausschnitt aus der Aschaffener Zeitung vom 8. Juli 1933. Bei dem Entwurf für „Ein nationales Mahnmal“ handelte es sich weder um einen Wettbewerbsbeitrag noch um eine Auftragsarbeit. Im Juli 1933 war kein Architekt gezwungen, Entwürfe dieser Art abzuliefern.

²⁰⁹ SSA AB; Sitzungsprotokoll der 16. Sitzung des Stadtrats der Stadt Aschaffenburg vom 27. Oktober 1933, Nr. des Vortrags: 430, Tagebuch-Nr. 1.

²¹⁰ Aschaffener Zeitung vom 8. Juli 1933, Seite 3.

Die Gleichschaltung der öffentlichen Verwaltungen durch die Nationalsozialisten führte auch in der Familie Keilmann zu Veränderungen. Hatte Keilmann sich noch 1932 bei seinem Vater für den Eintritt in die NSDAP entschuldigt²¹¹, so wurde auch dieser bald selber Parteimitglied; dies geschah wahrscheinlich nach dem Ende der befristeten Aufnahmesperre der NSDAP im Jahre 1937. Als Lehrer und Staatsdiener fühlte sich F. Keilmann sen. verpflichtet, den Forderungen nach politischem Engagement zumindest als zahlendes Mitglied nachzukommen. Zuvor war schon das Orchester, welches er leitete, in den „Kampfbund für Deutsche Kultur“ eingegliedert worden. Im Gegensatz zu seinem ältesten Sohn strebte er aber kein politisches Amt an.

Keilmann hatte schon seit dem 1. Januar 1934 das Amt des Pressewarts der örtlichen NSDAP-Gruppe inne, am 12. März 1935 stellte zusätzlich den „Antrag auf Ausstellung eines Ausweises für pol. Leiter“.²¹² Ziel war das Amt des Ortsgruppen-Propaganda- und Presseamtsleiters. Die zu diesem Antrag vermerkten Bewertungen sind deshalb interessant, weil unterschiedliche Beurteilungen vermerkt waren. Eine positive Beurteilung („Ehrgeizig, gewissenhaft, befähigt und eifrig. Entspricht den Anforderungen, ist zuverlässig und einwandfrei“ und weiter „Propagandistisch begabt, Verhältnis zu Bevölkerung gut, sehr gutes fachliches Wissen“) stammte vom Kreisleiter Wohlgemuth, der ein Bekannter der Familie war, sich aber nicht ausschließlich in Aschaffenburg aufhielt. Dagegen stellte der Ortsgruppenleiter der zuständigen Ortsgruppe Aschaffenburg-West, Dyroff, ein anderes Urteil aus, daß nämlich „das Interesse [...] höher sein“ dürfte. Ebenfalls bemängelte er, daß Keilmann „die NSDAP-Versammlungen nur hier und da“²¹³ besuchte. Da Dyroff jedoch in der Hierarchie untergeordnet und Keilmann mit Wohlgemut persönlich bekannt war, wurden diese Bedenken bei der Entscheidung zunächst nicht berücksichtigt. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf den Lebenslauf, der neben einem kleinen Fragebogen, einem polizeilichen Führungszeugnis („nicht vor 1933 ausgestellt“²¹⁴), einem Stammbaum bis 1800, dem Personalfragebogen und einem Befähigungszeugnis der Partei abgegeben werden mußte. Die aussagekräftigste Stelle im Lebenslauf ist folgende:

„Aufbruch neuer Baugesinnung und neuen Bauwillens führte mich an die Hochschule für Baukunst nach Weimar, wurde zunächst

²¹¹ Siehe Kapitel IV. 4 (Studium an der Staatlichen Bauhochschule).

²¹² Im folgenden BA, DOC, PK, Keilmann, Ferdinand, 24.07.07.

²¹³ Ebd.

²¹⁴ Ebd.

Schüler von Prof. Bartning und später Schüler des Prof. Schultze-Naumburg, unter welchem ich auch die dortigen heftigen Kulturkämpfe mitgemacht habe.

Nach meinem Abgang habe ich im Atelier von Prof. Neuchert [sic!] gearbeitet...²¹⁵

Berücksichtigt man hier den Bekanntheitsgrad, den die genannten Personen auch in einer nordfränkischen Stadt wie Aschaffenburg im Jahre 1935 hatten, so erklärt sich die Darstellung. Zum einen konnte Keilmann bei Bartning nicht studiert haben, da dieser sich während der Semester in seinem Berliner Büro aufhielt und nur zu den Prüfungen und Sitzungen des Lehrerkollegiums der Hochschule nach Weimar kam. Der Name Neufert war allerdings selbst in Aschaffenburg sicherlich bekannt, und die Nennung konnte in einem solchen Antrag nicht förderlich sein. Neufert stand durch sein früheres Engagement im Weimarer Bauhaus in dem Ruf, ein Anhänger der Kommunisten zu sein.²¹⁶ Die Querelen um die Ablösung des Lehrkörpers in Weimar im Jahre 1930 durch den „Blut und Boden“-Ideologen Schultze-Naumburg war im gesamten Reich durch die Presse gegangen²¹⁷ und es stand zu befürchten, daß sich selbst im weit entfernten Aschaffenburg noch jemand daran erinnerte. Keilmann mußte also aufpassen, welche Namen er in seinem Lebenslauf erwähnte. Da dieser mit Schreibmaschine geschrieben ist, ist in Betracht zu ziehen, daß die falsche Schreibweise von Neuferts Namen absichtlich erfolgte. Schließlich ist die Formulierung „Aufbruch neuer Baugesinnung und neuen Bauwillens“ sehr geschickt gewählt, wird doch keine Aussage darüber gemacht, ob die „neue Baugesinnung“ eher im Stil des neuen Bauens bei Bartning und Neufert zu suchen ist oder Schultze-Naumburg mit seinem Heimatschutz-Stil²¹⁸ gemeint ist.

Der Antrag auf die angestrebten Ämter wurde von der NSDAP angenommen, jedoch wurde Keilmann drei Monate nach Antritt schon wieder vom Amt des Propagandaleiters enthoben. Ob bei dieser Amtsenthebung die negative Bewertung bezüglich seines Engagements eine Rolle spielte, kann heute nicht mehr geklärt werden. Es ist auf dem entsprechenden Formular zwar die Rede davon, daß er der Partei für dieses Amt nicht aggressiv genug gewesen sei²¹⁹, jedoch ist zu berücksichtigen, daß er das Amt des Presseleiters behielt. Dies deutet darauf hin, daß die Enthebung ausschließlich

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ AKe, Brief von F. Keilmann jun. an F. Keilmann sen. vom 18. April 1932.

²¹⁷ Borrmann 1989, S. 192f.

²¹⁸ Siehe Kapitel II. 3 (Die Architekturvorstellungen der Nationalsozialisten).

²¹⁹ BA, DOC, PK, Keilmann, Ferdinand, 24.07.07.

auf Schwierigkeiten zurückzuführen war, die Keilmann mit mündlichen Vorträge hatte, welche er als Propagandaleiter halten mußte. Naheliegende Ursache dürfte Keilmanns Schwerhörigkeit gewesen sein, durch die seine Möglichkeit zur klaren und deutlichen Aussprache leicht eingeschränkt war und die ihm ein Eingehen auf Zwischenfragen und -rufe erschwerte.

Keilmanns Beschäftigung bei der Stadt hatte inzwischen neue Impulse erhalten; durch den anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung war es möglich, wieder umfangreichere Bautätigkeiten zu entwickeln. Neben den reinen Verwaltungsaufgaben wurde er zusätzlich als Entwurfsarchitekt an Hochbauplanungen des Stadtplanungsamtes beteiligt.²²⁰ Als auch in der Resonanz der damaligen Presse herausragendes Projekt ist hier das „Jägerdenkmal“ zu nennen, ein Mahnmal zu Ehren des bis zum Ende des Ersten Weltkriegs in Aschaffenburg ansässigen Jägerbataillons, welches regelmäßig über Pfingsten ein Veteranentreffen in der Stadt veranstaltete. Nach vielen Entwürfen und verschiedenen Einflußnahmen wurde schließlich zu Pfingsten 1936 die Weihe des neuen Mahnmals vorgenommen, zu dem Keilmann zusammen mit dem örtlichen Bildhauer Gentil die Entwürfe geliefert hatte.²²¹ Infolge dieser öffentlichen Präsentation wurde Keilmanns Bild in eine Veröffentlichung der Stadt Aschaffenburg aufgenommen, die ihn in eine Reihe mit verdienten Parteimitgliedern stellte. Hieraus sollte ihm später noch Schwierigkeiten erwachsen.²²² Trotz seines parteipolitischen Engagements bestand jedoch nach wie vor keine Möglichkeit, in ein reguläres Angestelltenverhältnis übernommen zu werden.

Die persönliche Beziehung zwischen Keilmann und seinem Vater hatte zu diesem Zeitpunkt ihren Tiefpunkt erreicht. Der Sohn war jetzt 28 Jahre alt, arbeitete mit stundenweiser Entlohnung in einem unklaren Arbeitsverhältnis und hatte durch die Enthebung vom Propagandaleiter-Posten auch über die Parteizugehörigkeit keine Impulse für seine berufliche Weiterentwicklung zu erwarten. Keilmann zog die Konsequenz und bewarb sich um eine Arbeitsstelle als Architekt beim Reichsluftfahrtministerium (RLM). Dieses hatte bis zum Februar 1935 die massive Aufrüstung verdeckt durchge-

²²⁰ Da sich aus dem Hochbauamt der Stadt Aschaffenburg keine Unterlagen erhalten haben, war ich bezüglich dieser Angabe auf die Aussagen von Angehörigen angewiesen. Daß Keilmann an Hochbauten mitgewirkt hat, kann als gesichert gelten, jedoch läßt sich nicht sagen, an welchen Projekten und in welchem Umfang.

²²¹ Aschaffener Zeitung vom 11. Januar und 16. Mai 1936.

²²² siehe Kapitel IV. 13 (Entnazifizierung); die von Keilmann im Zuge seiner Entnazifizierung genannten Veröffentlichung ist selbst im Aschaffener Stadt- und Stiftsarchiv nicht auffindbar; da er sie selbst erwähnt hat, ging er wohl davon aus, daß sie der Spruchkammer bekannt war.

führt.²²³ Als die Rüstungstätigkeit öffentlich gemacht war, schaltete das RLM im ganzen Reich zahlreiche Anzeigen, um fähige Architekten und Baufachleute für den Bau von Flugplätze und Flakkasernen zu rekrutieren. Zum 1. April 1936 fand sich Ferdinand Keilmann vermutlich in einem Ausbildungslager für Mitglieder der Bauabteilung der Reichsluftwaffe ein. Er war von Aschaffenburg abgereist, ohne seine Familie genau über seine weiteren Pläne und Aufgaben zu informieren. Sein Vater schrieb ihm:

„Du gingst ohne Abschied von mir auf deine weite Reise – Deine paar Zeilen an mich konnten mir auf keinen Fall Beruhigung noch wohlthuende Klarheit über Dich geben.“²²⁴

IV.6 Luftwaffenbauwut

Die Darstellung der Anstellung Keilmanns bei der Luftwaffenbauverwaltung leidet ganz unter der äußerst dürftigen Quellenlage. Eine Folge dieser Quellenlage ist, daß es über diesen Teilbereich der Reichsluftwaffe für die Jahre 1923 bis 1945 nur eine äußerst begrenzte Anzahl von Veröffentlichungen gibt. Gleichzeitig war keine Behörde der nationalsozialistischen Herrschaft so gründlich bei der Vernichtung von Aktenmaterial gegen Ende des Zweiten Weltkriegs. Es mag nur leicht übertrieben sein, wenn man behauptet, die Aktenvernichtung sei das einzige Vorhaben der Luftwaffe unter der Leitung von Hermann Göring gewesen, daß effektiv und erfolgreich durchgeführt wurde.

IV.6.1 Sylter Tage

Am 1. April 1936 trat Ferdinand Keilmann seine neue Arbeitsstelle für die Bauverwaltung des Reichsluftfahrtministeriums (RLM) an. Bei der Bewerbung für eine Anstellung innerhalb dieser Rüstungsbehörde war ein „Nachweis arischer Abstammung“ auf Basis des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 11. April 1935 beizubringen. Er hat die Bewerbung für das beim RLM schon seit dem November des Jahres 1935 vorbereitet, dies ergibt sich aus den Abschriften der vorzulegenden Geburts-

²²³ Dittrich, Elke: Ernst Sagebiel. Leben und Werk, unveröffentlichtes Manuskript zur Dissertation, Berlin 2001.

²²⁴ AKe; Brief von F. Keilmann sen. an F. Keilmann jun. vom 30. Mai 1937 [sic!]. Der in den Monaten zuvor bestehende schriftliche Kontakt zwischen den Familienmitgliedern ist so zu verstehen, daß Keilmann jun. zunächst eine Distanz gesucht hat. Lediglich zu seinem Bruder Wilhelm war das Verhältnis annähernd normal.

und Heiratsurkunden seiner Eltern und Großeltern, die auf diesen Monat datieren. Zusätzlich zu diesen Abschriften war ein Fragebogen²²⁵ einzureichen, der die auf den Urkunden erkennbaren Daten noch einmal in kurzer tabellarischer Form zusammenfaßte.

Eine Bewerbung zur Bauverwaltung des RLM war zu diesem Zeitpunkt sehr aussichtsreich. War nach Ende des ersten Weltkriegs der Aufbau einer neuen Luftwaffe durch den Versailler Vertrag strengstens untersagt worden²²⁶, so gab es schon ab 1923 mit der Wiedererlangung der Lufthoheit erste Bestrebungen, unter dem Deckmantel von ziviler Fliegerei eine militärische Flugausbildung zu etablieren. Nach dem Vertrag von Rapallo²²⁷ wurden die Ausbildungsbereiche, die sich in Deutschland auch nicht verdeckt durchführen ließen, nach Rußland verlegt. Die Leitung der verdeckt arbeitenden Fliegertruppe hatte General von Seeckt, die Gelder, um ein solches Vorhaben zu finanzieren, kamen aus einem schwarzen Etat des Reichsverkehrsministeriums. Einen erheblichen Vorschub erhielt diese Entwicklung mit der 1926 gegründeten „Deutschen Luft Hansa“, unter deren Dach nun die geheimen militärischen Aktivitäten gebündelt wurden. Leiter des Unternehmens war der Hauptmann a.D. Erhard Milch²²⁸, dessen Wunsch, in die NSDAP einzutreten, noch 1929 von Hitler abgelehnt wurde, da Milch als Parteiloser wirksamer für die Partei tätig sein könne. Durch Milchs Einfluß bekam Hitler im Jahr 1932 die Möglichkeit, die Flugzeuge der Lufthansa ausgiebig zu nutzen und so an einem Tag in mehreren Städten Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten erhielten die Bemühungen, eine deutsche Luftwaffe aufzubauen, neue starke Impulse. Am

²²⁵ AKe; „Fragebogen betr. Einstellung von Angestellten und Arbeitern im RLM. (Reichsgesetzbl. I. S. 679)“. Wie immer ließ sich Keilmann zwei Exemplare des Fragebogens aushändigen, um im Falle des falschen Ausfüllens ein Ersatzexemplar zur Verfügung zu haben. Eines dieser Exemplare liegt vor. Ob Keilmann die gleichen Angabe auch auf dem eingereichten Fragebogen gemacht hat, läßt sich nicht mehr nachvollziehen, da seine Personalunterlagen beim RLM gegen Kriegsende vernichtet wurden.

²²⁶ Im folgenden: Dittrich, 2001, o.S.

²²⁷ Der Vertrag von Rapallo vom April 1922 normalisierte die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, indem er eine wirtschaftliche Zusammenarbeit begründete und den Verzicht auf eine Vielzahl von gegenseitigen Ansprüchen erklärte. Die Einigung zwischen den beiden Ländern wurde von den Regierungen der westlichen Länder, die am Versailler Vertrag beteiligt gewesen waren, mit äußerstem Mißtrauen betrachtet; siehe zum Beispiel: Mann 1989, S. 699ff.

²²⁸ Erhard Milch (1892 - 1972) war zwischen 1933 und 1944 als Staatssekretär im RLM, 1938-45 Generalinspekteur der Luftwaffe, 1941-44 Generalluftzeugmeister. Er hatte als führendes Mitglied des Ausschusses für „Zentrale Planung“ großen Anteil an der vollständigen Indienstrahme der Industrie für die totale Kriegsproduktion. Nach einer Verurteilung zu lebenslanger Haft in Nürnberg 1947 wurde er 1954 entlassen.

2. Februar 1933 ernannte Adolf Hitler den letzten Kommandanten des Jagdgeschwaders „Richthofen“, Hauptmann Hermann Göring, zum Reichskommissar für die Luftfahrt. Dieser wiederum berief - wohl auf Druck Hitlers - Erhard Milch zu seinem Stellvertreter.²²⁹ In den folgenden zwei Jahren wurden die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um mit dem „Erlaß zur Bildung der Reichsluftwaffe“ am 26. Februar 1935 die Luftwaffe als dritten Wehrmachtsteil neben Reichsheer und Reichsmarine zu etablieren.²³⁰ Im Zuge dieses Erlasses wurde die territoriale Gliederung der Luftwaffe in sechs Luftkreiskommandos²³¹ umgesetzt, denen gleichzeitig die schon bestehenden Flieger-, Flak- und Nachrichtentruppen unterstellt wurden.

Die Bauverwaltung innerhalb der Luftwaffe war in dem am 1. Oktober 1933 geschaffenen Luftwaffenverwaltungsamt (LD) angesiedelt. Dessen Aufgabe wird von Völker folgendermaßen beschrieben:

„Im Gegensatz zu den bisher genannten Ämtern trug das Luftwaffenverwaltungsamt keinen rein militärischen Charakter. Es stand unter der Leitung eines Militärs, war aber überwiegend mit zivilen Abteilungs- und Gruppenleitern und Referenten besetzt. Dem Amt oblag als Hauptaufgabe der Ausbau der Fliegerbodenorganisation, die Errichtung neuer Fliegerhorste, Kasernenanlagen, Schulen und Übungsplätze. [...] Als weitere Aufgabengebiete des Amtes sind das Besoldungs-, Verpflegungs-, Bekleidungs- und Unterkunftsverwaltungswesen zu nennen.“²³²

Um dem wachsenden Umfang der Fliegertruppe bei der Planung und Erstellung der Fliegerhorste Rechnung zu tragen²³³, wurde innerhalb der Abteilung LD III des Luftwaffenverwaltungsamtes, die mit Liegenschaften, Unterkunft, Verpflegung und Beschaffung zuständig war, eine Unterabteilung für Bauangelegenheiten geschaffen, deren Leitung der Oberregierungsbaurat Karl Gallwitz übernahm. In seine Zuständigkeit fiel die Leitung der „Bauangelegenheiten für sämtliche Flughäfen, Standorte und Anlagen“ als auch einer sogenannten Baugruppe, deren Aufgabe die „Durchführung der Neu- Um- und Erneuerungsbauten in sämtlichen Flughäfen und Stand-

²²⁹ Dittrich 2001, o.S.

²³⁰ Völker, Karl-Heinz: Die deutsche Luftwaffe 1935 - 1945, Stuttgart 1967, S. 13.

²³¹ Die Luftkreiskommandos hatten ihren Sitz in Königsberg (I), Berlin (II), Dresden (III), Münster (IV), München (V) und Kiel (VI).

²³² Völker 1967, S. 34.

²³³ Ebd. S. 16.

orten“²³⁴ sowie die bauliche Unterhaltung sämtlicher Anlagen war.²³⁵ Er hatte in dieser Funktion einen umfassenden Einfluß auf das Erscheinungsbild der Luftwaffenbauten, da er in das Anstellungsverfahren für bestimmte Architekten eingreifen konnte und gestalterische Vorgaben für die Planung von Luftwaffengebäuden machen konnte.²³⁶

Für die Vielzahl der neu zu errichtenden Gebäude war es notwendig, in großer Zahl Architekten einzustellen. Da bei der nationalsozialistischen Machtübernahme die Arbeitslosigkeit im Bauwesen besonders groß war, hatte die Luftwaffenbauverwaltung keine Schwierigkeiten, junge Architekten für die Planung der umfangreichen Bauaufgaben zu gewinnen. Hauptaufgabe war die Errichtung von Fliegerhorsten und -schulen, von denen zwischen 1933 und 1939 etwa 150 Anlagen errichtet wurden.²³⁷ Dittrich beschreibt einen Fliegerhorst als

„ein komplettes städtebauliches Gebilde, dessen wichtigstes Element das Rollfeld mit den Flugzeughallen und der Befehlsstelle war. Die übrigen Bauten wie Kommandantur, Unterkünfte, Lehr- und Wirtschaftsgebäude, Sport- und Schwimmhallen wurden aus Sicherheitsgründen in ausreichender Entfernung angeordnet.“²³⁸

Die Aufnahme einer planerischen Tätigkeit innerhalb der Bauverwaltung des RLM erfolgte für Ferdinand Keilmann vermutlich erst Anfang September 1936; in den fünf Monaten zuvor leistete er wahrscheinlich einen verkürzten Truppendienst ab.²³⁹ Im Herbst 1935 hatte die Reichsregierung ein Gesetz über das Ingenieurkorps der Luftwaffe erlassen, um den Mangel an ausreichend technisch qualifiziertem Personal abzustellen. Nach der Erfüllung bestimmter fachlicher Voraussetzungen und der Ableistung eben dieses verkürzten Truppendienstes wurden die Techniker und Ingenieure in ein Beschäftigungsverhältnis nach Beamtenstatus übernommen.²⁴⁰

²³⁴ BA MA Freiburg, RL 6/162, Vorläufiger Geschäftsverteilungsplan des Amtes LD, geh. Kommandosache, Anlage zu LD 1508/33, in: Dittrich 2001, o.S.

²³⁵ Ebd.

²³⁶ Dittrich 2001, o.S.

²³⁷ Ebd.

²³⁸ Dittrich verweist in diesem Zusammenhang auf: Franke, Hermann (Hrsg.): Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, Bd. 3.2, Die Luftwaffe, Berlin 1939, S. 18 - 25.

²³⁹ Brief von Rosa Keilmann an Ferdinand Keilmann vom 29. Juli 1936. Ob er diesen Dienst tatsächlich ableisten mußte, ist unklar; immerhin war Keilmann schwerhörig. Allerdings geht aus dem Brief eindeutig hervor, daß er im Juli noch nicht auf Sylt war.

²⁴⁰ Völker 1967, S. 17.

Keilmann fand sich schließlich an seinem Einsatzort, dem Seefliegerhorst Hörnum auf Sylt ein. In der relativen Abgeschiedenheit des Standortes bestand das Leben in erster Linie aus Arbeit. Seine erste Aufgabe bis zum Februar 1937 war der Entwurf und die konstruktive Durchbildung des Offiziersheims, in der anschließenden baulichen Umsetzung fungierte er als Bauleiter und kümmerte sich gleichzeitig um die Planung des Innenausbaus. Besonders für die künstlerische Ausgestaltung der Innenräume fand er Anerkennung bei seinen Vorgesetzten.²⁴¹ Nach Abschluß der Arbeiten an diesem Vorzeigebauwerk des Fliegerhorstes war seine weitere Aufgabe eine Siedlungsplanung für die Angehörigen der an diesem Standort eingesetzten Soldaten. Die Ausführung dieser Pläne fiel einige Monate später schon nicht mehr in seiner Verantwortung.



Offiziersheim des Seefliegerhorstes Hörnum auf Sylt.
Das Gebäude wurde von Keilmann im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums im Jahre 1937 geplant und ausgeführt. Auch die Innenraumgestaltung fiel in seine Zuständigkeit.
Abbildung aus: Der Baumeister, Heft 2, Februar 1941, S. 35.

Die Arbeitsbedingungen auf der Insel waren nicht einfach, da die Bauarbeiten des RLM unter eine Geheimhaltungspflicht fielen. Die Beteiligten hatten nur eingeschränkte Möglichkeiten, sich frei auf der Insel zu bewegen und die Abschottung von der Bevölkerung konnte bei den Mitarbeitern zu einer Art „Lagerkoller“ führen; Alkoholmißbrauch war keine Seltenheit und es kam zu Selbstmordversuchen. Keilmann konnte sich mit Hilfe seines Koffergrammophons und einer erheblichen Anzahl von Schallplatten zu-

²⁴¹ AKe; Zwischenzeugnis für Ferdinand Keilmann von Regierungsbaumeister Duwe als Vorstand der Bauleitung vom 26. Februar 1937. Duwe wurde später Leiter der Bauabteilung der Organisation Todt.

mindest in die für ihn wichtige Welt der Musik zurückziehen, die ihn in seiner Einsamkeit Rückhalt bot. Gleichzeitig verursachte das Meeresklima bei Keilmann eine Verschlechterung seines Gesundheitszustandes. Die Schwerhörigkeit nahm durch die Witterungsbedingungen gerade im Winter 1936/37 ernsthaft zu²⁴², weswegen er begann, sich um eine Versetzung an einen möglichst weit von der Küste entfernt liegenden Einsatzort zu bemühen.

Die letzten Tage bis zu seiner Versetzung zur Bauleitung Flakabteilung Berlin-Lankwitz verbrachte Keilmann in Hochstimmung, hatte er doch trotz der Abschottung an seinem 30. Geburtstag die Frau seines Lebens kennengelernt. In der Antwort auf eine Brief von Ferdinand an seinen Bruder Wilhelm antwortete dieser am 8. September 1937:

„Ja - Menschenkind - ich bin ja wirklich umgefallen, so stark wirkte auf mich diese Überraschung, daß Du Deine „Göttin“ gefunden hast. Ich gratuliere ja wirklich auf das Herzlichste - sie sieht sehr reizend (*Unterstreichung im Original*) aus - nordischer Typ - den Du ja so gern hast.“²⁴³

Eva Schloffke hielt sich im Sommer 1937 mit ihrer Mutter auf der Insel auf. Für den von Einsamkeit geplagten 30-jährigen Architekten und die 17-jährige Tochter eines Hamburger Rechtsanwalts war es Liebe auf den ersten Blick; jedoch sollten die beiden zunächst nur eine kurze Zeit miteinander verbringen können: zum 15. September 1937 erfolgte die schon lange angestrebte Versetzung Keilmanns zum Luftkreiskommando Berlin. Zur Weihe des Offiziersheims von Hörnum, für die Keilmann noch die Einladungskarte gestaltet hatte und dafür in einem Wettbewerb mit dem ersten Preis ausgestattet worden war²⁴⁴, konnte er wegen seiner Versetzung schon nicht mehr erscheinen.

IV.6.2 Flakkaserne in Berlin

Das Zeugnis, das Keilmann von Seiten der Bauleitung Hörnum erhielt, sollte ihm bei der Bauleitung der Flakkaserne in Berlin-Lankwitz die Türen öffnen. Nachdem er durch den Lankwitzer Bauleiter, Bauassessor Kreisch, zunächst bei der Mitarbeit an mehreren Unterkunftsbauten auf seine Fähig-

²⁴² AKe; Ärztliche Zeugnisse für Ferdinand Keilmann von Dr. Lange, Hörnum vom 24. Juni 1937 und Dr. Teske, Westerland vom 26. Juli 1937.

²⁴³ AKe.

²⁴⁴ AKe; Schreiben des Regierungsbaumeisters Brand an den Architekten der Bauleitung Hörnum, Ferdi Keilmann, vom 25. August 1937.

keiten getestet wurde, bestand in der Folgezeit seine Tätigkeit im Entwurf und alleiniger Durchgestaltung eines Doppelwirtschaftsgebäudes innerhalb der Kasernenanlage.²⁴⁵

Um die Eingliederung von Flakabteilungen in das RLM hatte in den Jahren zuvor heftige Auseinandersetzungen zwischen den Verantwortlichen in Heer und Luftwaffe gegeben. Immerhin bedeutete die Schaffung der Reichsluftwaffe in Teilen eine starke Beschneidung der Kompetenzen von Reichsheer und -marine. Verblieb nach der Machtübernahme die Flakartillerie zunächst noch in der Verantwortung des Reichsheeres, so wurden auch diese Verbände mit der Enttarnung der Luftwaffe im Februar 1935 in die neugeschaffene Reichsluftwaffe überführt.²⁴⁶ Die Zuständigkeiten für die Flugabwehr blieben für den gesamten Zeitraum der nationalsozialistischen Diktatur ein ständiger Unruheherd im Verhältnis der einzelnen Militärabteilungen. Allerdings sollten sich die größten Differenzen der Marine und des Heeres zur Reichsluftwaffe erst im Lauf des Zweiten Weltkriegs zeigen, als die Luftwaffe sich als unfähig herausstellte, die immer stärker werdenden Angriffe alliierter Flugverbände einzudämmen.

Als Keilmann am 16. September 1937 seine neue Arbeitsstelle in Berlin antrat, war jedoch von der Aufbruchstimmung der ersten Jahre innerhalb der Bauverwaltung des RLM nicht mehr viel zu spüren. Die Beschreibung von Karl Gallwitz, zwar erst 1940 publiziert, aber eine Zeit um 1935 behandelnd, schien bereits wie aus einer anderen Welt:

„Wenn als nach wenigen Wochen zentraler Vorarbeit junge Baumeister, deren Auswahl in erster Linie nach ihrem Tatendrang und Verantwortungsbewußtsein getroffen wurde, mit einem Koffer voller Pläne und RM 1000.- in bar für die ersten Zahlungsleistungen hinausgeschickt wurden nach Baustellen in völliger Abgeschlossenheit, wo noch kein elektrischer Strom und kein Wasser waren, wohin weder feste Straßen noch gar Bahnanschluß und Fernsprecher führten, so war zunächst allerdings den verantwortlichen Beamten des Reichsluftfahrtministeriums bänger ums Herz als den auserkorenen Baumeistern selbst. Aber sie schafften ihre Sache besser, als es eine alte Baudienststelle gekonnt hätte, weil Hemmungen ihnen noch nicht anerzogen waren.“²⁴⁷

²⁴⁵ AKe; Zeugnis der Bauleitung der Luftwaffe, Berlin-Lankwitz für Ferdinand Keilmann vom 30. September 1939.

²⁴⁶ Völker 1967, S. 13.

²⁴⁷ Gallwitz, Karl: Fliegerhorste der Luftwaffe, in: Die Kunst im Deutschen Reich, Ausgabe B, Heft 4, 1940, S. 6.

Vielleicht hatte Keilmann vergleichbaren Berichten, die den Abenteuergeist wecken mochten, vertraut und zum Anlaß genommen, in die Bauverwaltung des RLM einzutreten, allerdings waren inzwischen neue Voraussetzungen geschaffen worden. 1937 veröffentlichte das RLM eine 93-seitige Zusammenstellung des Raumbedarfsnachweises für die Luftwaffe, in der die schon vorher festgelegten Bestimmungen bezüglich der Anwendung von DIN-Normen und der VOB (Verdingungsordnung für Bauleistungen) sowie eine starke Einschränkung der gestalterischen Freiheit festgeschrieben wurde.²⁴⁸ Nachdem die Architekten in den Jahren des getarnten Aufbaus weitgehende gestalterische Freiheit besaßen, wurde mit der Zusammenfassung der Richtlinien in die farbliche Gestaltung der Fassaden und Dächer eingegriffen. Gleichzeitig verursachte die sich abzeichnende Rohstoffverknappung eine Abkehr von der zuvor üblichen zweigeschossigen Bauweise hin zu Gebäuden mit drei Geschossen, so daß eine Unterscheidung zu Heeresbauten kaum noch erkennbar war. Allerdings fand eine durchgreifende Typisierung der Gebäudeformen im Gegensatz zum Heer bei der Luftwaffe erst im Laufe des Zweiten Weltkriegs statt.²⁴⁹

Keilmann sprach am 20. Juli 1939 seine Kündigung gegenüber dem Luftgaukommando III zum 30. September des Jahres aus.²⁵⁰ Dieser Schritt ist auf den ersten Blick nicht leicht nachvollziehbar, immerhin bot das RLM die Möglichkeit, in eine gesicherte Beamtenlaufbahn einzutreten und auf diesem Weg den zukünftigen Unwägbarkeiten einer selbständigen Tätigkeit zu entgehen. Wie wage die Verdienstaussichten bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sein konnten, hatte er schon zum Abschluß seines Studiums eindrucksvoll erfahren. Jedoch erkannte wohl Keilmann die sich abzeichnende weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage für das Bauwesen gerade des RLM, und dies konnte ein Grund für die Kündigung sein. Es waren von der Leitung der Luftwaffenbauverwaltung Verordnungen in Bearbeitung, nach denen nur noch die technischen Bauten in massiver Bauweise errichtet werden sollten, alle weiteren Gebäude wie Unterkünfte und Nebengebäude sollten als normierte Behelfsbauten ausgeführt werden. Damit verlor die Architektur im Sinne einer individuellen, über das funktional vorgegebene hinausgehende Gestaltung immer mehr an Einflußmöglichkeiten.²⁵¹ Keilmann sprach in diesem Zusammenhang davon, daß „eine restlose Auswirkung meiner beruflichen Fähigkeiten nur bei einer selbstän-

²⁴⁸ Dittrich 2001, o.S.

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ AKe; Kündigungsschreiben Keilmanns an das Luftgaukommando vom 20. Juli 1939.

²⁵¹ Dittrich 2001, o.S.

digen Tätigkeit erfolgen kann.“²⁵² Als weiterer Grund und damit auch konkreter Anlaß gab er zusätzlich an, daß er einen größeren Privatauftrag erhalten habe, den er genau wie verschiedene angestrebte Wettbewerbsteilnahmen in einem Angestelltenverhältnis aus Zeitmangel nicht realisieren könne.²⁵³

Nachdem er zunächst genau auf der anderen Straßenseite „seiner“ Baustelle an der Gallwitzallee im Süden der Stadt in einem möblierten Zimmer zur Untermiete gewohnt hatte, war er inzwischen in eine größere Wohnung in der Berlin-Siemensstadt umgezogen.²⁵⁴ Am 2. Juni 1938 hatte er in Weimar seine Verlobte Eva Schliffke geheiratet – es war ihr 18. Geburtstag – und die neue Wohnung ermöglichte nun erstmals ein Zusammenleben des Ehepaars. Die letzten Monate vor der Ehe mußte das Paar die meiste Zeit noch getrennt verbringen, da Keilmann beruflich stark eingespannt war und Eva nun zwar auch in Berlin, dort allerdings bei einem Onkel lebte.

IV.7 Werkwohnungsbau

Die Begründung, die Keilmann seinem Vorgesetzten beim Reichsluftfahrtministerium in seiner Kündigung genannt hatte, ging völlig an der Realität vorbei.²⁵⁵ Weder beteiligte er sich in der Folgezeit an irgendwelchen Wettbewerben, noch machte er sich als Architekt selbständig. Auch die Überlegung, den Architektenberuf völlig aufzugeben und in Berlin ein Musikkonservatorium zu besuchen, verfolgte er nur kurze Zeit. Er war sich wohl seiner Fähigkeiten durch die ständige Kritik seines Vaters nicht sicher genug. Vielmehr widmete er sich unmittelbar nach Ende seiner Beschäftigung beim RLM seiner neuen Aufgabe bei der „Brandenburgischen Heimstätte GmbH“ in der Planungsabteilung. Durch die besondere Aufgabenstellung dieses Unternehmens hoffte Keilmann, in seiner Tätigkeit wieder stärkere künstlerische Elemente zu finden. Zusätzlich war ihm für diese Tätigkeit ein verbessertes Einkommen angeboten worden.

Die ersten Gesetzesinitiativen des Heimstättengedankens scheiterten in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts, jedoch erfuhr die Bewegung durch Geset-

²⁵² AKe; Kündigungsschreiben vom 20. Juli 1939.

²⁵³ Ebd.

²⁵⁴ Das Haus im Jungfernheideweg, in dem die Familie anschließend lebte, war von Walter Gropius geplant worden.

²⁵⁵ Anscheinend hatte Keilmann einen Standardtext für die Begründung von Kündigungen; eine sehr ähnliche Formulierung wie beim RLM benutzte er im Jahre 1944 noch einmal.

zesänderungen des aus dem Jahre 1850 stammenden preußischen Reichsgutgesetzes in 1890 und 1916 die von Sozialpolitikern gewünschte Belegung.²⁵⁶ Sinn der Reichsheimstättengesetzes sollte sein, jedem Bürger Gelegenheit zu geben, „seinen Grundbesitz den besonderen Vorschriften des Reichsheimstättengesetzes zu unterwerfen, und sich eine befriedete Wohnstätte zu erhalten.“²⁵⁷ Mit diesem Gesetz wurde die Heimstätte in Form von Einfamilienhäusern oder Doppelhaushälften zur Maxime der staatlichen Förderung erhoben. Das Reichsheimstättengesetz verfolgte den Zweck,

„einen Schuldnerschutz durchzuführen, wie ihn die Heimstättenbewegung in ihren ersten Anfängen bereits erstrebte. Jedoch hat sich dieser Zweckgedanke, der zunächst die Milderung des strengen Schuldrechts auch in bezug auf Grundstücke durchzuführen und den Grundbesitz des Schuldners unter gewissen Voraussetzungen zum „Notbelaß“ zu erklären suchte, insofern geändert, als nunmehr ganz allgemein der Schuldnerschutz mehr unter einem wohnungspolitischen Gesichtspunkt betrachtet und demgemäß der Familienschutz stärker betont wird.“²⁵⁸

Diese gesetzliche Festlegung im Reichsheimstättengesetz von 1920 erweiterte den zu fördernden Personenkreis erheblich, waren die vorhergehenden Regelungen in doch erster Linie für „Kriegerheimstätten“ vorgesehen, um „einen körperlich und sittlich gesunden Volksnachwuchs zu sichern, die Wehrkraft des Volkes zu erhöhen und die Ertragnisse des heimischen Bodens zu steigern“.²⁵⁹ In der Folge gründeten sich nach Überwindung der Inflation im gesamten Deutschen Reich gemeinnützige Bauvereinigungen mit Staatsbeteiligung, die die in der staatlichen Wohnungspolitik festgelegten, übergeordneten Ziel durchzusetzen versuchten. Aufgabe dieser Heimstätten oder Wohnungsfürsorgegesellschaften war der Bau von „gesunden“, zweckmäßig eingerichteten und möglichst billigen Kleinwohnungen.²⁶⁰ Allein in Preußen bildeten sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg 13 Heimstättengesellschaften.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde der Heimstättengedanke zunächst stark gefördert. Zwischen 1934 und 1936 wurden einige

²⁵⁶ im folgenden: Moosdorf, Johannes: Die Deutsche Heimstättenbewegung der Gegenwart, Kirchhain 1931, S. 66ff.

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Moosdorf 1931, S. 66ff.

²⁵⁹ Bartholomäi, Reinhardt Chr.: 75 Jahre Heimstätten und Landesentwicklungsgesellschaften - Partner des Staates, in: mitteilungen. Landesentwicklungsgesellschaften und Heimstätten, Heft 4, 1995, S. 7.

²⁶⁰ Ebd.

weitere Gesellschaften unter einer immensen Kapitalbeteiligung des Reiches gegründet und zusammen mit einigen bereits bestehenden Heimstättengesellschaften als Organe der staatlichen Wohnungspolitik anerkannt.²⁶¹ Allerdings veränderte sich die Zielrichtung der Bauförderung. Da ab Mitte der 30er Jahre die Kapazitäten des Bauwesens für die forcierte Rüstungsproduktion benötigt wurden, ließ sich das Leitbild des Einfamilienhauses mit Garten, das noch im Dezember 1933 propagiert worden war²⁶², nicht länger realisieren. Der Bau von Stockwerkswohnungen bekam eine immer stärkere Bedeutung, wobei in der Erstellung dieser Wohnblocks Versuche zur Kosteneinsparung durch Normung und Typisierung gemacht wurden. Innerhalb der Normungsbemühungen sollten jedoch landschaftstypische Elemente in der Gebäudeplanung weiterhin berücksichtigt werden.²⁶³ Diese Versuche, die oft unabhängig voneinander stattfanden, sollten später in der Forschungsstelle des „Reichskommissars für den Sozialen Wohnungsbau“, der „Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V.“ gebündelt werden.²⁶⁴

Die „Brandenburgische Heimstätte GmbH“ wurde 1924 als Organ der staatlichen Wohnungspolitik im Gebiet der Provinz Brandenburg errichtet und war in Berlin ansässig. Als Namenszusatz führte sie die Bezeichnung „Provinzielle Treuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen“, woraus die Aufgabenstellung der Gesellschaft als staatliches Organ der Wohnungspolitik erkennbar war. Hauptgesellschafter der Brandenburgische Heimstätte waren der preußische Staat, der Brandenburgischen Provinzialverband und die Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg. Daneben hatten zahlreiche Gemeinden und Kommunalverbände in Brandenburg Gesellschafteranteile erworben.²⁶⁵ Die Gesellschaftsversammlung und der Aufsichtsrat stellten die obersten Organe der Gesellschaft, wobei der Geschäftsführer vom Aufsichtsrat eingesetzt und kontrolliert wurde. Mit einer nach wirtschaftlichen und Verwaltungsgesichtspunkten des Nationalsozialismus entsprechenden Umwandlung der Organisation und Zielsetzung der Gesellschaft wurde im November 1933 Dr. Hans Wagner²⁶⁶ der neue Geschäftsführer und gleichzeitiger Oberpräsident der Brandenburgischen

²⁶¹ Bauwelt, Heft 16, 1934, S. 399.

²⁶² Bauwelt, Heft 34, 1933, S. 915.

²⁶³ Baugilde, Heft 15, 1936, S. 419.

²⁶⁴ Siehe Kapitel III. 9 (Normung, Typisierung, Behelfsheimplanung).

²⁶⁵ BR LHA; Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam (Staatsarchiv Potsdam), Teil II: Behörden und Institutionen in der Provinz Brandenburg 1808/16 bis 1945, Weimar 1967, S. 713.

²⁶⁶ Auf Wagner, der als späterer Geschäftsführer des „Reichskommissars für den sozialen Wohnungsbau“ die schon erwähnte „Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V.“ in seiner Zuständigkeit hatte, wird ebenfalls im Kapitel III. 9 (Typung, Normung, Behelfsheimplanung) genauer eingegangen.

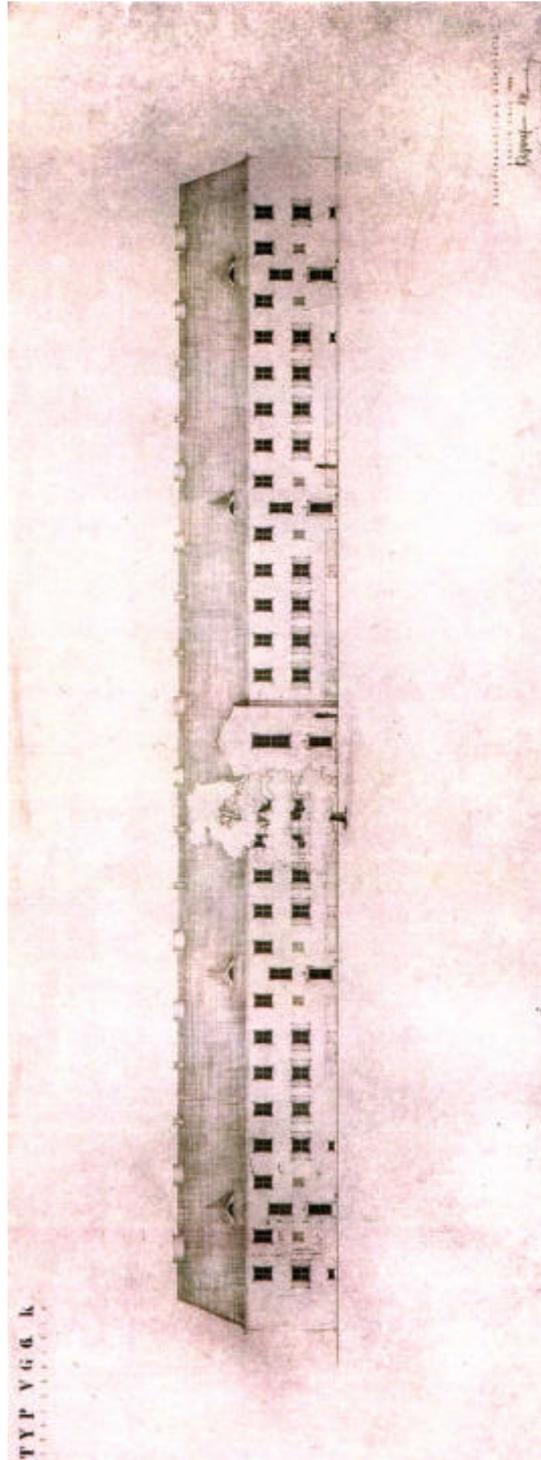
Heimstätte. Diese Zusammenlegung der Zuständigkeiten bedeutete eine weitestgehende Ausschaltung der Kontrollmechanismen innerhalb der Gesellschaft, da der Oberpräsident als Vorsitzender des Aufsichtsrates die Kontrolle der Geschäftsführung durchführen sollte.

Die Anzahl größerer Bauvorhaben mit zum Teil hunderten Wohneinheiten war selbst in einer solchen Gesellschaft gering und damit auch der Personalbestand an planenden Architekten überschaubar.²⁶⁷ Es ist deshalb wahrscheinlich, daß sich Wagner und Keilmann, der nur kurz bei der Brandenburgischen Heimstätte beschäftigt war, häufiger getroffen haben. Diese Annahme ist um so naheliegender, da Keilmanns Aufgabe die komplette Planung einer Werkssiedlung im Rahmen der Luftfahrtindustrie war und er bei der späteren Ausführung zumindest im ersten Bauabschnitt die Bauleitung inne hatte.²⁶⁸ Bei Keilmanns Eintritt in das Unternehmen im Oktober 1939 war der Lageplan der Siedlung schon in den Grundzügen festgelegt, jedoch mußten die einzelnen Wohngebäude noch ausgestaltet werden. Hierbei griff Keilmann auf normierte Häusertypen zurück, durch deren Verwendung die Baukosten erheblich gesenkt und die Fertigstellungsdauer verkürzt werden konnte. Es zeigte sich nun, wie schon zuvor in der Bauverwaltung des RLM, daß in einer Zeit, in der Deutschland begann, die Welt in eine militärische Katastrophe zu stürzen, für künstlerische Ambitionen wenig bis kein Platz zu sein schien. Außerdem muß die zeitliche Belastung durch die Arbeit erheblich gewesen sein. Aus einem Brief von Keilmanns Mutter vom 22. Juli 1940 geht hervor, daß er mit der Zeiteinteilung bei seiner Arbeit sehr unzufrieden war. Immerhin hatte er die Bauleitung für 108 Wohnungen inne und diese sollten so schnell wie möglich fertig gestellt werden. Als weitere Belastung kam hinzu, daß die Baustelle in Stahnsdorf lag, einem Ort südwestlich von Berlin. Der weite Anfahrtsweg hatte jedoch auch Vorteile; wurde doch seit einiger Zeit der Zellenwart der NSDAP bei der Familie vorstellig, um Keilmann als Parteimitglied zum Besuch von Parteiveranstaltungen und Aufmärschen zu drängen. War seine Bereitschaft zu regelmäßigen Besuchen solcher Versammlungen schon zu Aschaffenburg Zeiten gering, so verzichtete er wegen der beruflichen Inanspruchnahme inzwischen völlig auf diese Aktivitäten. Die kommende Auseinandersetzung mit dem Zellenwart nahm hier ihren Anfang und gipfelte schließlich im der Einziehung des Parteibuchs durch die Gauleitung Berlin im Jahre 1942.²⁶⁹

²⁶⁷ Der Artikel in der Bauwelt, Heft 34/1933, S. 915 weist vier große Bauvorhaben aus, die zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig ausgeführt wurden.

²⁶⁸ AKe; Zeugnis der Brandenburgischen Heimstätte GmbH für Ferdinand Keilmann vom 29. Juni 1940.

²⁶⁹ AKe; Schreiben von Ferdinand Keilmann an die Spruchkammer Heilbronn vom 27. Februar 1948. Dieser Vorgang wurde in einem Gespräch mit Eva Keilmann bestätigt.



Der Gebäudetyp „V G 6. K“ der Brandenburgischen Heimstätte GmbH, der im Jahre 1940 in der Bosch-Siedlung in Stahnsdorf bei Berlin gebaut wurde. In der Planung wurden standardisierte Gebäudeelemente zur jeweils gewünschten Form zusammengefügt, um die Baukosten zu senken. Keilmann war bei dieser Siedlung als planender Architekt und Bauleiter tätig. Die Siedlung ist komplett erhalten und wurde zu Beginn der 90er Jahre vollständig saniert.

Nach nur neun Monaten zog Keilmann erneut die Konsequenzen aus einem erneut für ihn nicht befriedigenden Beschäftigungsverhältnis und wechselte den Arbeitgeber. In seiner nächsten Beschäftigung sollte er das genaue Gegenteil dessen erleben, was in seinem beruflichen Werdegang bisher vorherrschend war. Hatte er zunächst immer in Einrichtungen und Unternehmen gearbeitet, die die künstlerisch dürftigen Planungen auch ausführten, so sollte die neue Arbeitsstelle im Dunstkreis von Albert Speer mit einer Bautätigkeit nichts zu tun haben. All die kommenden „großen“ Zeichnungen der nächsten Jahre sollten nur Zeichnungen bleiben.

IV.8 Pläne für die Ewigkeit

Am 1. Juni 1940 trat Ferdinand Keilmann seine neue Arbeitsstelle im Büro von Dr.-Ing. Herbert Rimpl²⁷⁰ an. Auch hier liegen die Hintergründe für die Anstellung im Dunkeln, ebenso die rechtliche Grundlage der Beschäftigung. Es ist nicht auszuschließen, daß Rimpl und Keilmann sich im Zusammenhang mit der Planung für die Wohnsiedlung Stahnsdorf durch die Brandenburgische Heimstätte GmbH kennengelernt haben, da diese eine Wohnsiedlung im Rahmen der Bauten für die Luftfahrtindustrie für die Firma Bosch war und Rimpl im Rüstungsbau vielfältiges Engagement zeigte. Keilmann hat in seinen verschiedenen Lebensläufen ab dieser Zeit mehrmals von einer Tätigkeit „in eigener Praxis“ gesprochen; es ist also zu vermuten, daß er im Büro Rimpl als freier Mitarbeiter angestellt war. Gerade die Information über eine Festanstellung oder über die Beschäftigung Keilmanns als Honorarkraft könnten Aufschluß über seinen Austritt aus der Deutschen Arbeitsfront (DAF) zum 24. August 1940 liefern. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß Keilmann ab 1940 bis zum Ende des Krieges Mitglied der „Reichskammer der bildenden Künste“ war. Diese Mitgliedschaft legt die Vermutung nahe, daß Keilmann bei Rimpl als freier Mitarbeiter auf Honorarbasis beschäftigt war.²⁷¹ Somit war kein Arbeitnehmerverhältnis mehr gegeben, welches die Mitgliedschaft in der DAF erforderlich gemacht hätte. Es steht außer Zweifel, daß unter anderen Umständen

²⁷⁰ Herbert Rimpl wurde am 25. Januar 1902 in Mallmitz/Schlesien geboren. Studium der Architektur an der TH München, Erwerb des Dr.-Ing. an der TH Berlin-Charlottenburg; vielfältige Tätigkeiten in angestellter Position sowie als freier Architekt, so z.B. Leiter der Bauabteilung der Heinkel-Flugzeugwerke. Seine Entnazifizierungsakte wurde nach 1946 von einer amerikanischen Dienststelle angefordert und gilt seitdem als verschollen. Er war nach Ende des Krieges in Wiesbaden tätig, zahlreiche Wohnungs- und Verwaltungsbauten, u.a. Bundeskriminalamt Wiesbaden; Rimpl starb am 2. Juni 1978; siehe Durth 1986, S. 513.

²⁷¹ Lörcher, Carl Ch.: Reichskammer der Bildenden Künste und der Architektenstand, in: Baugilde, Heft 24, 1933, S. 1153ff.

ein Austritt aus dieser Organisation im gesellschaftlichen Klima des Nationalsozialismus schwerwiegende Konsequenzen hätte nach sich ziehen können.

Rimpl war als Regierungsbaumeister „Beauftragter Architekt des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt“²⁷² und unterhielt sowohl in Berlin als auch im gesamten Reichsgebiet verschiedene Büros; unter anderem war er verantwortlicher Leiter der Planung der Reichswerke Hermann Göring (Stadtplanung Salzgitter). Im Auftrag des Rüstungsministeriums führte er Planungen für die Krupp-Werke, für Industrieanlagen in Frankreich, unterirdische Produktionsverlagerungen (u.a. Mittelwerk Dora, Thüringen²⁷³) durch und leitete die Prüfstelle für Großbauvorhaben der Rüstungsindustrie (Überarbeitung sämtlicher Bauvorhaben der Rüstungsindustrie über 1 Million RM). Gleichzeitig war er Beauftragter der Forschungsstelle des Reichswohnungskommissars (Typung, Normung, Landschaftsgebundenes Bauen). Rimpl gehörte ab 1944 zu Speers Arbeitsstab Wiederaufbauplanung. Aufgrund dieser umfangreichen Aufgaben und noch einiger hier nicht genannter, galt er als der Architekt mit den umfangreichsten Aktivitäten im Nationalsozialismus. Seine Büros umfaßte in Spitzenzeiten über 700 Mitarbeiter. Durch die enge Verbindung zum GBI hatte Rimpl die Möglichkeit, zumindest einen Teil seiner Angestellten weit über Tarif zu bezahlen. Dies könnte auch ein Grund für Keilmanns Stellenwechsel gewesen sein.

Der Arbeitsplatz von Keilmann befand sich in Rimpls „Privatatelier“ in der Hildegardstraße Nr. 5 in Berlin-Wilmersdorf. Aufgabe der Mitarbeiter dieses Büros war in erster Linie die Planung von Bauten für die Umgestaltung der Reichshauptstadt Berlin. Diese Umgestaltungspläne waren seit Jahren im Gange, für verschieden Projekte waren eine Vielzahl von Gebäuden bereits abgerissen und für den Wohnbedarf von ca. 50.000 Bauarbeitern waren unter der Leitung von Speer tausende jüdische Familien aus ihren Wohnungen vertrieben worden.²⁷⁴ Das größte und bedeutendste Projekt des Büros war die Planung des Südbahnhofs der „Nord-Süd-Achse“ in Berlin. Dieser sollte als südlicher Abschluß einer ca. sieben Kilometer langen Prachtstraße dienen, die quer durch die Stadtviertel Tiergarten und Schöneberg geschla-

²⁷² AKe; Zwischenzeugnis für Keilmann vom 5. September 1942, Briefkopf.

²⁷³ Diese unterirdische Produktionsstätte wurde für die Herstellung der „Vergeltungswaffen“ V1 und V2 in erster Linie durch Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge durchgeführt, die auch die Produktion der Waffen übernehmen mußten. Von 60.000 Häftlingen kamen 20.000 ums Leben.

²⁷⁴ Zur Vertiefung siehe Larsson, Lars Olof: Die Neugestaltung der Reichshauptstadt. Albert Speers Generalbebauungsplan für Berlin, Stockholm 1978; Reichhardt / Schäche 1984.

gen werden sollte. Ziel war es, einen Durchgangsbahnhof zu schaffen, der in seiner Größe und Funktionalität allen existierenden Bahnhöfen überlegen sein sollte. Ein weiteres Projekt im Zusammenhang mit der Neugestaltung Berlins war der „Achteckige Platz“, der nordwestlich des Südbahnhofs angelegt werden sollte. Über die Planungen für die Nord-Süd-Achse hinaus wurden im Privatatelier unter anderem die Wettbewerbsarbeiten für das Verwaltungsforum Braunschweig und für die Hochschulstadt Berlin²⁷⁵ entworfen.

Bezüglich der Planungen für Braunschweig vermerkte das Ratsprotokoll der Stadt für den 9. Juni 1941 unter Punkt 4:

„Wettbewerb über das neue Forum. Berichterstatter: Oberbaurat Dr. Piepenschneider.

Oberbaurat Dr. Piepenschneider führte aus, daß der Oberbürgermeister zur Errichtung eines neuen Forums am 21. April 1941 einen engeren Wettbewerb ausgeschrieben und 6 namhafte Architekten aufgefordert hat, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Die Richtlinien zur Teilnahme an diesem Wettbewerb wurden von Oberbaurat Dr. Piepenschneider verlesen. Der Präsident der Reichskulturkammer hat dem Wettbewerb zugestimmt. Wortmeldungen lagen nicht vor.“²⁷⁶

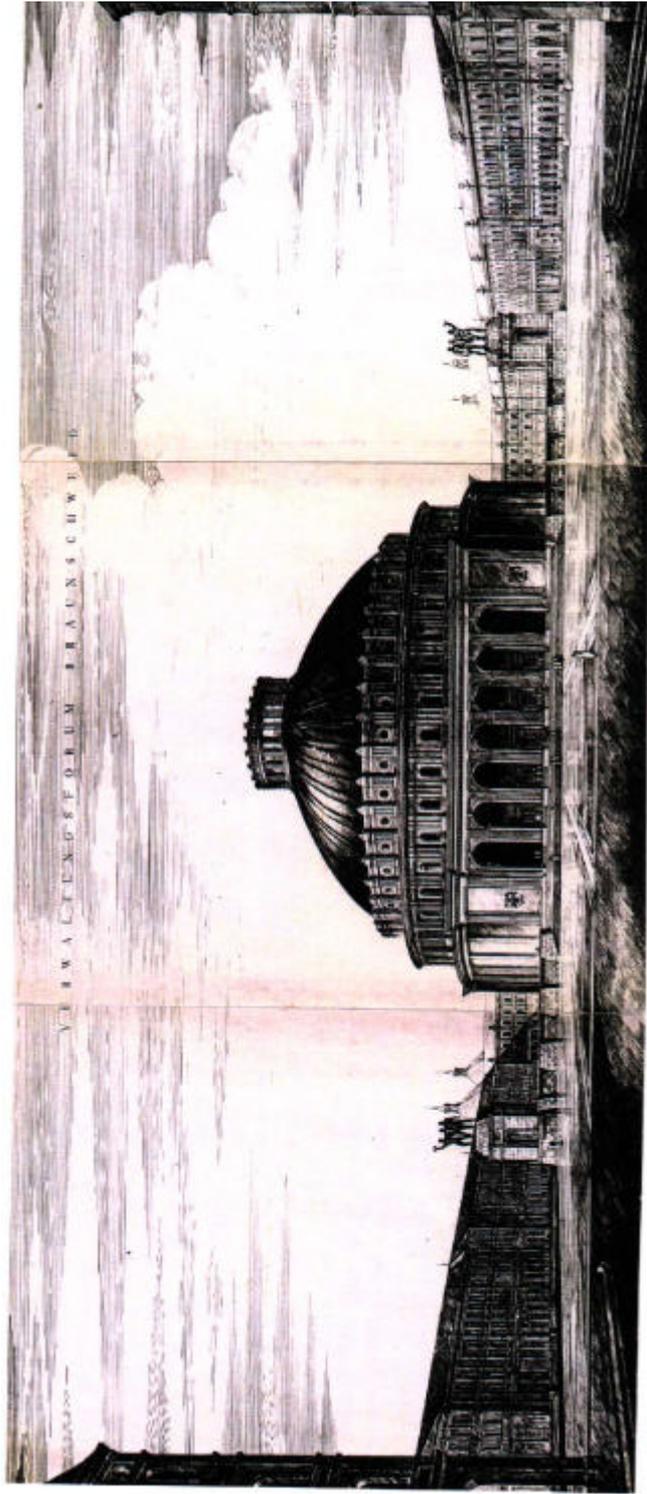
Geplant war die Errichtung eines gewaltigen Gebäudekomplexes auf dem Gelände des alten Hauptbahnhofs, der als Kopfbahnhof nicht mehr den modernen Anforderungen entsprach und deswegen verlegt werden sollte. Braunschweig erhoffte sich durch den Bau des Forums wahrscheinlich die Erhaltung der Chance, den an Salzgitter verlorenen Status als Gauhauptstadt zurückzuerhalten.²⁷⁷ Die fertigen Entwürfe der (außer Rimpl nicht bekannten) Architekten sollten bis zum 15. Dezember 1941 eingereicht werden.²⁷⁸ Für den 23. März 1942 vermerkte das Ratsprotokoll eine Besichtigung der Ergebnisse; das weitere Vorgehen der Stadt ist nicht bekannt, da die anschließenden Protokolle durch Kriegseinwirkung verloren gingen.

²⁷⁵ Keilmann hat im Büro Rimpl eine ansehnliche Anzahl Zeichnungen und Pläne mitgenommen, die auf dem Dachboden die Jahrzehnte überdauert haben. Ob es sich bei einem Teil dieser Zeichnungen wirklich um Entwürfe für die Hochschulstadt handelt, wie in der Familie erzählt wird, muß eine genauere Prüfung zeigen.

²⁷⁶ SA BS, E310:6.

²⁷⁷ Die Planungen beinhalteten die gleiche Formensprache, wie sie üblicherweise für die vielen Gauforen im ganzen Reich vorgesehen waren. Ebenfalls identisch mit den Überlegungen der Gauleiter ist das Vorantreiben solch gewaltiger Bauvorhaben während des Krieges. Zur Vertiefung siehe: Wolf, Christiane: Gauforen: Zentren der Macht. Zur nationalsozialistischen Architektur und Stadtplanung, Berlin 1999.

²⁷⁸ Baugilde, Heft 31 1941, S. 502.



Perspektivische Darstellung eines Entwurfs für das Verwaltungsforum Braunschweig.

Die Stadt Braunschweig hatte durch persönliche Differenzen zwischen dem Gauleiter Klagges und Adolf Hitler keine Aussicht, Gauhauptstadt zu werden; diese Funktion sollte die neugeschaffene „Stadt der Herman-Göring-Werke“, das heutige Salzgitter übernehmen. Um trotzdem einen Verwaltungsneubau im Stil der geplanten Gauforen zu erhalten, richtete die Stadt einen geschlossenen Wettbewerb aus, zu dem sechs namhafte Architekten eingeladen wurden. Der Entwurf Rimpls hatte die Form zweier eckiger Klammern, die einen zentralen Kuppelbau umschlossen. Gesamtlänge des Gebäudekomplexes war über 600 Meter, die Errichtung war auf dem Gelände des ehemaligen Hauptbahnhofs vorgesehen. Welcher der sechs Entwürfe von den Braunschweiger Verantwortlichen favorisiert wurde, ist heute nicht mehr feststellbar.

Da das Berliner Südbahnhof-Projekt bis 1943 in der Zuständigkeit des GBI als vordringliche Aufgabe zur Durchführung direkt nach Ende des Zweiten Weltkriegs galt, wurden die beteiligten Architekten vom Wehrdienst freigestellt. Diese sogenannte „Uk-Stellung“ ging auf einen Schriftverkehr zwischen Ministerial-Direktor Erwin Bohr beim GBI und Rimpl zurück. Der Schriftverkehr ist besonders interessant, da er die Wichtigkeit der Planungen, die in der Hildegardstraße durchgeführt wurden, herausstellt. Im Schreiben von Bohr an Rimpl vom 13. Januar 1941, welches als „Streng vertraulich!“ bezeichnet ist, hieß es:

„Aufgrund eines Schriftverkehrs, der zwischen der Adjutantur der Wehrmacht beim Führer und dem OKW (*Oberkommando der Wehrmacht, d. Verf.*) geführt worden ist, dürfen Angehörige meines Stabes (*Unterstreichung im Original*), sofern sie heute der Wehrmacht noch nicht angehören, nur mit Zustimmung des Führers einberufen werden.

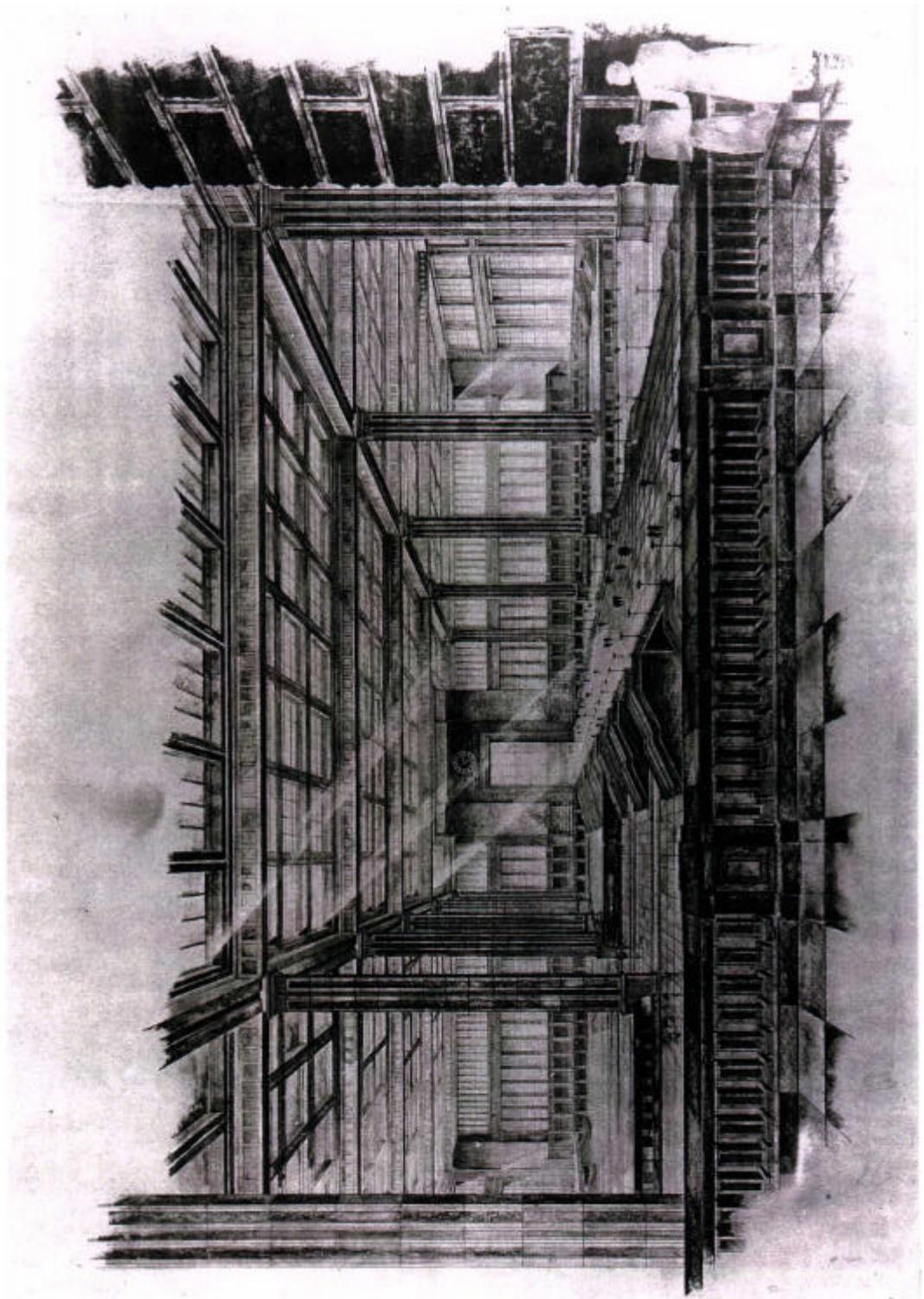
Wegen der Ihnen im Rahmen der Neugestaltung deutscher Städte übertragenen Aufgaben beabsichtige ich, diese Verfügung auch auf diejenigen Architekten ihres Büros auszudehnen, die Sie für diese Zwecke unbedingt benötigen.“²⁷⁹

Als Antwort des Büro Rimpl wurde dem GBI zum 20. Januar 1940 eine Liste mit 13 Mitarbeitern des Büros Hildegardstraße übermittelt, von denen 12 für die Uk-Stellung²⁸⁰ in Frage kamen; zu diesen Personen war zusätzlich jeweils ein Fragebogen ausgefüllt an den GBI gegangen. Nach Bearbeitung dieser Fragebögen durch die zuständigen Wehrbezirkskommandos wurden zwischen April und Mai 1941 zunächst diese 12 Mitarbeiter längerfristig Uk-gestellt.²⁸¹

²⁷⁹ BA, R4606/312, Blatt 38.

²⁸⁰ Uk-Stellung bedeutete, daß der betreffende Mitarbeiter von seinem Arbeitsplatz anerkannt unabhkömmlich war.

²⁸¹ BA, R4606/312, Blatt 20ff. In dieser Akte werden nur die Mitarbeiter Rimpls im Büro Hildegardstraße behandelt. Die Besetzung des Büros wechselte zwischen 1941 und 1943. Ausscheidende Mitarbeiter wurden zunächst ersetzt, um die Planungskapazität zu erhalten. Die genannten Personen waren Kurt Bienemann, Max Elsner, Werner Freybourg, Max Geck, Ferdinand Keilmann, Emil Kleinschmidt, Alfred Lubs, Wilhelm Paul, Willi Prior, Walter Reitz, Hans Tschierschke und Theodor Weber. Der ebenfalls auf der Liste erwähnte Günther Groenewald war von der Regelung ausgenommen. Um den auf dieser Liste nicht genannten Hans Schlottmann entwickelte sich ein gesonderter Schriftwechsel, da er bereits zur Wehrmacht eingezogen war und für seine Tätigkeit als Architekt Sonderurlaub erhielt. Diese Sonderregelung galt nicht für Wehrmichtsangehörige, somit mußte Schlottmann im März 1941 wieder einrücken. Er geriet gegen Ende des Krieges in russische Gefangenschaft und kehrte erst 1949 wieder nach Deutschland zurück.



Die Gleishalle des „Südbahnhofs“ der Berliner Nord-Süd-Achse. Die Arbeiten am Projekt Südbahnhof wurden erst im März 1943 durch einen Erlaß Albert Speers eingestellt, da es als vordringliche Planungsaufgabe im Rahmen der Umgestaltung der Reichshauptstadt galt. Der Baubeginn war für die Zeit direkt nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs vorgesehen. Keilmanns Aufgaben waren die Durcharbeitung der Stützen und der Innenfassaden in der Gleishalle sowie mit den Arbeitskollegen Skujin und Bienemann die Durchgestaltung der Eingangshalle. Da Keilmann im Büro Rimpl als Experte für das Zeichnen von Perspektiven galt, ist es sehr wahrscheinlich, daß die gezeigte Abbildung von ihm erstellt wurde.

Die Leitung des Büros in der Hildegardstraße wechselte zwischen 1941 und 1943. Für den Januar 1941 war als Büroleiter zunächst der Architekt Walter Reitz²⁸² erwähnt, bereits im Juni des Jahres hatte Emil Kleinschmidt²⁸³ diese Funktion übernommen. Auch Keilmann konnte in der Hierarchie aufsteigen, Rimpl führte dazu aus:

„Durch seinen [...] lauterer Charakter und seine unbestechliche Art konnte ich ihn zum stellvertretenden Bürovorsteher einsetzen. Als solchem oblag ihm die disziplinarische Aufsicht im Büro.“²⁸⁴

Die Tätigkeiten im Büro waren nicht unbedingt klar verteilt, jedoch hatte jeder der Anwesenden spezielle planerische Fähigkeiten, nach denen die einzelnen Teile von zu planenden Projekten auf die Mitarbeiter verteilt wurden. Da Keilmann sich schon bei vorherigen Aufgaben als Spezialist für Perspektivzeichnungen empfohlen hatte, war dies auch bei Rimpl eine seiner Aufgaben. Aus einem Gesprächsprotokoll zwischen Herbert Rimpl, Albert Speer und Oberbaurat Hans Stephan geht hervor, daß er innerhalb Südbahnhofplanung für das Zeichnen von Grundrissen, Schnitten und Stützen der Bahnsteighalle alleine und für die Gestaltung der Eingangshalle des Südbahnhofs gemeinsam mit Bienemann und einem neuen Mitarbeiter namens Skujin verantwortlich war.²⁸⁵

Die Zeit im Büro Rimpl beschränkte sich für die Mitarbeiter nicht nur auf die übliche Planungsarbeit. So war Keilmann zusammen mit Kollegen und vermutlich Rimpl selbst im Oktober 1941 für mehrere Tage nach Prag gereist; eine anschließende Studienreise nach Paris war ebenfalls vorgesehen.²⁸⁶ Ziel war das Bestreben von Speer und Hitler, daß die Gestaltung der Reichshauptstadt Berlin allen anderen großen Hauptstädten der Welt in allen Belangen architektonisch „überlegen“ sein sollte.²⁸⁷ In Prag sollte zu

²⁸² Walter Reitz, geb. 25. Dezember 1888; war zuvor freischaffender Architekt in Köln. Sein weiterer Werdegang ist nicht bekannt.

²⁸³ Emil Kleinschmidt, geb. 10. August 1901 in Frankfurt/Main; war vor dem Eintritt in das Büro Rimpl bei der Reichsbahnbaudirektion mit den ersten Entwürfen für den Südbahnhof betraut, wurde nach Ende des Krieges Stadtbaurat der Stadt Marburg. Kleinschmidt und Keilmann entwickelten eine freundschaftliche Beziehung, die bis in die 50er Jahre anhielt; siehe BDA / Deutsche Bahn AG (Hrsg.): Renaissance der Bahnhöfe. Die Stadt im 21. Jahrhundert, Braunschweig 1996, S. 214. Dort findet sich ein früher Entwurf der Gleishalle des Südbahnhofs, von Kleinschmidt gezeichnet.

²⁸⁴ AKe; Zeugnis von Rimpl an Keilmann vom 7. Januar 1943.

²⁸⁵ BA, R4606/1094, Blatt 37ff.

²⁸⁶ AKe; Brief von F. Keilmann sen. an F. Keilmann jun. vom 2. November 1941.

²⁸⁷ Daß diese Überlegenheit in erster Linie die Größe der Gebäude betraf, läßt keine Rückschlüsse auf die künstlerische Ausgestaltung zu. Wahrscheinlich wären die gigantomanischen Gebäude und Straßen so unpersönlich und einschüchternd geraten, daß sich kaum ein Mensch dort wohl gefühlt hätte.

Studienzwecken die Stadt besichtigt werden, gleichzeitig wurde Rimpl der Auftrag in Aussicht gestellt, in der Nähe von Prag einen großen Rüstungsbetrieb mit zugehörigem Bau einer neuen Wohnstadt für die Arbeiter zu errichten. Weder diese Industrieanlage mit zugehöriger Stadt noch die angekündigte Parisfahrt wurden realisiert.²⁸⁸

Die Pflege der Kameradschaft im Büro Rimpl wurde ebenfalls nicht vernachlässigt, am 9. Juni 1941 fand ein erster Gefolgschaftsabend für die Mitarbeiter statt.²⁸⁹ Keilmann wird an diesem Abend sicherlich mehr als eine Runde ausgegeben habe, war er doch 10 Tage zuvor Vater seines ersten Sohnes Ferdinand geworden.²⁹⁰ Wahrscheinlich ist auch dieser Gefolgschaftsabend nicht der einzige geblieben, sowenig wie es in der Familie Keilmann bei einem Sohn blieb. Eineinhalb Jahre später, am 3. November 1942 wurde als zweiter Sohn mein Vater Manfred geboren.

Kurz vor der Geburt des zweiten Sohnes wurde Keilmann mit den menschenverachtenden Randerscheinungen bei der Umgestaltung Berlins konfrontiert. Die Räumung von Judenwohnungen, die in die Zuständigkeit des GBI fiel, sollte in erster Linie für die im Zuge der Abrisse ganzer Stadtviertel erforderliche Umsiedlung von Volksgenossen und für die Unterbringung der notwendigen Zahl an Bauarbeitern mit ihren Familien erfolgen. Allerdings nutzten sowohl die engeren Mitarbeiter des GBI und als auch die seiner beauftragten Architekten häufiger die Möglichkeit, sich selbst neue Wohnungen zu sichern. Keilmann bekam eine Wohnung am „Bayerischen Platz“ angeboten und Eva Keilmann berichtete zu der Besichtigung:

„Wir kamen in die Wohnung hinein, und die war voller Menschen. Alle Räume waren überfüllt; selbst in der Besenkammer stand noch ein Sessel, auf dem jemand schlafen sollte. Natürlich war uns absolut klar, daß die Bewohner Juden waren. Nachdem ich die Woh-

²⁸⁸ Daß „neoklassische“ Architekturvorstellungen in bezug auf Staats- und Repräsentationsbauten kein rein deutsches Phänomen darstellten, belegt: Frank, Hartmut (Hrsg.): *Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930 –1945*, Hamburg 1985.

²⁸⁹ AKe; ein nicht ganz ernst zu nehmendes Protokoll des Gefolgschaftsabends im „Kaiserhof“. Das Protokoll ist deswegen nicht ernst gemeint, weil vor die jeweiligen Substantive in Klammern mehr oder weniger passende Adjektive gestellt wurden, so zum Beispiel: „Als letzter der (unergründbaren) Runde erscheint der großartig (laue) Virtuose und (gleichgültige) Familienvater Ferdinand. Damit ist die (vollkommen uninteressierte) Gesellschaft endlich vollzählig und begibt sich durch die (sadistische) Zimmertür an den gedeckten (sehr interessanten) Tisch.“

²⁹⁰ Das genaue Geburtsdatum von Ferdinand Keilmann war der 30. Mai 1941. Glücklicherweise hat sich nach dieser dritten „ferdinandschen“ Generation die Tradition nicht fortgesetzt, da durch die Namensgleichheit so manche Verwechslung eingetreten ist.

nung gesehen hatte, konnte ich da nicht einziehen. Ich hätte immer die vielen Menschen vor Augen gehabt.“²⁹¹

Obwohl die angebotene Wohnung nur wenige Schritte von Ferdinands Arbeitsplatz entfernt und erheblich größer als die bisherige war, verzichtete die Familie auf den Umzug und blieb in der etwas außerhalb liegenden Siemensstadt wohnen.

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes bei Rimpl hielt jedoch nicht an, der Kriegsverlauf war nicht erfolgreich genug. Im Mai 1942 wurden mindestens vier Arbeitskollegen zur Wehrmacht eingezogen. Es zeichnete sich ab, daß selbst die Planungen für den Südbahnhof, der mit als erstes Projekt der Nord-Süd-Achse nach Kriegsende umgesetzt werden sollte²⁹², als nicht kriegswichtig eingestuft werden würde. Gleichzeitig wurde von Seiten der Wehrmacht der Druck erhöht, Personen, die bisher Uk-gestellt waren, zum Kriegsdienst heranzuziehen. Hierzu hatte Hitler den „General z.b.V. von Unruh“²⁹³ eingesetzt, dessen Stab alle Betriebe und Behörden auf unge-rechtfertigte UK-Stellungen durchforsten sollte. Ministerialdirektor Bohr vom GBI warnte Rimpl persönlich vor dieser Überprüfung und übernahm die Verantwortung für die Freistellung der Mitarbeiter, die überwiegend für den GBI tätig waren. Alle anderen Mitarbeiter sollten anschließend vom Stab des General gesondert erfaßt werden.²⁹⁴

Vor der sich abzeichnenden Einstellung der Arbeiten am Südbahnhof zog Keilmann im Dezember 1942 die Konsequenzen und kündigte sein Arbeitsvertrag bei Rimpl. Dieser schrieb anschließend in Keilmanns Zeugnis, daß er „ein unentbehrlicher Mitarbeiter“²⁹⁵ gewesen sei und „im Zusammenhang mit der kriegsbedingten Einschränkung des Arbeitseinsatzes für das von ihm bearbeitete Bauvorhaben [...] mein Büro auf eigenen Wunsch (verließ).“²⁹⁶

IV.9 Typung, Normung, Behelfsheimplanung

Nach dem Ausscheiden aus dem Büro Rimpl erlangte Keilmann bruchlos eine neue Anstellung in der „Deutschen Akademie für Wohnungswesen

²⁹¹ Gespräch mit Eva Keilmann vom 03. Juni 2001.

²⁹² BA, R4606/1094, Blatt 42.

²⁹³ BA, R4606/482. z.b.V. bedeutet „zur besonderen Verwendung“.

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ AKe; Vorläufiges Zeugnis von Rimpl an Keilmann vom 5. September 1942, Unterzeichnet „im Auftrag“ von Kleinschmidt.

²⁹⁶ AKe; Zeugnis von Rimpl an Keilmann vom 7. Januar 1943.

e.V., Forschungsstelle des Reichswohnungskommissars zur Erzielung von Höchstleistungen im Wohnungs- und Siedlungswesen“ (DAW).²⁹⁷ Diese Einrichtung war aus der schon jahrzehntelang existierenden „Deutschen Gesellschaft für Wohnungswesen e.V., Forschungsstelle beim Reichsarbeitsministerium für Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens“ (ehem. „Deutscher Verein für Wohnungsreform“) hervorgegangen. Nach dem Führererlaß „Zur Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaues nach dem Kriege“ vom 15. November 1940 wurde die Umwandlung durch die Mitgliederversammlung zum 26. August 1941 einstimmig beschlossen. Hintergrund war die Neuorientierung im Wohnungsbau, die auf eine Rationalisierung abzielte. Zweck der Akademie war,

„durch wissenschaftliche und praktische Untersuchungen, durch Aufklärung in Wort und Schrift, Schaffung und Förderung von Organisationen und durch andere geeignete Mittel auf Höchstleistungen im deutschen Wohnungs- und Siedlungswesen hinzuwirken.“²⁹⁸

Dr. Robert Ley²⁹⁹, als Stabsleiter der NSDAP und Leiter der Deutschen Arbeitsfront einer der Personen im Reich, die mit der größten Machtfülle ausgestattet waren, leitete in seiner am 15. November 1941 neu geschaffenen Funktion des „Reichskommissars für den sozialen Wohnungsbau“ (RKS) eine der Grundströmungen zur gesellschaftlichen Neugestaltung nach dem Krieg.³⁰⁰ Bei dieser Neugestaltung spielte unter anderem die Wohnsituation der (erwarteten) heimkehrenden Soldaten³⁰¹ und der Arbeiterschaft eine ent-

²⁹⁷ Im folgenden: Baugilde 1941, Heft 26/27, S. 435f.

²⁹⁸ BA, R4002/7, Blatt 105, Satzung der Deutschen Akademie für Wohnungswesen vom 17. Mai 1944, § 1. Aus einem Entwurf zur Neufassung der Satzung zum Mai 1944 geht hervor, daß bezüglich Namen und Zweck der Akademie keine gravierenden Änderungen vorgenommen wurden. Die im folgenden genutzten Akten der „Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V.“ aus dem Bundesarchiv in Berlin warten noch auf eine genaue wissenschaftliche Sichtung. Einige dieser Papiere sind anscheinend seit 1945 nicht mehr angesehen worden. Als Beleg mag hier dienen, daß ich in einem Aktensatz ein Einschlußloch gefunden habe, an dessen Rand die eingerissenen einzelnen Blätter noch ineinander verhakt waren.

²⁹⁹ Robert Ley wurde am 15. Februar 1890 in Niederbreidenbach bei Nürnberg geboren. Von der Ausbildung her Chemiker, engagierte er sich früh in der NSDAP. Seit 1925 war er Gauleiter im Rheinland, ab 1928 Mitglied des Preußischen Landtags, ab 1930 auch Mitglied des Reichstags. 1931 –1934 war er Reichsinspektor und Stellvertreter des Reichsorganisationsführers Strasser, dessen Nachfolger er 1934 wurde. Er beseitigte in Hitlers Auftrag am 3. Mai 1935 gewaltsam die Gewerkschaften und gründete die Deutsche Arbeitsfront (DAF). Der Verurteilung im Nürnberger Kriegsverbrechertribunal entging er durch Selbstmord am 26. Oktober 1945.

³⁰⁰ Am 23. Oktober 1942 wurde die Behörde unter erheblicher Kompetenzausweitung in „Reichswohnungskommissar“ umbenannt.

³⁰¹ Die am Prozeß der Typung und Normung beteiligten Personen gingen Mitte 1941 allgemein davon aus, daß nach der Eroberung großer Teile Europas „nur“ noch England besiegt werden müsse, um danach die umfangreichen sozialen Neugestaltungspläne durchführen zu können –die Geschichte hat sie eines Besseren belehrt; die Ideen und

scheidende Rolle, da man sich noch sehr gut an die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit des Ersten Weltkriegs erinnerte. Durch eine neue Initiative für den sozialen Wohnungsbau sollten die befürchteten Unruhen vermieden werden.

In diesem Zusammenhang ist der Begriff des „Sozialen Wohnungsbau“ genauer zu betrachten, da dieser heute eine andere Bedeutung hat als zu Zeiten der nationalsozialistischen Herrschaft. Versteht man in der Bundesrepublik Deutschland unter sozialem Wohnungsbau die Erstellung von Wohnungen mit Hilfe staatlicher Förderung bzw. billigen Baudarlehen, mit denen einkommensschwache Familien mit bezahlbarem Wohnraum versorgt werden³⁰², so stand bei den Nationalsozialisten eine grundlegend andere Zielsetzung im Vordergrund. Ziel sollte sein, daß die deutsche Bevölkerung durch eine „gesunde“ politische Gestaltung der Wohnungen, Häuser und Siedlungen ein „Heimatgefühl“ entwickeln sollte, durch das eine Identifikation mit Ort und Arbeit erreicht werden und schließlich die erwarteten Effekte „Leistungssteigerung“ und „Kindersegen“ eintreten sollten.³⁰³

Der Geschäftsführer des RKS, Dr. Hans Wagner³⁰⁴, führte auf der Gründungsversammlung der „Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V.“ aus, daß

„Dr. Ley die Absicht habe, die neue „Deutsche Akademie für Wohnungswesen“ als die „Sprechbühne für die Fachkräfte“ auf dem Gebiet des Wohnungswesens zu proklamieren, und zwar sei hierfür der erste Jahrestag für das Ergehen des Führererlasses zur Vorbereitung des Deutschen Wohnungsbaues nach dem Kriege, der 15. November 1941, vorgemerkt.“³⁰⁵

Zuvor hatte der Präsident der DAW, Pfeil, dem RSK bzw. dessen Geschäftsführer Wagner, die „Gesellschaft für Wohnungswesen“ zur Verfügung gestellt, woraufhin dieser beschloß, die Forschungsaufgaben einiger

Begriffe wurde jedoch nach dem Krieg nach kurzer „Entnazifizierung“ bruchlos übernommen, siehe: Harlander, Tilman / Fehl, Gerhard: Hitlers Sozialer Wohnungsbau 1940-1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung, Hamburg 1986, S. 14.

³⁰² Meyers Kleines Lexikon Politik, Mannheim 1986, S. 377.

³⁰³ Harlander, Tilman / Fehl, Gerhard (Hrsg.): Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940-1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung, Hamburg 1986, S. 46.

³⁰⁴ Wagner war der ehemalige Geschäftsführer der „Brandenburgischen Heimstätte GmbH“, siehe Kapitel III. 7 (Werkwohnungsbau)

³⁰⁵ Baugilde 1941, Heft 26/27, S. 436.

Abteilungen des Reichskommissariats auf die neuzuschaffende Akademie zu übertragen.³⁰⁶

Die Akademie war in sechs verschiedene Abteilungen gegliedert, die jeweils eigenständig ihre Aufgaben erfüllten. Zu diesem Zweck hatte jede Abteilung einen eigenen Abteilungsleiter, dessen Stellvertreter und einen Geschäftsführer.³⁰⁷ Wenn sachlich notwendig, wurden die Abteilungen noch in Gruppen unterteilt. Die Aufgaben der Abteilungen waren Wohnungsbaupolitik (Abt. I), Wohnungsbestandpolitik (II), Siedlungsplanung (III), Baustoffe (IV), Typung, Normung, Baukonstruktion (V) und Wirtschaftliche Fertigung (VI).³⁰⁸

Keilmann arbeitete in der Gruppe E der Abteilung V der DAW und hatte die Funktion eines stellvertretenden Gruppenleiters. Der Leiter der Abteilung war Professor Dr. Ing. Hans Spiegel, dessen Stellvertreter war Regierungsbaumeister Leopold Sautter, als Geschäftsführer fungierte Oberingenieur Alfred Stark. Gruppenleiter und direkter Vorgesetzter von Keilmann war der Architekt Johannes Jacob, der schon seit April 1941 der Stellvertreter von Spiegel im Hauptreferat „Gebäudeplanung“ des RKSW gewesen war³⁰⁹ und mit diesem zusammen in die DAW gewechselt hatte. Aufgabe der Gruppe E war zunächst die Sammlung und Auswertung von Landschaftsbauformen, die Festlegung von Häuserlandschaften sowie die Gestaltung ländlicher und städtischer Wohngebäude. Zu diesem Zweck wurden Erfahrungsgemeinschaften gegründet, in denen bekannte Architekten aus dem gesamten Reichsgebiet beteiligt waren.³¹⁰

Mit dem Führererlaß vom 13. Januar 1943³¹¹ zur Einstellung der für den zukünftigen Friedenswohnungsbau laufenden Arbeiten mußte die Abteilung

³⁰⁶ Baugilde 1941, Heft 26/27, S. 436. Es handelte sich hier um die Abteilung VII (Bauwirtschaft), sowie die Abteilungen VIII und VI (Gebäudeplanung), welche in der Akademie in „Typung, Normung, Baukonstruktion“ umbenannt wurde.

³⁰⁷ BA, R4002/7, Blatt 41.

³⁰⁸ BA, R4002/7, Blatt 105.

³⁰⁹ Harlander / Fehl 1986, S. 440.

³¹⁰ BA, R4002/7, Blatt 41ff. So finden sich in den Erfahrungsgemeinschaften für städtische und ländliche Wohngebäude Julius Schulte-Frohlinde, Paul Schmitthenner oder Konstanty Gutschow, welche auch zum Wiederaufbaustab Speer zählten.

³¹¹ Der Wohnungsbau in Deutschland, 1943, Seite 251, in: Harlander / Fehl 1986, S. 68: „Zum Zweck des umfassenden Einsatzes von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung (müssen) Vorbereitungen und Planungen für künftige Friedensaufgaben nunmehr vollkommen eingestellt werden.“ Harlander / Fehl weisen im folgenden darauf hin, daß dieser Erlaß im Zuständigkeitsbereich von Ley gerade *nicht* befolgt wurde; mit dem noch vorhandenen Personal wurden Planungen für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte (womit sich eine erneute Konkurrenzsituation mit Albert Speer abzeichnete) und zu Behelfsmaßnahmen für Bombengeschädigte aufgenommen.

einen Großteil der laufenden Forschungen einstellen. Der Jahresbericht 1943 der DAW berichtet davon, daß „einige Arbeiten [...] sofort unterbrochen werden (konnten), bei anderen war naturgemäß eine gewisse Abschlußzeit notwendig.“³¹² Weiter heißt es, daß der größte Teil der Arbeiten, die eine Abschlußzeit erforderten, zum Ende des ersten Quartals, der Rest zum Ende des zweiten Quartal 1943 beendet war.³¹³ Die Aufgabe der Gruppe E gehörte zu den Arbeiten, die mit als letzte abgeschlossen wurden. Keilmann war als stellvertretender Gruppenleiter zum Arbeitsbereich „Rohbau“ tätig, in dem „Untersuchungen über Viellochziegel und großformatige Ziegel, über Steinnormung, Deckenbauweisen und Montagedach-Bauweisen und über Leichtbeton“³¹⁴ angestellt wurden. Insgesamt ging es um die „Ausbildung von Konstruktionen und Normen der Rohbauarbeiten des Wohnhauses.“³¹⁵ Die Ergebnisse der Arbeit der gesamten Abteilung Typung, Normung, Baukonstruktion seit Gründung der DAW im November 1941 sollte in Zusammenhang mit der vorläufigen Einstellung der Arbeiten dem Reichswohnungskommissar Ley zum Jahresabschluß 1943 überreicht werden. Dazu wurden alle erarbeiteten Zeichnungen und schriftliche Ausarbeitungen, unabhängig davon, ob es sich um fertige Normblätter oder nur Entwürfe handelte, in fünf Exemplaren gebunden; jedoch kam es nicht mehr zur Übergabe. Durch einen Bombentreffer im November 1943 auf das Bürogebäude der DAW in der Berliner Moltkestraße wurde die gesamte Zeichenregistratur der Akademie vernichtet, die Arbeit von zwei Jahren ging in Flammen auf.³¹⁶

Der Krieg und die nationalsozialistischen Greuelthaten rückten näher an Ferdinand Keilmann heran. Bei einem Spaziergang mit seiner Familie im Sommer 1943 konnten sie am Güterbahnhof Halensee beobachten, wie große Menschenmengen in Güterwagen verladen wurden. Auf die Frage seiner Frau, was das zu bedeuten habe, antwortete er, „daß uns das gar nicht interessiert.“³¹⁷ Über diesen Vorfall wurde in der Zukunft kein Wort mehr verloren. Gleichzeitig veranlaßten die immer stärker werdenden Bombenangriffe auf Berlin die Familie, sich über eine Evakuierung zumindest von Eva Keilmann und den beiden Kindern Gedanken zu machen. Im August 1943 war es schließlich soweit, Keilmann brachte seine Frau und Kinder zu sei-

³¹² BA, R4002/64, Jahresbericht 1943 der Abteilung „Typung und Normung“ der Deutschen Akademie für Wohnungswesen vom 14. Januar 1944.

³¹³ Ebd.

³¹⁴ Ebd.

³¹⁵ AKe; Zeugnis der DAW für Keilmann vom 27. Juli 1944.

³¹⁶ BA, R4002/64 und R4002/66. Einige dieser Blätter hat Keilmann mit nach Hause genommen und somit vor der Vernichtung bewahrt.

³¹⁷ Aus einem Gespräch mit Eva Keilmann.

nen Eltern nach Aschaffenburg. Noch während er sich mit ihnen dort aufhielt, wurde die Berliner Wohnung durch einen Bombentreffer auf ein neben dem Wohnhaus liegendes Gebäude schwer beschädigt und unbewohnbar.³¹⁸ Bei seiner Rückkehr setzte er zunächst die Sicherung seines Hausstandes fort, die sein Bruder Wilhelm während seiner Abwesenheit schon begonnen hatte und fand schließlich Unterkunft bei der befreundeten Familie Noelle.

Auch beruflich trat eine neue Situation ein. Im Juli 1943 wechselte Keilmann innerhalb der DAW in die Planung des „Behelfswohnheim des deutschen Wohnungshilfswerks“, der sogenannten „Ley-Laube“. Dieses entstand in Konkurrenz zur parallel erfolgenden Behelfswohnheimplanung unter Ernst Neufert. Auf diesem Weg begegnete Keilmann seinem ehemaligen Lehrer und Arbeitgeber wieder. Neufert war bereits 1938 von Albert Speer zum Beauftragten für Normungsfragen ernannt worden, die Aufgabe zur Gestaltung eines Behelfswohnheims erhielt er ebenfalls direkt von Speer.³¹⁹ Im Zuge dieser, für die Organisationsstruktur der Nationalsozialisten so typischen parallelen Entwicklung ergaben sich einige Reibungspunkte zwischen der DAW und Neuferts Büro; Grund dafür waren neben der fachlichen Konkurrenz und dem Kampf um Einfluß personelle Überschneidungen zwischen beiden Arbeitgebern.³²⁰

Da sich im Laufe des Jahres 1943 die von Neufert vorgelegte Planung des „Kriegseinheitstyps“ als zu aufwendig für einen Behelfsheimbau herausstellte (es waren ca. 25.000 dieser Holzhütten gebaut worden), kam nun der Entwurf für den „Reichseinheitstyp 001“ der DAW zur Ausführung. Ein solches Bauwerk sollte keine lange Lebensdauer besitzen. Spiegel führte dazu in der Zeitschrift „Der Wohnungsbau in Deutschland“ aus:

„Stört es (*das Behelfsheim, der Verfasser*) den Ortsplan nicht [...], so mag im Frieden das Behelfsheim bleiben und als Schuppen oder Kleintierstall oder zur Unterbringung von ausländischen Arbeitern [sic!] Verwendung finden“.³²¹

³¹⁸ siehe Kapitel IV. 16 (Die verlorene Wohnung).

³¹⁹ Harlander / Fehl 1986, S. 70.

³²⁰ BA, R4002. In den Akten der DAW im Bundesarchiv sind einige dieser Reibereien in Form von Schriftwechseln erhalten geblieben. Anscheinend war Neufert derjenige, der sich bezüglich der Arbeitszeiten nicht an Absprachen halten konnte oder wollte.

³²¹ Prof. Spiegel, Hans, Der soziale Wohnungsbau in Deutschland, Heft 1-2, 1944, Seite 3, in Harlander / Fehl, 1986, S. 77.

Die angestrebte Zahl 1 Million produzierter Behelfsheime noch im Jahr 1944 wurde bei weitem nicht erreicht; wahrscheinlich wurden bis Kriegsende nur 300.000 Stück fertig gestellt.³²²

Keilmann reichte am 31. Januar 1944 seine Kündigung bei der DAW zum 31. März 1944 ein. Er begründete dies mit einer Aussicht auf Anstellung als Architekt in einer Entwurfsabteilung, in der er sein „schöpferisches und künstlerisches Schaffen voll auswerten“³²³ könne. Er bat darum,

„diesem Arbeitsplatzwechsel in beiderseitigem Einverständnis keine Schwierigkeiten machen zu wollen, da sonst mein Fortkommen sehr behindert würde.

Heil Hitler!“³²⁴

Daß er zum Zeitpunkt seiner Kündigung bereits eine neue Arbeitsstelle sicher hatte, erscheint unwahrscheinlich, da er am 28. Februar, also einen Monat vor offizieller Beendigung seiner Tätigkeit bei der DAW eine Bewerbung an den Generalbaurat Prof. Dr. Wilhelm Kreis richtete.³²⁵ Dieser hatte in der Bauwelt, Heft 29/30 des Jahres 1943³²⁶ ein Inserat für die Einstellung eines Architekten aufgegeben. Als Referenzen gab Keilmann in seiner Bewerbung „Oberbaurat Vogt, Stadtbauamt Aschaffenburg“, „Prof. Dr. Schultze-Naumburg, Naumburg/Thüringen“ und „Prof. Dr. Herbert Rimpl, Berlin“ an und erwähnte, daß er die Zustimmung der Akademie zum Arbeitsplatzwechsel sicher habe. An den sieben Zeugnissen in der Anlage konnte es nicht liegen, daß Keilmann nicht eingestellt wurde – diese waren alle einwandfrei. Entweder hatte er sich in der Auswahl der Referenzen vergriffen oder die besagte Stelle war bereits anderweitig besetzt worden.³²⁷

Zu weiteren Bewerbungen kam es nun nicht mehr; Keilmann erhielt die Aufforderung, Ende April 1944 in der Kaserne der Panzer-Artillerie-Ausbildungskompanie Stahnsdorf seinen Kriegsdienst anzutreten. Keilmann war von der Einberufung völlig überrascht, da er aufgrund seiner körperlichen Verfassung von seiner Wehruntauglichkeit überzeugt war; so hatte er

³²² Recker, Marie-Luise: Staatliche Wohnungspolitik im Zweiten Weltkrieg, in: Die Alte Stadt, 1978/2, S. 136, in: Harlander / Fehl 1986, S. 71.

³²³ AKe; Durchschrift des Kündigungsschreibens von Keilmann an die DAW vom 31. Januar 1944.

³²⁴ Ebd.

³²⁵ AKe; Bewerbungsschreiben von Keilmann an Prof. Dr. Wilhelm Kreis vom 28. Februar 1944.

³²⁶ Berücksichtigt man, daß die Bauwelt 32-mal im Jahr erschien, so war das Heft schon etwa drei Monate alt.

³²⁷ Der konservative Kreis hatte wahrscheinlich eine Abneigung gegen Herbert Rimpl.

noch am 12. April die Geschäftsführung der DAW ersucht, ihn zur Behandlung seines Ohrenleidens und eines chronischen Stirnhöhlenkatarrhs für die restliche Beschäftigungszeit unter Gehaltsverzicht von der Arbeit freizustellen.³²⁸ Ein Berliner Arzt hatte die Freistellung mit der Begründung befürwortet, daß ein Aufenthalt in klimatisch günstigeren Bedingungen unbedingt eine Linderung bringen würde. „Zufälligerweise“ hatte der ausgewählte Spezialist für die zukünftige Behandlung, ein Dr. Gollas, seine Praxis in Mainz, von wo es nicht allzu weit nach Aschaffenburg war, dem Ort, wo sich Keilmanns Familie zu diesem Zeitpunkt noch aufhielt.³²⁹ Der zweite „Zufall“ wollte es, daß dieser Dr. Gollas ein alter Freund Keilmanns war und nach Aussage von Eva Keilmann sicherlich jedes Attest ausgestellt hätte.

IV.10 Kurzes Intermezzo – Drei Monate Wehrmacht

Am 27. April 1944 wurde Keilmann zur Panzer-Artillerie-Ausbildungskompanie Nr. 4³³⁰ nach Stahnsdorf bei Berlin eingezogen. Eine Vermutung, daß seine Einberufung etwas mit seiner inzwischen abweisenden Haltung zur NSDAP zu tun gehabt haben könnte, hegte schon sein ehemaliger Arbeitskollege Emil Kleinschmidt; jedoch gab es für diese Vermutung keine Beweise.³³¹ Das Kasernengelände lag (und liegt) Zaun an Zaun zu der Siedlungsanlage der Brandenburgischen Heimstätte GmbH, deren Bau er zwischen 1939 und 1940 geleitet hat. Keilmann war zwar in der Musterung, die wahrscheinlich routinemäßig im Jahre 1939 vorgenommen wurde, als Ersatzreserve II eingestuft worden; durch die jetzige Schaffung neuer Tatsachen wurde er gezwungen, seine Untauglichkeit unter Beweis zu stellen.

Direkt nach seiner Einberufung stellte er den ersten Antrag auf Überprüfung seiner gesundheitlichen Befähigung zum Wehrdienst. Während die folgenden Untersuchungen einige Zeit in Anspruch nahmen, hatte er nur wenig Möglichkeiten, sich der Ausbildungsroutine zu entziehen. Laut der Aussage Eva Keilmanns wurde er beispielsweise häufiger dazu gezwungen, die marschierende Einheit im Laufschrift mit hoch erhobenem Gewehr zu

³²⁸ Im folgenden: AKe; Schreiben von Keilmann an die Geschäftsführung der DAW vom 12. Februar 1944.

³²⁹ SSA AB, Meldekarte Ferdinand Keilmann.

³³⁰ Aus den persönlichen Unterlagen ging die Bezeichnung der Einheit, in die Keilmann eingezogen wurde, nicht hervor, die Darstellungen waren zu unterschiedlich. Die hier gemachte Angabe erschließt sich aus: Tessin, Georg: Deutsche Verbände und Truppen 1918-1939. Altes Heer, Freiwilligenverbände, Reichswehr, Heer, Luftwaffe, Landespolizei, Osnabrück 1974, S. 152.

³³¹ SA LU; EL902/12 Nr. 26/75/580.

umrunden. Ursache für Disziplinarmaßnahmen dieser Art war die Ansicht der Ausbilder, es hier mit einem „Simulanten“ zu tun zu haben. Da nicht nur die Ausbilder, sondern auch die „Kameraden“ dieser Meinung waren, wurde er ein bevorzugtes Ziel von Schikanierungen, was wieder neue Disziplinarmaßnahmen auslöste.

Die Aussicht, nach der Grundausbildung in einer Einheit Dienst tun zu müssen, deren Einsatzgebiet sich direkt in vorderster Front befand, muß für Keilmann und seine Familie niederschmetternd gewesen sein. Aus einem Brief seines Vaters anlässlich seines 37. Geburtstags geht Ferdinand sen. mit keinem Wort direkt auf die Situation als Wehrmichtsangehöriger und die möglichen Folgen ein. Es ist eher die Rede von den „besten Wünschen für die Zukunftsgestaltung“ und daß „glücklich ist wer trotzdem lacht“.³³²

Um sich aus dem täglichen Ausbildungsgefüge zu lösen, ließ Keilmann erkennen, daß er in musikalischer Hinsicht eine Bereicherung des Kasernenlebens darstellen könnte, und er bekam diese Möglichkeit.³³³ Nachdem er die ersten Abende im Offiziersheim der Kaserne begleitet hatte, wurden die Anforderungen in der Ausbildung geringer, und nach der fünften militärärztlichen Untersuchung wurde er zum 21. Juli 1944 wieder aus der Wehrmacht entlassen.³³⁴ Er nutzte die ersten Tage nach der Entlassung, um noch einige Berliner Angelegenheiten zu regeln, vor allem was das Wohnungsinventar betraf und veranlaßte die Ausstellung eines Arbeitszeugnisses durch die „Deutsche Akademie für Wohnungswesen“. Danach machte er sich per Zug wieder auf den Weg zurück nach Aschaffenburg. Hierfür nutzte er die gleiche alte Fahrkarte, die er schon seit mehreren Monaten benutzte; bei den inzwischen durch die zahlreichen Fliegerangriffe chaotischen Verkehrsverhältnissen war nicht mehr mit Fahrkartenkontrollen zu rechnen. Als Keilmann am 24. Juli 1944, seinem 37. Geburtstag, wieder in Aschaffenburg ankam, wurde der von seiner Frau und seinem Vater am Bahnhof abgeholt. Zu deren Verwunderung hatte er bei seiner Rückkehr keine Uniform an – die Nachricht, daß er aus der Wehrmacht entlassen worden war, hatte er vorher weder schriftlich noch telefonisch mitgeteilt.

³³² AKe; Brief von F. Keilmann sen. an „Schütze Keilmann“, vom 22. Juli 1944. Der Brief kam in Stahnsdorf erst an, als Keilmann schon wieder in Aschaffenburg war, und erreichte ihn somit mit einer erheblichen Verzögerung.

³³³ Im folgenden: Erzählung von Eva Keilmann zu verschiedenen Terminen. Aus der Zeit vom März bis Juli 1944 sind keine Unterlagen erhalten, die Keilmann betreffen - weder privat noch in den Bundesarchiven Berlin, Koblenz, Aachen oder Freiburg.

³³⁴ SSA AB, Meldekarte Ferdinand Keilmann jun.

IV.11 Unterirdische Produktion ohne Endsieg

Im Herbst des Jahres 1944 trat Keilmann seine letzte Arbeitsstelle unter nationalsozialistischer Herrschaft an. Die Zeit bei der Familie in Aschaffenburg nach der Entlassung aus der Wehrmacht währte nur kurz, es folgte die Dienstverpflichtung über die Aschaffener Firma Ott-Bau nach Roigheim.³³⁵ Für die Firma Ott war er kein Unbekannter, immerhin war dieses Unternehmen schon maßgeblich an der Ausführung des Jäger-Ehrenmals in Aschaffenburg beteiligt, für das Keilmann die Entwürfe gezeichnet hatte. Hintergrund der Dienstverpflichtung war die unterirdische Produktionsverlegung der Firma Brown, Boveri & Cie. von Mannheim-Käferthal in die stillgelegte Gipsgrube in Roigheim. Hier war Keilmann als Architekt mit umfangreichen Erfahrungen als Bauleiter und als Entwurfsarchitekt, der auch an der Behelfsheimplanung war, ein gesuchter Fachmann.

Nachdem die alliierten Luftangriffe im Laufe des Jahres 1943 immer stärker geworden waren, wurde es, um das Ausstoßniveau in der Rüstungsproduktion zu halten bzw. sogar zu steigern, notwendig, Alternativen zu den leicht angreifbaren überirdischen Fabriken zu schaffen. Rechtliche Grundlage bildeten die Verlegungsgrundsätze vom 26. August 1943 und ein Erlaß des Rüstungsamtes vom 31.12. 1943.³³⁶ Ein Arbeitsstab der OT wurde damit beauftragt, eine Liste aller möglichen Bergwerke, Stollen, Eisenbahntunnel, Bunker und natürlichen Höhlen zu erstellen, die für eine unterirdische Produktionsverlagerung geeignet schienen. In einer Liste vom 5. September 1944 ist unter „IV. Steine und Erden“ an Position 19 als Eintrag zu finden:

„19. Gipsgrube Roigheim auf 19.000qm erweitert 4.10.26839		
Mosbach (Orh)	15.000 BBC	18.11 Herta
(Schwaben)	5.000 MMW29454 Trafo	
	1.000 Nadig u. Co“ ³³⁷	

³³⁵ Wann und wie diese Verpflichtung erfolgte, ist nicht ganz klar, da Unterlagen, die die Organisation und Durchführung der unterirdischen Verlagerungen erhellen könnten, nicht vorliegen. Diese sind zum Ende des Krieges meist systematisch vernichtet worden; siehe: Amtsblatt Roigheim, Nr. 31 –Nr. 35, Roigheim 1985. Die Dienstverpflichtung könnte auf einer Verordnung zur Sicherung des totalen Kriegseinsatzes vom 25.8.1944 (RGBI. 1944 I S 184) zurückgehen, nach der die Bestimmungen über die Verpflichtung von Unternehmensangestellten lt. Erlaß Nr. V4(w) - 1313/43 - O4(OT) vom 29.9.1943 neugefasst wurden. Eine Verpflichtung von einzelnen Personen erfolgte auf Basis dieser neuen Bestimmungen auf Handschlagbasis; siehe BA R2/28093.

³³⁶ BA, R3/1743, Blatt 51. In diesem Brief vom 6. Juli 1944 des Chefs des Produktionsamtes im Reichsrüstungsministerium, Seebauer, an die Leiter der Produktionshauptausschüsse geht es um die verwaltungstechnische Durchführung der Verlagerung. Die Anträge auf Produktionsverlagerung waren in zweifacher Ausführung an das Produktionsamt einzureichen und wurden an das Rüstungsamt zur Entscheidung weitergeleitet.

³³⁷ BA, R3/3010, Blatt 36. Die Quadratmeterangaben weichen von denen in einem weiteren Schriftstück genannten ab, siehe Amtsblatt Roigheim, Dezember 1985; dort ist von einem Platzbedarf der BBC von 6.400 qm die Rede.

Das „Herta“-Programm bezeichnete unter anderem die Produktion von Drehstrommotoren, die durch ihre besonders leisen Laufeigenschaften als Antriebe für die letzte Generation deutscher U-Boote eingeplant waren. Die Verlagerung der Firmen MMW und Nadig u. Co in die Gipsgrube wurde nicht umgesetzt, da die Räumlichkeiten nicht in vollem Umfang nutzbar waren und für den Platzbedarf der Brown, Boveri u. Cie. gerade ausreichten. Die Vorbereitung und Durchführung der Verlagerung lag in der Hand der BBC; der Transport umfaßte ca. 500 Eisenbahnwaggons.³³⁸ Zur organisatorischen Verschleierung war von Seiten des Rüstungsministeriums die „Grube Schwaben AG“ gegründet worden, in deren Namen sämtliche Verlagerungsaktivitäten stattfinden sollten. Diese Verschleierung war nach Meinung der Verantwortlichen notwendig, da schon die Bombardierung des Stammwerks der BBC in Mannheim-Käferthal auf gezielten Verrat zurückgeführt worden war.³³⁹

Da für die Produktion ein Mitarbeiterstamm von 1.000 Personen notwendig war³⁴⁰ (im Mannheimer Werk waren 1.800 Mitarbeiter beschäftigt)³⁴¹, mußten in Roigheim und Umgebung ausreichend Unterkünfte errichtet werden. Hierfür wurde die OT eingesetzt, die für diese umfassende Aufgabe auch auf eine erhebliche Anzahl von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter zurückgriff.³⁴² Zuständig für der Vorbereitung des Roigheimer Gipsgrube war die 5. Kompanie des 265. Bataillon der OT unter dem Kompanieführer Karthaus. Deren Aufgabe war es zunächst, die Stollen in ihrem Querschnitt zu vergrößern und über den schrägen Eingangsschacht der Gipsgrube hinaus ein weiterer senkrechter Schacht abzuteufen, der einen leichteren Zugang zur unterirdischen Produktionsstätte ermöglichen sollte. Hierzu wurden mehrere erfahrene Bergleute aus dem Saarland zusammen mit ihren Familien nach Roigheim umgesiedelt.

Ferdinand Keilmann wohnte, wie die meisten der Mitarbeiter der tätigen Baufirmen³⁴³ im Haus einer Roigheimer Familie; in seinem Fall einer Fa-

³³⁸ BA, R3/277, Blatt 15: Ergänzung zur Räumungsliste West I, Vb rechtsrheinisch (Nordbaden); Die Verlagerung der BBC wird hier als wichtig bezeichnet.

³³⁹ Amtsblatt Roigheim, Dezember 1985, S. 2.

³⁴⁰ Ebd., S. 3.

³⁴¹ BA, R3/277, Blatt 15.

³⁴² Im folgenden: Amtsblatt Roigheim, 1985, Englert, Karl-Heinz: Roigheim. Damals und Heute, Friedrichshall 1994. Die Anzahl ist in den Quellen unterschiedlich angegeben, mal ist von ca. 500 und an anderer Stelle von über 250 Zwangsarbeitern die Rede.

³⁴³ Neben der oben genannten Firma Ott-Bau waren folgende Firmen an der Verlagerung beteiligt: Eduard Armbruster (Heidelberg), Funke & Co, Freital (Sachsen) und Grün & Bilfinger (heute Bilfinger & Berger).

milie Kempf³⁴⁴, zu denen sich ein freundschaftliches Verhältnis entwickelte. Seine Aufgabe bestand in der Planung von Baracken zur Aufnahme der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen sowie der Mitarbeiter von OT und BBC. Die Barackenanlagen waren über den ganzen Ort verstreut; insgesamt sollten drei Lager entstehen; eines in der Bahnhofstraße mit 20 Baracken, dazu eines am Ortsausgang Bittelbronn und ein weiteres nahe der Seckachbrücke. Da diese Gebäude sich nicht so schnell in ausreichender Zahl erstellen ließen, wurde ein Teil der Personen, der nicht in provisorisch hergerichteten Räumen wie z.B. Saalbetrieben von örtlichen Gaststätten einquartiert werden konnte, in umliegenden Orten untergebracht.³⁴⁵

Zum März 1945 kam Keilmanns Familie ebenfalls nach Roigheim. Nachdem seine Frau mit den zwei Kindern am 2. Oktober 1944 von Aschaffenburg nach Preunschen bei Amorbach (Landkreis Miltenberg) evakuiert wurde³⁴⁶, ergab sich die Möglichkeit, im Hause der Familie Kempf eine gemeinsame Unterkunft zu finden. Die Aufgabe der Errichtung von Wohnmöglichkeiten für Mitarbeiter der BBC und Zwangsarbeiter wurde immer dringlicher, da die BBC im März 1945 die Produktion in den Gipsgruben aufnahm.³⁴⁷ Trotz organisatorischer Nähe hielt sich Keilmann wohl von den Angehörigen der OT fern.³⁴⁸ Die Gründe hierfür sind vielfältig. In einem späteren Briefwechsel bezeichnete ein Bekannter Keilmanns die OT als „komischen Verein“, eine Ansicht, die sich in der Eidesstattlichen Versicherung von Gerhard Schäfer zu Keilmanns Entnazifizierungsverfahren wiederfinden ließ. Nach Schäfers Darstellung war Keilmann „alles in allem ein Gegner geistigen, seelischen und körperlichen Uniformierung.“³⁴⁹ Wei-

³⁴⁴ Aus den Unterlagen des Einwohnermeldeamtes Roigheim geht die Unterkunft Keilmanns aus der Zeit vor 1945 nicht hervor, die Angabe stammt aus einem Gespräch mit Eva Keilmann. Laut ihrer Aussage ist die Familie in Roigheim nicht umgezogen.

³⁴⁵ So z.B. in der Sennfelder Synagoge in einem behelfsmäßigen Strohlager oder in Adelsheim. Da Roigheim die Zahl von 1.000 Mitarbeitern nicht hätte aufnehmen können, war auch langfristig eine Unterbringung in Nachbarorten vorgesehen.

³⁴⁶ SSA AB, Meldekarte F. Keilmann jun., Eva Keilmann mußte Aschaffenburg verlassen, weil das Elternhaus Ferdinands in der Löherstr. 2 durch einen Bombentreffer schwer beschädigt war. Personen kamen bei dem Angriff nicht zu Schaden, das Inventar konnte nur zum Teil gerettet werden. Nicht nur das Elternhaus war stark beeinträchtigt, sondern auch das Wohnhaus von Keilmanns Schwester Agnes. Schwester und Eltern wurden gemeinsam nach Werneck bei Würzburg evakuiert; sie kehrten 1947 nach Aschaffenburg zurück.

³⁴⁷ Zu einer Auslieferung der zunächst hergestellten Ölpumpen kam es laut Josef Gimber (Direktor der BBC) nicht mehr; die Versorgungszüge konnten die durch ständige Bombenangriffe zerstörten Bahngleise nicht mehr benutzen; siehe Amtsblatt Roigheim, 1985.

³⁴⁸ AKe; Brief von W. Molitor an F. Keilmann vom 26. Januar 1946 und Erklärung von Gerhard Schäfer an die Spruchkammer Heilbronn bzgl. Entnazifizierung F. Keilmann vom 15. Oktober 1946.

³⁴⁹ AKe; Schäfer, geboren am 8. August 1921, kam ebenfalls durch Dienstverpflichtung nach Roigheim, allerdings nur während der Semesterferien im Zuge seines Studiums in Heidelberg.

tere Ursache könnte gewesen sein, daß sich die Mitglieder der OT in erster Linie aus Handwerkern zusammensetzte, die durch ihren Baueinsatz schon seit Jahren im gesamten Reich und den besetzten Gebieten eingesetzt waren. Ein künstlerisch veranlagter Familienvater, der seine Frau und Kinder in der Nähe wußte, fand vermutlich wenig Gefallen an der rustikalen Umgangsweise, die in der OT üblich war. Dazu kommt, daß Keilmann als Dienstverpflichteter ohne weitere Erfahrungen in ähnlichen Baueinsätzen von den Mitgliedern der OT nicht ernst genommen wurde, zumal er durch seine Schwerhörigkeit des öfteren Ziel von Verspottungen bot.

IV.12 Amerikanische Besetzung und Nachkriegszeit in Roigheim

Direkt nach der Eroberung des Ortes Roigheim durch die Amerikaner am 2. April 1945 wurden sämtliche Bewohner aus ihren Häusern geholt und die Wohnungen systematisch durchsucht. Das Ehepaar Keilmann hatte noch eine erhebliche Summe Geld zur Verfügung und teilte dieses auf, damit beide für sich ein Versteck suchten. Während das Geld von Eva Keilmann im Keller entdeckt wurde, war der Teil von Ferdinand in einem Hohlraum im Klavier der Familie Kempf sicher genug untergebracht. Das Parteiabzeichen, das Keilmann in den letzten Jahren nur noch sporadisch getragen hatte, entsorgte Eva in einem „Plumpsklo“.

Unmittelbar nach der Besetzung begann der „Wiederaufbau“.³⁵⁰ Die durch einen Granatentreffer unterbrochene Überlandleitung wurde auf Antrag der vor Ort anwesenden Werksleitung der BBC von Mitarbeitern des Unternehmens repariert, so daß nach wenigen Tagen zumindest die Stromversorgung wieder hergestellt war. Diese Reparatur war auch dringend notwendig, um eine undurchführbare Anordnung des örtlichen Militärkommandanten in Adelsheim³⁵¹ aufzuheben. Da das Bodenniveau der Gipsgrube etwas unterhalb des Wasserspiegels der Seckach lag, lief die Grube, nachdem die Stromversorgung der Pumpen unterbrochen war, schnell auf die Höhe von ca. einem halben Meter voll Wasser. Die Anordnung lautete nun, daß die männlichen Bewohner des Ortes das Ansteigen des Wasserstandes in der

³⁵⁰ Im folgenden: Amtsblatt Roigheim 1985, sowie Englert 1994, S. 131ff., des weiteren Erzählungen von Eva Keilmann und Herbert Wagner. Der „Wiederaufbau“ in Roigheim beschränkte sich auf wenige Projekte, wie zum Beispiel die zerstörte Brücke, da der Ort kampflos in die Hände der Amerikaner gefallen war. Trotzdem war die Wohnungsnot später groß, da viele Ostflüchtlinge im Ort untergebracht werden mußten.

³⁵¹ Dieser war ein als Mitglied der amerikanischen Armee ein in den 30er Jahren ausgewanderter Frankfurter, siehe Amtsblatt Roigheim, Nr. 33, 1985. Adelsheim liegt ca. 10 km nördlich von Roigheim ebenfalls an der Seckach und war nach der Kapitulation Sitz der örtlichen amerikanischen Militärkommandantur.

Grube durch Abschöpfen mit Eimern verhindern sollten – ein sinnloses Unterfangen, da der Gips zu stark wasserdurchlässig war.

Ende April sollte auf Grund einer Eilanordnung innerhalb von zwei Tagen die vor dem Einmarsch der Amerikaner gesprengte Brücke als Provisorium neu errichtet werden, um den von der Außenwelt abgeschnittenen Ort wieder an das Verkehrsnetz anzubinden. Unter ständiger Beobachtung der amerikanischen Besatzungsmacht wurde das Holz, welches von der OT zur Herstellung des senkrechten Stollens in die Gipsgrube vorgesehen war, von den für diesen Zweck zwangsverpflichteten Männern des Ortes zur Seckach geschafft. Unter der Mitarbeit von Ferdinand Keilmann als ausführendem Architekten wurde dann die provisorische Brücke erstellt.³⁵² Ansonsten sind die Amerikaner mit den männlichen Bewohnern des Ortes sowie den Mitarbeitern der BBC und der ortsansässigen Firmen nicht zimperlich umgegangen. Sie wurden gezwungen, jeden Abend vor Eintritt der Ausgangssperre um 19 Uhr die Straßen zu fegen, die Inhaber der Authenrieth-Werke, Günther und Theophil Authenrieth, sogar in Frack und Zylinder.

Die annähernd 500 Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die sich noch im Ort befanden, stellten in den Augen der Einheimischen eine deutliche Gefahr dar, da man Plünderungen und Denunziation fürchtete. Da diese Befürchtungen nicht grundlos waren, zeigte eine Situation, in der der wirtschaftliche Direktor der BBC, Josef Gimber, einen italienischen ehemaligen Zwangsarbeiter beim Versuch eines Diebstahls entdeckte und diesen den amerikanischen Behörden übergeben wollte. Dieser Italiener stellte nun gegenüber den herbeigerufenen GI's Gimber als überzeugten Nationalsozialisten dar. Durch das persönliche Eingreifen eines weiteren Zwangsarbeiters konnten die Amerikaner vom Gegenteil überzeugt werden und ließen Gimber wieder frei. Die gesamte Situation entspannte sich, als die Zwangsarbeiter nach einigen Tagen in ein Sammellager abtransportiert wurden.

Nachdem die ersten Wirren der Besatzungszeit überwunden waren, kehrte langsam wieder so etwas wie Normalität in den Ort ein. Zwar gab es keine zerstörten Gebäude, doch waren in kurzer Zeit viele Flüchtlinge und zurückgekehrte ehemalige KZ-Häftlinge unterzubringen. Zu diesem Zweck wurde Keilmann als Architekt eingesetzt, die zum Teil noch nicht abgeschlossenen Bauvorhaben an den Barackenlagern fortzusetzen, um die schlimmste Wohnungsnot zu lindern. Es erging ihm hier wie vielen seiner

³⁵² Das „Provisorium“ aus Holz war so stabil, daß es erst Mitte der 50er Jahre gegen eine Betonkonstruktion ausgetauscht wurde.

Arbeitskollegen, die als Fachleute für Bauwesen fast gezwungenermaßen ihr Architekturbüro wieder eröffneten. Eine weitere umfangreiche Aufgabe war die Bestandsaufnahme von Bauschäden, für die Keilmann in der Region viel unterwegs war.³⁵³

„Große“ Aufträge für das jetzt auch mit Erlaubnis der inzwischen wieder arbeitenden Kreisverwaltung Heilbronn arbeitende „Architekturbüro Ferdinand Keilmann“³⁵⁴ gab es nicht allzu viele.³⁵⁵ In den fünf Jahren in Roigheim waren dies vor allem eine Produktionshalle für die Pressspanwerke Authenrieth, ein Wohnhaus Lehmann in Roigheim, eine kleine Trauerhalle auf dem Roigheimer Friedhof und die Entwürfe für das Wohnhaus des Technischen Direktors der BBC-Werke, Herbert Wagner aus Birkenau an der Weinstraße.³⁵⁶ Die Teilnahme an zumindest einem Wettbewerb in Heilbronn ist belegt, das Ergebnis kann allerdings nicht positiv gewesen sein. Das „Architekturbüro“ bestand zu dieser Zeit in erster Linie aus der Person Ferdinand Keilmann, seinen Zeichenmaterialien und bei Bedarf der Schreibmaschine einer alten Bekannten der Familie, Frau Ilse Noelle, die auf der Flucht aus Berlin ebenfalls den Weg nach Roigheim gefunden hatte.³⁵⁷ Da diese wenigen Aufträge nicht zum Überleben reichen konnten, arbeitete zum einen Eva Keilmann in den Sommermonaten bei örtlichen Bauern auf den Feldern, und zum anderen gab Ferdinand Keilmann Klavierunterricht und –konzerte.

Ein großer Teil des Zeit zwischen Januar 1946 und April 1948 war geprägt durch die für Keilmann unbequeme Prozedur der Entnazifizierung.³⁵⁸ Da dieser Prozeß erst knapp drei Jahre nach Ende des Krieges abgeschlossen und für Personen ohne einen gültigen „Persilschein“ eine Anstellung in öffentlichen Verwaltungen nicht möglich war³⁵⁹, begann Keilmann erst ab Mai 1948 wieder, Bewerbungen zu schreiben. Nach mehreren vergeblichen

³⁵³ Laut Aussage Eva Keilmann gab es an verschiedenen Orten Aufträge für Bestandsaufnahmen, bekannt ist zur Zeit nur eine Aufgabe in Niederzimmern.

³⁵⁴ AKe; Erlaubnis-Schein vom 6. Mai 1947: „Herrn Ferdinand Keilmann, Dipl.Arch. in Roigheim, Hauptstr. 7 erhält hiermit in stets widerruflicher Weise die Erlaubnis zur Weiterführung des angemeldeten Betriebes –Architekturbüro –“.

³⁵⁵ AKe; Für das Jahr 1945 sind in einer (schlecht leserlichen) handschriftlichen Aufstellung folgende Einnahmen verzeichnet: 200,- Gemeinde Roigheim, 93,- Konzert in Buchen, 180,- Klavierspielen, 200,- (?) Kegelbahn, 100,- Bunter Abend im (? –unleserlich), 1400,- (sic!) Klarich + Siggurt (?), Summe: 2223,-Mark.

³⁵⁶ Herbert Wagner konnte mir im Alter von 95 Jahren noch persönlich die kompletten Zeichnungen vom Juli 1946 präsentieren und einiges über die damaligen Verhältnisse in Roigheim und zur Zusammenarbeit mit meinem Großvater berichten.

³⁵⁷ Nachdem Keilmann in Berlin ausgebombt worden war, wohnte er für kurze Zeit zusammen mit seinem Bruder Wilhelm bei den Eltern der Ilse Nölle im Berliner Süden.

³⁵⁸ Siehe Kapitel IV. 13 (Entnazifizierung).

³⁵⁹ Siehe Kapitel II. 5 (Nachkriegszeit).

Versuchen, die leider nicht überliefert sind, bewarb er sich Mitte 1950 erstens beim „Stadtplanungsamt Würzburg“ auf die „Stelle eines Architekten“, zweitens beim „Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen Baustab Bonn“ auf die Stelle eines „Architekten“ und drittens beim „Planungsamt der Stadt Bochum“ auf die Stelle eines „Ersten Architekten“³⁶⁰. Die Stadt Bochum reagierte mit einem Telegramm von Clemens Massenbergs vom 24. Juli 1950 als Erste.

IV.13 Entnazifizierung

Einer der Versuche, Ferdinand Keilmann zu entnazifizieren, lief ins Leere. Am 10. Januar 1946 verschickte die Abteilung C.I.C. des Polizeipräsidium Aschaffenburg eine Vorladung an „Ferdinand Keilmann jun., wohnhaft Löhnerstr. 2, Aschaffenburg“³⁶¹. Das Haus war zu diesem Zeitpunkt schon seit fast einem Jahr bis auf das Kellergewölbe zusammengebrochen.³⁶² Eine weitere handschriftliche Notiz vom 22.01.46 vermerkte, daß „Name/Anschrift beim Einwohner-Meldeamt nicht zu ermitteln“³⁶³ sei.

Das Entnazifizierungsverfahren wurde durch die Spruchkammern Heilbronn und Neckarsulm unter dem Aktenzeichen 26/75/580 zwischen Dezember 1945 und April 1948 durchgeführt. Der Bearbeitungszeitraum erklärt sich vor allem durch die Tatsache, daß Keilmann im Fragebogen zur ersten Entscheidung der Spruchkammer vom 21. April 1947 eine ganze Reihe falscher Angaben gemacht hatte. So verschwieg er seine NSDAP-Mitgliedschaft vor 1938 und datierte die Mitgliedschaft im NSDStB auf nach 1933³⁶⁴. Auch die übrigen Angaben in dem Fragebogen beigefügten Lebenslauf weichen von den Daten ab, die sich aus Arbeitszeugnissen rekonstruieren lassen.³⁶⁵ Zur Entlastung Keilmanns lag eine Reihe von Eidesstattlichen Versicherungen vor.³⁶⁶ Keilmann wurde im ersten Verfahren, nachdem bei Anfragen im

³⁶⁰ AKe, Ausschnitt aus der Zeitschrift „Baumeister, Nr. 7, 1950, S. 478. Die Numerierung ist von Keilmann handschriftlich vorgenommen.

³⁶¹ BA, DOC, PK, Keilmann, Ferdinand, 24.07.07.

³⁶² Ebd.; auf der Postkarte, welche das Erscheinen Keilmanns unter Androhung der Vorladung erwirken sollte, ist handschriftlich vermerkt: „Haus zerstört“.

³⁶³ BA, DOC, PK, Keilmann, Ferdinand, 24.07.07., Notizzettel in der Akte.

³⁶⁴ SA LU; EL 902/12, Nr. 26/75/580, Fragebogen des „Military Government of Germany“ vom 29. Dezember 1945.

³⁶⁵ Ebd., Lebenslauf zum „Fragebogen“ vom 29. Dezember 1945.

³⁶⁶ AKe; in den privaten Unterlagen finden sich bis zum April 1947 sechs Erklärungen: 1. Josefine Obesle, langjährige Hausangestellte im Hause Keilmann sen.; 2. Ilse Noelle, Bekannte aus Berlin, kam im Zuge der Evakuierung ebenfalls nach Roigheim; 3. Gerhard Schäfer, Architekturstudent, arbeitete in seinen Semesterferien an der unterirdischen Produktionsverlagerung mit; 4. Tilla Briem, Opernsängerin, Freundin der Familie Keilmann; 5. Anny Alzenberger, ehemalige Nachbarin von Keilmann sen.; 6. Emil Klein-

Kreis Heilbronn keine nachteiligen Informationen über sein politisches Engagement vorlagen³⁶⁷, als Mitläufer zu einem Sühnegeld von 300,- Mark verurteilt.³⁶⁸

Die Wiederaufnahme des Verfahrens ist auf den Umstand zurückzuführen, daß die in München aufbewahrte komplette Mitgliederkartei der NSDAP durch einen glücklichen Zufall, statt vernichtet zu werden, in die Hände der Amerikanischen Armee gefallen war. In der Folge wurden die Urteile der Spruchkammern systematisch mit den aus den Akten ersichtlichen Mitgliedsdaten abgeglichen.³⁶⁹ Da über die aus diesem Grund wiedereröffneten Spruchkammerverfahren in der Tagespresse berichtet wurde, war Keilmann schnell klar, daß er in Schwierigkeiten war. Bei der Überprüfung seines Fragebogens mußte deutlich werden, daß er erhebliche falsche Angaben gemacht hatte, und in vergleichbaren Fällen wurden Berufsverbote und Gefängnisstrafen ausgesprochen. An dieser Stelle kam ihm der Zufall zu Hilfe. Gegen Ende des Jahres 1944 war die damals 21-jährige Friedel Eisele als Rotkreuzhelferin nach Roigheim dienstverpflichtet worden. Da sich Keilmanns musikalische Fähigkeiten in der Kleinstadt Roigheim herumgesprochen hatte, fragte die junge Frau ihn zu Beginn des Jahres 1945, ob sie Klavierunterricht bei ihm bekommen könne. Aus diesem Kontakt entwickelte sich eine langjährige Freundschaft, die für Keilmann im Entnazifizierungsverfahren besonders wertvoll werden sollte. Keilmann erhielt am 7. Januar 1948 die Aufforderung, erneut einen politischen Meldebogen abzugeben. Fand die erste Verhandlung noch in Heilbronn statt, so war nun die Spruchkammer Neckarsulm zuständig, und der Vorsitzende des zuständigen Gerichts war ein Bekannter von Frau Eisele. Auf das Schreiben vom 7. Januar antwortete Keilmann zunächst am 13. des Monats:

„Ich habe bereits am 4. Jan 1946 an die Militärregierung Heilbronn einen politischen Meldebogen eingesandt, mein Sühnebescheid vom 4. April 1947 von der Spruchkammer Neckarsulm liegt ebenfalls vor, und ich bitte daher höflichst um Mitteilung, ob unter diesen Umstän-

schmidt, Vorgesetzter im Büro Rimpl, Kleinschmidts Frau war „Halbjüdin“, eine Tatsache, die Keilmann seit 1942 bekannt war.

³⁶⁷ SA LU; EL 902/12, Nr. 26/75/580, Arbeitsblatt in dreifacher Ausführung, zur Bearbeitung an folgende Institutionen geschickt und zurückerhalten: Arbeitsamt Neckarsulm, Finanzamt Neuenstadt, Bürgermeisteramt Roigheim.

³⁶⁸ Ebd., Sühnebescheid vom 21. April 1947. Da kein Einspruch erfolgte, wurde der Sühnebescheid zum 3. Mai 1947 als rechtskräftig erklärt. Die Summe entsprach knapp zwei durchschnittlichen Facharbeiter-Monatslöhnen.

³⁶⁹ Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied 1969, S. 38.

den bzw. zu welchem Zweck die nochmalige Einsendung der Papiere erfolgen soll.“³⁷⁰

Die Antwort der Militärregierung erfolgte ohne die gewünschte Angabe von Gründen bereits zwei Tage später mit einer nochmaligen Aufforderung, „einen politischen Meldebogen, sowie einen ausführlichen Lebenslauf, enthaltend Schule, Beruf, Militärdienst u. politische Vergangenheit“³⁷¹ bei der Militärregierung in Heilbronn abzugeben. Wieder begann das Sammeln von Eidesstattlichen Versicherungen (diesmal fünf), und außerdem setzte sich nun Frau Eisele mit dem Vorsitzenden der Spruchkammer, einem Mann namens Greiner, privat in Verbindung, um „ganz allgemein“ und ohne Nennung des Betroffenen anzufragen, wie in einem Fall der vorherigen Falschaussage zu verfahren sei. Nach Erhalt der gewünschten Informationen ging Keilmann in die Offensive. Das Protokoll der Spruchkammer Neckarsulm vom 27. Februar 1948 vermerkt:

„Es erscheint unaufgefordert [*Unterstreichung im Original*] Ferdinand Keilmann, geboren am 24.7.1907 und erklärt: Bei der Ausfüllung meines Meldebogens im April 1946 sind einige Irrtümer unterlaufen, die ich hiermit berichtige.“³⁷²

Die weiteren Ausführungen stimmten nun mit den tatsächlichen Eckdaten der eigenen Biographie überein. Das Amt des Ortsgruppenamtsleiters in Aschaffenburg schien der Spruchkammer aus der NSDAP-Mitgliedskartei nicht ersichtlich gewesen zu sein, hierauf gab es in den Verfahrensakten keinen Hinweis und Keilmann hat wohl davon abgesehen, von sich aus darauf hinzuweisen. Mit dem angenommenen Sühnebescheid vom 7. April 1948 und einer nochmaligen Zahlungsverpflichtung von 300,-Mark war das Kapitel Entnazifizierung für Ferdinand Keilmann abgeschlossen.³⁷³

³⁷⁰ AKe; Schreiben von F. Keilmann an die Militärregierung Heilbronn vom 13. Januar 1948.

³⁷¹ AKe; Schreiben des Office of Military Government, Liaison and security Office SK & LK Heilbronn an F. Keilmann vom 15. Januar 1948.

³⁷² SA LU; EL 902/12, Nr. 26/75/580, Protokoll der Spruchkammer Neckarsulm vom 27. Februar 1948.

³⁷³ Von diesen 300,-Mark sind nach Aussage von Eva Keilmann ein Teil bereits in D-Mark bezahlt worden, was bei der ungünstigen Währungsumstellung eine erhebliche finanzielle Belastung bedeutete.

IV.14 Exkurs Nr. 1: Das bewegte Leben in den Lebensläufen – Dichtung und Wahrheit

Der Lebenslauf von Ferdinand Keilmann ist in sich schon einmal sehr umfangreich; dies liegt daran, daß er als angestellter Architekt zumindest bis zum Jahre 1945 immer nur kurz in einer Anstellung verblieb.³⁷⁴ Für die gesamte Schul- und Ausbildungszeit stellt sich das Problem, daß kein einziges Zeugnis überliefert ist; weder die Schulzeugnisse, noch der Gesellenbrief oder das Abschlußzeugnis der Hochschule in Weimar. Da aber nach Aussage von Eva Keilmann der entsprechende Ordner zumindest bis 1985 vorhanden war, ist davon auszugehen, daß die Zeugnisse existieren und heute einfach nur nicht auffindbar sind.

Auffallend an Keilmanns verschiedenen vorliegenden Lebensläufen ist, daß in kreativer Form je nach Adressat bestimmte Daten weggelassen, hinzugefügt, Namen auch mal falsch geschrieben oder die gesamte Biographie komplett neu durchgestaltet wurde. Hier zunächst die Daten, die (mit wenigen gekennzeichneten Ausnahmen) gesichert sind:

Am 24.Juli 1907 wird Ferdinand Keilmann in Würzburg geboren.

04.13	Einschulung in die Volksschule in Würzburg
10.13 – 10.15	Umzug nach Nürnberg, Besuch der Volksschule
10.15	Umzug nach Aschaffenburg (AB), Besuch der Volksschule
04.18	Abschluß der Volksschule
04.18 – 04.20 (?)	Besuch des Humanistischen Gymnasiums AB
08.20 – 12.20 (?)	Lehrzeit zum Zimmermann, Abbruch wegen Krankheit
01.20 – 12.21 (?)	Krankenhausaufenthalt
01.22 – 08.24 (?)	Lehrzeit zum Tischler, Abschluß mit Gesellenbrief
09.24 – 02.27	Besuch der H.T.L in Offenbach am Main, Abschluß
03.27 – 12.27	Architekt im Atelier Prof. Eberhardt, Offenbach a.M.
01.28 – 12.28	Architekt im Atelier von Prof. Dr. Leitolf, AB
01.29 – 08.29	selbständige Tätigkeit in Aschaffenburg
09.29 – 03.32	Studium in Weimar an der Staatlichen Bauhochschule
03.32 – 02.33	Unterbrechung des Studiums, Aufenthalt in AB (?)

³⁷⁴ Frau Jutta Massenber-Vogt, Tochter des Bochumer Stadtbaurats und selber Architektin, die Keilmann in den 50er Jahren persönlich kennengelernt hat, da er ihr und ihrer Schwester Klavierunterricht erteilte (nach ihren Angaben bei ihr eher erfolglos), sagte mir in einem Telefonat, daß sie bei einem ihrer Lehrer gelernt habe, daß man als Architekt nie länger als zwei Jahre in einem Büro bleiben solle. Wenn dieser Ratschlag richtig ist, dann hat Ferdinand Keilmann in den ersten 15 Jahren seiner beruflichen Entwicklung alles richtig gemacht.

02.33 – 06.33	Beendigung des Studiums in Weimar
06.33 – 03.36	Rückkehr nach AB, Volontariat im Stadtbauamt
04.36 – 09.37	RLM, Luftkreiskommando Kiel IV, Seefliegerhorst Hörnum/Sylt, planender Architekt
09.37 – 09.39	RLM, Luftkreiskommando Berlin III, Flakkaserne Berlin-Lankwitz, planender Architekt
02.06.1938	Hochzeit mit Eva Schliffke in Weimar
10.39 – 06.40	Brandenburgische Heimstätte Berlin, Siedlung Stahnsdorf, Siedlungsplanung und Bauleitung
07.40 – 01.43	Architekturbüro Dr. Herbert Rimpl, Berlin, stellvertretender Büroleiter und planender Architekt
30.05.1941	Geburt des ersten Sohnes Ferdinand
03.11.1942	Geburt des zweiten Sohnes Manfred
01.43 – 03.44	Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V., Berlin, stellvertretender Gruppenleiter
04.44 – 07.44	Wehrdienst, Panzer-Artillerie-Ausb.-Abt. 4, Stahnsdorf
07.44	Rückkehr nach Aschaffenburg
10.44 – 04.45 (?)	Dienstverpflichtung bei der Fa. Ott-Bau, AB, unterirdische Produktionsverlagerung in Roigheim bei Heilbronn
04.45 – 08.50	Selbständiger Architekt in Roigheim
08.50	Aschaffenburg
08.50 – 02.54	Stadt Bochum, Architekt
	Stadt BO, Verbeamtung, Ernennung z. Stadtbaumeister
08.02.1958	Geburt des dritten Sohnes Oliver
05.01.1961	Geburt des vierten Sohnes Harald
07.72	Pensionierung

Ferdinand Keilmann stirbt am 7. September 1979 in Bochum.

Vergleicht man nun diese Daten mit denen, die sich in den einzelnen Lebensläufen wiederfinden, so ergibt sich jeweils ein interessantes Bild. Das älteste vorliegende Exemplar eines Lebenslaufs datiert auf den Mai 1935 in Zusammenhang mit seinem Antrag auf Übernahme in das Amt eines politischen Leiters in der NSDAP.³⁷⁵ Die angegebenen Daten sind komplett richtig angegeben, bei den Stadien der Schulausbildung verzichtet er jedoch völlig auf die Angabe von Jahreszahlen, ebenso ist die kurze Zeit am Gymnasium in Aschaffenburg nicht erwähnt. Diese Auslassungen sind wohl darin zu suchen, daß er durch die fehlende Unterstützung seiner Eltern nicht die Schulbildung erlangen konnte, die er sich später gewünscht hat. Bezüglich der Studienzeit in Weimar findet die Tatsache keine Erwähnung, daß

³⁷⁵ BA, DOC, PK, Keilmann, Ferdinand, 24.07.07.

Keilmann sein Studium für zwei Semester unterbrechen mußte, da die Eltern nicht das Geld aufbringen konnten oder wollten, um gleichzeitig sein Studium und das seines jüngeren Bruders zu finanzieren. Alle diese Dinge sind jedoch zu vernachlässigen. Was hier aber Aufmerksamkeit erregt, ist in Kapitel IV. 5 (Rückkehr nach Aschaffenburg) schon erwähnt; Keilmann schreibt in dieser Darstellung den Namen von Ernst Neufert absichtlich falsch, um seine Chancen auf Übernahme in das angestrebte Parteiamt nicht zu gefährden. Hintergrund ist der Ruf Neuferts, Anhänger der Kommunisten zu sein.³⁷⁶

Der nächste Lebenslauf, der die Jahrzehnte überdauert hat, datiert vermutlich auf den Februar 1944 und könnte somit in Zusammenhang mit der Bewerbung bei Prof. Dr. Wilhelm Kreis stehen.³⁷⁷ Bei diesem Exemplar läßt sich durch einen handschriftlichen Entwurf nachweisen, daß Eva Keilmann an der Formulierung beteiligt war. Da bestimmte Begriffe wie zum Beispiel „habe ich mich in eigener Praxis betätigt“ mit dem Exemplar von 1935 wörtlich übereinstimmen, ist zu vermuten, daß Keilmann an der Erstellung entweder selbst beteiligt war, oder ältere Exemplare weiterer Lebensläufe als Vorlage gedient haben. Auch in dieser Darstellung wird nicht auf die schulische Ausbildung eingegangen, die zwei Semester Studium bei Ernst Neufert werden gar nicht erwähnt. Allerdings muß Neufert durch seine wichtige Stellung nicht mehr verleugnet werden und so verlegt Keilmann einen Teil seiner Arbeit bei Neufert von Gelmeroda nach Berlin und zwar für den Zeitraum vom 1. September 1932 bis zum 30. April 1933. Daß er in Wirklichkeit in dem zu dieser Zeit laufenden Wintersemester seine Abschlußprüfungen in Weimar abgelegt hat und zwischenzeitlich nur neben dem Studium für Neufert tätig war, paßt nicht mit dieser schriftlichen Darstellung zusammen.

Der chronologisch folgende Lebenslauf entsteht zum 29. Dezember 1945 im Zuge des ersten Entnazifizierungsverfahrens, das Keilmann durchlaufen

³⁷⁶ Wie wenig Neufert Kommunist war, zeigt die Tatsache, daß er als Beauftragter für Normungsfragen seit 1938 einen entscheidenden Einfluß auf große Teile der Bauschaffenden des ganzen Reiches hatte. Laut einer Liste des ehemaligen Ministerialdirektors beim GBI, Erwin Bohr, die Bohr ca. im Dezember 1945 für die amerikanische Besatzungsmacht erstellt hat, war Neufert Mitglied der NSDAP, jedoch nicht vor 1933; siehe BA, R3/3270, Blatt 27. Neufert findet sich unter Punkt 14 des Punkt A. „Baufachleute“. Bohr vermerkt weiter: „Gilt als einer der bekanntesten Industriepaner, beim Generalbauinspektor für den Industriebau Berlin eingesetzt. Herausgeber des bekannten Buche [sic!] über die Baulehre.“

³⁷⁷ AKe; Durchschrift eines Lebenslaufs mit handschriftlichem Entwurf. Die Vermutung liegt nahe, weil als letzte Tätigkeit die „Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V.“ angegeben ist und hier kein Austrittsdatum verzeichnet ist.

muß.³⁷⁸ Keilmann macht die entsprechenden Angaben auf dem Fragebogen des „Military Government of Germany“, es handelt sich hier nicht nur um einen Lebenslauf im ursprünglichen Sinn (ein solcher hängt als Anlage am Fragebogen). Da die 131 Fragen des Fragebogen alle beantwortet werden müssen, ergibt sich für die schulische Ausbildung und den beruflichen Werdegang ein sehr differenziertes Bild, welches jedoch mit der tatsächlichen Biographie wenig zu tun hat.

Zumindest die Einschulung in Würzburg in die Volksschule im Jahre 1913 stimmt noch, ebenso die Volksschule Nürnberg zwischen 1913 und 1915 sowie die Volksschule in Aschaffenburg anschließend bis 1918. Danach gehen die Angaben doch deutlich an der Realität vorbei. Besuch des Humanistischen Gymnasiums 1918 bis 1924 (kein Wort vom Abbruch des Besuchs des Gymnasiums oder von der absolvierten Lehrzeit zunächst als Zimmermann, dann als Tischler), Ausdehnung des Volontariats bei Prof. Eberhardt in Offenbach auf vier Jahre zwischen 1927 und 1931 (im angehängten Lebenslauf), im Fragebogen dagegen dieses Volontariat erst zwischen 1931 und 1932. Der angehängte Lebenslauf erwähnt für diesen Zeitraum ein „zeitweise(s) Musikstudium in Frankfurt und Aschaffenburg“.³⁷⁹ Das Studium in Weimar findet nun nicht mehr zwischen 1929-33 statt, sondern in einem ersten Teil erst zwischen 1933-35; das Diplom will Keilmann erst im Wintersemester 1937/38 in Weimar erworben haben. Die Daten der Beschäftigung beim Reichsluftfahrtministerium sind unter Berücksichtigung der vorherigen Ausführungen ansonsten richtig, für den Zeitraum zwischen 1939 bis 1944 erfolgt in dem Fragebogen keine Differenzierung zwischen den einzelnen Tätigkeiten. Hier ist ausschließlich von selbständiger Tätigkeit die Rede, was bezogen auf die unklare rechtliche Stellung der Beschäftigungsverhältnisse sogar stimmen kann. Die Bezeichnung der Tätigkeit im „Monumental- und Wohnungsbau“ ist zumindest nicht falsch dargestellt. Für die Zeit nach seiner Entlassung aus der Wehrmacht gibt Keilmann wiederum eine selbständige Tätigkeit für eine Industrieverlagerung in Roigheim an. Auch die Angabe *dieser* Selbständigkeit läßt sich heute nicht mehr nachprüfen.

Der kritische Teil des Fragebogens betrifft eine Thematik, die in Lebensläufen sonst keine Rolle spielt, und zwar das politische Engagement Keilmanns. Die entsprechenden Abweichungen der Angaben in seinem Fragebogen von den tatsächlichen Begebenheiten sind bereits in Kapitel IV. 13.

³⁷⁸ SA LU; EL902/12 Nr. 26/75/580.

³⁷⁹ SA LU; EL902/12 Nr. 26/75/580.

(Entnazifizierung) erwähnt, sollen nur kurz noch einmal aufgegriffen werden: Laut Lebenslauf Eintritt in den NSDStB 1933 (in Wirklichkeit Oktober 1930), Eintritt in die NSDAP 1938 (Februar 1932). Die fälschliche Vermutung Keilmanns, er sei ab 1942 nicht mehr Parteimitglied gewesen, ist auf das Einziehen des Parteibuchs durch die Gauleitung Berlin zurückzuführen: Keilmann hatte die Parteibeiträge nicht mehr bezahlt. Daß die Mitgliedschaft trotzdem weiter bestand, muß er nicht gewußt haben, da von Seiten der NSDAP keine Mitteilung erfolgte.

Durch die Wiederaufnahme des bereits abgeschlossenen Entnazifizierungsverfahrens zum 2. März 1948 hatte Keilmann erneut einen Lebenslauf einzureichen. Dieser zeichnet sich dann, verursacht durch die Strafandrohung, durch seine ausgesprochene Nähe zur tatsächlichen Biographie aus, lediglich die durch die Ausformulierung des Lebenslaufs erforderliche Vereinfachung könnte man hier anmerken.

Schließlich finden sich in dem Fragebogen der englischen Besatzungszone, den Keilmann im Vorfeld seiner Einstellung bei der Stadt Bochum ausfüllen mußte, abgesehen von minimalen Vereinfachungen keine Differenzen mehr zwischen dem wirklichen Leben und der Darstellung desselben auf Papier; gleiches gilt für den Melde- und Personalbogen, der in Zusammenhang mit einer Neufassung des §81 des Bundesgesetzes zu Artikel 131 GG abgegeben werden mußte.³⁸⁰

IV.15 Anstellung in Bochum

Die Anstellung bei der Stadt Bochum verlief für Ferdinand Keilmann nicht so schnell und reibungslos, wie er es sich erwünscht hatte. Zwar kam das Telegramm von Stadtbaurat Clemens Massenbergs mit der Aufforderung zum Vorstellungsgespräch schon 11 Tage nach seiner Bewerbung vom 13. Juli 1950 in Aschaffenburg an, jedoch zog sich der vorbereitende Schriftverkehr in die Länge.³⁸¹ Ob Keilmann während seiner Berliner Tätigkeit

³⁸⁰ AKe; handschriftliche Notizen zum Meldebogen vom Oktober 1954.

³⁸¹ Personalakten der Stadt Bochum werden nach dem Ausscheiden von Mitarbeitern und einer folgenden, den gesetzlichen Bestimmungen unterliegenden Frist dem Stadtarchiv zu einer Prüfung vorgelegt, bei der festgestellt werden soll, inwieweit jede einzelne Akte in Zukunft für eine (stadt-)historische Forschung interessant sein könnte. Glücklicherweise werden bei der Stadt abseits des Stadtarchivs die sogenannten Personalkarten langfristig aufbewahrt, auf denen die wichtigsten Daten der Mitarbeiter in Kurzform dargestellt sind. Von Seiten der Stadt Bochum liegt diese Personalkarte vor und war durch die zwar stichpunktartigen, aber umfangreichen Angaben ein äußerst wichtiger Ansatzpunkt für die vorliegende Arbeit. Die Personalakte Keilmanns der Stadt konnte für die weitere

Massenberg persönlich kennen gelernt hatte, wie er später behauptete, ist heute nicht mehr zu klären. Nachdem er nach einem Vorstellungsgespräch am 29. Juli im Bochumer Rathaus wieder nach Roigheim zurückkehrte, wurde er von Seiten der Stadt durch den städtischen Baurat Josef Hellrung aufgefordert, erneut einen politischen Fragebogen³⁸² auszufüllen – diesmal auf Basis der englischen Besatzungsmacht. Nachdem die geforderten Unterlagen eingereicht waren, befaßte sich der Personalausschuß der Stadt am 9. August 1950 mit der „Einstellung von Architekten für das Planungsamt“:

„Der Personalausschuß beschließt einstimmig - entsprechend dem Vorschlag des Oberstadtdirektors, dem Dipl. Architekten Keilmann eine freie Architektenstelle beim Planungsamt zu übertragen.“³⁸³

Am 23. August 1950 hatte Keilmann seinen ersten Arbeitstag. Im Rahmen seiner Anstellung erhielt er eine umfangreiche Aufklärung über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption in öffentlichen Verwaltungen³⁸⁴ und unterschrieb an seinem ersten Arbeitstag den Dienstvertrag als Angestellter der Stadtverwaltung in der Vergütungsgruppe TAO III, der „die Erledigung der Arbeiten eines Architekten“ zur Aufgabe hat.³⁸⁵ Bei seinem Vorstellungstermin hatte Keilmann sich über die politische Machtverteilung in der Stadt informiert. Seine anschließende Äußerung gegenüber seiner Frau lautete in etwa:

Recherche nicht herangezogen werden, da sie von dem verantwortlichen Personenkreis des Stadtarchivs in den 80er Jahren als uninteressant beurteilt und somit für den Reißwolf freigegeben wurde. Es bleibt anzumerken, daß schon auf der Personalkarte die Begriffe „Generalbauinspektor Speer“ und „Rüstungskommando Speer“ festgehalten wurden. Darüber hinaus sind vergleichbare Angaben belegbar auch auf den unter anderem bei der Anstellung einzureichenden Fragebögen vermerkt! Glücklicherweise hat Keilmann aus der Zeit der Beschäftigung bei der Stadt Bochum den umfassenden Schriftverkehr aufbewahrt und auch häufig die Durchschläge seiner eigenen Schreiben abgeheftet, so daß sich bis auf wenige Lücken ein geschlossenes Bild der Zeit von 1950 bis 1972 ergibt.

³⁸² AKe; Fragebogen an die Stadt Bochum zur Einstellung als Architekt im Hochbauamt. Auch hier liegt, wie so oft bei Keilmann, ein unbenutztes Exemplar des Fragebogens mit einem Entwurf der passenden Angaben vor.

³⁸³ SA BO; Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Personalausschusses vom 9. August 1950, S. 3f.

³⁸⁴ Die entsprechenden Verordnungen wurden zur Kenntnisnahme überreicht, sie stammten unter anderem aus dem Reichsstrafgesetzbuch, dem Deutschen Beamtengesetz, verschiedenen Erlassen des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen sowie aus der „Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeamteter Personen in der Fassung vom 22. Mai 1943“.

³⁸⁵ Dienstvertrag vom 23. August 1950 zwischen Ferdinand Keilmann und der Stadt Bochum. Der Vertrag umfaßt eine Seite des Format DIN A5. „TAO“ heißt Tarifordnung A für Angestellte des öffentlichen Dienstes.

„Wer ist da an der Regierung? Die SPD? Dann muß ich da eintreten.“³⁸⁶

Die Arbeitssituation zu Beginn der 50er Jahre in Bochum ist nicht nachvollziehbar ohne eine genauere Betrachtung der Person Clemens Massenberg, der als Stadtbaurat die Planung des gesamten innerstädtischen Aufbaus geleitet hat. Clemens Massenberg (1909 - 1954) wurde in Dortmund als Sohn eines Bauunternehmers und Ingenieur für Brückenbau geboren. Er wuchs in Berlin auf, studierte an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg bei Hans Poelzig. Nach seinem Diplom 1934 arbeitete er zunächst in verschiedenen Öffentlichen Verwaltungen als Entwurfsarchitekt, anschließend in der Bauleitung der Junkerswerke in Dessau und zwischen 1937 und 1939 Leiter der Bauabteilung der Krupp-Treibstoffwerke in Wanne-Eickel. Vom April 1939 bis Kriegsende war er Leiter der Bauabteilung der Sudetenländischen Treibstoffwerke AG in Brüx (heute Most) in der Tschechischen Republik. Im Dezember 1945 wurde er hauptamtlicher Baubeigeordneter der Stadt Bochum und am 8. Januar 1946 zum Stadtbaurat berufen. Gleichzeitig betätigte er sich als Geschäftsführer der „Bochumer Heimstätten GmbH“ sowie der „Fernheizgesellschaft Bochum-Ehrenfeld“ und war in einer Vielzahl weiterer Gesellschaften und Interessenvertretungen engagiert. Unter seiner Leitung wurde der erste Neuordnungsplan einer nordrhein-westfälischen Großstadt erarbeitet und genehmigt, der in seinen Grundfestlegungen bis in die sechziger Jahre gültig blieb und noch heute das Aussehen der Stadt prägt. Massenberg kümmerte sich wenig um die Details der Planungen, diese überließ er seinen engsten Mitarbeitern. So steht in Bochum kein einziges Gebäude, daß er selbst geplant hätte. Er starb am 6. August 1954 an einem Hirntumor.³⁸⁷

Durch die kurzfristige Ankunft in Bochum hatte Keilmann noch keine Gelegenheit, sich eine geeignete Wohnung zu suchen. Ziel sollte sein, daß seine Familie, die sich immer noch in Roigheim aufhielt, während er für die Zeit der Stellensuche kurzfristig nach Aschaffenburg zu seinen Eltern gezogen war, so schnell wie möglich nach Bochum nachkommen sollte. Zunächst wohnte Keilmann für einige Tage in einem „Bunker-Hotel“³⁸⁸, wel-

³⁸⁶ Eva Keilmann ist sich sicher, daß ihr Mann sich in dieser Form geäußert hat. Allerdings war Keilmann nie bereit, viel Zeit und Geld in die Parteimitgliedschaft zu investieren. Er hat bis zu seinem Tod immer nur den Mindestparteibeitrag gezahlt und nie ein Amt übernommen.

³⁸⁷ Hanke, Hans H.: Architektur und Stadtplanung im Wiederaufbau. Bochum 1944 – 1960, Bonn 1992, S. 11ff. und S. 40.

³⁸⁸ Vermutlich die Räumlichkeiten, die in der Nähe des Schauspielhauses als Unterkünfte für die Vielzahl von Besuchern des Kirchentages in Bochum vom 1. bis 4. September 1949 errichtet wurde um anschließend in ein provisorisches Hotel umgewandelt zu wer-

ches er verlassen konnte, als sich ihm die Möglichkeit bot, ein möbliertes Zimmer zu mieten.³⁸⁹ An eine „Familienzusammenführung“ war unter diesen Umständen nicht zu denken, es bot sich allerdings auch keine Möglichkeit, eine größere Wohnung zu mieten, die den familiären Ansprüchen auch nur annähernd genügt hätte. Eine von der Stadt Bochum vermittelte Wohnung konnte nicht bezogen werden, weil der Vormieter sich weigerte, die Räumlichkeiten zu verlassen. Es blieb Keilmann nichts anderes übrig, als auf eine günstige Gelegenheit zu warten und zumindest die finanzielle Hilfe der Stadt in Anspruch zu nehmen, die für gelegentliche Besuche in Roigheim zur Verfügung stand.

Seine Aufgaben bei der Stadt umfaßte in den Jahren 1950 und 1951 die Gestaltung und Durchführung umfangreicher selbständiger Bauaufgaben wie zum Beispiel des Rathaussitzungssaals sowie das Stadtwerkehochhaus. Auf dieser Basis stellte er einen Antrag auf Einstufung in eine höhere Besoldungsstufe. Begründung für diesen Antrag war u.a., daß

„bei der Vergabe dieser Entwurfsaufgaben an freischaffende Architekten die Honorarkosten ein Vielfaches der geforderten Vergütung nach Gruppe TOA II – auch unter Berücksichtigung der von der Stadtverwaltung getragenen betrieblichen Aufwendungen – ausmachen würden“³⁹⁰

Erst Monate später entschied der Personalausschuß der Stadt, daß die Höhereinstufung Keilmanns „bis zur Stellenplanberatung 1952 zurückgestellt“ werde.³⁹¹ „Dem vorliegenden Antrag des Dezernenten (stehe) [...] der Personalausschuß jedoch wohlwollend gegenüber“.³⁹² Inzwischen zeichnete sich für das Problem der familiären Trennung eine Lösung ab. Keilmann bekam die Möglichkeit, eine ausreichend große Wohnung mieten zu können, und somit stand dem Umzug seiner Frau und der Kinder nach Bochum nichts mehr im Wege. Am 30. Oktober, über ein Jahr nachdem er seine Anstellung in der Stadt gefunden hatte, war die Familie endlich wieder vereint. Zeit füreinander gab es jedoch wenig. In einer Stadt, die in solchem Umfang den Zerstörungen des Bombenkriegs zum Opfer gefallen war, wa-

den. Anlässlich des Kirchentages wurden in der weitgehend zerstörten Stadt ca. 500.000 Besucher untergebracht; siehe Hanke 1992, S. 7.

³⁸⁹ Mit der Vermieterin Margarete Weymann verband die Familie Keilmann anschließend eine langjährige Freundschaft.

³⁹⁰ AKe; Schreiben von F. Keilmann an die Stadt Bochum vom 7. Februar 1951.

³⁹¹ SA BO; Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Personalausschusses vom 18. Oktober 1951, S. 3.

³⁹² Ebd.

ren im Zuge des Wiederaufbau aus heutiger Sicht unvorstellbare Aufgaben zu erbringen. Zusätzlich besaß das Stadtplanungsamt mit Massenberg einen Leiter, der durch seine annähernd diktatorische Machtfülle und seine gleich-



Zeichnerischer Entwurf des Stadtwerkehochhauses in Bochum (vermutlich September 1952), so wie das Gebäude später auch ausgeführt wurde. Keilmann hat bei dieser Planung eine Vielzahl abweichender Vorentwürfe erstellt, von denen einige noch vorhanden sind.

zeitig charismatische Ausstrahlung in der Lage war, seine Mitarbeiter weit über das übliche Maß zu fordern, und die Mitarbeiter erfüllten diese Erwartungen.³⁹³ Der nur langsam ansteigenden Personalbestand im Stadtplanungsamt verursachte für die Mitarbeiter bei der großen Anzahl öffentlicher Bauten, die wiederhergestellt werden mußten sowie der notwendigen umfangreichen Stadtplanung eine häufige Arbeitsüberlastung.³⁹⁴

³⁹³ Hanke 1992, S. 11ff.

³⁹⁴ BDA (Hrsg.): Architekturführer Bochum, Bochum 1986, S. 41.

Zum 1. Juli 1952 wurde nach langem Warten dem Antrag auf Höherstufung der Bezüge durch Oberstadtdirektor Dr. Petschelt stattgegeben³⁹⁵, und schon knapp vier Monate später wurde die Stadt erneut aktiv. Der beginnende Arbeitskräftemangel in der bundesdeutschen Baubranche zwang die Stadt dazu, Maßnahmen zu ergreifen, die ein Abwandern der angestellten Architekten in die höherbezahlte Selbständigkeit verhindern sollten. In der Sitzung vom 29. September schlug Petschelt dem Personalausschuß „die beamtliche Anstellung des Dr. Ing. Meyer und des Dipl. Architekten Keilmann als städt. Bauräte vor, um diese wertvollen Fachkräfte an die Stadt zu binden“³⁹⁶ und der Personalausschuß stimmte diesem Vorschlag einstimmig zu.³⁹⁷



Ferdinand Keilmann mit seiner Frau Eva und seinen älteren Söhnen Ferdinand (links) und Manfred im Jahre 1953. Fünf und acht Jahre später sollten noch Oliver und Harald zur Welt kommen.

An dieser Stelle begann eine Entwicklung im beruflichen Werdegang Keilmanns, die schließlich zu seinem fast vollständigen Rückzug aus dem Engagement für seine Arbeit führen sollte. Die Einstufung des Diplom-Architekten Keilmann in den gleichen beamtenrechtlichen Status wie dem Dr.-Ing. Meyer stieß in Teilen des Planungsamtes auf entschiedenem Widerstand. Für die Hintergründe muß an dieser Stelle etwas ausgeholt werden, es waren wahrscheinlich zwei Aspekte für die Ablehnung maßgeblich.

Einer diese Aspekte ist, daß der Abschluß als Diplom-Architekt an der Hochschule in Weimar einer Ausbildung zum Ingenieurgrad an einer Uni-

³⁹⁵ SA BO; Niederschrift Nr. 25 über die Sitzung des Personalausschusses vom 24. Juni 1952. Petschelt wurde am 15 März 1952 Oberstadtdirektor und behielt dieses Amt bis zum 14. März 1976.

³⁹⁶ SA BO; Niederschrift Nr. 26 über die Sitzung des Personalausschusses vom 29. September 1952.

³⁹⁷ Ebd.

versität nicht gleichgestellt war.³⁹⁸ Diese Gleichstellung erfolgte zwar im Jahre 1942, jedoch galt sie nicht für die Absolventen, die zu diesem Zeitpunkt schon ihr Diplom erhalten hatten. Mit Ausnahme der Anstellung im Reichsluftfahrtministeriums hatte Keilmann bisher nicht in regulären Beschäftigungsverhältnissen in öffentlichen Verwaltungen gearbeitet hatte und damit war die ausbildungsbezogene Tarifordnung für Angestellte und Beamte für seine Entlohnung nicht relevant. In dem im Jahre 1952 bereits gefestigten Besoldungsgefüge in der Bochumer Stadtverwaltung ging es wie in allen anderen öffentlichen Verwaltungen bei der Einstufung in Gehaltsklassen nicht nach Leistung, sondern nach Qualifikation und Laufbahngruppe.³⁹⁹ Der Unterschied zwischen einem „Diplom-Ingenieur“ und einem „Diplom-Architekten“ schien am vor dem 29. September 1952 allerdings keinem der zuständigen Personen bei der Stadt Bochum bekannt gewesen zu sein.

Als zweiter Aspekt ist zu berücksichtigen, daß Keilmann seine Arbeitsstelle auf einem Weg erhalten hatte, der schon zuvor bei anderen Beschäftigten des Planungsamtes auf Widerstände gestoßen war, und diese Gruppe von Beschäftigten läßt sich recht genau bestimmen. Der Großteil der Architekten des Bochumer Planungsamtes hatte im Laufe seiner Ausbildung in irgend einer Art Kontakt mit der Technischen Hochschule von Hannover.⁴⁰⁰ Massenbergs erster Versuch des Jahres 1946, neue Mitarbeiter über Anzeigen in Fachzeitschriften zu gewinnen, war im Gegensatz zu den Bemühungen seiner Angestellten, über persönliche Kontakte nach Hannover geeignete Kandidaten zu finden, ein Mißerfolg gewesen.⁴⁰¹ Diese Erfahrungen und die darauf folgende Vergrößerung der „hannoveraner“ Interessenvertretung in der Bauverwaltung verbanden sich nun in der Person Keilmann mit der „Bedrohung“ der korrekten hierarchischen Gliederung innerhalb der Verwaltung. Nach Intervention durch die Dipl.-Ing. Hellrung, Müssen und Knirsch nahm der Personalausschuß der Stadt in der nächsten Sitzung am 17. Oktober 1952 die einen Monat zuvor gefällte Entscheidung, Keilmann ebenfalls zum „Städtischen Baurat“ zu ernennen zurück und entschied, ihm den Titel des „Stadtbaumeister“ zuzuerkennen.⁴⁰² Mit diesem beamtenrechtlich niedriger angesiedelten Titel verbanden sich natürlich auch geringere finanzielle Bezüge. Die Entscheidungen des Personalausschusses, so vertraulich sie auch geführt wurden, wurden doch immer sehr schnell bei den

³⁹⁸ siehe Kapitel IV. 4 (Studium an der Staatlichen Bauhochschule).

³⁹⁹ Mayntz, Renate: Soziologie der öffentlichen Verwaltung, Heidelberg 1985, S. 135ff.

⁴⁰⁰ Hanke 1992, S. 15.

⁴⁰¹ Ebd.

⁴⁰² SA BO; Niederschrift Nr. 27 über die Sitzung des Personalausschusses vom 17. Oktober 1952.

Betroffenen bekannt wurden.⁴⁰³ Das Intrigieren gegen seine beamtliche Einstufung kann Keilmann also nicht entgangen sein und ihm mußte klar sein, daß er unter diesen Bedingungen innerhalb der Bauverwaltung in der Zukunft noch schwierige Situationen würde überstehen müssen, sofern nicht Massenberg mit seiner Autorität die Differenzen unterdrücken konnte.

IV.16 Exkurs Nr. 2: Die verlorene Wohnung

Wie hunderttausende andere Familien war auch die Familie Keilmann nicht vom Bombenkrieg verschont geblieben. Trotzdem hatte sie zunächst Glück im Unglück – das Wohnhaus im Jungfernheideweg in Berlin-Siemensstadt war zwar schwer beschädigt und dadurch unbewohnbar, jedoch konnte das Inventar zunächst gesichert werden. Bei dem folgenschweren Luftangriff auf Berlin am 3. September 1943⁴⁰⁴ war die Familie nicht zu Hause, Ferdinand Keilmann begleitete seine Frau und die beiden Kinder zu deren Evakuierung nach Aschaffenburg.⁴⁰⁵

Einen genauen Bericht über den Zustand von Wohnung und umliegenden Gebäuden gibt ein Brief, den Wilhelm Keilmann seinem Bruder unmittelbar nach dem Angriff geschrieben hat. Wilhelm hatte die Zerstörungen schon in einem nach Aschaffenburg gesendeten Telegramm angedeutet, im folgenden Brief spürt man die Atemlosigkeit, mit der er das Geschehene betrachtet:

„.... doch als ich auf dem Gartenweg zu Euch kam, sehe ich, daß die Schule neben Euch vollkommen zerstört ist – wie weggefegt – so muß das eine schwere Sprengbombe gewesen sein – u. Gott sei Dank Euer Haus steht noch, aber ich kam nicht zu der Haustür herein – abgesperrt – so bin ich durch die hintere Tür rauf – die Eingangstür zu Eurer Wohnung schwer beschädigt – Schloß durch die Wucht herausgeschleudert – alle Zimmertüren außer der Wohnungstüre waren in die Mitte der Zimmer herausgeschleudert, alle Fenster lagen in Scherben in den Zimmern herum – auch auf Möbeln, Betten. Badezimmer sieht verheerend aus – gleich rechts wo man sich waschte [sic!] das ganze Porzellan in Trümmer – die Hausapotheke ebenso – Kinderzimmer – die Madonna in Scherben –

⁴⁰³ Information aus einem Gespräch mit dem damaligen technischen Zeichner Hafermalz, der lange Zeit Keilmanns direkter Mitarbeiter war.

⁴⁰⁴ Schäfer, Hans-Dieter: Berlin im 2. Weltkrieg, München 1991, S. 37.

⁴⁰⁵ Als schließlich Aschaffenburg im Jahre 1944 durch einen Luftangriff fast vollständig zerstört wurde, war die Familie schon in Roigheim, welches durch seine geringe Ausdehnung nicht gefährdet war.

im Gang wo deine [...] Zeitschriften sind – oben die Wand durchbrochen – so war ein großes Durcheinander – Möbel verrückt – alle Böden mit Scherben u. Mauerstücke belegt.“⁴⁰⁶

Keilmann kehrte kurz darauf nach Berlin zurück, um seine Tätigkeit bei der „Deutschen Akademie Für Wohnungswesen e.V.“ wieder aufzunehmen. Die Wohnung im Jungfernheideweg war allerdings nicht mehr nutzbar, so daß Keilmann bei Freunden unterkommen mußte. Nachdem nun ein kleiner Teil der Einrichtung bei einem Speditionsunternehmen untergebracht war, konnte er die notwendige Sicherung seines Eigentums nicht weiterverfolgen; die Einberufung zur Wehrmacht verhinderte jede weitere Planung, und Transportmöglichkeiten nach Aschaffenburg waren im ersten Quartal 1944 aufgrund des totalen Kriegseinsatzes kaum noch zu organisieren.

Nach der Entlassung aus der Wehrmacht am 23. Juli 1944 begab sich Keilmann auf dem schnellsten Wege zu seiner Familie; die Wohnung in Berlin blieb ungesichert zurück. Für lange Zeit sind ab jetzt keine Aktivitäten nachweisbar, die eigenen Besitzansprüche geltend zu machen. Erst am 13. Oktober 1948 stellte Keilmann einen Antrag auf Aufnahme in den „Hilfsverband der Neubürger und sonstiger Kriegsgeschädigter“.⁴⁰⁷

Für die Durchsetzung der eigenen Besitzansprüche stellten Keilmann und seine Frau eine Bestandsliste des Inventars der Berliner Wohnung auf. Berücksichtigt man, daß im Jahre 1940 das Durchschnittseinkommen des Facharbeiters bei ca. 80 Pf/Stunde lag, so liest sich diese Liste recht eindrucksvoll. So sind u.a. genannt:⁴⁰⁸ „1 Flügel, 4800,-RM; 1 Klavier, 1200,-RM; 60 Schallplatten, 360,-RM; 1 Violine, 650,-RM; Fachliteratur für Architekten, 1400,-RM; ca. 700 Bücher, 2500,-RM;“ usw. Der Gesamtwert der aufgeführten Gegenstände belief sich auf fast 17000,-RM. Ziel der Aufstellung sollte sein, daß die Familie die Wertgegenstände zurückbekäme, zumindest von Seiten der aktuellen Besitzer ein akzeptables Kaufangebot gemacht oder daß für verlorene Gegenstände eine Entschädigung gezahlt würde. Auf Beschluß der Stadt Berlin war die Wohnung nach der Kapitulation beschlagnahmt und die darin befindlichen Wertgegenstände taxiert worden.⁴⁰⁹ Ursächlich hierfür war die der Stadtverwaltung Berlin bekannte

⁴⁰⁶ AKe; Brief von Wilhelm an Ferdinand Keilmann vom September 1943, ohne genauere Datumsangabe.

⁴⁰⁷ AKe; Eintrittserklärung vom 13. Oktober 1948, ausgestellt von „Ferdinand Keilmann, [...] früherer Wohnsitz Berlin-Charlottenburg, [...] jetzt wohnhaft in Roigheim.“

⁴⁰⁸ Im folgenden: AKe; handschriftliche Liste von Eva Keilmann zum Inventar der Wohnung Jungfernheideweg 30 in Berlin, ca. 1948.

⁴⁰⁹ AKe; Brief von F. Keilmann an den Oberbürgermeister von Groß-Berlin vom 20. Februar 1951.

Tatsache, daß Keilmann bei der Generalbauinspektion Speer mitgearbeitet und somit als belastet galt. Aufgrund der Einstufung als Mitläufer durch das Spruchkammergericht Heilbronn war dieser Beschlagnahme nachträglich die Rechtsgrundlage entzogen.

Allerdings ließ sich die Suche nach den Einrichtungsgegenständen von Bochum aus nicht betreiben; so beauftragte Keilmann einen zu dieser Zeit arbeitslosen Bekannten, den 50jährigen Arno Beckert. Dieser bekam die notwendige Vollmacht⁴¹⁰ und machte sich anschließend auf den mühsamen Weg, die Spuren der einzelnen Möbel zu verfolgen. In der Wohnung am Jungfernhaideweg waren nur wenige Wertgegenstände verblieben, über die Keilmann sich mit der jetzigen Bewohnerin über eine Kaufsumme einigte. Ein großer Teil des Inventars war „in den Osten verschoben, getauscht gegen Freßsachen und Alkohol in der Hungerzeit“.⁴¹¹

Besonders aufwendig war die Suche nach dem Flügel.⁴¹² Dieser war nach einer von Beckert aufgespürten Beschlagnahmeerklärung von einer nicht näher bezeichneten Behörde, die 1951 nicht mehr existierte, beschlagnahmt worden. Abgeholt wurde das Instrument aus der Wohnung von einem Jugendausschuß Siemensstadt, welcher dort aber anscheinend niemandem bekannt war. Diese Spur verlief sich dann im Jugendheim Siemensstadt. Einen weiteren Hinweis auf den Verbleib gab es in Zusammenhang mit einem Sänger Namens Frank, auf den Beckert bei der Suche mehrfach aufmerksam gemacht wurde. Nachdem er diesen Frank mehrmals nicht in seiner Wohnung antraf, befragte Beckert die Hausbewohner, darunter die Witwe des ehemaligen Obmannes. Diese sagte, sie wisse nichts von einem Flügel „aber gehen Sie mal zu dem Frank – der macht solche Sachen“.⁴¹³ In diesem Fall hatte dieser vielleicht „solche Sachen“ nicht gemacht, das Instrument blieb unauffindbar.

Der anschließende Versuch von Keilmann, über das Ausgleichsamt Bochum den materiellen Schaden zumindest zum Teil ersetzt zu bekommen, scheiterte. Ursache hierfür war zum einen die erst nach 1950 begonnene Verfolgung der Angelegenheit durch Keilmann, zum anderen war der Verlust nicht auf der für die Ausgleichsleistung erforderliche Weise zustande gekommen:

⁴¹⁰ AKe; Vollmacht für Arno Beckert vom 10. Juni 1951.

⁴¹¹ AKe; Brief von Arno Beckert an Ferdinand Keilmann vom 18. August 1951.

⁴¹² AKe; im folgenden: Brief von Arno Beckert an F. Keilmann vom 29. Juli 1951.

⁴¹³ Ebd.

„Nach § 8 (2) Ziff. 1 FG. sind von der Feststellung Verluste an Hausrat ausgenommen, wenn nicht mehr als 50% des vorhanden gewesenen Hausrats, gerechnet nach den gemeinen Werten, verloren gegangen sind.

Da der Antragsteller weder beweisen noch glaubhaft machen konnte, daß sein Hausrat zu mehr als 50% des im Zeitpunkt des Schadens vorhanden gewesenen Hausrats verloren gegangen ist, kann dem Antrag auf Feststellung eines Hausratverlustes und einer Entschädigung nicht entsprochen werden.“⁴¹⁴

Bezogen auf den Berliner Besitz war der Familie zum Verhängnis geworden, daß die Verluste nicht durch einen Bombenangriff entstanden, sondern daß die Wertgegenstände durch die Wirren der Wohnungsnot im Berlin der Nachkriegszeit auf irgendwelchen Kanälen „verschollen“. Dafür waren die gesetzlichen Entschädigungsregelungen nicht ausgelegt.

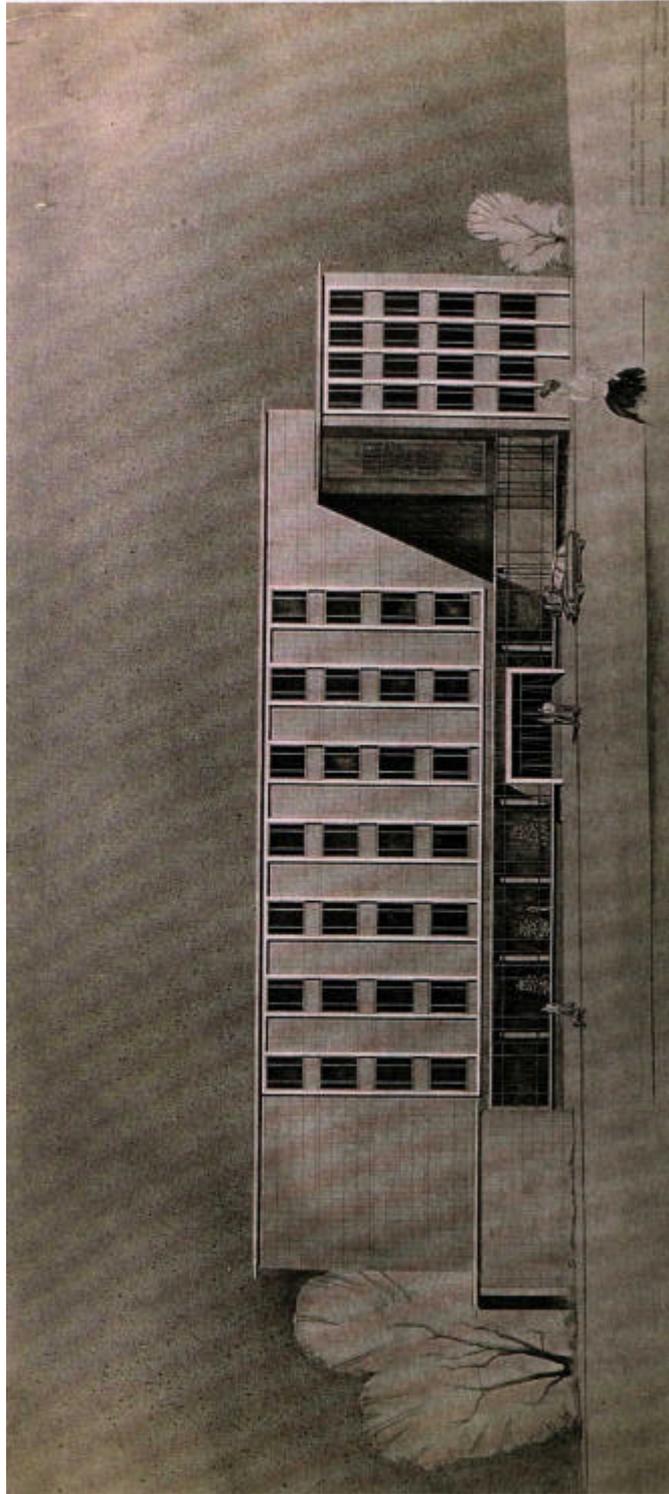
IV.17 Verbeamtung, beruflicher Abstieg und Pensionierung

Trotz der herzlichen Glückwünsche seiner engsten Arbeitskollegen war die Einstufung als Stadtbaumeister für Ferdinand Keilmann eine große Enttäuschung. Er fühlte sich gegenüber den Ingenieuren, die in der Hierarchie des Stadtplanungsamtes teilweise unter ihm standen, zurückgesetzt. Dazu kam, daß er in seinen künstlerischen Fähigkeiten der Meinung war, daß einige dieser Leute, die an der „Intrige“ anlässlich seiner beamtlichen Einstufung beteiligt waren, im fachlichen Bereich keine Konkurrenz darstellen konnten. Dies spielte nun allerdings keine Rolle mehr. War er in einer neuen Verordnung durch Massenberg noch zum Leiter der Hochbauabteilung innerhalb des Planungsamtes ernannt worden, so sollte sich er diese Stellung nicht lange halten können. Zumindest erfolgte am 14. März 1955 noch seine Anstellung als Beamter auf Lebenszeit, was zumindest die wirtschaftliche Unsicherheit für die Zukunft beseitigen konnte.⁴¹⁵

Am 6. August 1954 starb Clemens Massenberg überraschend an einem Gehirntumor. Reagierte die Bochumer Öffentlichkeit auf diese Meldung geschockt, da Massenberg als die Person galt, ohne die die Stadt immer noch in Schutt und Asche liegen würde, so war dieser frühe Tod für Keilmann

⁴¹⁴ AKe; Bescheid über die Ablehnung der Schadensfeststellung oder von Ausgleichsleistungen der Stadt Bochum vom 17. Mai 1960 (sic!).

⁴¹⁵ AKe; Schreiben des Oberstadtdirektors Dr. Petschelt an Stadtbaumeister Ferdinand Keilmann vom 30. April 1955.



Entwurf für die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Bochum vom 29. Dezember 1952.

Für die Planung der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, deren Ausführung bis 1955 dauerte, war Keilmann alleine verantwortlich, es war das letzte große Projekt unter Leitung von Stadtbaurat Clemens Massenbergs. Nach dessen überraschendem Tod am 6. August 1954 verringerte sich Keilmanns Einfluß auf die Hochbauplanungen der Stadt fast bis zur vollständigen Bedeutungslosigkeit.

eine berufliche Katastrophe. Von nun an fehlte ihm die Persönlichkeit, die ihn in fachlicher und menschlicher Hinsicht unterstützt hat.⁴¹⁶ Massenbergs Nachfolger wurde für ein Jahr Dipl.-Ing. Heinrich Habekost, anschließend wurde im Mai 1955 Hans Linz zum neuen Stadtbaurat gewählt. Leiter des Hochbauamtes blieb Josef Hellrung, mit dem Keilmann zuvor schon Differenzen gehabt hatte. Der Abstieg in der Hierarchie des Planungsamtes erfolgte zunächst noch in kleinen Schritten. Ein Streit mit Dipl.-Ing. Knirsch um die Besetzung eines Büros, der bereits im Juni 1953 begonnen hatte, eskalierte und führte dazu, daß Keilmann ein neuer Raum weit entfernt von den Kollegen zugeteilt wurde.

Von den Informationskanälen, die in einer Verwaltung durch kurze persönliche Gespräche aufrecht erhalten werden, war er einigermaßen abgeschnitten, wobei zu berücksichtigen ist, daß seine Schwerhörigkeit mit zunehmendem Alter immer schwerwiegender wurde und vor allem das Telefonieren Schwierigkeiten bereitete. Durch diese Verschlimmerung des Gesundheitszustandes wurde er zumindest auf der Arbeit immer mißtrauischer, da er den Gesprächen, die in seiner Gegenwart geführt wurden, immer schlechter folgen konnte.

Die Aufgaben des Hochbauamtes veränderten sich nach und nach. Die schwersten Zerstörungen in Bochum waren bereits beseitigt oder deren Beseitigung war schon in Planung, so daß die Möglichkeit, künstlerisch herausragende Entwürfe umzusetzen, immer geringer wurde. Dies galt insbesondere für einen Architekten, der in der Verwaltung nur wenig Rückhalt besaß. Keilmann unternahm einen letzten Versuch, aus dem für ihn unbefriedigenden System auszubrechen und an die Rastlosigkeit anzuknüpfen, die schon in den Jahren vor und während des Krieges seinen beruflichen Werdegang geprägt hatte. Er bewarb sich am 15. April 1957 für eine Stelle als Stadtbaumeister in Zürich⁴¹⁷, jedoch hatte er augenscheinlich auch damit keinen Erfolg.

Die folgenden Jahre sind in beruflicher Hinsicht kaum noch der Rede wert. Zermürbt durch den ständigen Kleinkrieg, der in seiner Behörde herrschte⁴¹⁸, beschränkte sich Keilmann in Zukunft darauf, die ihm übertragenen

⁴¹⁶ Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß Keilmann im Auftrag der Familie Massenberg dessen Grabmal auf dem Bochumer Hauptfriedhof gestaltete.

⁴¹⁷ AKe. Den Referenzen, die Keilmann auf dieser Bewerbung angab, ist zu entnehmen, daß er in Bochum zumindest noch Baurat Dr. Meyer vertraute. Darüber hinaus sind Neufert und Rimpl angegeben.

⁴¹⁸ Ich beziehe mich hier auf verschiedenen Gespräche mit ehemaligen Beschäftigten des Planungsamtes, sowie verschiedenen freien Architekten, die häufiger mir dieser Behörde

Aufgaben irgendwie zu erledigen und zog sich ansonsten in eine innere Emigration zurück. Wenn ihm interessante Aufträge erteilt wurden, nahm er die Pläne mit nach Hause, da er befürchtete, seine Entwürfe könnten im Rathaus in die Hände seiner Kontrahenten fallen und kopiert werden. Ob solche Vorsichtsmaßnahmen notwendig waren, sei dahingestellt. Die Geburt der Söhne Oliver und Harald in den Jahren 1958 und 1961 konnten ihn nicht mehr aus dieser beruflichen Lethargie reißen. Die gewünschte Anerkennung fand er in erster Linie in privaten Treffen mit anderen kulturell Interessierten in der Stadt. Hierzu gehörten regelmäßige Musikabende, an denen auch der damalige Leiter der Bochumer Symphoniker, GMD Decker, gehörte. Da Keilmann nicht den Geschäftssinn besaß, der nötig gewesen wäre, um als freier Architekt erfolgreich zu sein, fand er aber auch in diesen Kreisen keine Möglichkeit, durch private Aufträge berufliche Erfüllung zu finden. Aus dieser Unzufriedenheit heraus entwickelte sich eine Unzuverlässigkeit in der Arbeitsführung, die innerhalb der Stadtverwaltung zwar nach und nach bekannt wurde, jedoch nie zu schwerwiegenden Konsequenzen führte; selbst dann nicht, wenn Keilmann für ein oder zwei Tage nicht zur Arbeit erschien. Anscheinend wurde er von Oberstadtdirektor Petschelt gedeckt.⁴¹⁹

Wenn es im Planungsamt noch etwas anspruchsvoll künstlerisches zu gestalten gab, so wendeten sich die „Kollegen“ dann und wann noch an Keilmann. Um so überraschender war es für alle Beteiligten, daß er im Jahre 1969 noch einmal begann, die Initiative für ein einzelnes Bauprojekt zu ergreifen. Keilmann hatte in den Jahren zuvor bei vielen Projekten mit dem Glaskünstler Becker zusammen gearbeitet, dieser hatte für die Gestaltung vieler Schulen großflächige Aufträge erhalten. Bei der Planung für die neue Trauerhalle auf dem Hauptfriedhof an der Havkenscheider Straße berücksichtigte Keilmann von Beginn an die Möglichkeiten, die farbige Fenster für ein Raumgefüge bedeuten konnten. In diesem Zusammenhang war die Gestaltung einer gewaltigen Betonkrone als Dach der Trauerhalle ungewöhnlich, da das Dach nur durch schmale Pfeiler getragen wurde und sich somit auch auf die Glasflächen zu stützen schien.

zu tun hatten. Dabei baten mich die genannten Personen, in diesem Zusammenhang nicht deren Identität preiszugeben.

⁴¹⁹ Einige Unterlagen im Nachlaß Ferdinand Keilmanns lassen diesen Schluß nicht nur zu, die Aussagen sind allzu deutlich. So schreibt Petschelt am 4. Februar 1966: „(...) um Ihnen zu helfen, andererseits aber auch im Interesse einer klaren Regelung, bin ich damit einverstanden, daß Sie unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs den Dienst um 8.00 Uhr beginnen, wenn sichergestellt ist, daß Sie die dadurch ausfallende Zeit abends nachholen.“

Bochumer Anzeiger



Auch im Ruhestand: Ferdinand Keilmann (WAZ-Bild: W. K. Müller)

Erinnerungen

Das Stadtwerkehaus kostete seinerzeit nur 5,5 Millionen

Stadtbaumeister Keilmann geht in Pension

Bei Walter Gropius und Professor Neufert am Bauhaus von Weimar hat Ferdinand Keilmann gelernt, was Architekt sein kann. Hitlers Baumeister Albert Speer, die Organisations-Todt und die Baugigantensale der Nazis mit ihrem ersten Reichsmittelpunkt Berlin nach dem „Endsieg“ liegen ihm dann nicht fern und bauen, so wie er das im Sinne von Gropius wollte.

„Einen Superbahnhof, bedehrbar für 15 Meter lange Wagen auf Schienen von drei Metern Spurweite — ein bombastisches Verkehrskreuz, an das London und Moskau angebunden werden sollten, hatten die vor“, erinnert sich Keilmann.

Erst nach dem Kriege bei Clemens Massenberg konnte der aus dem Fränkischen stammende

Stadtbaumeister in Bochum seinen großen Vorbild und Lehrmeister nachleben, obwohl die Bochumer von damals das von Ferdinand Keilmann entworfene Stadtwerke-Hochhaus als zu schlicht und wenig schön empfanden.

Währenddessen wurde in Ost-Berlin an der Stalinallee und in Moskau ein den Nazis verwandter Baustil praktiziert.

Massenberg holt ihn nach Bochum

Hätte, da der Stadtbaumeister Ferdinand Keilmann in Pension geht — am Montag wird er 63, am 1. August tritt er in Eltern ab — kann er rückblickend feststellen, die entscheidenden Impulse, die das Bewußtsein des 20. Jahrhunderts prägen, auch die Auswirkungen Hitlers und der Stalinallee, haben ihren Ursprung in dem zwanziger Jahren gehabt.

Der Rückblick auf sein persönliches Leben und seine Arbeit: Studium an den Technischen Lehranstalten in Offenbach und, wie schon erwähnt, in Weimar, Arbeit bei Professor Neufert, der Stadt Ansbach-

tenburg, mit Clemens Massenberg an der Akademie für Städtebau und Wohnungswesen in Berlin, 1930 holte ihn Massenberg nach Bochum.

Zu Keilmanns ersten Arbeiten gehört hier der Sitzungssaal der Bochumer Stadtverordneten. „Das Stadtwerke-Hochhaus“, erinnert sich Ferdinand Keilmann, war damals Mitte der fünfziger Jahre für fünfundsiebzig Millionen DM zu haben. Über den Damm würde es heute um die 22 Millionen kosten. Die Nutzfläche würde man freilich heute anders einteilen, 4,50 Meter Geschosshöhe sind zu hoch.“

Klimaanlage damals zu teuer

Die mittlino geplante Klimaanlage für 60.000 Mark war in den Baukosten nicht mehr drin. Der Bauherr schickte sie schließlich.

Kompromißlösungen wegen der Grundstücke mußten auch damals schon geschlossen werden. „Eigentlich sollte die Stadtwerke Arbeitsstätte stehen, doch kurz bevor die Stadt zugriff, hatte das Arbeitsamt das Gelände schon gekauft.“

Universität in Kürze

Prof. Dr. Johannes Schreiber ist für das Amtsjahr 1972/73, beginnend am 1. Oktober, zum Dekan der Abteilung für Evangelische Theologie der Ruhr-Universität gewählt worden. Produzent ist Prof. Dr. Hans-Heinrich Wolf.

Auch von der Verwaltungskademie, einigen Schulen, dem Parkhaus, mehreren Friedhöfen, kann der Stadtbaumeister sagen, er sei dabei gewesen.

Dozent Dr. Martin Schloemann hat in der Abteilung für Evangelische Theologie die venia legendi für das Fach „Systematische Theologie“ erhalten. Thema der Habilitationsschrift: „Stegmard Jakob Baumgartens Theologie im Übergang zum Neoprotestantismus.“

Zu seinen letzten Arbeiten gehörte die neue Trauerhalle auf dem städtischen Friedhof am Freigrafendamm im Bereich, der sich zur Havkenschloider Straße hinzieht.

Mit dem Plänen und Bauen soll es für Ferdinand Keilmann auch im Ruhestand noch nicht vorbei sein. „Ich will noch einige Pläne verwirklichen.“ — Viel Erfolg dazu — -pe

Gruppe am Sonntag aus Ghana zurück

Nach dem vierwöchigen Aufbruch wird die erste Gruppe der „Japan Akademie“ am Sonntag aus Ghana zurückkehren. Das Flugzeug trifft um 17.25 Uhr in Düsseldorf ein. Mit einem Bus werden die Teilnehmer dann nach Bochum zum Südausgang des Hauptbahnhofs gefahren. Sie sollen dort gegen 19 Uhr ankommen.

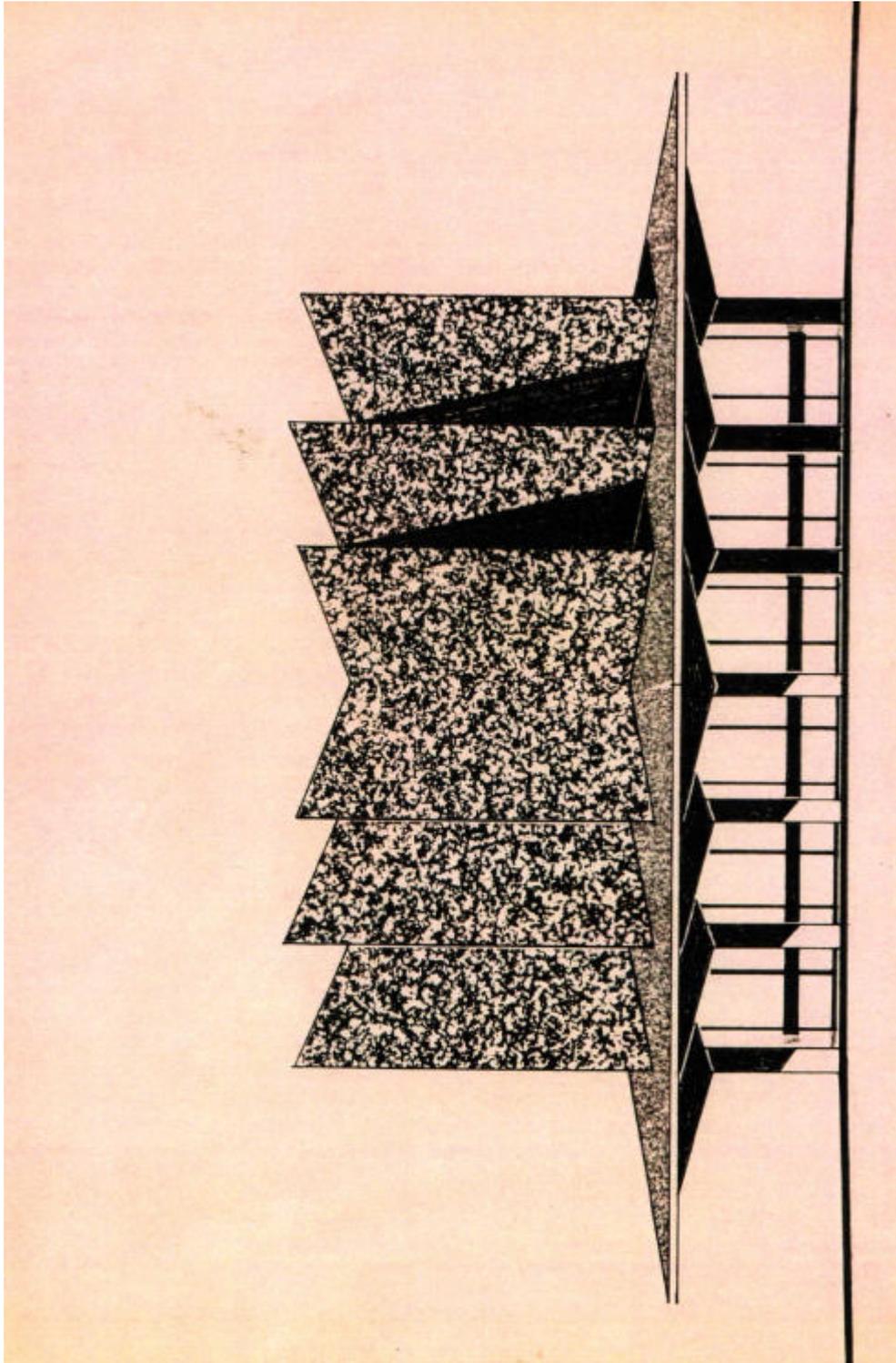
WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Verlag und Herausgeber: Erich Ernst und Jakob Funke. Chefredaktor Siegfried Maron. Stellvertreter: Georg Wilhelm Kröbe (Redaktionsleiter), Dr. Adolf Wieders (Politik), Herbert Vahner (Produktion), Chels van Gucht, Franz Chert, Wilhelm Knop. Anzeigenleiter: Hans-Gregor. Chefredaktion: Dr. Adolf Wieders. Wirtschaft: Hans-Gregor. Besondere und fern: Dr. Karl Böhm, Kultur / Buch: Walter; Dr. Eberhard Engler; Sport: Hans-Joachim; Technik/Verkehr: Ferdinand Blumpp; für alle Anschrift wie Verlag. Chefredaktion: Siegfried Maron, Siegfried Maron, Ernst Ney (Bonn); Dokumentation: Dr. Wilhelm Kirchner; Büro: Bonn; Witz: Eberhard; Büro: Berlin; Klaus Kötzing; Büro Düsseldorf; Gerd Gohl; Lokales/Verkehr: Alfred Wolf; Albert Bayer; Lokales in Bochum: Heide Fortmann. Verlagsleiter: Günther Grötkamp. Anzeigen: Gottfried Bayer, Anzeigenleiter Dr. 25. Verlag: Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Ernst & J. Funke, Bonn, Postfach 20/22, Tel.-Nr. 2 00 41 (D), Wahl 20 04. 1. Telex-Nr. 08 579 051. Druck: Leopold & Göttsche, Bonn. Abbestellungen bei die aus 28. eines Monats zum Monatsende schriftlich. Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, jedoch ohne jede Gewähr, veröffentlicht. Geschäftsstelle: Bochum, Dr. Siegfried Maron, Postfach 20/22, Bonn, Südpfosten 2-4, Tel.-Nr. 2 00 41.

Ausschnitt aus der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 22. Juli 1972. Die Angaben des Artikels anlässlich der Pensionierung Ferdinand Keilmanns sind mit einiger Vorsicht zu betrachten; ob die enthaltenen Fehler auf journalistische Freiheit oder falsche Angaben Keilmanns zurückgehen muß offen bleiben. Für das „Planen und Bauen“, daß er sich für den Ruhestand vorgenommen hatte, blieben ihm nur noch wenige Jahre.

Als am 22. Juli 1972 ein Bericht über die bevorstehende Pensionierung Keilmanns in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung erschien, war die Umsetzung seines letzten Entwurfs für die Stadt endgültig beschlossene Sache. In dem sachlich etwas ungenauen Artikel ging er Autor noch einmal auf einige von Keilmanns berufliche Stationen ein und wünschte ihm viel Glück für die folgenden Jahre. Keilmann sprach davon, in der Zeit nach der Pensionierung noch einige Pläne verwirklichen zu wollen und viel zu zeichnen, aber auch jetzt stand ihm der fehlende Geschäftssinn im Weg. Er arbeitete an wenigen Aufträgen für Wohnhäuser, vielleicht zwei oder drei in den Jahren bis 1978. Die meiste Zeit verbrachte er mit Klavierspielen, mit der Malerei oder mit Spaziergängen; auf die gleiche Art hatte sein Vater die letzten Lebensjahre verbracht.

Gegen Mitte des Jahres 1979 verschlechterte sich sein Gesundheitszustand, allerdings war diesmal nicht die langjährige Schwächung des Körpers durch die Rachitis die Ursache. Kreatives Arbeiten fiel ihm zusehends schwerer, bis bei ihm im Sommer eine inoperable Krebserkrankung festgestellt wurde. Keilmanns Kampf gegen die Krankheit dauerte nur kurze Zeit. Er starb am 7. September 1979 in seiner Wohnung im Kreis der Familie und liegt heute in unmittelbarer Nähe zu „seiner“ Trauerhalle auf dem Bochumer Hauptfriedhof begraben.



Die Trauerhalle Havkenscheider Straße auf dem Bochumer Hauptfriedhof. Sie war die letzte Arbeit Keilmanns bei der Stadt Bochum vor seiner Pensionierung am 11. Juli 1972. Die ungewöhnliche Betonkrone, deren Gestaltung er innerhalb der Bauverwaltung noch einmal gegen einige Widerstände durchsetzte. Der Beton der Fassade sollte nach der Planung so ausgeführt sein, daß sich schnell eine Verwitterung und Moosbewuchs der Fassade einstellte; dieses Ziel wurde nicht erreicht. Keilmann liegt heute in unmittelbarer Nähe zu dieser Trauerhalle begraben.



V. Eine typische Karriere?

Ferdinand Keilmann gehörte zu der Generation, die im Bewußtsein aufwuchs, daß Deutschland den ersten Weltkrieg nie würde verlieren können. Diese Haltung wurde ihm bereits in den ersten Schuljahren immer wieder vorgelebt und der Patriotismus seines Vaters spielte in diesem Zusammenhang sicherlich eine bedeutende Rolle. Von dieser Sichtweise über Jahre massiv beeinflusst, mußte die Kapitulation und die für Deutschland niederschmetternden Bedingungen des Versailler Vertrages zwangsläufig einen tiefen Einschnitt in die Entwicklung des eigenen Selbstbewußtseins bedeuten. Keilmann erlebte die Niederlage des Ersten Weltkriegs vielleicht weniger als politischer denn als persönliche Krise - als sein Vater aus dem Krieg zurück kam, war die Ehe der Eltern in einer äußerst kritischen Phase, die Familie lebte in sehr bedrückenden Verhältnissen und er selbst litt stark an seiner Rachitis-Erkrankung. Ob Keilmann auch diese familiäre Krise mit der Zeit der Gründung der Weimarer Republik in Verbindung gebracht hat, ist heute zwar nicht genau nachprüfbar, allerdings hat er später, als diese Republik wankte, die Gelegenheit genutzt, in diesem Kampf auf Seiten der Republikgegner zu kämpfen.

Die Gründungsphase der Weimarer Republik war also vermutlich für ihn negativ besetzt, hinzu kam immer wieder die fehlende Unterstützung durch seinen Vater. Trotz aller Ablehnung, die er aufgrund seiner körperlichen Verfassung erfahren mußte, fragte Keilmann seinen Vater bei schwierigen Entscheidungen bis in die Mitte der 30er Jahre immer wieder um Rat; der Ton der Fragen kann als beinahe unterwürfig bezeichnet werden. Der Vater, der für ihn zum Teil die beruflichen Entscheidungen traf, war Lehrer in vierter Generation. Es ist anzunehmen, daß aus dieser familiären Prägung die Orientierung auf Beschäftigungsverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung entstand. So ging der Antrag bei der Stadt Aschaffenburg auf die Initiative von Ferdinand Keilmann sen. zurück. In einem festgefügt System spielte der fehlende Geschäftssinn keine Rolle. Die folgenden fünf Jahre des wirtschaftlichen Fortschritts in Deutschland liefen an Keilmann weitestgehend vorbei, da er sich bis 1927 noch in der Berufsausbildung befand; die anschließende Beschäftigung bei regional bekannten Architekten mußte er aufgeben, als die Weltwirtschaftskrise einsetzte. Um nicht in die direkte Arbeitslosigkeit zu geraten, ging Keilmann an die Staatliche Hochschule für Handwerk und Baukunst in Weimar, wo er vermutlich erstmals direkt mit den politischen Ideen der Nationalsozialisten konfrontiert wurde, die eine zukünftige Besserstellung des eigenen (zukünftigen) Berufsstandes

sowie der gesamten deutschen Wirtschaft versprochen. In seinem Elternhaus fanden zwar auch Gespräche über politische Themen statt, jedoch konnte sich Keilmann gegenüber seinem Vater mit seinen Überzeugungen nicht durchsetzen oder traute sich nicht, zu seiner Meinung zu stehen – zu sehr fürchtete er wohl dessen Kritik.

Auffallend ist, in welcher Form Keilmann immer seinen Lehrer Neufert in Weimar bewundert hat. Obwohl dieser 1929 selbst erst 29 Jahre alt und somit nur fünf Jahre älter war, stellte er für Keilmann durch seine überzeugende, charismatische Art ein großes Vorbild dar. Hier erfuhr Keilmann die Anerkennung, die ihm von Seiten seines Vaters immer versagt geblieben war. Daß gerade dieser Neufert, der in Weimar noch zu Unrecht als Kommunist bezeichnet worden war, kurz darauf im Umfeld Generalbauinspektor Albert Speer tätig wurde, mußte für Keilmann eine Bestätigung seines politischen Engagements bedeuten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein Studium der Architektur mit den geringen Studentenzahlen und der Praxis, Meisterklassen zu bilden, im Gegensatz zur heutigen Zeit erheblich stärker auf die Lehrenden fixiert war. Die Aussage, man habe bei „XY“ studiert, hatte einen wesentlich höheren Stellenwert, da die Hochschulen und Universitäten wesentlich geringere Zahlen an Studenten aufnehmen mußten und somit der einzelne Professor sich intensiver um seine Studenten kümmern konnte.

Auch in der Studentenverbindung in Weimar bekam Keilmann die lang ersehnte Anerkennung und Zuwendung; er gewann einige Freunde, denen er im Lauf seiner Karriere wieder begegnen sollte. Auch seinen wichtigsten Lehrer an dieser Hochschule, Ernst Neufert, sollte er im beruflichen Werdegang wieder treffen. Aus diesen Kontakten schöpfte Keilmann das Selbstvertrauen, das nötig war, um sich aus der Umklammerung seines Vaters zu lösen. Als er nach Beendigung des Studiums zunächst nach Aschaffenburg zurückkehrte, war dieser Schritt noch nicht vollzogen. Im Einflußbereich seines Vaters, noch dazu in einer beruflichen Anstellung, die schlecht bezahlt war und auf die Vermittlung seines Vaters zurückzuführen war, konnte er keinen Aufstieg erwarten. Außerdem besaß Aschaffenburg als relativ kleine Stadt ein fest gefügtes Beziehungsgeflecht, in dem er auch in Zukunft „nur“ als der Sohn des Studienprofessors angesehen würde. Der Wechsel in das Reichsluftfahrtministerium muß also wie eine Befreiung gewesen sein, legte Keilmann doch in den ersten Monaten in der neuen Beschäftigung keinen Wert auf Kontakt zu seinem Vater. Dabei muß es für ihn eine Genugtuung bedeutet haben, daß eben dieser Vater, der noch wenige Jahre zuvor die Nationalsozialisten strikt abgelehnt hatte, Mitglied in der NSDAP wurde.

In den folgenden Jahren wechselte Keilmann immer wieder die Arbeitsstellen, obwohl diese häufigen Veränderungen auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar erscheinen. Allerdings zieht sich eine Entwicklung durch alle Tätigkeiten, die sich somit als Ursache für die jeweiligen Kündigungen aufdrängt: In annähernd allen Anstellungsverhältnissen, die Keilmann in seinem Leben inne hatte, nahmen die Möglichkeiten zur künstlerischen Ausgestaltung von hochwertigen Aufträgen im Laufe seiner Tätigkeit ab. Das Reichsluftfahrtministerium stellte auf Barackenbau um, bei der Brandenburgischen Heimstätte wurde nach und nach nur noch mit Hilfe eines „Baukastensystems“ gebaut und die Umgestaltungspläne für Berlin lagen ab Anfang 1943 auf Eis. Schließlich wurde selbst die Vorbereitung auf den Wohnungsbau nach dem Krieg eingestellt. Die einzige Ausnahme in dieser Reihe bildete das Volontariat bei der Stadt Aschaffenburg, wo Keilmann kurz vor seiner Kündigung mit dem Jägerdenkmal einen in seinen Augen wertvollen Auftrag ausführen konnte. Allerdings gab es rund um das Denkmal erhebliche Diskussionen bezüglich der Ausgestaltung und Keilmann hatte in Aschaffenburg die oben erwähnten Schwierigkeiten mit seinem Vater.

Es bleibt festzuhalten, daß Keilmann in seiner Karriere immer dann berufliche Schwierigkeiten hatte, wenn er keiner führenden Persönlichkeit unterstellt war, die ihn in seiner Arbeit voll unterstützt und auch zum Teil gegenüber Konkurrenzsituationen abgeschirmt hat. Ein solches Abschirmen erforderte eine außerordentlich starke Stellung des Vorgesetzten. Dies galt als erstes für die Beschäftigungen in der Zeit des Nationalsozialismus, bei denen die Anwendung des Führerprinzips in der Arbeitswelt genau diese notwendigen Bedingungen schuf. Gerade in den Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, als ihm der Zugang zu einer Anstellung im öffentlichen Dienst wegen seines laufenden Entnazifizierungsverfahrens verwehrt war, hatte er erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten und die Zahl der Bauvorhaben, die er verwirklichen konnte, hielt sich in engen Grenzen. Mit der Anstellung bei der Stadt Bochum traf Keilmann dann zunächst noch einmal auf Arbeitsbedingungen, die mit denen seiner Berliner Zeit vergleichbar waren und seinem Wesen außerordentlich entgegen kamen. Mit Clemens Massenberg fand er auch in Bochum genau den starken Vorgesetzten, den er für ein produktives Arbeiten benötigte. Dies ist wohl auch der Grund, warum er in dieser Zeit noch erfolgreich war. Mit dem Tod Massenbergs fiel diese Unterstützung weg und der berufliche Abstieg in den Folgejahren war unvermeidlich.

Anfang August 1947 erhielt Ferdinand Keilmann von einem guten Freund einen Brief. Dieser Freund war nicht nüchtern (er hatte „Pfirsich-Bowle“ getrunken) und schrieb ganz ungezwungen. In einer lockeren Form brachte er zum Ausdruck:

„Nebenbei bist Du noch irgendwie philisterlich berechnend (alldieweil Du Familie hast).“⁴²⁰

In dieser Aussage, auch wenn sie vom damaligen Verfasser in einem anderen Zusammenhang benutzt wurde, findet sich das Rechtfertigungsmuster für einen Großteil der deutschen Bevölkerung für die Geschehnisse in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Folgte man der These, die in dieser Aussage steckt, so wäre Keilmann ein Mensch gewesen, der sich, um seine Familie zu ernähren, unter Ausblendung (fast) jeglicher moralischer Bedenken auf einen „Pakt mit dem Teufel“ eingelassen hätte. Dies wäre in etwa vergleichbar mit dem Faust-Mephisto-Motiv, welches auch Albert Speer für sich reklamiert hat.⁴²¹ Es stellt jedoch eine unzulässige Vereinfachung dar, wenn man Keilmanns Entwicklung vom künstlerisch orientierten jungen Mann, der sich in seiner Studienzeit und in den ersten Stationen seiner Berufstätigkeit zunächst aktiv im NSDStB und in der NSDAP beteiligt und anschließend sowohl dort als auch später als Mitglied der Bochumer SPD zum „inaktiven“ unpolitischen Parteimitglied wird, auf diese „einfache“ Formel reduzieren wollte.

In der Familie Keilmann trifft man, auf die Arbeit Keilmanns in der Zeit des Nationalsozialismus angesprochen, häufig auf die Aussage, „Keilmann sei ja in erster Linie Künstler gewesen“. Vergleichbar ist diese Darstellung, wie sie idealtypisch und erfolgreich wiederum von Speer mit seiner Verteidigung vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal angewandt wurde. Überhaupt scheinen die Lektionen, die der Architekt Speer als politisch an der Spitze stehender Akteur seinen Berufskollegen und dem gesamten Berufsstand des Ingenieurs erteilt hat, umfangreiche Wirkung gezeigt zu haben, gibt es doch unter den Teilnehmern dieser Berufsgruppe, die sich zu ihrem Verhältnis zur Tätigkeit in der Zeit des Nationalsozialismus äußerten, kaum jemanden, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht auf ähnliche, wenn nicht die gleichen Verteidigungslinien zurück gezogen hätte. Fest spricht in diesem Zusammenhang von

⁴²⁰ AKe; Brief von Werner Neck an Ferdinand Keilmann

⁴²¹ Speer, Albert: Spandauer Tagebücher, Frankfurt a.M. 1975, S. 609, in: Fest 1999, S. 53.

„jenem Typ der Fachleute, die sich im Rückzug auf die angeblichen unpolitischen Positionen ihres Berufs eine vorwurfsfreie Existenz zu sichern suchten und nur taten, was sie ihre Aufgabe nannten, um gerade ihr Nichtstun unter dem Gesichtspunkte der „Pflichterfüllung“ zu glorifizieren. Indem sie sich, wie einflußreich sie auch gewesen sein möchten, vom Geschehen des Tages fernhielten, keine Uniformen anzogen, keine Willkürakte verübten, keine Gesetze erließen oder Menschen verhafteten, blieben sie gewiß frei von rechtstechnisch greifbarer Schuld. Dennoch taten sie, an ihrer Stelle und angesichts ihrer Möglichkeiten nicht genug, um die Errichtung um Ausbreitung der Gewalt abzuwehren und so trifft sie der Vorwurf verweigerter Verantwortlichkeit für das Ganze.“⁴²²

Ausnahmen bilden an dieser Stelle lediglich *die* Architekten, die von den Nationalsozialisten mit Berufsverboten belegt wurden und dadurch gezwungen waren sich anderen Tätigkeiten zuzuwenden oder das Land zu verlassen. Selbst die Flucht in eine der wenigen Nischen, die die nationalsozialistische Kunstanschauung noch zuließ, wie zum Beispiel der Industriebau, bietet hier keine Entlastung. Zudem war diese Flucht gegen Ende des Krieges kaum noch möglich; die wenigen „Nester“⁴²³ wurden ausgehoben und die entlarvten Personen an die Front geschickt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die schwierige Frage, welche Alternativen es für Keilmann gegeben hätte und an welchen Punkten seiner Karriere er sich hätte anders entscheiden können. Daß es Alternativen gab, steht außer Zweifel. Viele Architekten haben wegen wirtschaftlichen oder politischen Gründen das Land verlassen und dies nicht erst nach der nationalsozialistischen Machtübernahme. Gerade die Vertreter des „Neuen Bauens“ fanden Arbeitsmöglichkeiten in den Niederlanden, in der Sowjetunion, in Asien oder den USA. Fast banale Voraussetzung war jedoch, daß der einzelne in der Lage war, sich innerhalb von kurzer Zeit in der jeweiligen Sprache zu verständigen. Darin lag für Keilmann ein großes Problem, da er durch seine Schwerhörigkeit schon in der deutschen Aussprache Schwierigkeiten hatte. Seine Bewerbung nach Zürich im Jahre 1957 war wahrscheinlich aus diesem Grund der einzige Versuch, in einem anderen Land als Deutschland jemals eine Arbeitsstelle zu finden.

Für die Zeit, in der er in Berlin beschäftigt war, bleibt festzuhalten, daß er jeweils immer nur künstlerische oder zum Teil auch finanzielle Erwägungen

⁴²² Fest, Joachim C.: Albert Speer und die technizistische Unmoral, in: Reif 1978, S. 253.

⁴²³ Siehe: Ladders, Rudolf: Zuflucht im Industriebau, in: Baukunst und Werkform, Heft 1, 1951, S. 37ff.

für einen Arbeitsplatzwechsel hat gelten lassen. Die Frage der Moral stellte er sich zumindest nicht in Gegenwart von anderen Menschen; so nahe diese ihm auch standen. Vermutlich hat er durch seine künstlerische Orientierung eine innere Fluchtmöglichkeit besessen, die für ihn verhinderte, unangenehme, unmoralische und in letzter Konsequenz auch unmenschliche Aspekte seiner Tätigkeit nicht an sich heran zu lassen. Keilmanns Credo lautete „Architektur ist gefrorene Musik“⁴²⁴, seine Beruf war für ihn immer nur ein unzureichender Ersatz für die musikalische Karriere, die er nicht einschlagen konnte. Aus einem Brief von Sylt, wo er mit den Arbeitsbedingungen absolut unzufrieden war, ging hervor, daß er sich durch das Hören seiner Schallplatten nach der Arbeit in eine für ihn „bessere“ Welt versetzt hat. Jahre später, als er noch in Berlin gearbeitet hat, und es für ihn aber anscheinend schon absehbar war, daß der Krieg verloren sei, äußerte er seiner Frau gegenüber, daß die Familie, wenn die Russen Berlin besetzen würden, nichts zu befürchten habe. Er würde einfach für sie Klavier spielen und „die Russen mögen ja Musik.“⁴²⁵ Kurz darauf hat er nach seiner Einberufung zur Wehrmacht eine ähnliche, für ihn positive Erfahrung mit deutschen Offizieren gemacht und auch später, bei seiner Anstellung in Bochum, hat dieses Talent ihm zusätzliche Anerkennung seines Vorgesetzten Massenberg eingebracht.

Eine weitere Strategie, die er häufiger anwandte, war die Hervorhebung seiner Erkrankung, um berufliche Veränderungen zu erreichen. So ließ er sich von Sylt nach Berlin versetzen, da die klimatischen Verhältnisse auf der Insel seine Schwerhörigkeit verstärken würde. Ähnlich verfuhr er, als er bei der „Deutschen Akademie für Wohnungswesen e.V.“ gekündigt und kein Interesse an einer Weiterbeschäftigung bis zum Ende der Kündigungsfrist hatte. Jedoch war der Einsatz dieses Mittels nicht dazu gedacht, sich von Arbeiten zu befreien, die für ihn nach moralischen Gesichtspunkten abzulehnen waren; es ging immer um persönliche, familiäre oder finanzielle Gesichtspunkte. Insofern ist Keilmann ein typischer Architekt seiner Zeit, zumindest in bezug auf die Arbeitskollegen, die, ob mit oder ohne nagendes Gewissen, in den nationalsozialistischen Planungsstäben tätig waren und nach dem Krieg die vorhergehenden Jahre möglichst nicht mehr zur Sprache kommen ließen. Durch die große berufliche Herausforderung der Nachkriegsjahre fiel später die Diskussion mit den aus dem Ausland Zurückkehrenden weniger dramatisch aus, da die wirtschaftliche Basis ein Nebenein-

⁴²⁴ Aus einem Gespräch mit Eva Keilmann.

⁴²⁵ Ebd.

ander ermöglichte und die Architekten trotz aller Verfolgung und Vertreibung in den 30er Jahren ein hohes Maß an Korpsgeist⁴²⁶ besaßen.

Abschließend muß man festhalten, daß Keilmann in bezug auf seine familiäre Prägung durch das Elternhaus und die von ihm benötigten Arbeitsbedingungen ein Relikt aus der Zeit darstellte, in der er geboren wurde. Die Jahre der Weimarer Republik waren für ihn beruflich enttäuschend verlaufen, nach der Gründung der Bundesrepublik konnte er gerade einmal vier Jahre erfolgreich arbeiten. Seine Ehe mit den vier Kindern bildete ihm zwar einen Rückhalt, entscheidend war für ihn jedoch immer das Arbeitsklima in den Büros, in denen er beschäftigt war. Er fand gerade in der Zeit des Nationalsozialismus ein Umfeld, das ihm genau *die* Arbeitsbedingung zur Verfügung stellte, die er für seine berufliche und künstlerische Entfaltung benötigte. Die Sicht auf seinen beruflichen Erfolg vermittelt ein zerrissenes Bild. Auf der einen Seite war er innerhalb seiner der unpolitische Künstler, der oft nur daran interessiert war, mit seinen Zeichnungen den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu bestreiten. Jedoch zeigt sich deutlich, daß er die politischen Entwicklungen und Mechanismen verstanden und diese im Rahmen seiner Möglichkeiten zu seinem Vorteil instrumentalisiert hat. Daß dies vielfach aus einem unterentwickelten Selbstbewußtsein heraus entstand, ändert nichts an der Tatsache, daß er sich auf diesem Weg frühzeitig zu einem Komplizen der Nationalsozialisten gemacht hat.

Das gleiche, vielleicht auch instinktive Handeln ließ ihn wiederum ab 1941 in eine – wenn auch innere – Opposition zum herrschenden Regime treten; jedoch verzichtete er auch weiterhin nicht darauf, sich durch dieses System wirtschaftlich absichern zu lassen. In seinen beiden Entnazifizierungsverfahren zwischen 1945 und 1948 wurde Keilmann in die Klasse der Mitläufer eingestuft und für die Zeit nach 1936 ist dieses Urteil auch nachvollziehbar. Hätte ein vergleichbares Verfahren nach seiner Pensionierung in der BRD der 70er Jahre stattgefunden, so wäre wiederum das gleiche Urteil zu fällen gewesen. Auch in Bochum ist er unmittelbar in die regierende Partei eingetreten. Den Fehler, der das parteipolitische Engagement in den 30er Jahren für die NSDAP in seinen Augen darstellte (er konnte keinen wirtschaftlichen Vorteil aus diesem Engagement ziehen) hat er nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wiederholt.

Keilmanns Biographie bietet somit ein Beispiel für die Mechanismen, wie die Nationalsozialisten zu Beginn ihres politischen Aufstiegs auch Perso-

⁴²⁶ Von Beyme 1987, S. 53.

nen, die ihren Ideen nur zum Teil nahe standen, für die Mitarbeit gewinnen konnten; und gleichzeitig ist Keilmann ein Anschauungsbeispiel, warum sich genau diese Menschen nach Beendigung der Diktatur mehr oder weniger in das Unpolitische, Private zurückgezogen haben. Zu viele von ihnen haben es versäumt, bei ihrem politischen Engagement die Ziele der Partei(en) genau zu studieren, für die sie sich engagierten. Dadurch sind sie zu Befürwortern von Politikansätzen geworden, die sich mit dem eigenen Gewissen nicht vereinbaren ließen.



Literaturverzeichnis

Amtsblatt Roigheim, Nr. 31 – Nr. 35, Roigheim 1985.

Bartning, Otto / Neufert, Ernst: Staatliche Bauhochschule Weimar, Weimar 1927.

BDA / Deutsche Bahn AG u.a. (Hrsg.): Renaissance der Bahnhöfe. Die Stadt im 21. Jahrhundert, Braunschweig 1996.

Beyme, Klaus von: Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München 1987.

Borrmann, Norbert: Paul Schultze-Naumburg 1869-1949. Maler, Publizist, Architekt. Vom Kulturreformer der Jahrhundertwende zum Kulturpolitiker im Dritten Reich. Ein Lebens- und Zeitdokument, Essen 1989.

Bracher, Karl Dietrich / Funke, Manfred / Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918 – 1933, Bonn 1987

Bracher, Karl Dietrich: Die Deutsche Diktatur, Köln 1993.

Bracher, Karl Dietrich / Funke, Manfred / Jacobsen, Hans-Adolf: Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1993.

Bredow, Jürgen / Lerch, Helmut: Otto Bartning. Materialien zum Werk des Architekten, Darmstadt 1983.

Craig, Gordon A.: Über die Deutschen, München 1982.

Craig, Gordon A.: Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, München 1989.

Der Rektor der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main (Hrsg.): Die Geschichte der Hochschule für Gestaltung, Offenbach am Main, Frankfurt a. M. 1984.

Dittrich, Elke: Ernst Sagebiel. Leben und Werk, unveröffentlichtes Manuskript zur Dissertation, Berlin 2001.

Durth, Werner: Architekten. Biographische Verflechtungen 1900 – 1970, 2.Auflage, Frankfurt a.M. 1987.

Durth, Werner / Gutschow, Niels: Architektur und Städtebau der 50er Jahre, in: Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Bd. 33, Bonn o.J.

Englert, Karl-Heinz: Roigheim. Damals und Heute, Friedrichshall 1994.

Fest, Joachim C.: Speer. Eine Biographie, Berlin 1999.

- François, Etienne / Schulze, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, München 2001.
- Frank, Hartmut (Hrsg.): Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945, Hamburg 1985.
- Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik, Neuwied 1969.
- Glaser, Hermann: Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1989 , Bonn 1991.
- Gräff, Werner (Hrsg.): Staatliche Bauhochschule Weimar 1929, Weimar 1929.
- Gutschow, Niels / Durth, Werner: Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte in Westdeutschland 1940–1950, Braunschweig 1988.
- Haffner, Sebastian: Anmerkungen zu Hitler, München 1978.
- Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart 2000.
- Hanke, Hans H.: Architektur und Stadtplanung im Wiederaufbau. Bochum 1944 – 1960, Bonn 1992.
- Harlander, Tilman: Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus, Aachen 1994.
- Harlander, Tilman / Fehl, Gerhard (Hrsg.): Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940-1945. Wohnungspolitik, Baugestaltung und Siedlungsplanung, Hamburg 1986.
- Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München 1990.
- Hermann, Jost: Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1965, München 1986.
- Hortleder, Gerd: Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland, Frankfurt a.M. 1970.
- Keilmann, Johannes (Hrsg.): Wilhelm Keilmann. Würzburger Bilder, o.O. 1998.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991.
- Kuder, Ulrich (Hrsg.): Architektur und Ingenieurwesen zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, Berlin 1997.

- Laatz, Wilfried: Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland. Gesellschaftliche Lage und politisches Bewußtsein, Frankfurt a.M. 1979.
- Lane, Barbara Miller: Architektur und Politik in Deutschland 1918 – 1945, Braunschweig 1986.
- Larrson, Lars Olof: Die Neugestaltung der Reichshauptstadt. Albert Speers Generalbebauungsplan für Berlin, Stuttgart 1978.
- Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 20. unveränderte Auflage, Frankfurt a.M. 1989.
- Mathieu, Thomas: Kunstauffassungen und Kulturpolitik im Nationalsozialismus, Saarbrücken 1997.
- Mayntz, Renate: Soziologie der öffentlichen Verwaltung, 3. überarbeitete Auflage, Heidelberg 1985.
- Moosdorf, Johannes: Die Deutsche Heimstättenbewegung der Gegenwart, Kirchhain 1931.
- Müller, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn 1996
- Nerdinger, Winfried (Hrsg.): Bauhaus. Moderne im Nationalsozialismus, München 1993.
- Nicolaisen, Dörte (Hrsg.): Das andere Bauhaus. Otto Bartning und die Staatliche Bauhochschule Weimar 1926 – 1930, Berlin 1996.
- Nipper, Josef (Hrsg.): Kriegszerstörung und Wiederaufbau deutscher Städte. Geographische Studien zu Schadensausmaß und Bevölkerungsschutz im 2. Weltkrieg – zu Wiederaufbauideen und Aufbaurealitäten, Köln 1993.
- o.V.: Die hessische Baugewerkschulen. Schulverfassung, Lehrpläne und Prüfungsordnung, Darmstadt 1909.
- o.V.: Kunst im 3. Reich. Dokumente der Unterwerfung, Taschenbuch zum Katalog der gleichnamigen Ausstellung des Frankfurter Kunstvereins, Frankfurt a.M. 1979.
- Pehnt, Wolfgang: Architektur, in: Propyläen Kunstgeschichte: Die Kunst des 20. Jahrhunderts 1880 – 1940, Frankfurt a.M. 1990.
- Pese, Claus: Der Name Schultze-Naumburg ist Programm genug, in: Both, Ralf / Pföhl, Thomas (Hrsg.): Aufstieg und Fall der Moderne, Katalog der Ausstellung, Weimar 1999.
- Petsch, Joachim: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich, München 1976.

- Petzina, Dietmar / Abelshausen, Werner / Faust, Anselm: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Band III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914 – 1945, München 1978.
- Pinkwart, Ralf Peter: Die Kunstreformer, Architekten und Gestalter. Paul Schultze-Naumburg, in: Wissenschaftliche Zeitschrift für Architektur, 41. Jg., Heft 4/5 1995.
- Preiß, Achim / Winkler, Klaus-Jürgen: Weimarer Konzepte, Weimar 1996.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland im Wiederaufbau 1949/50. Ein Tätigkeitsbericht der Bundesregierung, Bonn o.J.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland im Wiederaufbau 1949/50. Ein Tätigkeitsbericht der Bundesregierung, Bonn o.J.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland im Wiederaufbau. Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1951, Bonn o.J.
- Prigge, Walter: Ernst Neufert. Normierte Baukultur im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1999.
- Rabeler, Gerhard: Wiederaufbau und Expansion westdeutscher Städte 1945-1960 im Spannungsfeld von Reformideen und Wirklichkeit, Bonn 1990.
- Reichhardt, Hans J. / Schäche, Wolfgang: Von Berlin nach Germania. Über die Zerstörung der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungspläne, Berlin 1984.
- Reif, Adelbert: Albert Speer. Kontroversen um ein deutsches Phänomen, München 1978.
- Ribbe, Wolfgang / Schäche, Wolfgang: Baumeister – Architekten – Stadtplaner. Biographien zur baulichen Entwicklung Berlins, Berlin 1987.
- Schäche, Wolfgang: Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945, Berlin 1991.
- Schädlich, Christian: Die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. Ein geschichtlicher Abriss, Weimar 1985.
- Schaefer, Hans-Dieter: Berlin im 2. Weltkrieg, München 1991.
- Schildt, Axel / Sywottek, Arnold (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

- Schmidt, Mathias: Albert Speer. Das Ende eines Mythos. Speers wahre Rolle im Dritten Reich, München 1982.
- Schneider, Gerhard: „...nicht umsonst gefallen“? Kriegerdenkmäler und Kriegstotenkult in Hannover, Hannover 1991.
- Schraut, Sylvia: Flüchtlingsaufnahme im Württemberg-Baden 1945-49. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Aufbau im Konflikt, München 1995.
- Schulz, Günther: Wiederaufbau in Deutschland. Die Wohnungsbaupolitik der Bundesrepublik von 1945-1957, Düsseldorf 1994.
- Seidler, Franz W.: Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht 1938 – 1945, Koblenz 1987.
- Speer, Albert: Erinnerungen, Berlin 1969.
- Speer, Albert: Architektur, o.O. 1979.
- Stenzel, Burkhard / Winkler, Klaus Jürgen: Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920 – 1933, Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 13, Weimar 1999.
- Tessin, Georg: Deutsche Verbände und Truppen 1918 – 1939. Altes Heer, Freiwilligenverbände, Reichswehr, Heer, Luftwaffe, Landespolizei, Osnabrück 1974.
- Teut, Anna: Architektur im Dritten Reich. 1933-1945, Frankfurt a.M. 1967.
- Völker, Karl-Heinz: Dokumente und Dokumentarfotos zur Geschichte der Deutschen Luftwaffe, Stuttgart 1968.
- Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Entnazifizierung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945 – 1949, München 1991.
- Weihmann, Martin (Hrsg.): Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), Frankfurt a.M. 2000.
- Weihsmann, Helmut: Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs, Wien 1998.
- Wolf, Christiane: Gauforen: Zentren der Macht. Zur nationalsozialistischen Architektur und Stadtplanung, Berlin 1999.

Zeitungen / Zeitschriften

Arch+
Aschaffener Zeitung
Baugilde
Bauwarte
Bauwelt
Braunschweiger Zeitung
Der Baumeister
Deutscher Baumeister
Die Kunst im Deutschen Reich
Die Kunst im Dritten Reich
Main-Echo
mitteilungen. Landesentwicklungsgesellschaften und Heimstätten
Monatshefte für Baukunst und Städtebau
Monatshefte für NS-Sozialpolitik
Städtebau
Thüringer Allgemeine Zeitung
Vossische Zeitung
Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Westfälische Rundschau
Wissenschaftliche Zeitschrift für Architektur

Anhang

Abbildungsverzeichnis

Ferdinand Keilmann mit 26 Jahren	48
Keilmanns Gesellenstück der Tischlerlehre, vermutlich August 1924	52
Schüler der Höheren Technischen Lehranstalt Offenbach zum Kostümfest im Februar 1927	54
Keilmann mit Vater und Bruder im „Schönbusch“ in Aschaf- fenburg, Juni 1929.....	55
Die Verbindung „Saxo Thüringen“ in Weimar mit Begleitung, 1931	60
Seite eines Briefes von Ferdinand Keilmann an seinen Vater, 18. April 1932	62
Entwurf für ein Wohnhaus, vermutlich im Atelier Neufert, 1933	65
Entwurf für ein „Denkmal der nationalen Erhebung“, Juli 1933.....	67
Offiziersheim des Seefliegerhorstes Hörnum auf Sylt, erbaut 1937	75
Gebäudetyp „V G 6. K“ der Brandenburgischen Heimstätte GmbH, 1940	83
Perspektive des „Verwaltungsforum Braunschweig“, 1941	87
Perspektive der Gleishalle, Südbahnhof, „Nord-Süd-Achse“ in Berlin, 1942	89
Entwurf für das Stadtwerkehochhauses in Bochum, September 1952	118
Keilmann mit seiner Frau und den beiden älteren Söhnen, 1953	119
Entwurf der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, 1952	125
Artikel in der WAZ anlässlich von Keilmanns Pensionierung, Juli 1972.....	128
Entwurf der Trauerhalle Havkenscheid, 1969.....	130
Sitzverteilung I. Thüringer Landtag	151
Sitzverteilung III. Thüringer Landtag.....	151

Sitzverteilung IV. Thüringer Landtag	152
Sitzverteilung V. Thüringer Landtag	152
Sitzverteilung VI. Thüringer Landtag	153

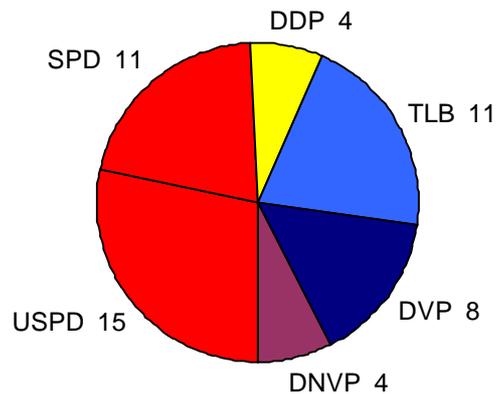
Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wohnungsbau 1919 – 1940.....	154
Tabelle 2: Studierende an wissenschaftlichen Hochschule nach Fachgruppen und ausgewählten Fächern	155
Tabelle 3: Entnazifizierungsstatistik für die Länder der Westzonen 1949/59	156

Abbildungen

Abbildung 1:

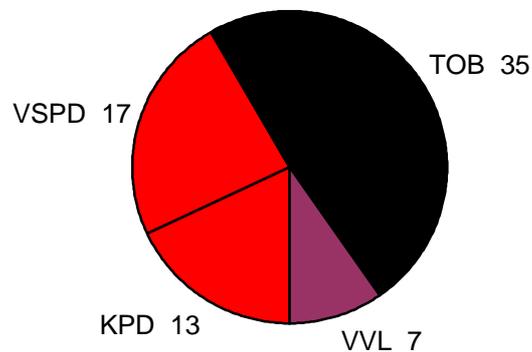
**Sitzverteilung, I. Landtag von Thüringen, Wahl vom
20. Juni 1920**



Quelle: Stenzel, Burkhard / Winkler, Klaus Jürgen: Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920-1933, Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 13, Weimar 1999, S. 57.

Abbildung 2:

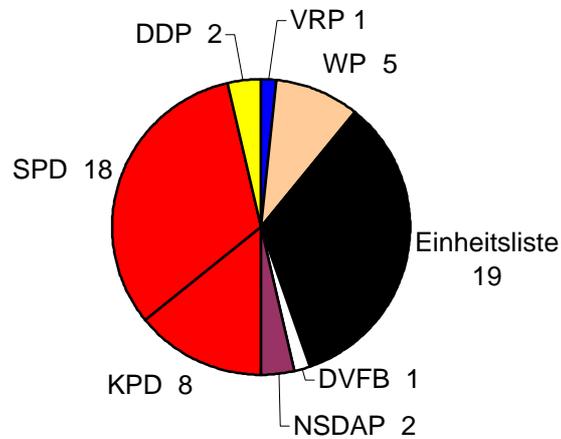
**Sitzverteilung, III. Landtag von Thüringen, Wahl
vom 10. Februar 1924**



Quelle: Stenzel, Burkhard / Winkler, Klaus Jürgen: Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920-1933, Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 13, Weimar 1999, S. 78.

Abbildung 3:

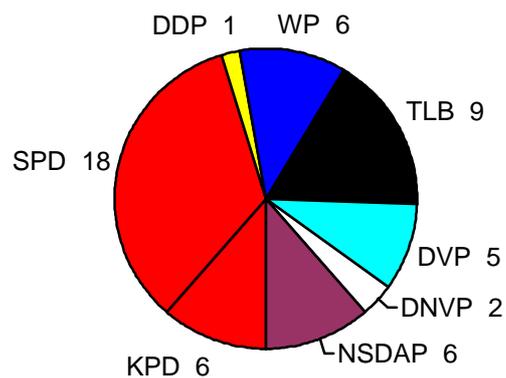
**Sitzverteilung, IV. Landtag von Thüringen, Wahl
vom 30. Januar 1927**



Quelle: Stenzel, Burkhard / Winkler, Klaus Jürgen: Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920-1933, Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 13, Weimar 1999, S. 100.

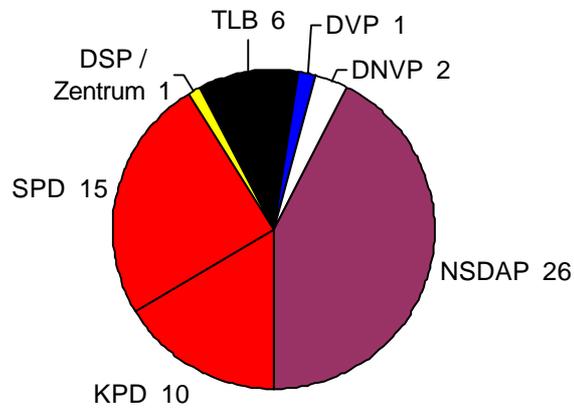
Abbildung 4:

**Sitzverteilung, V. Landtag von Thüringen, Wahl
vom 8. Dezember 1929**



Quelle: Stenzel, Burkhard / Winkler, Klaus Jürgen: Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920-1933, Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 13, Weimar 1999, S. 100.

Abbildung 5:

**Sitzverteilung, VI. Landtag von Thüringen, Wahl
vom 31. Juli 1932**

Quelle: Stenzel, Burkhard / Winkler, Klaus Jürgen: Kontroversen und Kulturpolitik im Thüringer Landtag 1920-1933, Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 13, Weimar 1999, S. 113.

Tabellen

Tabelle 1: Wohnungsbau 1919 –1940

Jahr	Zugang Anzahl	davon durch Umbau (in %)	Reinzugang ^a
1919	60.861	41,5	56.714
1920	108.307	29,9	103.092
1921	141.498	23,3	134.225
1922	154.970	19,8	146.615
1923	125.940	20,3	118.333
1924	115.376	17,8	106.502
1925	191.812	14,3	178.930
1926	220.259	9,7	205.793
1927	306.834	7,3	288.635
1928	330.442	7,1	309.762
1929	338.802	6,8	317.682
1930	330.260	6,8	310.971
1931	251.701	8,1	233.648
1932	159.121	17,6	141.265
1933	202.113	34,3	178.038
1934	319.439	40,4	283.995
1935 ^b	260.769	19,1	238.045
1936 ^b	327.629	14,8	305.856
1937 ^b	335.869	9,2	315.698
1938 ^c	302.914	9,6	282.788
1939 ^d	220.334	7,8	206.229
1940 ^d	131.963	9,7	115.622

^a Zugang abzüglich Abgang durch Zerstörung und Umbau.

^b Ohne Saargebiet.

^c Gebietsstand: 31.12.1937, ohne Saargebiet.

^d Gebietsstand: 31.12.1937, ohne Saargebiet; jedoch einschließlich Memelgebiet und der in Schlesien und Bayern eingegliederten sudetendeutschen Gebietsteile.

Quelle: Vierteljahreshefte zur Stat. D. Dt. Reiches 1939, H. 2; Stat. Jb. F. d. Dt. Reich 1936ff. Vgl. Lütge, Wohnungswirtschaft, in: Petzina, Dietmar / Abelshäuser, Werner / Faust, Anselm: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Band III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914 –1945, München 1978, S. 125.

Tabelle 2: Studierende an wissenschaftlichen Hochschule nach Fachgruppen und ausgewählten Fächern

Fach und Fachgruppe	Sommersemester 1928			Wintersemester 1936/37		
	Studierende			Studierende		
			Anteil der Studentinnen			Anteil der Studentinnen
	Anzahl	%	%	Anzahl	%	%
I. Theologie	6.110	5,5	2,5	7.656	10,6	1,1
Ev. Theologie	3.467	3,1	4,0	2.775	3,9	2,7
Kath. Theologie	2.643	2,4	0,5	4.881	6,8	0,2
II. Geisteswissenschaften				13.778	19,2	26,6
Germanistik				1.763	2,4	43,5
Alte Sprachen	}19.906	18,0	28,0	330	0,4	11,2
Neue Sprachen				924	1,2	45,4
III. Rechtswissenschaften	22.982	20,7	3,4	5.764	8,0	1,7
IV. Wirtschaftswissen-				5.015	7,0	15,6
Volkswirtschaft	}10.890	9,8	9,8	2.344	3,3	16,5
Kaufmänn. Studium				1.805	2,5	4,9
V. Medizin	16.570	14,9	14,9	23.887	33,2	18,1
Humanmedizin	11.935	16,2	16,2	17.954	25,0	18,5
Zahnmedizin	3.274	13,5	13,5	2.938	4,1	19,3
VI. Naturwissenschaften				5.266	7,3	14,6
Chemie	}14.836	13,4	18,3	2.482	3,4	10,2
Mathematik, Physik				1.804	2,5	12,1
VII Land- u. Forstwirtschaft	3.372	3,0	2,1	1.935	2,7	1,6
VIII. Techn. Wissenschaften	16.142	14,6	0,5	8.549	11,9	1,0
Architektur	1.781	1,6	3,1	1.283	1,8	3,7
Bauingenieurwesen	2.309	2,1	0,2	1.702	2,4	0
Elektrotechnik	3.802	3,1	0,2	1.602	2,2	0,1
Bergbau- u. Hütten-	1.395	1,3	0	459	0,6	0,2
Insgesamt	110.808	100	11,6	71.850	100	13,7

Quelle: Stat. Handbuch von Deutschland, S. 623f.; Stat Jb. f. d. Dt. Reich 1937, S. 580f., in: Petzina, Dietmar / Abelshäuser, Werner / Faust, Anselm: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Band III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914 –1945, München 1978, S. 171

Tabelle 3: Entnazifizierungsstatistik für die Länder der Westzonen 1949/59

Land	Zahl der bearb. Fälle	Eingruppierung durch die Entnazifizierungsbehörden				Verfahren eingestellt wegen:						
		Haupt-schuldige	Schuldige Belastete	Minder-belastete	Mitläufer a) m. Maß-nahmen b) Begünstigte i.S.d.Vo. 133/165	Entlastete	Jugend-Amenstie	a) Heim-kehrer, b) Weih-nachts-amnistie	vom Ge-setz nicht betroffen: Unbelaste-t	aus anderen Gründen		
		Gr. I	Gr. II	Gr. III	Gr. IV	Gr. V						
Bayern	453.957	743	11.040	52.940	215.585	8.828	33.544	b) 116.165	-	15.112		
Bremen	18.532	34	360	815	14.640	959	158	b) 1.221	-	345		
Hessen	234.974	416	5.350	28.208	133.722	5.279	20.471	b) 34.963	-	6.565		
Württ.-Baden	242.663	461	5.372	24.459	121.110	3.388	35.599	b) 42.389	-	9.885		
Amerik. Zone insges.	950.126	1.654	22.122	106.422	485.057	18.454	89.772	b) 194.738	-	31.907		
Hamburg	327.157	-	-	1.084	15.052	131.119	-	-	179.902	-		
Niedersachsen	496.612	-	-	610	40.250	166.962	-	-	201.122	87.668		
Nordrhein-Westfalen	811.265	-	-	23.266	100.226	687.773	-	-	-	-		
Schleswig-Holstein	406.420	-	-	2.217	66.500	206.076	-	-	131.627	-		
Brit. Zone insgesamt	2.041.454	-	-	27.177	222.028	1191.930	-	-	512.651	87.668		
Baden	239.636	6	387	10.653	a) 19.154 b) 71.332	267	24.321	-	113.516	-		
Rheinland-Pfalz	299.562	5	440	4.840	a) 18.474 b) 139.478	711	42.309	-	89.476	3.829		
Württ.-Hohenzollern	129.870	2	111	1.333	a) 11.241 b) 39.110	2.511	5.269	a) 1.908	67.160	1.225		
Franz. Zone insgesamt	669.068	13	938	16.826	a) 48.469 b) 249.920	3.489	71.899	a) 1.908	270.152	5.054		
Bundesrepublik insges.	3.660.648	1.667	23.060	150.425	a) 755.954 b) 249.920	1213.873	161.671	196.646	782.803	124.629		

Quelle: Vollhals, Clemens (Hrsg.): Entnazifizierung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991, S. 3

Abkürzungen

SA BO	Stadtarchiv Bochum
AKe	Archiv Keilmann
BA	Bundesarchiv Berlin
BA MA	Bundesarchiv – Militärarchiv (Freiburg)
BR LHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAW	Deutsche Akademie für Wohnungswesen e.V.
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
GBI	Generalbauinspektor für Reichshauptstadt
KDAI	Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure
KfdK	Kampfbund für deutsche Kultur
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LD	Luftwaffenverwaltungsamt
NSDStB	Nationalsozialistischer Studentenbund Deutschlands
OT	Organisation Todt
RLM	Reichsluftfahrtministerium
SA OF	Stadtarchiv Offenbach a.M.
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSA AB	Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg
St.B.H.	Staatliche Hochschule für Handwerk und Baukunst Weimar
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TLB	Thüringische Landvolkpartei
TOB	Thüringischer Ordnungsbund
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VSPD	Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VVL	Vereinigte Völkische Liste
WP	Wirtschaftspartei

Hiermit versichere ich, daß ich die Diplomarbeit selbstständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe, alle bildlichen Darstellungen und Ausführungen, die anderen Schriften wörtlich oder sinngemäß entnommen wurden, kenntlich gemacht sind und die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Fassung noch keiner anderen Prüfungsbehörde oder Fakultät vorgelegen hat.

Bochum, den

(Unterschrift)